Donnerstag, 12. Juni 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 134 - 24. W. - Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

MEXICO86



„Wie im Kindergarten"

Deutschland hat schon vor dem Spiel gegen Dänemark das Achtelfinale erreicht. Dennoch gibt es – diesmal durch Rummenigge (Foto) – wieder aktuellen Wirbel. Spielt er – er will, oder spielt Allofs? Für Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble in seinem Gastbeitrag für die WELT steht fest: Ein gesunder Rummenigge gehört ins Team. (S. 8)

WM heute: Die ARD überträgt von 20 Uhr an live die Begegnung Algerien – Spanien. Um 21.45 Uhr folgt Nordirland – Brasilien als Aufzeichnung. (S. 9)

Spitzenspiel: Die WM hat ihren ersten großen Schlager. Am 17. Juni treffen im Achtelfinale Europameister Frankreich und Weltmeister Italien aufeinander. (S. 9)

POLITIK

Gedenken: Zum 70. Jahrestag der Schlacht von Verdun wird am Samstag an der Totengedenkstätte von Douaumont eine deutsch-französische Gedenktafel enthüllt. Sie erinnert an das Treffen von Bundeskanzler Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand vor zwei Jahren.

Reife: Jeder sechste Lehrling hat Abitur. Nach Angaben des DIHT sind im vergangenen Jahr mehr als 140 000 Abiturienten vor allem in Industrie, Handel und bei Banken ausgebildet worden.

Partner: Bundesminister Heinrich Windelen hat die Kommunalpolitiker gemahnt, Vereinbarungen über Städtepartnerschaften mit der „DDR" nicht politisch zu überfrachten. (S. 4)

Italien: Der stellvertretende Regierungschef Forlani ist jetzt auch Präsident der Democrazia Cristiana. Der DC-Nationalrat wählte ihn als Nachfolger von Flaminio Piccoli, der zum Vorsitzenden der christdemokratischen Internationale gewählt wurde.

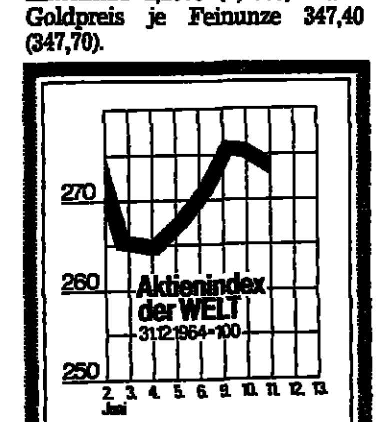
Israel: Die Auseinandersetzungen zwischen weltlich orientierten und strenggläubigen Juden eskalieren. In Tel Aviv wurde in einer Synagoge Feuer gelegt, offensichtlich ein Vergeltungsschlag gegen religiöse Eiferer.

Abberufen: Der erste Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Wladimir Lomejko, ist ohne Angabe von Gründen von seinem Posten abgelöst worden. Er galt als Mann von Gromyko.

WIRTSCHAFT

Steuereinnahmen: Die Schätzer sind bestätigt: Der Bund erwartet 1986 eine Zunahme der Steuereinnahmen um 2,5 Prozent auf 211,4 Mrd. Mark und die Länder eine Steigerung um 6,1 Prozent auf 163,6 Mrd. Mark. (S. 11)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. Von heute an veröffentlicht die WELT im Kursteil den Börsenneuling Viag – erster Kurs: 167 Mark. Am Rentenmarkt waren öffentliche Anleihen nur geringfügig verändert. WELT-Aktienindex 274,31 (276,33). BHF-Rentenindex 106,552 (106,538). BHF-Performance-Index 104,492 (104,450). Dollarmittelkurs 2,2070 (2,2305) Mark. Goldpreis je Feinunze 347,40 (347,70).



KULTUR

Pour le Mérite: Drei neue Mitglieder aus Wissenschaft und Kunst wurden in den Orden aufgenommen, in die sich „selbst ergänzende Gemeinschaft" hervorragender Gelehrter. Darunter Nobelpreisträger Hans Bethe. (S. 19)

Max-Planck-Gesellschaft: Es war der Hilferuf eines um den wissenschaftlichen Ruf der Vereinigung fürchtenden Präsidenten: Heinz Staab ist in Sorge, daß Bund und Länder das Renommee der Gesellschaft kaputtsparen. (S. 18)

SPORT

Olympia: Die Sommerspiele 1988 von Seoul werden nun auch auf nordkoreanischem Gebiet mit zwei Sportarten ausgetragen. Das wurde vom IOC sowie den beiden koreanischen NOK in Lausanne beschlossen. (S. 9)

Fußball: Die Europäische Fußball-Union hat den AS Rom aus dem UEFA-Wettbewerb 1986/87 ausgeschlossen. Sie reagierte damit auf einen Bestechungsversuch an dem französischen Schiedsrichter Vautrot. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Studenten: Die Korporationen sind wieder da, auch die katholischen farbentragenden Verbindungen (Foto), die im Cartellverband (CV) zusammengeschlossen sind. Heute tritt der Verband in Frankfurt zu seiner 100. Cartellversammlung zusammen. (S. 20)

Kunst-Station: Auftakt für ein ehrgeiziges Programm der Bundesbahn mit der Ausstellung „Gesichter – Christus – Gesichter" des österreichischen Malers Arnulf Rainer. Kunst im Bahnhof. (S. 20)

Genscher warnt jetzt vor Einsätzen in Nicaragua

„Aufbauhelfer" frei / Hat die Besetzung der deutschen Botschaft Folgen?

B. CONRAD / H. HECK, Bonn

Die Bundesregierung hat den Vereinigten Staaten für ihre Mithilfe bei der Freilassung der von den Contras in Nicaragua entführten acht deutschen „Aufbauhelfern" gedankt. Die US-Regierung hatte erheblichen Druck auf die von ihr unterstützten anti-sandinistischen Rebellen ausgeübt. Dabei gab vermutlich die bevorstehende Abstimmung im Kongreß über die weitere Hilfe an die Contras den Ausschlag.

Die vor drei Wochen Entführten waren am Dienstag um 18 Uhr Ortszeit in dem nicaraguanischen Dorf Presillitas von der Rebellenbewegung „Demokratische Kräfte Nicaraguas" (FDN) freigelassen worden. Fünfeinhalb Stunden später traf der von Bonn alarmierte SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wischnewski, der in Managua als Vermittler tätig war, in Presillitas ein, um die „Aufbauhelfer" in seine Obhut zu übernehmen. Die entscheidenden Gespräche mit Vertretern der Contras hatte der Bürochef des Bundesaußenministers, Jansen, in Honduras geführt.

Genscher appellierte an alle Deutschen, sich künftig nicht in Gebieten aufzuhalten, in denen ein Bürgerkrieg geführt werde. Auch die Organisationen, die „Aufbau-Einsätze" wie jene in Nicaragua leiteten, sollten sich ihrer Verantwortung bewußt sein.

Als rechtswidrigen Akt, der sich am Anfang negativ auf die Bemühungen Bonns ausgewirkt habe, bezeichnete Genscher die gewaltsame Besetzung der deutschen Botschaft in Managua durch Sympathisanten der Entführten am 20. und 21. Mai. Die Frage strafrechtlicher Folgen wird noch geprüft. Nachdem geklärt ist, daß Helfer der evangelischen Organisation „Dienste in Übersee" maßgeblich an der Besetzung der deutschen Botschaft beteiligt waren, will die Bundesregierung in Gesprächen mit der evangelischen Kirche sicherstellen, daß „Dienste in Übersee" keine Unterstützung aus Steuergeldern mehr erhalten.

SEITE 3: Weitere Berichte

Die Freilassungsbemühungen sind nach Meinung von Entwicklungsminister Jürgen Warnke „durch Prestigeerwägung auf beiden Seiten des nicaraguanischen Bürgerkrieges erschwert worden". Warnke warf der SPD vor, daß sie die Entführung der Brigadisten zum Anlaß genommen habe, in ihrem offiziellen Pressedienst Präsident Reagan zu beschimpfen. „Rau schweigt zu dieser unsäglichen Verunglimpfung des Staatsoberhauptes unseres wichtigsten Verbündeten – er ist nicht Herr im Haus der SPD."

Die Sicherheitsbehörden haben der Bundesregierung mitgeteilt, daß von den zwölf deutschen „Brigadisten", von denen acht von den Contras gefangengenommen waren und vier entkommen konnten, „eine Person der DKP angehört und mindestens vier weitere dem Verfassungsschutz durch Aktivitäten der Neuen Linken bekanntgeworden sind". Nach diesen Informationen sind seit Ende 1983 „etwa 1000 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland als sogenannte Arbeitsbrigadisten nach Nicaragua gereist", um mit „praktischer Solidaritätsarbeit" das sandinistische Regime zu unterstützen.

DER KOMMENTAR

Eine Lehre

BERNT CONRAD

Die Entführung von acht deutschen „Aufbauhelfern" in Nicaragua hat ein glückliches Ende gefunden. Das ist im Interesse der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu begrüßen. Doch die Affäre, die in den letzten drei Wochen viel, möglicherweise zuviel Aufregung verursacht hat, erfordert kritische Anmerkungen.

Zunächst ist festzustellen, daß es sich bei den Entführten teilweise um gutgläubige Idealisten, teilweise aber auch um militante Aktivisten linker Observanz gehandelt hat, die der Bundesregierung höchst negativ gegenüberstehen. Das wurde gleich am Anfang deutlich, als Gesinnungsgenossen der Entführten die deutsche Botschaft in Managua „besetzten", den Botschafter quasi gefangen hielten, Schränke und Türen aufbrachen und Akten entwendeten. Dies sollte schnell gerichtlich geahndet werden.

Daß Bonn trotzdem alles in seinen Kräften stehende getan hat, um die Entführten freizubekommen, entsprang der Fürsorgepflicht für deutsche Staatsbürger, die in Schwierigkeiten geraten sind – unabhängig von ihrer politischen Einstellung. Umso notwendiger war der Appell Genschers an alle Betroffenen, künftig Gegenden zu meiden, in denen ein Bürgerkrieg tobt.

Diese Aufforderung gilt allen „Aufbauhelfern" in Nicaragua und anderswo, besonders aber ihren Auftraggebern, in erster Linie dem Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal. Es war unverantwortlich von diesem Büro, junge Menschen unter Lebensgefahr in Kriegsgebiete zu entsenden und nach eingetretenem Schaden auch noch die Angehörigen der Entführten gegen die Bundesregierung aufzuhetzen, weil diese angeblich nicht genug für deren Freilassung tue.

Das ist die Kehrseite einer Affäre. Sie hat im übrigen wieder einmal gezeigt, daß sich die Bundesrepublik Deutschland im Ernstfall auf die Unterstützung durch Washington verlassen kann.

Emnid sagt Sieg Albrechts voraus

FDP liegt bei sechs Prozent / Sieben Prozent für die Grünen / Keine rot-grüne Mehrheit

DW. Bonn

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid in Niedersachsen im Zeitraum vom 3. bis 5. Juni (auf der Basis von 600 Befragten) hat folgende Ergebnisse erbracht:

1. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre?

CDU	47 %
SPD	38 %
FDP	6 %
Grüne	8 %

2. Was meinen Sie, wird Ernst Albrecht (CDU) Ministerpräsident bleiben oder wird Gerhard Schröder (SPD) neuer Ministerpräsident werden?

Albrecht	67 %
Schröder	31 %

3. Angenommen Sie könnten den Ministerpräsidenten direkt bestimmen: Für wen würden Sie sich entscheiden?

Ernst Albrecht	54 %
Gerhard Schröder	40 %

4. Könnte die SPD die absolute Mehrheit erreichen oder ist das ganz ausgeschlossen?

Möglich	20 %
Ausgeschlossen	79 %

5. Wird die FDP in den Landtag kommen oder glauben Sie das nicht?

Ja	57 %
Nein	42 %

6. Wer wird die Landtagswahl gewinnen, wer wird die meisten Stimmen bekommen: CDU und FDP gemeinsam oder SPD und Grüne gemeinsam?

CDU und FDP	61 %
SPD und Grüne	36 %

7. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

CDU/CSU	46 %
SPD	41 %
FDP	5 %
Grüne	7 %

Wenig Aussicht auf schärfere Gesetze

DW. Bonn

Im Bundeskabinett besteht offensichtlich wenig Neigung, als Konsequenz aus den gewalttätigen Ausschreitungen der vergangenen Tage in Wackersdorf und Brokdorf das Demonstrationsstrafrecht zu ändern. Regierungssprecher Ost berichtete gestern in Bonn, Bundeskanzler Kohl halte „nichts davon, jetzt auf die Schnelle über Gesetzesänderungen zu reden". Zuvor hatte es geheißen, Zimmermann habe im Kabinett verlangt, die gesetzlichen Bestimmungen zu verschärfen.

CSU-Streit um Wackersdorf

DW. München

Die Entscheidung der bayerischen Regierung über die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für Wackersdorf ist nach den Worten von Justizminister Lang offen. Erst müsse die Wirtschaft überzeugend darlegen, ob die „Wiederaufarbeitung heute und in Zukunft notwendig ist". Diese Äußerungen Langs auf einer CSU-Veranstaltung in Regensburg stehen im Gegensatz zur Meinung von Ministerpräsident Strauß, für den „ein Rückzug nicht in Frage kommt".

Seite 4: Zimmermanns Fazit

Osten bietet „wirksame" Kontrollen an

Warschauer Pakt will 25 Prozent der Truppen abbauen / Vorschlag für neues „Forum"

R. ESTARRIOL, Budapest

Der Warschauer Pakt und die NATO sollen nach einem Vorschlag des östlichen Militärbündnisses ihre Truppenstärke in Europa in den kommenden ein oder zwei Jahren um jeweils 100 000 bis 150 000 Soldaten verringern. Darüber hinaus soll bis Anfang der 90er Jahre eine 25prozentige beiderseitige Truppenreduzierung – oder ein Abzug von je 500 000 Mann – erfolgen. Gleichzeitig bot das östliche Militärbündnis zum Schluß seines Gipfeltreffens in Budapest „wirksame" Kontrollen zur Überwachung dieser Maßnahmen an, einschließlich „Inspektionen vor Ort". Ein paritätisch besetztes noch zu schaffendes Kontrollorgan solle diese ad hoc ausführen.

Bei den Luftstreitkräften schlug die östliche Seite eine 25prozentige Reduzierung der Mannschaften und Ausrüstung vor, wobei die taktischen, mit Atomwaffen bestückten Flugzeuge einbezogen werden sollen. Bei schrittweiser Realisierung des Plans könnte dies bedeuten, daß in Europa in den 90er Jahren vom Atlantik bis zum Ural rund eine Million Soldaten weniger stationiert seien, verlautete aus Budapest.

Zum Unterschied zu der vergangenen Tagung im Oktober 1985 in Sofia, hat jetzt der Warschauer Pakt den von Gorbatschow im April dieses Jahres in Ost-Berlin angekündigten Abrüstungsvorschlag als eine eigene gemeinsame Initiative veröffentlicht. Die Vorschläge gehen weit über die festen Kompetenzen der Wiener MBFR-Konferenz, die für die konventionellen Waffen und Truppen in Mitteleuropa zuständig ist, hinaus. Dieser Appell richtet sich an alle Länder beider Bündnisse sowie an die bündnisfreien europäischen Staaten. „Angesichts der Dringlichkeit, die militärische Konfrontation in Europa abzubauen" schlagen die Ostblockstaaten die Schaffung eines neuen Sonderforums vor.

Als Möglichkeit böte sich für dieses Forum eine Änderung der Verhandlungsmandates der seit fast 13 Jahren andauernden Wiener MBFR-Gespräche. Aber auch eine Kompetenzerweiterung der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen in Stockholm oder ein neu zu schaffendes Verhandlungsgremium an dem sich auch die neutralen und Blockfreien Ländern beteiligen könnten, scheint dem Warschauer Pakt zur Realisierung des Vorschlag-Paketes geeignet. Die von den Truppenreduzierungen betroffenen Einheiten sollten entlassen und die Waffen zerstört oder in neutralen Gebieten gelagert werden.

Über den weiteren Verlauf der Reduzierung bis zur vorgesehenen Null-Option der Massenvernichtungswaffen im Jahre 2000 schweigt sich das Budapester Dokument aus. Auch wird nichts darüber gesagt, was jenseits des Urals zu geschehen hat.

Bemerkenswert ist, daß in dem Bündel der meist alten Vorschläge die Bindung zwischen strategischer Waffen und Weltraumwaffen nicht mehr ausdrücklich hervorgehoben wird. Nichts deutet in dem Kommuniqué auf die Unstimmigkeiten zwischen der „DDR"-Delegation und den Vertretern Polens einerseits und den Vertretern der UdSSR andererseits in gewissen Detailfragen hin. Die „Aktivitäten revanchistischer Kräfte, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland" werden dafür pflichtgemäß erwähnt. Die Sowjetunion hat sich aber bereit erklärt, „im Falle der vollständigen Beseitigung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa", die in der „DDR" und CSSR stationierten operativen-taktischen Raketen zu liquidieren.

In Genf kamen unterdessen gestern amerikanische und sowjetische Abrüstungsexperten zu einer nicht angekündigten Plenarsitzung zusammen. Dabei trafen sich die Gruppen, die über strategische Waffen sowie über Mittelstrecken- und Weltraumwaffen verhandeln. Normalerweise werden solche Beratungen nur zum Beginn und zum Ende einer Sitzungsperiode einberufen. Zwischendurch wurden sie bislang nur anberaumt, wenn eine der beiden Seiten neue Vorschläge unterbreiten wollte.

Treffen der „Solidarität"

DW. Warschau

Die Untergrundführung der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" hat sich nach Angaben von Friedensnobelpreisträger Lech Walesa heimlich getroffen, um über das weitere Vorgehen nach der Verhaftung ihres Führers Zbigniew Bujak zu beraten. Walesa teilte mit, er habe eine Erklärung der Untergrundführung unterschrieben, in der Bujaks „Kampf für die Rechte der Bürger und Arbeiter" herausgestellt worden sei.

Gewerkschaft will an die Börse

DW. Neuss

Die Gewerkschaften wollen sich nicht von der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) und den Versicherungsunternehmen Volksfürsorge trennen, schließen aber einen Gang an die Börsen zur Kapitalbeschaffung aber nicht aus. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, sagte gestern in Neuss, der Verkauf der Wohnungen der Neuen Heimat sei jetzt die einzige Möglichkeit, die wirtschaftlichen Probleme des Unternehmens zu lösen.

Scharfer Wind im Blätterwald

J.B. Hamburg

Durch die deutsche Presselandschaft weht ein scharfer Wind, die Konjunktursonne strahlt nur mäßig. Ein lebhafter Export und der nur langsame Aufschwung des privaten Verbrauchs engen den Wachstumsspielraum der Verlagsbranche ein. Der Umbruch biete aber jenen Unternehmen, die gut gerüstet in die Offensive gehen, viele Chancen, meint Peter Tamm, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG (Berlin).

Seite 13: Ertragsstark

„Eins Plus" nun auch in Bayern

DW. Bonn

Das ARD-Satellitenprogramm „Eins Plus" wird nun auch in Bayern voraussichtlich schon in absehbarer Zeit zu sehen sein. Der zuständige Aufsichtsrat der Münchner Gesellschaft für Kabelkommunikation (MGK) hat gestern den vom Bayerischen Rundfunk (BR) vorgelegten Vertrag zur Einspeisung des Programms in die bayerischen Kabelnetze genehmigt. Bayern war das einzige Bundesland, das dieses Programm noch nicht genehmigt hatte.

Heute will Dollinger die ASU retten

DW. Bonn/München

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will grundsätzlich an der Abgas-Sonderuntersuchung (ASU) für Autos festhalten. Heute steht er deshalb vor einer Kraftprobe mit seinen Kollegen in den Bundesländern: Bei der Verkehrsministerkonferenz in München soll geklärt werden, unter welchen Umständen die von Bayern, dem Saarland und der Hansestadt Hamburg im Alleingang für überflüssig erklärte Abgasonderuntersuchung doch noch zu retten ist. Dollingers Position: „Den Bundesländern steht nicht das Recht zu, gültige Rechtsverordnungen des Bundes direkt oder indirekt außer Kraft zu setzen."

Eile ist geboten, weil immer mehr Landesregierungen Sinn und Wirkung der am 28. Mai 1984 im Bundesrat beschlossenen Entgiftungsmaßnahme in Zweifel ziehen. Leidtragende des Bund-Länder-Streites sind vor allem die Autofahrer: Wer ohne ASU-Plakette vom bayerischen Neu-Ulm ins schwäbische Ulm fährt, wo die ASU-Regelung beigehalten wird, geht das Risiko der Bußgeld-Zahlung ein.

Das Hauptargument der ASU-Gegner ist, daß die Senkung der Kohlenmonoxid- und Kohlenwasserstoffwerte bei Altfahrzeugen zu mehr Stickoxidemissionen führe. Die aber seien Hauptursache des Waldsterbens. Dollingers Gegenposition: Die ASU reduziere den Kohlenmonoxid-Ausstoß um 1,1 Millionen Tonnen und die Emission der Kohlenwasserstoffe um 60 000 Tonnen. Im Bonner Verkehrsministerium werden aber Nachbesserungen erwogen. Dazu gehört möglicherweise eine ASU-Ausweitung auf Dieselfahrzeuge. Fahrzeuge, die vor 1970 gebaut wurden, sollen von der Prüfung ausgenommen werden.

Dollingers Parteifreund, der bayerische Verkehrsminister Jaumann, will am Ausstieg aus der Sonderprüfung mit dem Argument festhalten, daß ein vereinfachtes Prüfverfahren – Untersuchungen im Rahmen des TÜV-Turnus – dasselbe Ergebnis bringt. Zudem dürfe nicht beim Leerlauf gemessen werden, sondern unter Lastbedingungen. Die Motorregulierung bringt ohnehin nur bei den Kohlenmonoxiden eine nennenswerte Senkung: 23 Prozent. Am Freitag werde Bayern einen Bundesrats-Entschließungsantrag einbringen. Neben den ASU-Aussteigern Bayern, Saarland und Hamburg ergibt sich folgendes Meinungsbild in München:

Kiel hält an ASU fest – Bußgeld: 30 Mark. Bremen: Droht mit 100-Mark-Bußgeld – säumige Fahrer sollen aber zunächst mündlich ermahnt werden. Stuttgart: „Wir sind bundestreu." Auch Mainz will die ASU-Plakette beibehalten. Das ist auch der Kommentar in Wiesbaden. Berlin: „Wir scheren nicht aus." Hannover: Die Polizei will „stillhalten", wenn Fahrzeuge ohne ASU-Plakette angetroffen werden. Düsseldorf: Alleingänge sind widersinnig". Ebenso der des Saarlandes.

Chinas KP-Chef sucht in Bonn einen Verbündeten

Peking strebt Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen an

JOCHEN HEHN, Hongkong

Wirtschafts- und handelspolitische Themen stehen bei dem heute beginnenden fünftägigen Besuch des chinesischen KP-Generalsekretärs Hu Yaobang in der Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund der Gespräche. Für die Bundesregierung dürfte es dabei von großem Interesse sein, aus erster Hand Informationen über den künftigen Kurs der chinesischen Reformpolitik zu erhalten. Bonn-Besucher Hu wird versuchen, seine Gastgeber davon zu überzeugen, daß Chinas „Politik der offenen Tür" von Dauer ist und nicht an die Person ihres Initiators Deng Xiaoping gebunden ist.

Die Bundesrepublik ist für Peking ein Staat, mit dem seit 1972 Beziehungen gepflegt werden. Selbst historisch sind Vorbelastungen nicht auszumachen, denn nach der durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg erzwungene Abtretung aller Kolonien – auch der in China – kamen sich Deutschland und China als gemeinsame Verlierer schon sehr früh politisch, wirtschaftlich und kulturell näher. Die Bundesrepublik ist heute Chinas wichtigster wirtschaftlicher Partner innerhalb der EG. Hu Yaobang wird die Bundesregierung deshalb ermuntern, mehr als bisher die Initiative für die Schaffung einer starken gemeinsamen Europa zu ergreifen. Denn Europa könnte nach Meinung Hus zu einem natürlichen Verbündeten Chinas werden, das schon heute für die UdSSR eine wirtschaftliche Herausforderung darstellt.

Bei dem Zusammentreffen mit der Bundestags-Abgeordneten wird das Gespräch Hu Yaobangs mit dem SPD-Parteivorsitzenden Brandt einen besonderen Stellenwert haben. Seit Brandts Besuch 1984 in Peking haben die Beziehungen der KP Chinas und der SPD einen Stand erreicht, wie sie sonst nur zu sozialistischen Bruderparteien gepflegt werden. Brandt ist für die Chinesen nicht nur der Parteichef, sondern auch der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, mit der China über ein gemeinsames Vorgehen im Nord-Süd-Dialog in Verbindung steht.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rückschritt in Budapest

Von Rüdiger Moniac

Die erste Bewertung des vom Warschau-Pakt-Gipfel in Budapest gemachten neuen Abrüstungsvorschlags für Europa zeigt, daß der Osten offensichtlich der Vielzahl früherer lediglich einen neuen hinzufügte, dessen Realisierbarkeit weit hinter seinem propagandistischen Effekt zurückbleibt.

Gorbatschow führt, wie es den Anschein hat, wieder die seit Jahrzehnten altbewährte Methode der sowjetischen Führung vor, mit neuen Rüstungskontrollvorschlägen neue Hoffnungen in der westlichen Öffentlichkeit zu wecken. Wenn es dann aber an die echte Verhandlungen zwischen den Fachleuten beider Lager gehen soll, zeigt sich, wie bereits in den jetzt schon seit langem laufenden Bemühungen in Wien, Genf oder Stockholm, daß die Sowjets tatsächlich doch nicht den Willen zur Abrüstung haben. Dann zeigt sich auch, daß sie die Rethorik besser beherrschen – und das auch nur deshalb, weil ihnen die Beeinflussung des westlichen Handlungswillens, Verteidigungsbereitschaft zu erhalten, wichtiger ist als die Entlastung der eigenen Wirtschaft von den riesigen Rüstungsaufwendungen.

Gorbatschow bestätigt sich damit in der Tradition sowjetischer Beeinflussungspolitik gegenüber dem Westen. Der Ruf, der ihm bei seinem Amtsantritt vorauseilte, er wolle in der Außenpolitik den neuen Weg wirklichen Ausgleichs mit dem Westen gehen, ist nach Budapest endgültig zerstoben. An einem konkreten Punkt läßt sich die Fadenscheinigkeit der angeblichen sowjetischen Abrüstungsbereitschaft regelrecht beweisen: Der Budapester Vorschlag an den Westen sieht für beide Seiten zahlenmäßig gleich große Verminderungen konventioneller Truppenstärken vor.

Dieses Prinzip, würde es verwirklicht, widerspricht der Forderung nach gleicher Sicherheit, da der Osten sehr viel mehr Soldaten unter Waffen hat als der Westen. Die ungleiche Reduzierung hatte der Osten bei den Wiener MBFR-Verhandlungen längst anerkannt. Dort hatte die östliche Seite am 20. Februar 1986 selbst angeregt, 11 500 sowjetische Soldaten sollten abgezogen werden, wenn im Gegenzug 6500 amerikanische nach USA verlegt würden. Gorbatschow muß sich in großer interner Erklärungsnot befinden, wenn er einen Vorschlag als „neu" entriert, der hinter die alten Vorschläge zurückgeht.

Opferfest

Von Peter M. Ranke

Die islamische Welt hat gerade den Fastenmonat Ramadan mit dem fröhlichen Opferfest „Id el Fitr" beendet. Kaum waren die ersten Lämmer geschlachtet und am Spieß gebraten, trafen sich an der gemeinsamen Grenze die Außenminister Syriens und Iraks zu einem ersten Versöhnungsgespräch seit Beginn des Golfkrieges vor mehr als fünf Jahren. Die Frage ist, wer opfert und wer geopfert wird.

Die beiden Minister sprachen zunächst nicht über den Golfkrieg, in dem ihre Regierungen auf verschiedenen Seiten stehen. Syrien unterstützt das Ayatollah-Regime in Iran, während Irak die arabischen Golfstaaten hinter sich weiß. Das Thema Golfkrieg und sein Ende wird wohl erst bei einem Treffen zwischen dem syrischen Präsidenten Assad und dem irakischen Staatschef Saddam Hussein näher besprochen werden. Das soll auf einer arabischen Gipfelkonferenz im Juli sein. Unbestimmt bleibt, ob es wirklich gelingen wird, Syrien aus dem Bündnis mit Iran herauszubrechen.

Aber heute schon ist Teheran tief beunruhigt über einen möglichen Seitenwechsel Syriens und hat seinen Vize-Außenminister Ali Bescharati nach Damaskus entsandt. Dort lobte Assad die „strategischen Beziehungen" zu Teheran, während eine irakische Zeitung diese strategische Achse als „Allianz des Verrats" schmähte. Aber das muß, wie man in Nahost weiß, kein Hindernis für einen politischen Handel sein.

Irak hat gerade in Paris neue Waffenlieferungen für 3,5 Milliarden Franc beantragt, kann aber nicht mehr zahlen. Rohöl hat als Tauschobjekt seinen Wert verloren. Auch die Saudis springen nicht mehr in die Bresche. Syrien kann seine laufenden Finanzverpflichtungen nicht mehr erfüllen. So scheint es, daß der Golfkrieg zum Erliegen kommt, weil die Kriegsanstrengungen nicht mehr finanzierbar sind.

Genau an diesem Punkt haben die Vermittler, Jordaniens König Hussein und der saudische Kronprinz Abdallah, angesetzt, um eine Aussöhnung zwischen Bagdad und Damaskus zu arrangieren. Die Saudis scheinen bereit zu sein, Syrien eine „Ablösung" zu zahlen. Das Treffen an der Grenze kann daher der erste Schritt zum Ende des Golfkrieges sein.

Eulen nach Athen

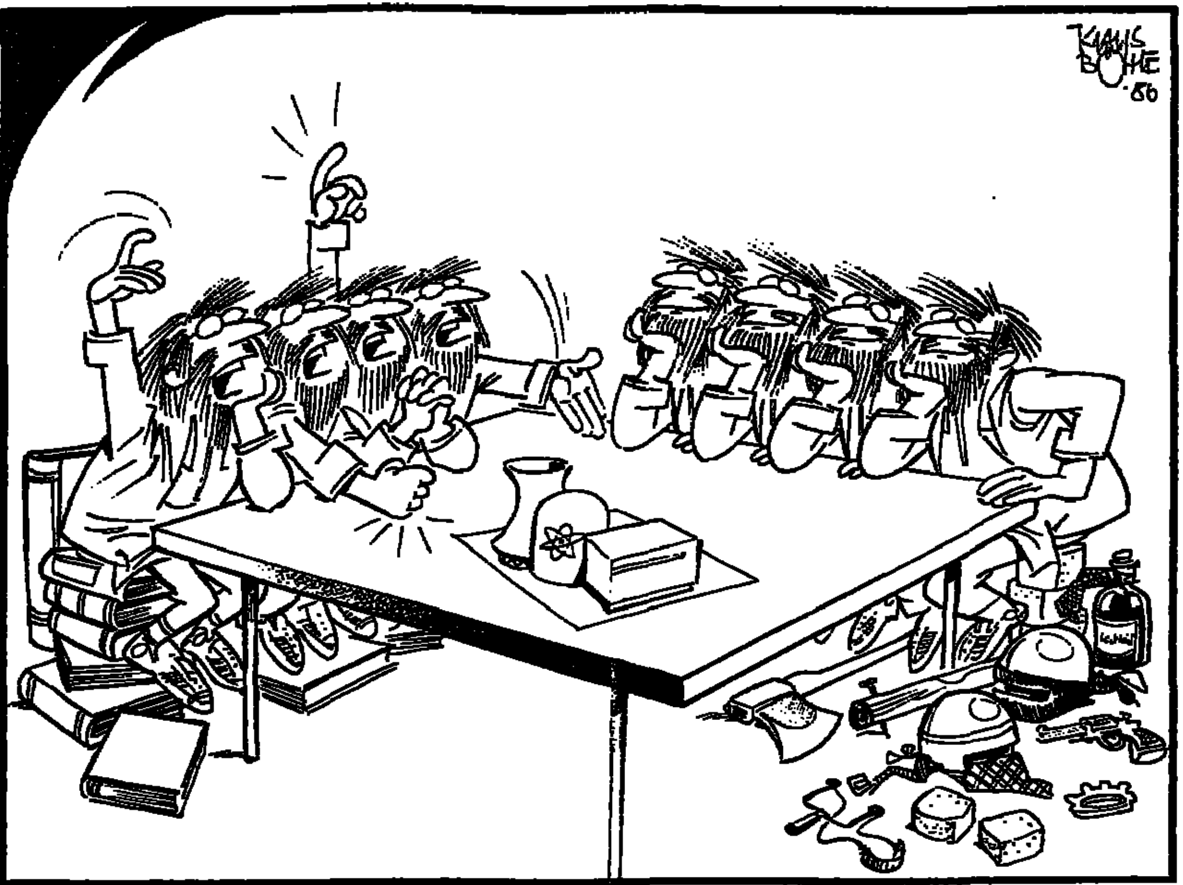
Von Hans-Jürgen Mahnke

Die Europäische Gemeinschaft mutet nicht nur den Steuerzahlern, sondern der ganzen Welt immer mehr zu. Butter für die Kälber – als dieser Vorschlag vor Monaten gemacht wurde, gab es noch einen Sturm der Entrüstung; in der vergangenen Woche wurde das aber dann doch beschlossen. Und nun der neueste Streich: EG-Rindfleisch für Lateinamerika. Vor kurzem schien das noch unvorstellbar. Jetzt sollen rund hunderttausend Tonnen nach Brasilien verkauft werden.

Dabei ist der südamerikanische Subkontinent für die Rinderzucht prädestiniert – große Flächen, günstiges Klima, dort muß den Tieren für den Winter kein Dach über den Kopf gebaut werden. Trotzdem läuft das Geschäft – dank gewaltiger Subventionen. Bei jedem Kilo, für das die Brasilianer (wie zuvor die Sowjets und die Rumänen) 1,30 Mark zahlen, muß der europäische Steuerzahler mehr als sieben Mark zuschießen. Denn für rund 8,50 Mark wurde es von den Erzeugern aufgekauft. Allein dieses signalisiert, in welcher Sackgasse die Agrarpolitik steckt, wie gewaltig die Fehlentwicklungen waren.

Als die EG 1957 gegründet wurde, gehörte Südamerika zu den traditionellen Lieferanten der Europäer. Nicht nur diese Einfuhren gibt es bis auf einen kleinen Rest für hochwertige Ware praktisch nicht mehr, weil die EG-Produktion aufgrund hoher garantierter Preise immer weiter ausgedehnt wurde. Sondern die EG hat, um mit den Überschüssen fertig zu werden, mit stark gedrückten Preisen den anderen auch Märkte abgejagt. Und jetzt werden die Handelsströme sogar umgekehrt.

Dieses hat schmerzliche Konsequenzen, ganz abgesehen von den Kosten. Die Absatzmöglichkeiten der Industrie werden eingeschränkt. Und die Vorbehalte der Entwicklungsländer gegen eine neue Liberalisierungsrunde im Welthandel, die auch von der Bundesregierung so heiß favorisiert wird, werden geschürt. Und warum das alles? Weil man nicht weiß, was mit den gewaltigen Überschüssen geschehen soll.



Arbeitsteilung KLAUS BÖHLE

Rau – ein Grünling?

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Niedersachsen-Wahl am Sonntag kann die Bundestagswahl nicht um sieben Monate vorwegnehmen. Man kann aber von einer Probier-Wahl sprechen. Die SPD testet das Rau-Konzept, die CDU das Kohl-Konzept.

Das geschieht unter den Bedingungen der Konkurrenz-Demokratie. Deren Idealfall ist: Starke Regierung und starke Opposition. Eine starke Bundestagsopposition setzt eine schwache außerparlamentarische Opposition voraus. Es scheint, als kehre dieser Normalzustand langsam wieder zurück. Vergleicht man den „heißen Herbst" 1983 mit den Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf, so zeigt sich, daß nicht einmal Tschernobyl ausreichte, um die außerparlamentarische Bewegung so vehement zu mobilisieren.

Um so mehr rücken die Flugsand-Wähler ins Blickfeld. Deren Anteil nimmt in dem Maße zu, wie die Bindung der Stammwähler an die Volksparteien abnimmt. Die wenigsten Wechselwähler entscheiden sich aus politischen Kalkül. Immer mehr bestimmt die Minderheit jener Urnengänger die Wahlen, die sich vom Fernsehduell-Wahlkampf beeindrucken lassen. Die Spitzenkandidaten zeigen sich gefroren lächelnd die Zähne – eine Abart der Werbepraxis: Sag mal „Cheese"! So dieser Tage auch in Niedersachsen.

Ernst Albrecht ist nicht Helmut Kohl, aber er ist ein gestandener Ministerpräsident, wie Kohl mittlerweile ein gestandener Kanzler. Beide haben das gleiche Wahlkampfkonzept: Erfolge ihrer jeweiligen Regierung plus wirtschaftlicher Aufschwung ergibt Optimismus, und Optimismus gewinnt die Wahl.

Gerhard Schröder ist nicht Johannes Rau. Die bundespolitische Zuspitzung „Hoffnungsträger Rau fordert Wende-Kanzler Kohl heraus" läßt sich nicht auf Niedersachsen übertragen. Schröder ist eher ein machtlüsterner Politpfiffikus als ein Hoffnungsträger, und Albrecht hat in Hannover nicht sich selbst zu wenden. Dennoch haben Schröder und Rau dasselbe Wahlkampf-Konzept: Vorgeblicher Durchbruch zur absoluten Mehrheit; verbale Absage an die Adresse der Grünen, um möglichst viele Sympathisanten der außerparlamentarischen Bewegung einzufangen; Schwerpunkt bleibt aber wie eh und je der „Kampf um die Mitte", weil nur wechselnde Randwähler der Union (gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, Landwirte, Frauen) den Wahlsieg bringen könnten.

Die SPD baut Rau als „besseren Menschen", als Verkörperung eines „neuen Zeitgeistes" auf. „Bruder Johannes" als einmaliger, als unverwechselbarer Heilsbringer? Irrtum. Das Ganze ist eine Neuauflage des siegreichen Wahlkampfes von Willy Brandt im dramatischen Jahr 1972.

Brandt selbst nannte es damals „Compassion". Dieses Wort beweist, daß nicht er das Original dieser Art Wahlkampf war, sondern Kennedy. Rau entpuppt sich als Abglanz Brandts, der seinerseits ein Kennedy-Abglanz war.

Doch 1986/87 ist nicht 1972. Rainer Barzels Versuch, Kanzler Brandt im Bundestag zu stürzen, hatte eine derartig atemberaubende Polarisierung erzeugt, daß Brandt mit einem versöhnenden Bergpredigt-Wahlkampf (sein „Compassion"-Spruch: „Habt Mut zu dieser Art Mitleid. Habt Mut zur Barmherzigkeit. Habt Mut zum Nächsten") den größten Wahlsieg der SPD im Bund erringen konnte. Aber zur absoluten Mehrheit hat es nicht einmal unter so unwiderbringlichen Umständen gereicht. Im Jahr 1986 ist die SPD mit wahlkämpferischer Hilfe des DGB dabei, künstlich jene innenpolitische Polarisierung zu inszenieren, die 1972 tatsächlich entstanden war. Wie damals Brandt soll Rau (sein Slogan: „Versöhnen statt spalten") als der gute Mensch und Staatsmann erscheinen, der unserem angeblich heillos zerrissenen Land den inneren Frieden schenkt.



Politisches Selbstmordprogramm? Rau, Schröder FOTO: SVEN SIMON

Rau möchte die „Willy wählen"-Wahl von 1972 wiederholen. Kann er das? Er hofft es, weil ihm im Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen ein Überraschungssieg mit absoluter Mehrheit gelang.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Brandt und Rau siegten aus der Position des Regierungschefs. Im Januar will Rau aber als Kandidat der Oppositionspartei siegen, und zwar mit absoluter Mehrheit. Das hat bisher nur einer geschafft – Lafontaine im Saarland. Mithin stellt sich Rau die Aufgabe, eine bundesweite Lafontaine-Wahl zu stemmen. „Bruder Johannes" ein Lafontaine?

Zieht man das Fazit, so steht unter dem Strich:

1. Wenn Brandt unter den Umständen des Jahres 1972 die absolute Mehrheit nicht erreichte, dann ist es in höchstem Maße unwahrscheinlich, daß Rau sie 1987 holen kann.

2. Folglich wäre ein Kanzler Rau allenfalls als Profiteur der mehrheitsbeschaffenden Grünen denkbar. Schröder mag sich in der Provinz über die Skrupel, von den Grünen abhängig zu sein, hinwegsetzen, obschon Börners hessische Erfahrungen schrecken. Ein Kanzler Rau jedoch müßte als „Grünling" – wie auch jeder Auswechselkandidat der SPD – gegen die USA (Abrüstungspolitik), gegen die NATO (Sicherheitspolitik) und obendrein gegen die „kapitalistische" Wirtschaft (Ausstieg aus der Industrie-Gesellschaft) anregieren. Das wäre ein politisches Selbstmordprogrammm.

Erinnern wir uns des erfahrenen Kärrners der Sozialdemokraten. Herbert Wehner sagte: „Wenn die SPD in Bonn die Macht verliert, wird sie fünfzehn Jahre brauchen, um sie zurückzugewinnen." Es sind erst vier Jahre um.

IM GESPRÄCH Otto Seidl

Der Neue im 1. Senat

Von Henning Frank

Als er vor acht Jahren als Richter an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe berufen wurde, schien dies die letzte Station seiner Justizlaufbahn zu sein. Bis vor wenigen Wochen hat Otto Seidl wohl selbst nicht damit gerechnet, daß er vor seiner 1996 ins Haus stehenden Pensionierung aus dem ehemaligen großherzoglichen Palais, dem heutigen Sitz des obersten Bundesgerichts für die ordentliche Gerichtsbarkeit, ausziehen würde. Doch als die bayerische Staatsregierung ihn als Nachfolger für seinen Anfang April verstorbenen Landsmann Franz Niedermaier im Bundesverfassungsgericht vorschlug, fühlte sich der „preußische" Altbayer in die Pflicht genommen.

Es ist nicht das erste Mal, daß der Einserjurist (er errang in der Assessorprüfung den 9. Platz unter 200 Examenskandidaten) damit dem von ihm über alles geliebten Zivilrecht untreu werden muß. Als Otto Seidl nach einer typischen Münchner Justizkarriere 1970 schließlich im Oberlandesgericht der bayerischen Landeshauptstadt landete, „borgte" sich der Verfassungsgerichtshof des Freistaates den OLG-Richter aus. Und der Münchner Handwerkerssohn, der mit seiner fast spröde wirkenden bescheidenen Art so gar nicht der landläufigen Vorstellung von einem bayerischen Einserjuristen entspricht, enttäuschte die in ihn gesetzten hohen Erwartungen nicht. Sein ebenso bedächtiges wie abwägendes Vorgehen wurde von dem Generalsekretär des bayerisches Verfassungsgerichts so geschätzt, daß Seidl schon wenige Jahre später selbst als berufsrichterliches Mitglied in den Gerichtshof berufen wurde.

Doch die 1978 mit der Wahl zum Richter am Bundesgerichtshof in Aussicht gestellte Rückkehr zum Zivilrecht ließ Seidl keinen Augenblick zögern, dieses Angebot anzunehmen. Daß er zunächst in Karlsruhe dem Familienrechtssenat zugeteilt wurde, erweckte bei dem mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen nach Baden verpflanzten Juristen – die altbayerische Liberalität, zu der er sich vorbehaltlos bekennt, birgt seiner Meinung nach viel Bewahrendes – Erinnerungen an seine erste juristische Arbeit, mit der er schon als Student Aufmerksamkeit erregt hatte. Zusammen mit einem Kommilitonen war er bei der Lösung der traditionellen Preis-



Die Preisfrage wurde zur Doktorarbeit: Neuer Verfassungsrichter Seidl FOTO: DIE WELT

frage der juristischen Fakultät der Universität München zum Sieger erklärt worden. Daß er seine ausgezeichnete Arbeit über die „elterliche Gewalt im Zeichen der Gleichberechtigung" später zu seiner Doktorarbeit „ausbaute", zeigt, daß er gar nicht so unpraktisch ist, wie man es so gern einem Einserjuristen unterstellt.

Mit der elterlichen Gewalt mußte sich Otto Seidl übrigens auch als Mitglied des Handelsrechtssenats des BGH, dessen Vorsitzender er eigentlich werden sollte, beschäftigen. Allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang. Mit seinen Senatskollegen entschied er, daß die Eltern ihre minderjährigen Kinder bei der Fortführung eines ererbten Handelsgeschäfts finanziell unbegrenzt verpflichten können. Daß dieses Urteil wenige Wochen vor seiner Wahl zum Bundesverfassungsrichter von seinen künftigen Kollegen des 1. Senats des Karlsruher Zwillingsgerichts für verfassungswidrig erklärt wurde, schmerzt Otto Seidl noch heute. Nun kommt er selbst in diesen Senat, der in letzter Zeit durch einige Entscheidungen wie den Brokdorf-Beschluß Aufsehen erregt hat und der einen bedächtigen, abwägenden Richter sehr gut brauchen kann.

Ganz braucht sich Otto Seidl, der keiner Partei angehört, nicht vom Zivilrecht zu verabschieden. Im „Grundrechtssenat" des Bundesverfassungsgerichts zeichnet er künftig für den Eigentumsartikel des Grundgesetzes (Artikel 14) verantwortlich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HEILBRONNER STIMME

Sie schreibt zum Beschluß des DJV-Vorstandes Südwest, der Mediengewerkschaft beizutreten:

Hier geht es auch um das Ansehen einer Berufsgruppe, zu deren Hauptanliegen es gehören muß, kritisch über der Wahrung der demokratischen Grundregeln in dieser Gesellschaft zu wachen. Genau hier aber haben die Delegierten und der Vorstand in dem Drang – oder unter sowohl selbstgeschaffenen wie von außen hereingetragenen ideologischem Druck –, sich auf Biegen und Brechen auch gegen den Mitgliederwillen mit der Mediengewerkschaft in der IG Druck zu vermählen, ein schlimmes Beispiel gegeben.

SUD-OUEST

Die in Bordeaux erscheinende Zeitung kommentiert den spanisch-französischen Fischereikonflikt:

Die EG wählt sich für ihre (Wirtschafts-)Kriege im allgemeinen ferne und konkurrierende Gegner wie die USA und Japan. Dieses Mal findet der Konflikt unter Mitgliedern innerhalb der erst kürzlich erweiterten Grenzen statt. Seltsames Europa ... Die Spanier müssen wissen, daß der Aufbau Europas – Entwurf für ein politisches Europa – nicht ohne Zähneknirschen und, manchmal vitale, Konzessionen abging. Es sieht allerdings so aus, als ob der Handstreich der baskischen Fischer ... auch darauf abzielt, wenige Wochen vor den Parlamentswahlen die Regierung in Madrid unter Druck zu setzen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie meint zu Genschers Kampfgas-Rede in Genf:

Allerdings hat Genscher mit Recht betont, daß es nicht nur um Teillösungen gehen kann, sondern daß ein umfassender Verzicht auf diese Schreckenswaffen erreicht werden muß. Es würde sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR wenig nützen, zu einer formell „C-waffenfreien Zone" zu gehören, solange diese Zone von außen mit solchen Waffen bedroht werden kann.

THE TIMES

Zum Bericht der Untersuchungskommission über die Explosion der Raumfähre „Challenger" schreibt das Londoner Blatt:

Die NASA hat ein Vergabesystem, das den Wettbewerb zugunsten von Verträgen mit Alleinlieferanten ausschließt. Damit ersetzt das Ermessen von Beamten die technische Qualität, die sich in einem Wettbewerbsmarkt bewähren muß. Eines der Ergebnisse eines solchen Vorgehens ist, daß abweichende Meinungen in Bezug auf Neuerungen, der Lebensquell jeder Technik, nicht erwünscht sind.

SALT und die europäische Bequemlichkeit

Warum Ronald Reagan Druck auf die Sowjets ausübt / Von Herbert Kremp

Der amerikanische Präsident hat die weitere Beachtung der Rüstungsbegrenzung (SALT I und SALT II) an das Wohlverhalten der Sowjetunion gegenüber den beiden Abkommen gebunden. Die vom Kongreß nicht ratifizierte SALT-II-Vereinbarung der Carter-Zeit (1979) hielt Ronald Reagan bisher peinlich ein, obwohl die Sowjetunion den Kern der Abmachung, einen annähernden Gleichstand der Raketenrüstung anzustreben, nicht beachtet. Sie rüstete und rüstet darauf los, quantitativ und, was viel wichtiger ist, qualitativ. Der Raketentyp SS 25, der bereits bei der Truppe eingeführt wurde, bedeutet angesichts seiner Leistungsfähigkeit eine Sprengung von SALT II – er weist in die Richtung einer Politik der Überlegenheit. Sowjetische Überlegenheit hat aus der Natur des Systems heraus den Charakter potentieller politischer Erpressung. Die technische Qualität der Waffen ist dabei nicht exakt bestimmbar. Es kann sein, daß sie zur Hälfte nicht besser sind als Tschernobyl.

Die Ankündigung Ronald Reagans, SALT II für hinfällig zu erklären, falls die Sowjets sich bis Ende des Jahres nicht auf den qualitativen Sinn der vereinbarten Rüstungsbegrenzung besinnen, entspricht den politischen Proportionen der beiden Weltmächte. Während die offene Gesellschaft der USA sozusagen täglich die Offenlegung des Rüstungsstandes einfordert, nutzt die geschlossene Gesellschaft der Sowjetunion die Chance, beispielsweise durch die innenpolitisch nicht kritisierbare Verschlüsselung von Raketentest-Daten „Sprünge der Überlegenheit" (Weinberger) zu veranstalten.

Dem Verbündeten Bundesrepublik kann das nicht gleichgültig sein, weil Verschiebungen der militärischen Proportionen zwischen den Weltmächten die Sicherheit in Europa in Frage stellen. Die früheren Bundeskanzler haben dieses Problem in den Begriff des „Gleichgewichts" gekleidet. In Wirklichkeit meinten sie – jedenfalls Helmut Schmidt – die waffentechnische (also nicht unbedingt die quantitative) Überlegenheit, deren offene Systeme bedürfen, um gegenüber geschlossenen und überdies ideologisch ausgerichteten den Frieden erhalten zu können. Die Amerikaner haben das Moment ihrer technologischen Leistungsfähigkeit bei der Diskussion über die Einhaltung von SALT II ins Spiel gebracht, um das Genfer Mächtegespräch über Rüstungsbegrenzungen voranzutreiben. Sie wissen, daß auf die Sowjetunion Druck ausgeübt werden muß, um etwas zu erreichen. Dieser klassischen Methode bedient sich der Präsident auch im Falle der Raketenabwehr (SDI).

Man legt den Formelkompromiß des ABM-Vertrages (er verbietet im Tenor auf beiden Seiten den Aufbau eines umfassenden Verteidigungssystems gegen Raketen) vernünftigerweise im Sinne der eigenen Interessen weit aus, um der strategischen Idee, die gegenseitige Abschreckung mit der Zeit von der Offensivdrohung auf Defensiv-Kapazitäten umzustellen, sachdienlichen Nachdruck zu verleihen. Erfolge auf diesen Gebieten können sich einstellen, wenn die Amerikaner in der Lage sind, mit Unterstützung ihrer Verbündeten den Druck lange genug auf die Sowjetunion auszuüben. Die östliche Macht, daran gilt es immer wieder zu erinnern, ist nur deshalb an den Genfer Verhandlungstisch zurückgekehrt, weil sich dort eine gewisse, sei es auch nur propagandistische, Möglichkeit bietet, die USA von ihren SDI-Plänen abzubringen.

Für den nüchternen Beobachter steht fest, daß den Verbündeten der Weltmächte nichts anderes übrig bleibt, als die Verfahrenstaktik ihrer Führungsstaaten zu unterstützen. In Ostmitteleuropa gibt es darüber keine Diskussion, wenigstens nicht im Wesentlichen. Das gewissen Sträuben Honeckers oder Ceaucescus gegen die Nach-Nachrüstung der Sowjets (Stationierung von Kurzstrecken-Systemen als Antwort auf die Pershing 2) wird in Teilen Westeuropas überbewertet. Die Unterstützung der amerikanischen Konferenz-Taktik – Erzielung von Ergebnissen durch Verhandlungsdruck – wäre für die Bundesrepublik ein Gebot der Vernunft. Die freie und von politischen Erpressungen verschonte Lebensverfassung Westeuropas ist das Ergebnis der sowjetischen Vermutung, daß die USA entschlossen und in der Lage sind, die Westseite des alten Kontinents mit überlegener Macht zu schützen.

Unter dem Schirm dieser Drohung leben die Europäer angenehm. Sie können es sich sogar leisten, unter solchem Schutz und Schirm die Politik der USA, die Taktik ihrer Konferenzstrategie, zu kritisieren. Die Verhandlungsposition Washingtons wird dadurch zwar nicht verbessert, aber auch nicht verändert. Denn jede Weltmacht (das ist auch bei der Sowjetunion so) entscheidet in wirklich wichtigen Fragen unilateral.

Außenminister Genscher hat in Genf die amerikanische Entscheidung, SALT II und die Auslegung des ABM-Vertrages vom sowjetischen Verhalten abhängig zu machen, kritisiert. Er sprach für die Bundesregierung, also für den Kanzler. Wie die meisten seiner Reden erweckt auch diese den Eindruck, daß Genscher die Außenpolitik dazu benutzt, um innenpolitisch „Akzeptanz" zu gewinnen. Es ist beruhigend zu erkennen, daß man in Washington und Moskau weiß, was man von derlei Durchsichtigkeit zu halten hat.

In Wien werden jetzt die Karten neu gemischt

Waldheim siegt, Sinowatz geht, Vranitzky kommt – und die Probleme bleiben. Probleme, die die regierende SPÖ mit sich selbst hat, Probleme, die Österreich vor allem mit seiner Wirtschaft hat. Vor diesem düsteren Hintergrund taucht am Wiener Horizont wieder das Stichwort Große Koalition auf.

Von CARL G. STRÖHM

Das hatte Kurt Waldheim sicher nicht geahnt: daß seine Wahl zum Bundespräsidenten die Regierung erschüttern und eine schwere Identitätskrise der Sozialisten auslösen würde. Sie hatte sich bereits vor dem Wahltag angedeutet. Aus den Ländern, etwa aus Salzburg, Tirol, Kärnten und Steiermark, drangen verzweifelte Proteste und Warnungen der dortigen Funktionäre: der in Wien unternommene Versuch, Waldheim als „Kriegsverbrecher" und „Nazi" aus dem Felde zu schlagen, hatte unter den Wählern und Mitgliedern der Sozialisten schwere Verstimmungen und Widerstand ausgelöst.

Die SPÖ geriet mit ihrer Wahlkampfführung, bei der sie – zumindest in der Anfangsphase – die publizistischen Angriffe des Auslands gegen Waldheim genüßlich für sich ausschlachtete – in Gefahr, aus dem patriotischen Grundkonsens der Österreicher auszusteigen. Die Wiener Parteiführung hat hier offenbar zu sehr auf die Linksintellektuellen und auf das Ausland und zu wenig auf die solide Basis in den eigenen Reihen gehört.

Das Sinowatz-Konzept einer kleinen Koalition, das von Bruno Kreisky vor dessen Ausstieg aus der aktiven Politik 1983 noch eingefädelt worden war, bestand in der Forcierung einer Zusammenarbeit mit der kleinen Freiheitlichen Partei (die in mancher, aber keineswegs jeder Hinsicht ein Pendant zur FDP der Bundesrepublik darstellt). Dieses Konzept – die verlorene absolute Mehrheit der Sozialisten durch die FPÖ-Stimmen auszugleichen – war auch unter den Sozialisten keineswegs unumstritten. Solange sich unter Sinowatz als Kanzler und dem FPÖ-Vorsitzenden Norbert Steger als Vizekanzler die Sache halbwegs anließ, schwiegen die sozialistischen Kritiker. Dann aber brachen innerhalb der FPÖ schwere Konflikte zwischen einem „sozialistenfreundlichen" Regierungsflügel unter Steger und eher nationalen, rechtsstehenden Gruppierungen in den Ländern, besonders in Kärnten, auf.

Vor allem konnten die Freiheitlichen durch Beteiligung an der sozialistisch geführten Regierung keinen Stimmenzuwachs für sich verbuchen. Kreiskys seinerzeitige Rechnung, die FPÖ könne als bürgerliche Interessenvertretung Stimmen von der Volkspartei abziehen, verwandelte sich ins Gegenteil. Die enttäuschten mittelständischen Wähler kehrten der FPÖ scharenweise den Rücken. Die beschränkte Handlungsfähigkeit der Freiheitlichen, die von einer Krise und einer Intrige zur nächsten taumelten, stellte auch die Wiener Regierungskoalition in Frage.

Mit besonderem Zorn reagierte der Kärntner Landeshauptmann (Ministerpräsident) Leopold Wagner – einer der einflußreichsten Sozialisten. Er drohte kurz vor der Wahl der FPÖ mit der Aufkündigung der Koalition, falls die FPÖ-Wähler beim zweiten Wahlgang zum Bundespräsidenten wieder, wie bereits am 4. Mai, vorwiegend für Waldheim stimmen sollten. Das war indirekt auch eine Attacke auf Sinowatz. Nun – wie nicht anders zu erwarten – stimmten auch am letzten Sonntag die freiheitlichen Wähler für den bürgerlichen und nicht für den sozialistischen Kandidaten.

Die schwere Krise in der verstaatlichten Industrie Österreichs und die Probleme des Haushalts (Staatsverschuldung) führten auch zu einem Einbruch in die traditionellen Wählerschichten der SPÖ. Die Industrie-Arbeiterschaft ist tief enttäuscht und verbittert, daß sich die von den Sozialisten unter Kreisky ausgesprochenen Arbeitsplatz-Garantien (nach der auch in der Bundesrepublik nicht unbekannten Formel: „Lieber Schulden und fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslose") als Bumerang erwiesen haben. Der verzweifelte Versuch der SPÖ, in der letzten Phase des Wahlkampfes den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Kurt Steyrer mit einer Garantie der Arbeitsplätze und einer „Bürgschaft" für die Renten hervortreten zu lassen – obwohl jedermann wußte, daß weder das eine noch das andere in der Macht eines Bundespräsidenten steht –, erwies sich als schwerer Fehler. Man verärgerte und verunsicherte die Stammwählerschaft der Sozialisten noch zusätzlich.

Innerhalb der SPÖ, vor allem auf dem Gewerkschaftsflügel, gibt es eine starke Strömung, welche von jeher und vor allem wegen der sich nun häufenden schweren Wirtschaftsprobleme (Sanierung der verstaatlichten Industrie mit möglichen Massenentlassungen und notwendigen Umsetzungen von Arbeitskräften) für eine Wiederholung der großen Koalition plädiert – also für ein, wenn auch vorübergehendes Regierungsbündnis mit der Volkspartei. Dann könnten die schwersten wirtschaftspolitischen Probleme und die unpopulärsten Maßnahmen zur Haushaltssanierung angepackt werden, ohne daß die große Oppositionspartei ÖVP die Möglichkeit gewänne, parteipolitisch daraus Nutzen zu ziehen.



Krisenmanager in der Krise: Österreichs designierter Bundeskanzler Franz Vranitzky und sein resignierter Vorgänger Fred Sinowatz FOTO: DPA

Wenn Sinowatz jetzt den Kanzlersessel für seinen bisherigen Finanzminister Franz Vranitzky freigemacht hat, so ist das ein Zeichen dafür, daß die „Groß-Koalitionäre" innerhalb der SPÖ-Führung seit der Waldheim-Wahl weiter an Boden gewonnen haben. Vranitzky gilt als pragmatischer, tüchtiger Finanzfachmann und Bankexperte. Er genießt auch bei der ÖVP Reputation. Sicher bedeutet seine Ernennung zum Bundeskanzler noch nicht, daß die jetzige Koalition sofort platzen muß. Aber daß gemeinsam mit Sinowatz auch Außenminister Gratz und Landwirtschaftsminister Haiden das Kabinett verlassen – womit zwei Schlüsselpositionen in der Regierung neu besetzt werden müssen –, zeigt bereits, daß Kanzler Vranitzky vor der Notwendigkeit steht, die Karten ganz neu zu mischen. Die Tatsache, daß jetzt in Österreich Parteiführung und Regierungsführung voneinander getrennt sind, wird dem neuen Kanzler die Aufgabe nicht gerade leichter machen.

Jenseits der Waldheim-Wahl eröffnen sich also ganz neue Perspektiven. Die seit einem Jahrhundert festgefügte und in der Arbeiterschaft verankerte SPÖ, die unter Kreisky fast anderthalb Jahrzehnte überwältigende Triumphe feiern konnte, zeigt Erosionserscheinungen – nicht nur als Folge der Verschleiß-Prozesse nach so langer Regierungsverantwortung, sondern auch als Konsequenz des sozialen Wandels, der sich in Österreich vollzogen hat.

Der SPÖ ist darüber hinaus mit den österreichischen Grünen, deren Kandidatin Freda Meissner-Blau beim ersten Präsidentschaftswahlgang einen Achtungserfolg erzielte, ein gefährlicher Konkurrent zu ihrer Linken entstanden. Die Volkspartei wiederum, die jahrelang von einer Niederlage in die andere taumelte und deren Funktionäre bereits den Mut verloren hatten, jemals etwas gegen die Sozialisten ausrichten zu können, hatte neue Zuversicht geschöpft. Auch hier erweist sich nichts als so erfolgreich wie der Erfolg.

Die österreichischen Sozialisten sind immer noch eine straff organisierte, mitgliederstarke Partei – im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist die SPÖ um ein Mehrfaches stärker als die SPD. Aber die gesellschaftspolitischen Fundamente, die noch auf dem legendären „Austro-Marxismus" und der Legende vom „roten Wien" beruhen, erscheinen plötzlich nicht mehr so unerschütterlich.

Eine Mission mit Haken und Hindernissen

Lange tat sich nichts im Falle der entführten acht Deutschen in Nicaragua. Dann überschlugen sich in den letzten beiden Tagen die Ereignisse. Im folgenden die Entwicklung aus der Perspektive des Bonner Krisenstabes.

Von BERNT CONRAD

Gestern morgen um 8.30 Uhr deutscher Zeit (0.30 Uhr in Nicaragua) war es so weit: Vermittler Hans-Jürgen Wischnewski von der SPD konnte die acht von den Contras entführten deutschen „Aufbauhelfer" unversehrt in Freiheit begrüßen. Als die Nachricht in Bonn eintraf, atmeten die Männer des Krisenstabes im Auswärtigen Amt zum erstenmal seit drei Wochen tief durch. Sie hatten Tag und Nacht Knochenarbeit geleistet, um die Entführten – von denen zumindest einige der Bundesregierung durchaus nicht freundlich gesonnen waren – in Sicherheit zu bringen. „Diese Zeit werde ich nicht so bald vergessen", knurrte ein hartgesottener Diplomat.

Das entscheidende Problem für Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinen Krisenstab bestand darin, eine Lösung zu finden, die den Entführten nicht nur formell die Freilassung bescherte, sondern auch ihre Sicherheit gewährleistete. Das erwies sich als äußerst kompliziert, denn sowohl die nicaraguanische Regierung als auch die antisandinistischen Contras äußerten von vornherein den Verdacht, die jeweils andere Seite könnte die „Aufbauhelfer" im letzten Augenblick umbringen und dann dem Gegner die Verantwortung dafür in die Schuhe schieben.

Bonn mußte also – unter Einschaltung der Amerikaner, des Genscher-Mitarbeiters Jansen, des SPD-Abgeordneten Wischnewski und des katholischen Weihbischofs Stehle – um eine Übergabe der Entführten unter optimalen Sicherheitsverhältnissen, vor allem unter Zeugen, bemüht sein. „Hätten wir zu den Contras gesagt: Laßt die Leute einfach irgendwo im Urwald laufen, dann hätte die Freilassung schon Tage vorher über die Bühne gehen können. Aber das konnten wir im Interesse der acht nicht machen", heißt es im Krisenstab.

Übergabe-Vorschläge kamen von den Rebellen und der Regierung in Nicaragua. Aber einer von beiden lehnte immer ab. Eine erste konkrete Lösung zeichnete sich am 5. Juni ab: Ein Hubschrauber mit Wischnewski und dem deutschen Botschafter in Managua sollte an einen von den Contras vorbestimmten Ort fliegen und dort die „Aufbauhelfer" übernehmen. Dazu kam es jedoch nicht. Die Gründe sind in Bonn noch heute unklar.

Am Dienstag nachmittag legten die Contras dann Genschers Bürochef Jansen in Honduras einen neuen Plan vor: Wieder sollte ein Hubschrauber eingesetzt werden – diesmal an einem anderen Ort. Doch die Sandinisten erklärten dem von Bonn informierten Wischnewski: „Wir können nicht garantieren, daß die Contras nicht den Hubschrauber mitsamt den Freigelassenen abschießen." Also erneut Fehlanzeige.

Noch am gleichen Abend aber überstürzten sich die Ereignisse. Um 22.10 Uhr rief Jansen noch einmal in Bonn an und teilte mit: „Mein Gesprächspartner kommt soeben und sagt: ‚Wir werden die acht Leute entweder heute (Dienstag) nachmittag um 17.00 Uhr oder morgen früh zwischen acht und zehn Uhr an einem Ort freilassen, der an der Straße zwischen Managua und Rama liegt. Dort soll Wischnewski mit einer weißen Fahne erscheinen. Dann lassen wir die Leute laufen'."

Wenige Minuten später ein neuer Anruf Jansens: „Die Contras lassen die Deutschen jetzt endgültig heute um 17.00 Uhr frei." Ein schneller Anruf bei Wischnewski in Managua. Der verständigte die Sandinisten, sprang in ein wartendes Auto und raste los. Inzwischen handelten die Rebellen: Um 18.00 Uhr Ortszeit gaben sie in Presillitas, einem kleinen Ort 15 Kilometer westlich von Rama, die „Aufbauhelfer" frei.

Als Zeugen fungierten dort ansässige nicaraguanische Mitglieder der evangelischen Herrnhuter Gemeinde. Bonn hatte den Bischof von Rama kurzfristig gebeten, ebenfalls an der Übergabe teilzunehmen. Ob das geklappt hat, ist noch nicht ganz klar. Aber es scheint so zu sein. Um 0.30 Uhr Ortszeit schließlich erschien Wischnewski vor Ort und konstatierte: „Alles in Ordnung. Die Entführten sind frei und unversehrt."

Damit war das Drama beendet. Warum die Lösung nach wochenlangem Hin und Her plötzlich so schnell kam, kann man in Bonn nur vermuten. Es liegt nahe, die bevorstehende Abstimmung im amerikanischen Kongreß über die weitere Finanzhilfe an die Contras damit in Verbindung zu bringen. Genscher jedenfalls läßt keinen Zweifel daran: „Wir sind mit der Unterstützung durch die amerikanische Regierung sehr zufrieden."



Unter dem Bildnis Sandinos: Nicaraguas Staatschef Daniel Ortega mit Vermittler Hans-Jürgen Wischnewski in Managua FOTO: AP

„Managua spielte mit Wischnewski"

Von WALTER H. RUEB

Zwischen der deutschen Nicaragua-Gesellschaft mit Sitz in Bonn und hochrangigen Vertretern der antisandinistischen Opposition bestanden während des über dreiwöchigen Entführungsdramas um acht junge Deutsche enge Kontakte. Michael Sommer, Vorsitzender der Nicaragua-Gesellschaft, sagte gegenüber der WELT: „Nach den uns vorliegenden Informationen verzögerten die Sandinisten die Verhandlungen, um die Entführungs-Affäre möglichst lange propagandistisch auszunützen. Als der SPD-Politiker Jürgen Wischnewski in Managua eintraf und sich in die Verhandlungen einschaltete, benützten sie selbst ihn als Spielball ihrer Verzögerungstaktik."

Nach Angaben von Frank Arrana, dem Sprecher der oppositionellen Demokratischen Kräfte Nicaraguas (FDN), glaubten seine Leute bei der Festnahme der acht Deutschen, es handele sich um Libyer, Russen, Deutsche aus der „DDR" oder um Kubaner. Arrana erklärte hinterher: „Die acht Deutschen waren bewaffnet und trugen zum Teil militärische Kleidung. Für ähnliche Fälle in der Zukunft wurde von der militärischen Führung der FDN folgende Anordnung erlassen: Westdeutsche sollen nach eingehendem Verhör sofort freigelassen, Waffen beschlagnahmt werden."

Nach Angaben von Arturo Cruz und Adolfo Calero, neben Alfonso Robelo die politischen Führer der Unidad Nicaraguense Opositorio (UNO), des Dachverbands sämtlicher Oppositionsgruppen im Ausland, beabsichtigten die Contras, die Deutschen unverzüglich wieder freizulassen. Das Eintreffen von Wischnewski habe jedoch die Situation grundlegend verändert und die Einschaltung von Auswärtigem Amt, Bundeskanzler und Bundespräsident habe zu einem den Sandinisten hochwillkommenen Medienspektakel geführt, den sie weidlich und lange ausgenützt hätten.

Wischnewski sei als Vermittler aufgetreten, habe jedoch von Beginn seiner Aktivitäten an in Managua Partei für die Sandinisten ergriffen. Arrana: „Vor allen Fernsehkameras beteuerte er seinen Einsatz für die acht Deutschen. Gespräche mit den Contras aber lehnte er ab. Ist es nicht eines Vermittlers Aufgabe, mit allen beteiligten Parteien zu sprechen?"

Nach Angaben von Arrana wurde Wischnewski schließlich von seinen nicaraguanischen Freunden getäuscht und mißbraucht. „Die FDN teilte den Sandinisten die Koordinaten des Übergabeortes mit, der Hubschrauber mit Wischnewski aber flog absichtlich an einen ganz anderen Ort und entschuldigte das Mißlingen der Aktion hinterher mit schlechtem Wetter. Dabei war keine einzige Wolke am Himmel. Das Manöver sollte Managua weiter Gelegenheit geben, über die Contras zu lamentieren, die wehrlose, opferbereite Aufbauhelfer aus dem westlichen Ausland verschleppten und an den Rand des Todes brachten ... Um den Comandantes nicht ein zweites Mal Gelegenheit zu einem derartigen Manöver zu geben, wurden die acht Deutschen jetzt an einem von uns festgelegten Ort und zu einer von uns beschlossenen Zeit freigelassen. Die Drohungen der Sandinisten, im Falle einer Mißachtung ihres Ultimatums militärische Aktionen zu unternehmen, hatten auf unsere Entscheidungen keinerlei Einfluß. Auch dies war nur Propaganda und sollte in Wahrheit vertuschen, daß die Sandinisten die militärische Kontrolle über den Südosten Nicaraguas verloren haben. Uns aber gelang es, innerhalb weniger Tage mehrere tausend Mann in dem fraglichen Gebiet zu konzentrieren. Wischnewski aber wurde zum Schluß von den Comandantes fast lächerlich gemacht: Man stellte ihm zur Heimholung der Freigelassenen keinen Hubschrauber zur Verfügung. Der SPD-Politiker mußte sich auf der Straße 250 Kilometer durch unwegsames Gelände quälen. Sein Stellenwert scheint in Managua inzwischen sehr gering zu sein."

Kirchenschlaf gegen die Kirchenmüdigkeit

Was tut man in der Kirche? Beten, sollte man vermuten. Doch ein Pastor in Hamburg-Bramfeld lockt mit einer ganz anderen Einladung: Er bittet zum Schlaf.

Von GISELA SCHÜTTE

Tasche und die Einkaufstüten abstellen, ein bißchen hin- und herrücken auf den harten Kirchenbänken, die pflastermüden Füße ausstrecken, die Augen zu – ah, der freundliche Organist in der Hamburger Petri-Kirche, mitten in der City, wärmt sich die Finger mit den Schmeichellauten des „Wohltemperierten Klaviers" von Bach. Das tut gut. Ideale Bedingungen für meinen Test.

Tatsächlich, das ist entspannend. Sollte man sich öfter gönnen, diesen Kirchenschlaf. Die Orgel lullt mich ein. Ein Wechsel im Übungsprogramm allerdings schreckt mich auf: Nein, moderne Klänge beim Meditieren liegen mir nicht. Ich nehme meine Tüten und gehe. Dennoch – den Versuch hat es gelohnt. Kirchenschlaf tut gut. Das Rezept kann man empfehlen.

„Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf", steht in den Psalmen. Pastor Martin Matthias Hartenstein (43) von der Simeons-Kirche im Hamburger Stadtteil Bramfeld nimmt diesen Satz als Schlüssel zur Missionierung kirchenmüder Großstädter. Er bietet den Kirchenschlaf als Heilmittel gegen Streß und Seelenpein an. Meditation auf norddeutsch und evangelisch. Nein, das ist weder ein Witz noch ein Werbegag für eine abgelegene Ortskirche.

Die Erkenntnis regelmäßiger Kirchgänger, daß der Besuch im Gotteshaus jederzeit entspannend wirkt, hat für religionsmüde Großstädter offenbar Neuigkeitswert. Deshalb wirbt Hartenstein für seine Therapie des Ruhens oder Schlafens in der Kirche als Regeneration für gestreßte Seelen. Wenn die Simeons-Kirche, ein denkmalgeschützter, stilreiner Bau der fünfziger Jahre, im September renoviert ist, wird das Gotteshaus jeden Nachmittag für Schläfer und Träumer geöffnet, zur Selbstbesinnung ohne Predigt und Anleitung.

Das Rezept hat der blonde Pastor aus Radebeul bei Dresden (man hört es noch ein wenig) bereits in der 800 Jahre alten Dorfkirche in Bosau am Plöner See ausprobiert. Die „Therapie" besteht aus dem feierlichen Raumeindruck der Kirche, der „besonderen Qualität der Ruhe im Gotteshaus" und der Bereitschaft zur Selbstbesinnung. Die wiederum fördert der schlaue Pastor noch durch Musik: „Bach", sagt er, „genauer die Violinkonzerte, sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders zur Förderung archetypischer Gedanken geeignet."

Vereinfacht heißt das, bei Bach'schen Geigenmelodien denkt man gern über Gott und die Welt nach. Pastor Hartenstein hat auch Psychologie studiert. Städter, die mit unbewältigten Problemen mangels Aussprache-Möglichkeit immer häufiger einen Seelenberater brauchen, sollen also im Kirchenschlaf Muße und Besinnung erfahren. Ganz ohne religiöse Zutaten. Doch der eine oder andere, so geht die kluge Rechnung, hat vielleicht Lust, auch zum Gottesdienst wiederzukommen. Die Kirchen müssen nämlich inzwischen um Mitglieder werben, seit in den norddeutschen Großstädten in manchen Vierteln nur noch jeder Dritte der Kirche angehört.

Die Missionsziele haben sich also von tropischen Ländern in das Quartier um die Ecke verlagert. Diese Mission vor der Haustür gilt gerade auch den jungen Leuten, die in obskure Sekten abwandern. Wenn einer unbedingt meditieren möchte, so braucht er dafür keinen indischen Guru. Er kann das in der Kirche tun, bei Bach vom Endlosband. Die Reaktionen der Kirchenschläfer, versichert der Pastor, sind positiv.

Geschnarcht hat keiner. Dabei ist die Einladung zum Schlaf wörtlich gemeint. In Bramfeld, wo sich Hartenstein seit fast vier Jahren mit drei Kollegen um die Gemeinde kümmert, findet die Einladung Gehör. „Ich bringe meinen Mann mit", sagt eine Frau, „der ist immer so hippelich."

Und die Pastorenkollegen? Manche warten ab, meint Hartenstein, manche sind ohnehin immer kritisch. Das scheint ihn wenig zu kümmern. Er wirkt ausgeglichen, gutgelaunt und selbstsicher. Das Rezept dafür ist einfach: Kirchenschlaf.

Der Chemie-Tarif garantiert realen Lohnzuwachs

J. G. Düsseldorf

Arbeitgeberverband und IG Chemie sind sich bei der Bewertung des neuen Tarifvertrages, der für die 680 000 Beschäftigten der deutschen Chemieindustrie nebst verwandten Branchen wie Öl- und Kautschukindustrie vereinbart wurde (WELT von 11.6.), in zwei Punkten einig: Erstens bringe die in der Phase gesamtwirtschaftlicher Preisstabilität beschlossene Tarifzulage von 4,5 Prozent für zwölf Monate den Arbeitnehmern den seit anderthalb Jahrzehnten höchsten realen Einkommenszuwachs.

Und zweitens sei jetzt nach fünf Verhandlungsjahren der Einstieg in den geplanten „Jahrhundert-Vertrag" einheitlicher Bezahlung von Arbeitern und Angestellten für gleiche Arbeit gelungen: Facharbeitern wird ab Anfang 1987 der Effektivverdienst über den bisherigen Lohntarif hinaus je nach Dauer der Lohngruppen-Zugehörigkeit mit 30 bis 80 Pfennig pro Stunde tariflich abgesichert.

Das ist der Vormarsch zum einheitlichen „Entgelttarif", der die herkömmlichen und im Betriebsalltag längst fließenden Grenzen zwischen Arbeitern und Angestellten endgültig aufhebt. Manches Großunternehmen der Branche praktiziert ähnliches seit langem mit der Beförderung bewährter Facharbeiter zu „Ehrenangestellten". Vorwiegend „kostenneutral" nennt denn auch der Arbeitgeberverband den ausgehandelten Tarif. Mit Rücksicht auf etliche Chemie-Mittelständler, bei denen es zum Anstieg der Facharbeiterlöhne führen dürfte, gilt dieser Teil des Tarifvertrages erst von 1987 an.

Differenzierter klingt das Urteil der Chemie-Arbeitgeber zur Tarifzulage von 4,5 Prozent. Damit legt sich die Branche in die Mitte des großen Metall-Tarifabschlusses mit 4,4 Prozent dauerhafter Tarifzulage und 4,6 Prozent Effektivbelastung während der einjährigen Vertragszeit. Für die ersten Monate wird die Effektivbelastung mit Pauschalzahlungen abgegoltenen. Anders als in der Metallindustrie; wo auch Großunternehmen drastisch von „unvernünftig hohem" Abschluß mit Konsequenz des Wegrationalisierens von Arbeitsplätzen sprechen, ist die Kritik aus dem Lager der Chemiefabrikanten zum neuen Abschluß verhaltener.

Aber auch ihr Arbeitgeberverband räumt ein, daß mancher Produzent in der vier Dutzend Sparten umfassenden Chemieindustrie an dieser Lohnrund schwer zu schlucken haben wird, beispielsweise Zulieferanten für die Bauwirtschaft oder den gleichfalls konjunkturlahmen Schiffbau. Im übrigen werde erst das Resultat der erhofften Wiederbelebung des Chemiegeschäfts über Vernunft oder Unvernunft in dieser Tarifrunde entscheiden: Der neue Chemie-Tarif muß sich also erst bewähren. Vornehmlich mit Kunden-Spekulation auf weitere Produktverbilligung aus dem Ölpreisverfall erklären die Chemiefirmen den im ersten Tertial 1986 nach dreijährigem Höhenflug nun zweiprozentigen Produktionsrückgang. Einstweilen rechnen sie damit, daß die da aufgestaute Nachfrage im Rest des Jahres zur Produktionserholung führt.

„Grundlagen-Vertrag nicht interpretieren"

AP, Bonn

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat die Kommunen zu einem Verzicht auf politische Grundsatzerklärungen bei deutsch-deutschen Städtepartnerschaften aufgefordert. Windelen sagte gestern in Bonn vor Vertetern der kommunalen Spitzenverbände, Bekenntnisse zu Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung könnten sich für die Praxis einer Partnerschaft als Hemmschuh erweisen, da sie diesseits und jenseits der Grenze unterschiedlich ausgelegt würden.

Die Bundesregierung, so Windelen, werde sich weiter bemühen, „daß die DDR möglichst vielen Städten und Gemeinden, die das seit langem wünschen, Partnerschaftsbeziehungen ermöglicht". Für konkrete Verträge empfahl Windelen den Gemeinden, den Grundlagen-Vertrag und internationale Vereinbarungen nicht zu interpretieren. Bei den Vereinbarungen solle besonderes Gewicht auf „Möglichkeiten zu individuellen und gemeinschaftlichen Begegnungen der Bürger" gelegt werden.

Zimmermanns Fazit aus Brokdorf und Hamburg

Bericht des Innenministers vor dem Kabinett

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat gestern dem Bundeskabinett über die Ausschreitungen in Wackersdorf, Brokdorf und Hamburg berichtet. Zimmermann kommt darin zu dem Schluß, daß „die Einstufung der Vermummung und passiven Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftatbestand aus dem Gesichtspunkt der Abschreckung völlig unzureichend ist". Die WELT dokumentiert Zimmermanns Bericht in Auszügen.

II. Erfahrungen

Aus den Ereignissen aus Wackersdorf, Brokdorf und Hamburg sind folgende besondere Erfahrungen zusammenzufassen:

– Die Anreisen von vermummten Gewalttätern erfolgten häufig in geschlossenen Konvois; die Kfz-Kennzeichen der Busse und Personenkraftwagen waren verdeckt;

– Tatmittel wurden in die Nähe der Orte des Geschehens vorher herangeschafft, Steine als Wurfgeschosse in Lastkraftwagen mitgeführt;

– Anmaßung von Verkehrslenkungsmaßnahmen durch Demonstrationsteilnehmer auf Krädern war festzustellen.

– Es wurden Tätlichkeiten auch gegen friedliche Demonstrationsteilnehmer verübt, um den Einsatz der Polizeikräfte zu erzwingen, worauf diese dann massiv angegriffen wurden.

– Das Gewaltpotential agierte im Schutz friedlicher Demonstranten (dabei behinderten auch Kinder die Polizeiaktion). Erstaunlich ist die „Solidarisierung" beziehungsweise Tolerierung friedlicher Demonstrationsteilnehmer mit dem Gewaltpotential.

– Auch außerhalb der genannten Demonstrationen werden zunehmend Einrichtungen der Energieversorgung und damit im Zusammenhang stehende Unternehmen angegriffen und zerstört.

III. Organisatorische Strukturen

... Während der gewalttätigen Aktionen an den Pfingsttagen waren auch logistische Strukturen erkennbar. Einzelne Störergruppen standen untereinander in Funkverbindung und warnten sich rechtzeitig vor Zugriffsversuchen der Sicherheitskräfte. In zahlreichen Erddepots waren zuvor Brandsätze und Waffen versteckt worden.

Während der Ausschreitungen in Brokdorf am vergangenen Wochenende teilte der illegale Sender „Radio Zebra" den Störern die Kräfteverschiebungen der Polizei mit. Die Initiative zu dieser gewalttätig verlaufenen Demonstration ging vom Landesverband der Grünen in Schleswig-Holstein aus...

IV. Folgerungen

1. Rechtspolitische Überlegungen

Die gewalttätigen Aktionen haben unsere Erfahrungen bestätigt, daß die Einstufung der Vermummung und passiven Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftatbestand aus dem Gesichtspunkt der Abschreckung völlig unzureichend ist. Außerdem wiederholen wir unsere Forderung, den alten Landfriedenstatbestand wieder einzuführen. Denn wer sich bei kriminellen Handlungen – wie sie in Wackersdorf und Brokdorf geschehen sind – nicht entfernt und durch seine Anwesenheit den Gewalttätern Schutz gewährt, macht sich mitschuldig an den Ausschreitungen. Unverhältnismäßige Bestrafungen können im Einzelfall durch Paragraph 153 StPO korrigiert werden.

2. Prävention

Die auf Antrag des Bundesministers des Inneren erfolgte Entscheidung der IMK, den Meldedienst „Landfriedensbruch und verwandte Straftaten" (besonderer Inpol-Fahndungsbestand) fortzuführen, hat sich als richtig erwiesen. Er muß allerdings konsequent angewendet werden, insbesondere sollte das Meldeverhalten der Länder verbessert werden, um daraus ein effektiveres Mittel zur Erkennung und Bekämpfung „reisender Gewalttäter" zu machen. Im übrigen kommt es darauf an, bei den Sicherheitsbehörden anfallende Staatsschutzerkenntnisse gezielter zum Erkennen der „reisenden Gewalttäter" auszuwerten...

3. Personelle und materielle Verstärkung der BPdL und des BGS

Wir alle erkennen die Notwendigkeit, die brutalen Gewaltaktionen an den Bauzäunen in Wackersdorf, Brokdorf und andernorts zu unterbinden. Schäden an den Anlagen, Verletzungen von Polizeibeamten und Beschädigungen an deren Ausrüstung lassen sich durch weiträumige Absperrungen sowie den Einsatz von Wasserwerfern als Distanzmittel zwar nicht ausschließen, aber einschränken. Eine personelle und materielle Verstärkung der BPdL und des BGS sind dabei unerläßlich.

„Alle Formen des Widerstands sind notwendig"

DW. Göttingen

Die logistische und ideologische Vorbereitung der gewaltsamen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf wird deutlich in Flugblättern, die in der vergangenen Woche in Göttingen – einem der Zentren des gewaltsamen „Widerstandes" der autonomen Kräfte in der Bundesrepublik – kursierten. Wie diesen Flugblättern zu entnehmen ist, fand das Vorbereitungstreffen der Brokdorf-Demonstranten vor einer Woche am Donnerstag in einem Hörsaal der Universität statt.

Ein Aufruf der Autonomen dokumentiert das Ziel der Gewalttäter, das auch der Hamburger Verfassungsschutz-Präsident Christian Lochte am Montag in den ARD-„Tagesthemen" ansprach: „Die politisch naheliegende Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen wird (bisher, d. Red.) nicht ergänzt durch die logisch daran anzuknüpfende Forderung nach sofortiger STILLEGUNG DER HERRSCHENDEN KLASSE ... An solchen Punkten (Brokdorf und Siemens-KWU, d. Red.) die Konfrontation mit dem Kapitalistenpack vorantreiben, statt dem reformistischen Gefasel der bürgerlichen Grünen aufsitzen!"

Die „Alternative-Grüne-Initiativen-Liste" schrieb: „Solange das mörderische Atomprogramm weitergeführt wird, sind alle Formen des Widerstands gegen die Einrichtungen der Atomindustrie und des Atomstaats berechtigt und notwendig."

Der „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" schrieb zusammen mit der Uni-Grün-Alternativen Liste und dem Kommunistischen Bund (KB, auch er ist in Göttingen stark vertreten): „In diesem Unterdrückungssystem sind alle Formen des Widerstands gegen dessen Strukturen zu dessen Beseitigung legitim und notwendig ... (In Brokdorf) wird es selbstverständlich über eine verbale Auseinandersetzung hinausgehen. Wir begreifen die Mauer (um das Kraftwerk. d. Red.) nicht als Tabu, sondern Aktionen dagegen als einen Ausdruck praktischen Widerstands."

Zur Hinfahrt in Bussen nach Brokdorf gab es Richtlinien des „Arbeitskreises": „Bei allen außerplanmäßigen Aufenthalten sollen bis auf die Vertrauensleute, die dann sofort gemeinsam beraten, alle Leute in den Bussen sitzenbleiben. Alle sollten sich aber bereithalten, kurzfristig aussteigen zu können, um gegebenenfalls die Autobahn zu blockieren oder ähnliches ... Es ist vereinbart, sich an Sperren von der Polizei in keinem Falle kontrollieren zu lassen."



Generalstaatsanwalt in Köln: Bereslav Schmitz

In dem jetzt als Landtagsdrucksache vorliegenden Protokoll der nicht-öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses des Nordrhein Westfälischen Landtags über das Zustandekommen des Ermittlungsverfahrens gegen den Bundeskanzler ist eine Frontstellung von Justizminister Rolf Krumsiek gegen die Bonner Staatsanwaltschaft deutlich geworden.



Justizminister in Düsseldorf: Rolf Krumsiek FOTOS. DPA

Justizminister Krumsiek warf Bonner Staatsanwälten „Rechtsfehler" vor

GÜNTHER BADING, Bonn

Der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek hatte vor dem Rechtsausschuß des Düsseldorfer Landtags zunächst eine eigene Erklärung zum inzwischen eingestellten Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler abgegeben. In der nichtöffentlichen 9. Sitzung vom 16. April wurde der Justizminister laut Ausschußprotokoll 10/237 danach gefragt, ob die Bonner Staatsanwälte – die erst nach der von ihm gebilligten Weisung des Kölner Generalstaatsanwalts Bereslav Schmitz ermittelt hatten – Rechtsfehler gemacht hätten. In dem in indirekter Rede verfaßten Protokoll heißt es dazu, Minister Krumsiek habe darauf bestätigt, „daß die Staatsanwaltschaft Bonn nach seiner Meinung rechtsfehlerhaft gehandelt habe. Sie habe das im nachhinein auch hingenommen, da sie nicht remonstriert habe. Der Rechtsfehler bestehe darin, daß die Staatsanwaltschaft den „Anfangsverdacht" falsch ausgelegt habe; das umfangreiche Material sei von ihr nicht so umfassend gewürdigt bzw. anders bewertet worden, als das seitens des Generalstaatsanwalts geschehen sei." Zur Nachfrage nach dem konkreten „Rechtsfehler" heißt es im Protokoll weiter: „Dabei gehe es um den gesamten Akteninhalt, erwidert Minister Dr. Krumsiek, und den könne er nicht zugänglich machen."

Einen Tag nach der Ausschußsitzung wurde Krumsieks Behauptung von Rechtsfehlern widerlegt. Das Amtsgericht Bonn stellte sich in dem Beschluß mit Aktenzeichen 50 CS 348/86 hinter die ursprüngliche Auffassung der Bonner Staatsanwälte. Es hielt fest, daß der Bundeskanzler ein „zu Unrecht Beschuldigter" sei. Das Landgericht Bonn bestätigte (Az: 31 Qs 73/86) diese Einschätzung. Dennoch erteilte Generalstaatsanwalt Schmitz mit Billigung durch Minister Krumsiek keineswegs die Weisung, die Ermittlungen einzustellen. Stattdessen ordneten sie an, nun in Richtung eventueller Geldbotentätigkeit einer Kohl-Mitarbeiterin zu ermitteln. Danach aber war im Bundestags-Untersuchungsausschuß, wo der Kanzler laut Strafanzeige die Unwahrheit gesagt haben sollte, überhaupt nicht gefragt worden.

Der nordrhein-westfälische Justizminister bestätigte vor dem Rechtsausschuß auch, daß seine Kabinettskollegen Innenminister Schnoor und Bundesratsminister Einert zu dem Ermittlungsverfahren die Unwahrheit gesagt hatten. Minister Krumsiek laut Ausschußprotokoll: „Es treffe zu, daß Minister Dr. Schnoor und Minister Einert anläßlich einer Pressekonferenz in Bonn aufgrund ihres Informationsstandes zu der Angelegenheit Erklärungen abgegeben hätten, die nicht ganz richtig gewesen seien. Er habe mit beiden Ministern darüber gesprochen. Man habe sich darauf verständigt, die Darstellungen nicht zu berichtigen, weil die gleichzeitig abgegebene richtige Presseerklärung des Justizministers in dieser Sache ohnehin den Vorrang habe."

Mit öffentlichen Erklärungen hatten der nordrhein-westfälische Justizminister – auch Krumsiek-Vorgängerin Ilse Donnepp – und der Kölner Generalstaatsanwalt schon früher ihre Schwierigkeiten. Noch vor der Eröffnung des Verfahrens gegen die ehemaligen Wirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff hatte im Februar 1982 eine öffentliche Vorverurteilung beider FDP-Politiker begonnen. In einem Schreiben vom 10. Februar 1982 an den Justizminister hatte deshalb der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn vorgeschlagen, den damals gegebenen Sachverhalt in einer Presseerklärung darzulegen. Wegen der öffentlichen Vorverurteilung wollte er im letzten Absatz festhalten: „Die Staatsanwaltschaft sieht sich aufgrund jüngster Vorkommnisse zu dem Hinweis veranlaßt, daß die im Rechtsstaat geltende Unschuldsvermutung auch in dieser Sache Beachtung finden muß." Gegen sämtliche Beschuldigten bestehe nur ein begründeter Anfangsverdacht. Dem allerdings trat der Generalstaatsanwalt mit einer Verfügung (405 E – 7.60) entgegen: „Von den Ausführungen im letzten Absatz ist abzusehen." Diese Verfügung wurde „mit der Bitte um Mitzeichnung" auch an den damals noch Leitenden Oberstaatsanwalt und heutigen Generalstaatsanwalt Schmitz gegeben.

Eine Woche später erteilte der Justizminister in Düsseldorf die Weisung, daß der Hinweis auf die im Rechtsstaat geltende Unschuldsvermutung zugunsten von Graf Lambsdorff und Hans Friderichs keinesfalls in öffentliche Äußerungen der Bonner Staatsanwälte Eingang finden dürfe. Wörtlich heißt es im Schreiben mit dem Geschäftszeichen 1044 E – III B.584: „Ich bitte ferner, sicherzustellen, daß eine Äußerung wie im letzten Satz der von dem Leitenden Obestaatsanwalt in Bonn vorgesehenen Presseerklärung in jedem Falle unterbleibt."

Baum für Staatsanwälte bei Gewalt-Demonstrationen

FDP-Politiker: Schnelle Beweissicherung vor Ort nötig

DIETHART GOOS/DW. Bonn

Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) hat die Länderjustizminister aufgefordert, möglichst schnell die Voraussetzungen für den Einsatz von Staatsanwälten zur Beweissicherung bei gewalttätigen Demonstrationen zu schaffen. Dies sei als Konsequenz aus den schweren Ausschreitungen vor wenigen Tagen am Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe und anschließend Krawallen in Hamburg dringend nötig.

In einem Gespräch mit der WELT empfahl der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende zugleich seinem Parteifreund Justizminister Hans Engelhard, umgehend die Länderressortchefs zu diesem Thema an den Konferenztisch nach Bonn einzuladen.

Baum verwies auf einen wachsenden Unmut unter den bei Demonstrationen eingesetzten Polizeibeamten. Immer wieder müßten gewalttätige Demonstranten bei späteren Gerichtsverfahren wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden. „Das demotiviert und verbittert die Beamten. Sie sagen, was sollen wir die Steinewerfer greifen, wenn die später doch nicht gerichtlich belangt werden."

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion fügte hinzu: „Es darf ja wohl nicht so sein, daß die Gewalttäter sagen, wir können machen was wir wollen, uns geschieht ja doch nichts."

Nur wenige Festnahmen

Zugleich verwies Baum auf ein Mißverhältnis bei den schweren Ausschreitungen zu Pfingsten am Baugelände für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf in der Oberpfalz. Dort sei eine große Zahl von Gewalttätern in Erscheinung getreten, aber nur wenige seien festgenommen worden. Notwendig sei also auch das richtige taktische Konzept der Polizei, um solche Straftäter zu stellen.

Der FDP-Politiker verwies auf Untersuchungen der Polizeiführungsschule Hiltrup bei Münster. Dort seien Demonstrationen mit schweren Ausschreitungen, wie sie sich schon führer in Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf ereigneten, analysiert worden. Daraus habe sich die Forderung der Polizeiführer ergeben, nicht nur Objekte zu sichern und Gewalttäter bei Demonstrationen abzuwehren, sondern auch festzunehmen. Baum sagte, dabei müßten Beweisschwierigkeiten ausgeschlossen werden.

Bei seiner Forderung nach Einsatz von Staatsanwälten geht es Baum nicht um Schnellgerichte. „Vielmehr muß man dafür sorgen, daß die Polizisten nach erfolgter Festnahme bei den Gewalttätern bleiben und die Beweissicherung durch einen Staatsanwalt vorgenommen wird, der vor Ort ist und am Wochenende mal nicht Tennis spielt."

Abschreckende Wirkung

Nach erfolgter Beweissicherung sollten die Gerichtsverfahren gegen gewalttätige Demonstranten bald folgen. „Es muß dafür gesorgt werden, das dies zügig geschieht und nicht monatelang dauert. Denn wir brauchen notwendigerweise die abschreckende Wirkung auf potentielle Gewalttäter."

Gleichzeitig appellierte *Baum* an die Verantwortung der Politiker gegenüber den Polizisten. „Wir Politiker müssen den Beamten bei ihrer schweren Arbeit helfen, indem wir die politische Diskussion über aktuelle Themen wie Kernenergie und Gewalt führen. Da haben wir eine Bringschuld." Keinesfalls dürfe es zu einer Solidarisierung gegen die Polizei kommen, die immer wieder von der Politik im Stich gelassen worden sei. „Die Beamten müssen oft ausbaden, was die Politiker zu verantworten haben."

Auch Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich dafür ausgesprochen, gegen Gewalttäter, die das friedliche Demonstrationsrecht untergraben, „mit der Härte des Gesetzes" vorzugehen. Er plädierte für „Staatsanwälte vor Ort" ähnlich wie bei sportlichen Veranstaltungen. „Wir sind eine wehrhafte Demokratie und keine Bananenrepublik", betonte Engelhard in Bonn. Es sei dringend notwendig, im Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern, zwischen Polizei und Justiz, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den reisenden Gewalttätern mit rechtsstaatlichen Mitteln das Handwerk zu legen. Engelhard hat die Justizminister der Länder gebeten, gemeinsam mit seinem Ministerium auf Abteilungsleiterebene in dieser Woche auszuloten, welche Maßnahmen im Justizbereich noch möglich sind.

Über „Enteignung" zur Stillegung der Atomanlagen

hy. Düsseldorf

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen sehen sich auf dem Weg, mit einem Volksentscheid die Stillegung aller Atomanlagen zu erzwingen. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der die Regelungen des Atomgesetzes, dem alle Atomanlagen unterliegen, umgehen könne, hat zum Ziel, daß das Land „selbst Eigner werden und dann abschalten" könne.

In Düsseldorf erläuterte gestern Reiner Geulen, Berliner Rechtsanwalt und Partner des ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, die Forderung nach Vergesellschaftung der Nordrhein-westfälischen Atomanlagen und die „Überführung in das Eigentum des Landes ist der einzig gangbare und verfassungsrechtlich saubere Weg", um den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie zu erreichen. Grundlage des Ansinnens ist Artikel 15 des Grundgesetzes, der diese Möglichkeit bei Entschädigung des Eigentümers vorsieht.

In Frage kommen das Kernkraftwerk Würgassen, der Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm und die Urananreicherungsanlage Gronau. Der Schnelle Brüter in Kalkar wurde nicht in den Katalog aufgenommen, weil er nach Ansicht der von den Grünen gegründeten „Aktion Volksentscheid gegen Atomanlagen" ohnehin nicht ans Netz gehen dürfe.

Der zuständige Innenminister Schnoor (SPD) geht davon aus, daß die formalen Voraussetzungen für den Gesetzentwurf erfüllt seien. Die Antragsteller machten aber gestern keinen Hehl daraus, daß sie alle juristisch denkbaren Schritte ergreifen würden, falls das Kabinett Rau, das letztlich die Entscheidung trifft, ablehnt.

Noch nicht in Betracht gezogen wurde, daß nach der NRW-Verfassung Volksbegehren über „Finanzfragen" nicht zulässig sind, der Entwurf jedoch Entschädigungen bei der Enteignung vorsieht. In der „Aktion" sind Jusos, kirchliche Gruppen, Grüne und Kinderschutzbund vertreten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SPD-Programm zur ökologischen Erneuerung

AP, Bonn

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat ein Programm zur „ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft" vorgelegt. Bei der Vorstellung des Programms sagte der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Hauff, gestern in Bonn, das Konzept sei so zugeschnitten, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen binnen vier Jahren in die Praxis umgesetzt werden können. Leitideen der Grundsatzerklärung sind die Koordination der Politik unter dem Vorzeichen der Umweltschutzes, die Modernisierung der Wirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten sowie die Verankerung des Vorsorgeprinzips in der Umweltpolitik.

Demonstration „Hessen belagert den Landtag"

rtr, Wiesbaden

Die für Samstag geplante und am Dienstag vom Veranstalter abgesagte Großdemonstration in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gegen die weitere Nutzung der Atomenergie soll nun doch stattfinden. Das „Hessische Aktionsbündnis zur sofortigen Stillegung aller Atomanlagen" teilte gestern mit, eine Sondervollversammlung des Bündnisses habe am Vorabend beschlossen, ungeachtet der Krawalle bei mehreren Anti-Atom-Protesten vom Wochenende an der Demonstration unter dem Motto „Hessen belagert den Landtag" festzuhalten. Dem Aktionsbündnis gehören unter anderem die Grünen und zahlreiche Bürgerinitiativen an.

Artukovic legt Berufung gegen Todesurteil ein

dpa, Zagreb

Die drei Verteidiger des im Mai 1986 zum Tode verurteilten früheren kroatischen Innenministers Andrija Artukovic (86) haben beim Obersten Gericht der Republik Kroatien Berufung eingelegt. Artukovic sei wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht in der Lage gewesen, dem Prozeß zu folgen, begründeten die Verteidiger ihren Revisionsantrag. Daneben seien dem Verurteilten die ihm konkret zur Last gelegten Greueltaten im Zweiten Weltkrieg nicht nachgewiesen worden. Artukovic ist nach Auffassung der jugoslawischen Behörden für den Tod von mehr als 700 000 Juden, Serben und Sinti verantwortlich.

„Genehmigung für Wackersdorf offen"

Münchner Justizminister Lang weicht von der Parteilinie ab / Umdenken in der CSU?

PETER SCHMALZ, München

Das Reaktorunglück von Tschernobyl und die darauffolgende Beunruhigung der Bevölkerung zeigt auch in der CSU zunehmende Wirkung. Nach dem Münchner CSU-Vorsitzenden Erich Kiesl, der beim Bau der Wiederaufarbeitungsanlage bei Wakkersdorf eine „Denkpause" anregte und dafür im CSU-Landesvorstand wie auch in seinem eigenen Bezirksvorstand auf Kritik stieß, äußerte sich nun auch erstmals ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung in einer Weise, die als vorsichtige Absetzbewegung vom bisherigen Parteikurs angesehen werden muß: Justizminister August Lang erklärte auf einer CSU-Veranstaltung in Regensburg, die Entscheidung der bayerischen Regierung über die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA sei offen.

Strauß gegen Rückzug

Bisher hatten sich Partei und Regierung uneingeschränkt zum Bau der WAA bekannt, noch am Wochenende meinte Ministerpräsident Franz Josef Strauß, ein Rückzug komme nicht in Frage, weil er ein Rückzug des Rechtsstaates wäre. Jetzt aber sagte der Justizminister wörtlich: „Bevor wir einer solchen Entscheidung (zweite Teilerrichtungsgenehmigung, die Red.) 1988 nähertreten, muß die Energiewirtschaft klar und überzeugend dartun, ob die Wiederaufarbeitung heute und in Zukunft notwendig und nach wie vor wirtschaftlich sinnvoll ist." Man werde dann ein neues Urteil bilden, ob die Anlage energiepolitisch notwendig, technisch sinnvoll, wirtschaftlich vertretbar und moralisch gerechtfertigt sei.

August Lang, dem als CSU-Bezirksvorsitzenden der Oberpfalz die Eskalation am Bauplatz und die wachsende Solidarisierung der Bevölkerung mit Gewalttätern besondere Sorgen bereitet, äußerte damit im Gegensatz zu Kiesl, dessen Vorschlag auf ein von der CSU nach wie vor abgelehntes Moratorium hinausläuft, offenbar Gedankenspiele, die in Kreisen der Regierung und der Parteiführung inzwischen sehr wohl angestellt werden, wenngleich sie noch nicht publik gemacht werden sollten.

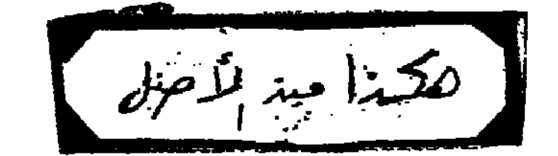
Für seine vorwitzigen Äußerungen wird ihn der Ministerpräsident nun gewiß „zur Brust nehmen", doch ist damit nicht mehr zu verhindern, daß die interne WAA-Strategie der CSU bekannt wurde: Sie zielt auf Zeitgewinn. Vorerst wird die Regierung am 10. Juli in der Staatskanzlei mit Experten über die Problematik der Kernenergie beraten und dann wird erst einmal der Bayerische Verwaltungsgerichtshof zu Wort kommen. Dieser hatte angekündigt, die Verhandlung zu den Anti-WAA-Klagen nach der Bundestagswahl nochmals aufzunehmen.

Damit aber könnten Verzögerungen im Bau eintreten, da nicht damit zu rechnen ist, daß die DWK als Bauherrin den ihr eingeräumten Bauvollzug durch forcierte Baumaßnahmen aufs Spiel setzt. Somit aber könnte die Entscheidung über die zweite Teilerrichtungsgenehmigung nicht 1988, sondern ein oder zwei Jahre später anstehen. Bis dahin aber, so kalkuliert Bayerns politische Führung, besteht mehr Klarheit, ob die von der SPD geforderte direkte Endlagerung technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Jetzt dreigleisig

Insgesamt schält sich ein neuer energiepolitischer Weg der CSU auf drei Gleisen ab: Die Kernenergie wird weiterentwickelt, soweit sie benötigt wird; alternative Energiequellen werden forciert untersucht, wobei technisch Sinnvolles nicht an Finanzfragen scheitern soll; schließlich soll Energie eingespart werden, wobei als realistisches Ziel angesehen wird, den derzeitigen Strombedarf ungefähr zu halten. „Dann", so der CSU-Umweltpolitiker Alois Glück, „könnten wir mit dem vorhandenen Park an Kraftwerken auskommen."

Mehr Klarheit über die künftige Energiepolitik Bayerns soll eine zehn Punkte umfassende große Anfrage der CSU-Fraktion an die Staatsregierung bringen. Glück: „Wir wollen dadurch Realisierbares aufzeigen und die SPD zum Schwur zwingen, damit sie endlich sagt, was sie in der Energiepolitik wirklich anzubieten hat."



Langsam findet Uganda wieder zu sich selbst

WELT-Gespräch mit Innenminister Paul Ssemogerere

ACHIM REMDE, Bonn

Er ist Christ und Demokrat und hat Freunde in der CDU/CSU-Fraktion in Bonn. Der Vorsitzende der ugandischen „Democratic Party" (DP), Paul Ssemogerere, ist kein Unbekannter in der Bundesrepublik. Vom 9. bis 11. Juni hielt er sich jedoch zum ersten Mal als Innenminister der Regierung Yoweri Musevenis zu politischen Gesprächen in Bonn auf, wo er unter anderem mit Bundesminister Schäuble zusammentraf.

Uganda, einst britische Musterkolonie und „Perle Afrikas", von der Natur mit Schönheit und Fruchtbarkeit gesegnet, durch die Greueltaten Idi Amins aber zum Symbol des Niedergangs Afrikas geworden, scheint dem Kreislauf von Menschenrechtsverletzungen und politischer Gewalt, aus dem auch Amins Nachfolger Obote und Tito Okello das Land nicht befreien konnten, seit der Machtübernahme Yoweri Musevenis im Januar 1986 endgültig entronnen zu sein. Selten stimmen politische Beobachter unterschiedlichster Provenienz so sehr in der durchgängig positiven Beurteilung eines Regimes überein wie im Falle Musevenis.

Innerhalb von vier Jahren will Museveni eine Entscheidung über das künftige politische System Ugandas herbeiführen. Wird das wie allenthalben in Afrika die Einheitspartei sein? „Ugandas Probleme sind dadurch entstanden, daß die Inhaber der Macht den demokratischen Pluralismus unterdrückt haben", meint Ssemogerere. Er ist Verfechter der Ansicht, daß ein Mehrparteiensystem nach westlichem Vorbild auch für Uganda das Richtige sei. „Doch wenn es Museveni gelingt, einen nationalen Konsensus herbeizuführen, der in eine Einheitspartei mündet, würden wir, (die DP), das unterstützen."

Ist Museveni nicht einer jener afrikanischen Führer der zweiten Generation, die, wie Sankara in Burkina Faso und Rawlings in Ghana im Geruch des Marxismus stehend, gewaltsam die Macht übernahmen, dann überraschend zum Nutzen der Bevölkerung eine pragmatische Politik verfolgten und deshalb breite Zustimmung fanden? Gemeinsam ist ihnen, daß sie von der Mehrparteiendemokratie nichts halten. „Ich glaube, daß Museveni nicht mit Rawlings und Sankara verglichen werden möchte. Mein Eindruck ist, daß er die Frage, ob Einheitspartei oder Mehrparteiensystem, noch nicht entschieden hat." Im Augenblick gilt in Uganda ein „gentlemen's agreement", nach dem Parteien zwar nicht verboten sind, sich aber nicht betätigen.

Während Museveni sowohl Obote als auch Okello mit seinen Guerillatruppen bekämpfte, war Ssemogerere unter Obote Oppositionsführer und unter Okello gar Innenminister.

Warum ist der Friedensschluß von Nairobi, in dem Okello und Museveni eine gemeinsame Regierung vereinbarten, nie in die Praxis umgesetzt worden? „Es fehlte an internationaler Unterstützung", meint Ssemogerere lakonisch. Doch es ist kein Geheimnis, daß Museveni den Kampf fortsetzte, weil er die Früchte seines Widerstandes gegen Obote nicht mit Okello teilen wollte. Die Menschenrechtsverletzungen gingen unter Okello weiter. „Die Armee war außer Kontrolle", sagt Ssemogerere, „und da der Guerillakampf weiterging, war es nicht möglich, sie zu disziplinieren." Die innere Sicherheit, für die gegenwärtig die Armee Musevenis zuständig ist, soll künftig von der Ssemogerere unterstellten Polizei gewährleistet werden. Ssemogerere hofft dabei auf deutsche Ausrüstungshilfe.


Stabilisierender Faktor: Ssemogerere FOTO: REMDE

Ssemogerere hat sich Verdienste erworben. Unter Obote hat er Menschenrechtsverletzungen angeprangert, unter Okello die Freilassung politischer Gefangener betrieben. Daß er dem wenig rühmlichen Regime Okellos in derselben Eigenschaft diente wie jetzt dem Musevenis, mag nur ein Schönheitsfehler sein.

„Atomteststopp wäre Gefahr für Abschreckung"

cvb. Brüssel

Die Vereinigten Staaten bezeichnen es als „Irrglauben", daß durch ein Verbot unterirdischer Atomwaffenversuche der Frieden sicherer werde. Im Gegenteil: Die Einstellung der Versuche, wie es vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow verlangt werde, könne die Kriegsgefahr erhöhen. Gorbatschows Vorgehen sei darauf gerichtet, durch im Westen populäre Schritte Vorteile für die Sowjetunion zu erzielen. Diese Ansichten vertritt der Direktor der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde der USA, Kenneth Adelman, in der offiziellen Zeitschrift des nordatlantischen Bündnisses, „NATO Review".

Adelman legt vier „zwingende" Gründe vor, die das Problem der Teststopps in den Zusammenhang der Abschreckung stellen: „Die Sicherheit, die Zuverlässigkeit, die Wirksamkeit und schließlich die Glaubwürdigkeit unserer nuklearen Abschreckung, die den Frieden bewahrt. Ein volkstümliches Argument lautet heute, durch das Stoppen der Tests würde im Laufe der Zeit das Vertrauen jeder Seite in ihre Nuklearwaffen abnehmen. Dadurch würden die Chancen verringert, daß diese Waffen jemals eingesetzt werden. Das klingt logisch, aber es ist falsche Logik." Schwäche hat oft erst (zur Aggression) eingeladen." Nachlassendes Vertrauen und Unsicherheiten über die eigene Verteidigungsstärke seien ungeeignet, das Kriegsrisiko zu verringern. „Wenn wir das Vertrauen in unsere Fähigkeiten verlieren und der Gegner dies so sieht – egal ob er recht hat oder nicht –, dann würde die Abschreckung geschwächt. Das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes würde steigen."

Während eines Moratoriums könnten die Sowjets in ihrer geschlossenen Gesellschaft ihre Nuklearlaboratorien weiter beschäftigen. In der freien Gesellschaft Amerikas würden sich die Fachleute notgedrungen eine produktivere Tätigkeit suchen. Im übrigen sei unvergessen, daß die Sowjetunion 1961 ein bestehendes Moratorium mit 40 Atomtests in neun Wochen gebrochen habe. Schließlich hätte die durch Versuche ermöglichte ständige Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen dazu geführt, daß die zusammengerechnete Sprengkraft aller US-Kernwaffen heute nur noch ein Viertel der des Jahres 1960 betrage. (SAD)

Gemischtes Echo auf Genschers Rede bei der Genfer Abrüstungskonferenz

Skepsis vor allem bei den Vertretern aus dem Ostblock / SALT 2 und chemische Waffen

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die Ausführungen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf der Genfer Abrüstungskonferenz haben in Konferenzkreisen zwar ein recht positives Echo gefunden, sein Optimismus aber wird von Vertretern des Ostblocks nicht geteilt. Sie äußerten Zweifel und Skepsis daran, daß dieser Optimismus etwas an der Haltung der USA ändern könne, das SALT 2-Abkommen nur noch bis zum Jahresende einzuhalten. Der sowjetische Chefdelegierte Viktor L. Israelian bedauerte in seiner Rede darüberhinaus die Beschlüsse der Vereinigten Staaten und der NATO, nun die Produktion binärer Chemiewaffen aufzunehmen.

Ermutigende Fortschritte

Genscher hatte sich am Dienstag als Gastredner zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode der Genfer UNO-Abrüstungskonferenz nachdrücklich für den baldigen Abschluß eines Chemiewaffenverbot-Abkommens ausgesprochen. An dieser bis August dauernden Konferenz nehmen Vertreter von vierzig Nationen teil. Zum Thema SALT 2 sagte Genscher: „Im Vorfeld eines Abkommens über eine Reduzierung der strategischen Atomwaffen treten wir für eine Weiterbeachtung der SALT-Begrenzungen als Rahmen für eine Politik der beiderseitigen Zurückhaltung ein. Die SALT-Bestimmungen bilden eine wichtige Ausgangsbasis, auf der weitergehende Vereinbarungen entwickelt werden können. Wir hoffen, daß beide Seiten die Voraussetzungen schaffen, damit dieser kooperative Rahmen erhalten bleiben kann."

Von zentraler Bedeutung bei den Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen sei das Verifikationsproblem – die Überprüfbarkeit. Hier gebe es jedoch bereits erhebliche Fortschritte. Es sei ermutigend, mit welcher zähen Sachlichkeit sich die Delegationen bei der Genfer Abrüstungskonferenz bemühen, angemessene Bestimmungen sowohl für die Regelkontrollen als auch für Kontrollen im Falle des Verdachts eines Vertragsverstoßes bemühten.

Die Bundesregierung begrüße, daß die Sowjetunion am 22. April internationalen Kontrollen bei der Vernichtung von chemischen Waffenbeständen und Herstellungsanlagen einschließlich Inspektion vor Ort zugestimmt habe. Zwei wichtige Fragen, nämlich die Überwachung der Nichtproduktion chemischer Waffen und die Verdachtskontrolle, blieben allerdings noch zu lösen.

„Für die Bundesregierung hat der baldige Abschluß eines weltweiten Chemiewaffenverbot-Abkommens absolute Priorität. Darin weiß sie sich mit allen Bündispartnern einig. Ich richte einen eindringlichen Appell an die Delegierten der Genfer Abrüstungskonferenz, die noch verbleibende Zeit der Sitzungsperioden 1986 voll zu nutzen und die Arbeiten für ein Chemiewaffen-Abkommen abzuschließen", betonte der Bundesaußenminister.

Gegen Zonen-Politik

Genscher sprach sich jedoch gegen östliche Pläne zur Schaffung chemiewaffenfreier Zonen aus, wie sie kürzlich der Bundesrepublik von der „DDR" vorgeschlagen wurden. Der Einsatz von chemischen Waffen in regionalen Konflikten in der Dritten Welt in jüngster Zeit habe gezeigt, daß es zu einem weltweiten Verbot keine sachliche Alternative gebe. Im Interesse einer „Verstetigung" der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und um Übereinkünfte in Sachfragen leichter zu erreichen, sei es besonders wichtig, daß ein zweites Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow wie vereinbart noch in diesem Jahre stattfinde. Dazu sei ein „Durchbruch" bei den Chemiewaffen-Verhandlungen und eine Einigung über die Grundlagen eines Zwischenabkommens über Mittelstreckenraketen wesentlich.

Paris verschärft Ausländerrecht

dpa, Paris

Ausländer sollen künftig schneller aus Frankreich ausgewiesen werden können. Der Ministerrat beschloß darüber hinaus gestern in Paris gegen „äußerst schwerwiegende Bedenken" des sozialistischen Präsidenten Mitterrand strengere Regelungen für die Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen. Nach dem Gesetz müssen alle Ausländer mit ihren Kindern das Land verlassen, wenn sie nach drei Monaten keine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Legal in Frankreich lebende Ausländer können ausgewiesen werden, wenn sie zu Haftstrafen verurteilt sind. Für die Einreise wird künftig zur Abwehr „falscher Touristen" der Nachweis einer Existenzgrundlage verlangt.

Berufung Wagners zum Staatssekretär

dpa, Bonn

Auf Vorschlag von Umweltminister Walter Wallmann (CDU) ist der frühere hessische Landrat Christean Wagner (43) gestern vom Bundeskabinett zum beamteten Staatssekretär im Bundesumweltministerium berufen worden. Der promovierte Jurist Wagner gehört dem Bundesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU an. Im März 1985 verlor die CDU bei der „Erdrutsch"-Kommunalwahl im hessischen Kreis Marburg-Biedenkopf die Mehrheit. Wagner mußte seinen Posten als dortiger Landrat an den SPD-Politiker Kurt Klien abgeben. Im Herbst 1985 wurde er zum Direktor des Frankfurter Instituts für Wirtschaftspolitische Forschung ernannt.

Moskau verstärkt Druck auf Christen

idea, Moskau

In der Sowjetunion hat sich der Druck auf Christen, deren Gemeinden sich einer staatlichen Kontrolle widersetzen, erheblich verstärkt. Nach Angaben des Vorsitzenden des Bundes der staatlich nicht registrierten Evangeliumchristen-Baptisten, Gennadij Krjutschkow, sollen diese 2000 Christen-Gemeinden mit allen Mitteln dazu gebracht werden, sich staatlich registrieren zu lassen. Damit müßten sie sich jedoch verpflichten, auf die religiöse Unterweisung von Jugendlichen und Kindern sowie auf karitative Aktivitäten zu verzichten. Der 59 Jahre alte Krjutschow lebt seit 1971 im Untergrund und wird vom sowjetischen Geheimdienst KGB steckbrieflich gesucht.

Strahlen-Fall in Finnland „ein Mysterium"

meh. Kopenhagen

Hinter einem in Finnland registrierten Strahlenzwischenfall stehen vermutlich „Meßfehler": Diese Hypothese vertrat in einer Pressekonferenz in Helsinki das finnische Strahlenschutzinstitut. Am Montag gegen 20.00 Uhr hatte die Meßstation im südfinnischen Kotka mit 1,8 Milliröntgen je Stunde viermal so hohe Strahlenbelastungswerte gemessen, wie sie nach der Katastrophe von Tschernobyl beobachtet worden waren. Im Vergleich zu den damals in Schweden festgestellten 0,03 Milliröntgen je Stunde hätten die Messungen von Kotka sogar den Faktor 60 bedeutet.

Schon am Montag vermuteten die Finnen, nachdem eigenes aktuelles Versagen ausgeschlossen und keine Zwischenfälle von den benachbarten Kernkraftwerken gemeldet wurden, Falschmessungen. Ein Experte, der daraufhin die Meßapparaturen kontrollierte, konnte aber kein Versagen feststellen. Dessen eigene Meßgeräte zeigten Belastungswerte etwa in doppelter Höhe der im Schnitt der letzten Woche beobachteten 0,04 bis 0,08 Milliröntgen je Stunde. Auch Kontrollmessungen in der näheren Umgebung von Kotka zeigten diese deutlich niedrigeren Strahlungswerte.

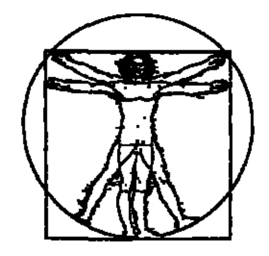
Eero Illukka vom finnischen Strahlenschutzinstitut sprach von einem „Mysterium". Die Vermutung, daß da noch eine vom Tschernobyl-Unglück umhervagabundierende Wolke strahlte, schlossen die finnischen Experten ziemlich schnell aus. Tschernobyl hätte viel ausgedehntere Strahlungsfelder produziert.

Die Verunsicherung der Finnen ging so weit, daß sie Flugzeuge losschickten, die der Strahlungswolke über dem Osten des Landes nachspüren sollten. Dies mißlang. Obwohl die Finnen jetzt von einem Meßfehler ausgehen, etwas Mysteriöses bleibt: Am Meßgerät in Kotka, das in einer Feuerwehrzentrale installiert ist, wurde unverändert kein Fehler gefunden. Und, es soll weiter gemessen werden.

NOTIZEN

Fische kaum belastet

Hamburg (dpa) – Fische aus Nord- und Ostsee sowie aus norddeutschen Teichen und Bächen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt „unbedenklich" hinsichtlich ihrer Belastung mit radioaktiven Stoffen. Wie die Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg gestern weiter mitteilte, liegen die Werte bei Seefischen zwischen Null und sieben Becquerel je Kilogramm bei Jod-131, für die übrigen Radioisotope sei der Eintrag vom Tschernobyl-Fall



out noch niedriger. Bei Fischen aus Teichen und Bächen liege der Gehalt von Jod-131 deutlich unter einem Becquerel je Kilogramm.

Ölpest in Venezuela

Caracas (AFP) – Eine Ölpest auf dem westvenezolanischen Maracaibo-See ist jetzt nach Angaben der *venezolanischen* Ölgesellschaft Lagoven unter Kontrolle gebracht worden. Durch eine undichte Stelle an einer Leitung war Öl in den See ausgetreten. 222 Bohrstellen seien umgehend geschlossen und die defekte Leitung repariert worden, hieß es. Dennoch ist fast der gesamte See seit den ersten Junitagen mit einer dicken Ölschicht überzogen.

Jagd auf Grindwale

Malmö (AP) – Die Jagd auf Grindwale vor den dänischen Faröerinseln hat die Diskussion des zweiten Tages der Walfangkonferenz in Malmö bestimmt. Wie verlautete, widersetzte sich die dänische Delegation energisch allen Forderungen nach einer Einschränkung der Jagd auf die zu den Delphinen gehörenden Säugetiere. Die Vertreter der Niederlande, Großbritanniens, Schwedens und Australiens bemühten sich darum, wenigstens ein Verbot besonders schmerzhafter Tötungsarten durchzusetzen.

Den Krebsursachen auf der Spur

Hohe Auszeichnung für deutschen Forscher / Die Tumorvirologie soll gefördert werden

Von LUDWIG KÜRTEN

Als erster Deutscher erhält Professor Harald zur Hausen, der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg, den Charles S. Mott Preis. Die mit 100 000 Dollar dotierte Auszeichnung wird alljährlich von der Krebsforschungsstiftung des amerikanischen Automobilkonzerns General Motors verliehen. Professor zur Hausen erhält die Ehrung für seine Forschungen über den Zusammenhang *zwischen* bestimmten Papillomviren („Warzenviren") und Genitalkrebs.

Der Preis wird für außergewöhnliche Forschungsleistungen bezüglich der Ursachen und der Prävention von Krebs verliehen. Zu den früheren Preisträgern gehört auch der Aids-Forscher Robert Gallo. Zur Hausen und seiner Arbeitsgruppe ist es in den letzten Jahren gelungen, bestimmte Typen von Papillomviren zu identifizieren, die an der Entstehung des Gebärmutterhalskrebses bei Frauen beteiligt sind. Experimente haben außerdem Hinweise darauf ergeben, daß diese Viren auch an Lungenkrebs und an Geschwülsten der Mundhöhle beteiligt sind. Die Virusinfektion scheint in den Zellen so mit chemischen Schadstoffen zusammenzuwirken, daß eine gesunde Zelle in eine Krebszelle umgewandelt wird.

Professor zur Hausen hat außerdem einen Test entwickelt, mit dem Papillomviren in menschlichem Gewebe, z. B. in einem Scheidenabstrich einer Frau, charakterisiert werden können. Damit ist es möglich, Virusinfektionen, die ein Risiko für eine spätere Krebserkrankung darstellen, frühzeitig zu erkennen.

Ein neues Institut für die Forschung an Krebsviren

Die enormen Fortschritte auf dem Gebiet der Tumorvirologie haben das DKFZ veranlaßt, die Gründung eines eigenständigen Institutes für diese Forschungsrichtung einzurichten. Das Kuratorium des Forschungszentrums, das sich aus Vertretern des Bundes und des Landes Baden-Württemberg sowie aus Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland zusammensetzt, hatte in der letzten Woche beschlossen, die tumorvirologische Forschung im DKFZ zu verstärken. Eine Projektgruppe, die den Kern eines späteren „Institutes für Angewandte Tumorvirologie und Krebsprävention" bilden soll, wird noch in diesem Jahr ihre Arbeit beginnen.

Nicht nur von den Papillomviren, sondern auch von anderen Viren weiß man, daß sie an der Krebsentstehung beteiligt sind. Dies gilt etwa für das Hepatitis B-Virus, das Leberentzündungen hervorruft und zu Leberkrebs führen kann. Dieser Erreger ist vor allem in Asien weit verbreitet. Auch von dem sogenannten Epstein-Barr-Virus kennt man einen ähnlichen Zusammenhang, es ist für bestimmte Formen von Krebs im Gesicht sowie im Nasen- und Rachenraum verantwortlich. Schließlich ist auch für die sogenannten HTL-Viren, zu denen der Aids-Erreger (HTLV-3) gehört, nachgewiesen, daß sie Krebs auslösen können. Im Falle von Aids handelt es sich dabei um Entartungen bestimmter Immunzellen sowie einen als „Kaposi-Sarkom" bezeichneten Hautkrebs.

Die Papillomviren spielen eine Schlüsselrolle bei der Entstehung verschiedener Genitalkrebsformen. Allein der Gebärmutterhalskrebs stellt mit 15,8 Prozent Anteil an allen Krebserkrankungen weltweit die zweithäufigste Krebsform bei Frauen dar. Die bisherigen Kenntnisse berechtigen zu dem Schluß, daß etwa 20 Prozent aller Krebserkrankungen bei Frauen und knapp 10 Prozent bei Männern mit bestimmten Virusinfektionen in Zusammenhang gebracht werden können.

Die Forschungsarbeiten in der Tumorvirologie zielen darauf ab, durch die Verhinderung der Virusinfektionen gleichzeitig auch die Krebsentstehung abzuwenden. Allerdings sind die Möglichkeiten auf diesem Gebiet noch gering. Die Forschung an dem künftigen Institut am DKFZ werden sich vor allem auf folgende Punkte konzentrieren:



Professor Harald zur Hausen FOTO: DPA

Diagnose und Therapie sollen verbessert werden

1. Tumor-assoziierte Viren sollen identifiziert und charakterisiert werden. Dabei ist zu erwarten, daß sich auch für weitere Krebsformen ein Zusammenhang mit Viren herausstellen wird.

2. Es soll geklärt werden, wie die Erreger in die Körperzellen eindringen, sich dort vermehren und wie sie zur Entartung der Zelle beitragen. In *diesem Zusammenhang* stellt sich auch die Frage nach anderen Faktoren, die bei der Krebsentstehung beteiligt sind.

3. Die Diagnostik von Virusinfektionen soll verbessert werden. Dies ist besonders wichtig beim Aids-Virus, aber auch bei den Papillomviren. Von einer rechtzeitigen und umfassenden Erkennung der Erreger hängt ab, wie sicher man seine Verbreitung in der Bevölkerung feststellen kann.

4. Ziel der Arbeit ist die Entwicklung von Impfstoffen, Medikamenten oder anderen Therapieformen gegen die verschiedenen Erreger. Dazu gehört zum Beispiel die Gentherapie oder der Einsatz körpereigener Substanzen wie etwa Interferone oder Lymphokine.

Das Institut soll aus insgesamt neun Sektionen mit jeweils etwa vier *bis sechs Wissenschaftlern* bestehen. Neu daran wird sein, daß die Forschung sich nicht auf eine bestimmte Virusform konzentriert, wie es bisher weltweit üblich war, sondern die Probleme auf breiter Front angeht. Die angewandte Forschung soll dabei, wie der geplante Name des Institutes schon ausdrückt, im Vordergrund stehen.

Zwei weitere Auszeichnung der *General-Motors-Stiftung gingen* an Amerikaner, der „Charles Kettering Preis" an den Mediziner Donald Pinkel (Houston) für Verdienste in der Krebsbehandlung, der „Alfred Sloan Preis" an Phillip Allen (Massachussets Institute of Technology) für Forschungen zur Krebsentstehung.

Zwischen Bodenfrost und Schafskälte

Von MARTIN BOECKH

Zäumt man die meteorologischen Launen des Wonnemonats Mai von hinten auf, stellt man fest, daß er kälter endete, als er angefangen hatte. Und dafür, daß *im* Laufe der 31 Maitage die Sonnenscheindauer täglich um ca. drei Minuten hätte zunehmen können und am Monatsende – je nach geographischer Breitenlage – die Sonne fast 17 Stunden am Himmel stand, dafür schien es doch entschieden zu kalt zu sein.

In vielen Städten, wie in Hamburg, Stuttgart oder München lagen *die Minusrekorde direkt am Monatsende*. Mit plus 2,2° C verabschiedete sich der Mai in München, in Hamburg gab es sogar noch einmal Bodenfrost. Einen ähnlichen, aber nicht so kräftigen Kälteeinbruch bescherten uns die sog. Eisheiligen, die mit erstaunlicher Regelmäßigkeit auch dieses Jahr wieder einmal vier Tage zu früh aufgetaucht waren.

Bei so deutlich ausgeprägten Kältewellen *nimmt* es *Wunder*, daß die Monatsmitteltemperaturen von sechs deutschen Großstädten mit 15,1 Grad immerhin doch noch zwei Grad über dem Soll lagen. Spitzenreiter der Temperaturabweichung war dieses Mal München, gefolgt von Berlin, wo die Monatsmitteltemperaturen 2,5 Grad zu hoch lagen.

Herausragendes Ereignis im negativen Sinne war zweifellos der radioaktive *Niederschlag aus Richtung* Tschernobyl, der die Meteorologen auch in den Mai hinein beschäftigte. Ein Vergleich zu Ereignissen ähnlicher Tragweite kann nicht aufgestellt werden, doch erlauben die Kernwaffentests der Großmächte in den frühen sechziger Jahren überraschende Vergleiche.

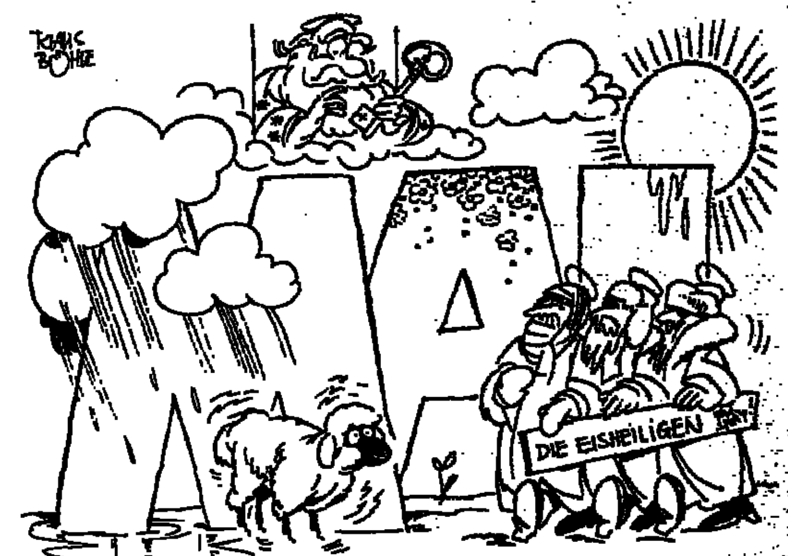
Vergleich der Mittelwerte

Von hochreichenden Luftströmungen rasch um den ganzen Erdball verfrachtet, führten diese Kernwaffenversuche zu einem radioaktiven Niederschlag, der bei den Monatsmittelwerten um den Faktor 1000 höher lag, als in den folgenden Jahren. Erst die Messungen an nur zwei Tagen im April ließen den monatlichen Mittelwert wieder auf ganz ähnliche Werte springen wie man sie schon in den sechziger Jahren gemessen hatte. Abhängig vom Zeitpunkt der Niederschläge verschoben sich die maximalen Radioaktivitätswerte bis in den Mai, doch konnten die Spitzenwerte im Regenwasser die Werte der Kernwaffentests aus dem Jahre 1962, welche um den Faktor 10 höher lagen, nicht erreichen.

In den ersten Sommertagen, die *der Mai* aus dem April herüberretten konnte, wartete man gespannt auf den ersten Hitzetag mit über 30° C, doch nirgendwo erreichte die Lufttemperatur in zwei Meter Höhe diesen Wert. Die Mai-Spitzenstellung führt Freiburg an, wo eine Lufttemperatur von 29° C gleich zweimal registriert werden konnte.

An die häufigen Regengüsse konnte man sich nur schwer gewöhnen. Besonders im Bergland waren die Schauer sehr ergiebig: Tagesniederschlagsmengen von 30 bis 40 Millimeter kamen bevorzugt durch die Stauwetterlagen am Alpenrand gegen Ende des Monats zustande.

Obwohl an nur drei Tagen in Deutschland kein Regen gemessen wurde, fiel die Bilanz lange nicht so verwässert aus, wie man allgemein denken könnte. In den sechs Großstädten wurde das Soll zu 128 Prozent erfüllt; die Einzelwerte sind dabei aber recht uneinheitlich: Während in Hamburg der Regenüberschuß bei 174 Prozent lag, erreichte die Station Essen noch nicht einmal ihren Schnitt von 71 Millimetern. Ebenso uneinheitlich gestaltete sich die Sonnenbilanz, die im Norden (Hamburg, Berlin und Essen) bis zu 40 Stunden mehr Sonnenschein verzeichnete *als im Süden (Mannheim,* Stuttgart und München).



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zuviel Niederschläge

Trotz des fehlenden Sonnenscheins kamen drei, in Berlin sogar sieben Sommertage zusätzlich zustande. Für die Meteorologen jedenfalls ist zumindest nach den ersten Juni-Sonnentagen der Frühling beendet, auch wenn dieser noch bis zu 70 Stunden Sonnenschein nachholen müßte. Fast ausgleichend dazu die Niederschläge: Sie überstiegen im Frühling das Soll um 146 Prozent. Nur die Temperaturen bewegten sich in üblichen Bereichen und lagen wie in Berlin und Mannheim noch 0,5 Grad über dem Schnitt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Europa setzt auf Eigenständigkeit" – Ludwig Kürten über die Konzepte einer internationalen Raumstation.

*

Ein ozeanisches Großexperiment bringt Klarheit über die Verteilung des Planktons – Von Harald Steinert.

*

Vera Zylka beschreibt neue Erkenntnisse über die Wirkung der ANP-Herzhormone.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Saulus Spasowski"

„Die Memoiren des früheren polnischen Diplomaten Romuald Spasowski"; WELT-Serie

Die amerikanische Ausgabe dieser Memoiren wurde von den Exil-Polen älterer Generationen, die seit Jahrzehnten die kommunistische Diktatur bekämpften, kaum mit lautstarkem Beifall quittiert. Der propagandistische Wert des „Falles Spasowski" wird zwar nicht unterschätzt („man hat denen da eins ausgewischt"), dennoch: Es bleibt ein Unbehagen. In einer polnischen Zeitung in Chicago schreibt ein angesehener Widerstandskämpfer, die Damaskus-Erlebnisse seien im Prinzip zu begrüßen, nichts gegen die wundersamen Verwandlungen, solange die frischgetauften Paulusse nicht versuchen mit dem Neophyteneifer die uralten Christen über die Unzulänglichkeiten des Heidentums bzw. über die Vorzüge der neuen Religionen aufzuklären. Aber es gibt auch einige Pragmatiker, die über jede Art von „moralischem Rigorismus" erhaben sind, und ihre Argumente lauten: Politik ist keine Theologie, sie richtet sich nach dem Gesetz der Nützlichkeit, das Damaskus-Erlebnis (falls überhaupt vorhanden) könnte höchstens die Seelsorger beschäftigen, dem geschenkten Saul schaut man nicht aufs Maul, der wertvollste Überläufer ist der, der sich erst morgen früh entschließt, die Freiheit zu wählen, sein politisches curriculum vitae interessiert uns weniger.



Tadeusz Nowakowski
FOTO: BRIGITTE SCHÄFER

Ob wir mit einem wichtigen Beitrag zur Erforschung der Zeitgeschichte zu tun haben? Daß der Kaiser im Osten splitternackt ist, ist sogar den Halbblinden längst aufgefallen. Immerhin wird dem Leser ein interessantes Psychogramm und ein Mentalitätsbefund eines bestimmten Menschentypus geliefert, der nach bestem Wissen und Gewissen der Diktatur jahrzehntelang cum laude dient, bis er eines Tages, unter dem Druck der veränderten Wetterlage, entdeckt, was jedem Kind in seiner Heimat bekannt ist. Ob diese recht verspäteten Entdeckungen des ehemaligen Botschafters seine Landsleute daheim besonders beeindrucken werden, ist nicht sicher. Die Zentrale wird ihre Auslandsvertreter noch stärker bewachen lassen als es bisher der Fall war. Die Idee, nur solche Diplomaten nach Westen zu schikken, die keine fremde Sprache beherrschen, ist zwar bestechend, aber kaum durchführbar.

Tadeusz Nowakowski,
Präsident des „Polnischen Nationalrates in Deutschland"
(London / München)

Der Weltraum

Ja, wo fängt der Weltraum an? Bei 25 333,07 Kilometer über „der" (welcher? Meer? Gebirge?) Erdoberfläche? Oder etwas darüber? Oder etwas darunter? In Höhe der Satelliten? Wo hört denn die Erde auf, so daß dann der Weltraum beginnen kann? Und wo findet dann „der Krieg der Sterne" statt?

Zur Beruhigung aller Sternenkrieger: Der „Weltraum" beginnt nämlich genau an der Erdoberfläche, ob bei Normalnull oder im Himalaja, und nirgendwo anders. Wir alle, wenn auch glücklicherweise umhüllt vom Luftraum, leben in Wahrheit „im Weltraum". Es ist der größte Unsinn, den Weltraum woanders beginnen lassen zu wollen. Die Sterne sehen von hier aus nicht anders aus wie aus einem Weltraumschiff.

Die Raketen im „Erdraum" sind keine anderen Waffen als solche, die über der irgendwo endenden Lufthülle bewegt werden können. Wenn es legal ist, gegen die „unteren" Raketen Abwehrwaffen zu erfinden, so ist es genauso legal, Waffenmöglichkeiten zu erforschen und zu erproben, die der Abwehr von Raketen dienen sollen, die sich in demselben Weltraum bewegen wie wir, nur oberhalb der Lufthülle, von wo sie uns bedrohen, auch wenn sie aus der Weltraumhöhe des Mondes zu befürchten wären.

Deshalb ist die Verteufelung der Amerikaner, sie wollten „den Krieg der Sterne", eine der albernsten Beschuldigungen, die der ignorante Antiamerikanismus erfunden hat und verbreitet. Die Sterne kümmern sich einen Dreck um die Kriege der Menschheit, die letztlich tatsächlich „im Erdraum" endet, nämlich wenn sie unter dem Rasen liegt, wo sie keine „Erdraum"- und keine „Weltraumrakete" mehr lebend erreicht.

J. Suchsland,
Wesel

Renten

„Beamte müssen bei Rentenreform Beitrag leisten": WELT vom 5. Juni

Welch ein bedauerlicher Zungenschlag, wenn es da heißt, die Staatsdiener sollten einen Beitrag „zur Sanierung der gesetzlichen Rentenversicherung leisten". Wir müssen unsere gesetzliche Rentenversicherung so behalten, wie sie ist, beitrags- und leistungsbezogen, adäquate Erstattung der Fremdleistungen durch die Steuerkasse; doch bitte keine „fürsorglichen" Unterstützungsbeiträge!

Der öffentliche Dienst ist ohnehin bereits bei uns versichert. Ein unvergleichbares Ärgernis ist hier lediglich die seit 1973 voll aus Steuermitteln finanzierte Zusatzversorgung. Hier wieder den alten Stand herzustellen, wäre schon eine beachtliche Tat des Gesetzgebers; vergleichbar etwa den vielen Betriebsrenten, an denen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit gleichen Beitragsanteilen beteiligen.

Was jedoch spricht, vom heutigen Beamtengesetz einmal abgesehen, eigentlich dagegen, daß auch für Beamte eine beitrags- und leistungsbezogene Regelung über eine Versorgungs- oder Versicherungsanstalt geschaffen wird, in die die beiden Partner gleiche Beitragsanteile einzahlen? Für eine Zusatzversorgung ähnlich des öffentlichen Dienstes, natürlich mit persönlicher Beteiligung, sollte es dann auch noch reichen.

Für alles aber, was dann über einen bestimmten Beitrags-Leistungs-Standard hinaus erwünscht ist, muß, wie bei uns Arbeitnehmern der freien Wirtschaft üblich, die „Eigeninitiative" zum Zuge kommen. Ist „Eigeninitiative" nicht ein beliebtes Stichwort unserer Koalitionsparteien?

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Schulze-Wewezer,
Hamburg 90

*

„Pauschale für Trümmerfrauen": WELT vom 6. Juni

Sieben Millionen „Trümmerfrauen" haben mit ihrem 1,8-Kinder-Schnitt 12,6 Millionen Nachkommen, die heute mit ihren Beiträgen die laufenden Renten mitfinanzieren. Nach dem famosen „Generationenvertrag" dürfen die Mütter aber nicht teilhaben. Da sollte in der Tat Karlsruhe entscheiden, ob es sich um einen Vertragsbruch handelt, wenn der Vertragspartner ausgetrickst wird.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wurm,
Feuchtwangen

Wort des Tages

„Jedes System ist ein System der Notwendigkeit und der Freiheit zugleich."

Georg Wilhelm Hegel, deutscher Philosoph (1770–1831)

Unsitte

„Trinkgelder werden nicht verteufelt"; WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu begrüßen ist, daß die Bundesbahn den Service in den Intercity-Zügen verbessert. Möge dies auch in anderen Zügen geschehen. Sehr befremdete mich nicht nur die Überschrift, sondern auch der letzte Satz des Artikels.

Die Bediensteten der Bundesbahn dürften wohl so gestellt sein, daß sie nicht auf Trinkgelder angewiesen sind. Der Beitrag von Herrn Nitschke ist geradezu eine Aufforderung, welche zu geben! Was heißt hier: „... um den Fahrgast nicht zu verärgern"? Der Fahrgast kannte so etwas bisher nicht, denn es war mal unsere Stärke, daß es diese Unsitte bei uns nicht gab. Nach diesem Beitrag wird man sich wohl überlegen müssen, ob nicht auch der Fahrkartenverkäufer ein Trinkgeld erwartet!

Mit freundlichem Gruß
Ursula Krämer,
Darmstadt-Eberstadt

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter in Chile wird der bisherige Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Lateinamerika-Politik, Dr. **Horst Kullak-Ublick**. Der Diplomat, 1924 in Ostpreußen geboren, studierte Landwirtschaft und besitzt einen Doktor in den Agrarwissenschaften. Seit Anfang der fünfziger Jahre gehört er dem Auswärtigen Dienst an. Er war in Teheran, Colombo und London tätig, arbeitete als Ständiger Vertreter des Generalkonsuls in São Paulo und ging 1979 in die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes. Von 1980 bis 1983 war er dort stellvertretender Leiter.

GEBURTSTAG

Von allen jugoslawischen Dissidenten ist er der einzige, der einst zum innersten Kreis der Macht gehörte: **Milovan Djilas**. Er begeht heute in Belgrad seinen 75. Geburtstag. Der ehemalige Stellvertreter **Titos** und glühende Verehrer **Stalins** wurde 1954 von allen politischen Ämtern abgesetzt, nachdem er für eine Demokratisierung des kommunistischen Systems plädiert hatte. Sein Buch „Die neue Klasse" wurde zu einer sensationellen Abrechnung mit dem kommunistischen System. Zehn Jahre verbrachte Djilas in den Gefängnissen Jugoslawiens. Ungebrochen blieb er bei seiner politischen Kritik am Kommunismus. Zugleich ist Djilas, was für einen politisch Handelnden ungewöhnlich ist, einer der größten lebenden Schriftsteller seines Landes und seiner Sprache. Den bedeutendsten Roman hat er dem montenegrischen Fürsten, Dichter und Bischof **Njegoš** gewidmet. Dort beschreibt Djilas seine montenegrische Heimat, das stolze harte Volk der Montenegriner – und dabei auch sich selbst.



Milovan Djilas

VERANSTALTUNG

Der königlich-britische Botschafter **Sir Julian Bullard** hielt auf Stil. Beim Empfang zu Ehren des 60. Geburtstages von Königin **Elizabeth II.** in seiner Bad Godesberger Residenz, bewachten den Eingang des weißen Hauses am Rhein die Guards von den Royal Green Jakkets. Es war das Regiment, in dem Sir Julian Bullard als junger Mann gedient hatte. Der Botschafter und Ehefrau Lady **Margaret** begrüßten 1000 in- und ausländische Party-Gäste, unter ihnen vor allem die Botschafter aus dem EG-Bereich und aus dem Commonwealth. Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und frühere Botschafter in London, **Jürgen Ruhfus**. Grüße des Kanzlers sprach sein Staatssekretär **Waldemar Schreckenberger** aus. Die „großen Vier" sieht man bei Bonner Empfängen nur noch selten vereint. Zwar erschienen US-Botschafter **Richard Burt** und sein französischer Kollege **Serge Boidevaix**, aber der neue sowjetische Botschafter **Julij Kwizinskij** glänzte auch bei diesem Empfang in Bonn durch Abwesenheit.

WAHL

Der Dortmunder Architekt **Heinz Döring** ist zum neuen Präsidenten der Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands e. V. (VFA) gewählt worden. Vizepräsident wurde **Helmut Pralat** aus Hannover. Der bisherige Präsident, **Horst Schwartow** aus Berlin wurde Ehrenpräsident der VFA.

EHRUNGEN

Den Theodor-Wolff-Preis für hervorragende journalistische Leistungen in deutschen Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen haben **Rudolph Chimelli** für seinen Beitrag „Ein Blutbrunnen, der in Stößen sprudelt" („Süddeutsche Zeitung") und **Cordt Schnibben** für seinen Artikel „Oh, Stephanie! Wo bist du?" („Die Zeit") erhalten. **Bernd Behr** („Münstersche Zeitung") und **Franz Pfluger** („Reutlinger Generalanzeiger") erhielten den Preis jeweils zur Hälfte zuerkannt. Die beiden Preise für Beiträge aus dem lokalen Bereich gingen an **Hans Frieder Baisch**, **Bernhard Kolb** und **Kurt Leidner** für ihre Artikelfolge „Die verratene Region" („Pirmasenser Zeitung") und an **Horst Wisser** für seine Artikelfolge „Das Millionending von Kampen" („Hamburger Abendblatt").

BERUFUNG

Zum neuen Leiter der Evangelischen Akademie in Berlin ist der bisherige Stadtjugendpfarrer von Kassel, Dr. **Pieter de Haas**, von der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg (West) berufen worden. Er tritt die Nachfolge von **Franz von Hammerstein** an, der in den Ruhestand geht. Die Berufung gilt zunächst für sechs Jahre. De Haas stammt aus den Niederlanden, ist 48 Jahre alt und seit neun Jahren in Kassel tätig. Davor arbeitete er als Studienleiter in der Evangelischen Akademie Bad Boll in Württemberg und als Geistlicher in der niederländischen Gemeinde in Luxemburg.



Pieter de Haas

GESTORBEN

Der erste Präsident des Bundessozialgerichts in Kassel, Dr. h. c. **Joseph Schneider**, ist im Alter von 85 Jahren in Bonn gestorben. Dr. Joseph Schneider stand von 1954 bis 1968 an der Spitze der höchsten sozialgerichtlichen Instanz. Bei seiner Verabschiedung war er vom damaligen Bundesarbeitsminister **Hans Katzer** (CDU) für seine Verdienste um die Vereinheitlichung des Rechts im sozialen Bereich gewürdigt worden.

WELTMEISTERSCHAFT / Wieder Krach in der deutschen Mannschaft – Beckenbauer: „Kindergarten"

Mann des Tages

● **ALESSANDRO ALTOBELLI**
Er liest gern Hemingway, geht mit Vorliebe zur Jagd und widmet sich intensiv seiner Familie. Außerdem ist er bemüht, seine Fußball-Milliarden-Lire gewinnbringend anzulegen. Daß Alessandro Altobelli (30) immer noch ein Ausnahmespieler ist, zeigt der Blick auf die Torschützenliste. Mit fünf Treffern führt Altobelli vor dem Dänen Elkjaer-Larsen (4 Treffer). Er allein hat alle fünf Tore Italiens erzielt. Die FIFA hat dem Mann von Inter Mailand auch das dritte Tor gegen Südkorea zuerkannt, obwohl Kwang-Rae Cho den Ball mit der Hand ins eigene Tor gelenkt hatte. „Ich habe die Nummer vier so bedrängt, daß der Ball im Netz landete. Auch das dritte Tor ist meins", hatte Altobelli (30) sofort erklärt. Und: „Hauptsache ist, daß wir fünf Tore gemacht und das Achtelfinale erreicht haben."

„Altobelli wird der beste italienische Spieler dieser WM", sagt Alt-Star Gianni Rivera schon jetzt über unseren Mann des Tages.

Gesagt

„Er ist jetzt 40 und muß selbst wissen, was er tut."
Manager **Robert Schwan** über seinen Schützling Beckenbauer.

Heimweh

Franz Beckenbauer hatte ihn den „Boris Becker des Fußballs" genannt, in Mexiko für ihn aber noch nicht einmal einen Platz auf der Auswechselbank übrig. Jetzt kommt noch ein Muskefaserriß (zugezogen im Training) dazu – und das Heimweh. Olaf Thon (20) will nach Hause. Trainer Köppel: „Ich an seiner Stelle würde bleiben, weil man *mit 20 auch als Zuschauer bei einer* WM viel lernen kann." Thon: „Entscheiden tue ich ganz alleine."

Gelesen

„Ruhig Jungs – laßt die Fahnen lieber im Schrank, knallt nicht mit den Sektkorken und unterlaßt Straßenkarusselle. Ein solcher Sieger verdient keine Feiern."
„Corriere della Sera", Italien

Schlachtruf

Trotz Sprachbarriere haben Belgiens Fußball-Fans in Mexiko einen gemeinsamen Schlachtruf gefunden. Die Parole heißt nicht mehr „Bel-gie" (flämisch), auch nicht länger „Bel-gi-que" (französisch) sondern „Bel-gi-ca".

Besuch

Frankreichs Regierungschef Jacques Chirac kündigte per Tageszeitung seinen Besuch in Mexiko an. Er will der französischen Mannschaft im Viertelfinale den Rücken stärken. Auch den Gegner hat er schon ausgesucht: Brasilien. Das Endspiel wird Chriac dann wieder per Fernseher aus Paris verfolgen: „Die französische Mannschaft braucht im Finale keine Motivation mehr zum Sieg."

Fernsehen heute

● **ARD: 6.00 – 9.00 Uhr:** Frühstücksfernsehen. – **13.15 – 13.45 Uhr:** Mexiko gestern und heute. – **17.15 – 17.45 Uhr:** Mexiko-Magazin.
● **ZDF: 19.30 – 22.30 Uhr:** WM-Studio Mexiko mit Algerien – Spanien (live) und Nordirland – Brasilien (Aufzeichnung).





● Karl-Heinz Rummenigge sitzt mit grimmiger Miene beim Training auf dem Rasen (Foto). Steht der (ehemalige?) Weltklassespieler für einige seiner Kollegen vielleicht schon im Abseits?

● Der Kapitän hat jedenfalls einen als Drahtzieher von Intrigen ausgemacht: Seinen Stellvertreter Harald Schumacher. Zefällt die Mannschaft jetzt in Gruppen – Münchner gegen Kölner?

Chronologie der hausgemachten Krise

Am Ende standen diese Worte: „Karl-Heinz Rummenigge hat im Beisein von Teamchef Franz Beckenbauer, Pierre Littbarski, Klaus Allofs, Berti Vogts, Horst Köppel und mir mit Harald Schumacher diskutiert und sich von ihm überzeugen lassen, *daß die Vorwürfe nicht stimmen.* Damit sind die Differenzen beidseitig ausgeräumt."

Mit dieser Erklärung von DFB-Delegationsleiter Egidius Braun endete am Dienstag, weit nach Mitternacht (Ortszeit), die Kontroverse zwischen dem Kapitän der deutschen Fußball-Nationalmannschaft und seinem Stellvertreter.

Die Chronologie einer hausgemachten Krise:

● **19.00 bis 19.30 Uhr:** Der Teamchef hält seine übliche Pressekonferenz ab, danach stellen sich die Spieler den Fragen.

● **19.45 Uhr:** Kapitän Karl-Heinz Rummenigge erhebt öffentlich Vorwürfe gegen Schumacher.

● **20.00 bis 20.45 Uhr:** Mannschaftsessen. Schumacher verläßt den Raum durch den Hinterausgang. Er geht auf sein Zimmer.

● **20.55 Uhr:** Pierre Littbarski holt Schumacher zurück. Es muß verhandelt werden.

● **21.06 Uhr:** Beginn einer Krisensitzung mit Schumacher, Rummenigge, Littbarski, Allofs und Beckenbauer.

● **21.13 Uhr:** Nach einem Blitzeinschlag fällt der Strom aus. Das Quintett diskutiert bei Kerzenlicht.

● **21.40 Uhr:** Littbarski schlüpft in die Rolle des erkrankten Pressechefs Rainer Holzschuh, löst vom schwarzen Brett einen ausgehängten „Spiegel-Artikel", sagt als Berliner auf Kölsch: „Leck mich in de Täsch, ist das ein Scheiß" und kehrt in die Runde zurück, zu der sich mittlerweile Braun gesellt hat.

● **22.05 Uhr:** Schumacher verschwindet zum zweiten Mal durch den Hinterausgang.

● **22.35 Uhr:** Fotografen und Kameraleute bauen sich vor dem Fenster des Speisesaals auf. Zur gleichen Zeit spielt und singt die Hausband immer noch von Freud und Leid. Titel: „Yo soy un hombre sincero – *Ich bin ein* einsamer Mann." Paul Breitner sagt: „Wenn einer nach Hause fliegen muß, kann man mich ja nachnominieren."

● **22.37 Uhr:** Braun verläßt den Saal und wird von den etwa 50 wartenden Journalisten bestürmt. Kommentar: „Ich muß mal."

● **22.53 Uhr:** Rummenigge verläßt den Saal ebenfalls durch den Hinterausgang und schleicht an wartenden Journalisten vorbei über den Rasen zum Zimmertrakt. Karlheinz Förster sagt: „Alles unnötig."

● **22.55 Uhr:** Beckenbauer, Littbarski, Allofs, Köppel und Vogts folgen wortlos.

● **22.57 Uhr:** Braun wählt den Hauptausgang. Kommentar: „Meine Herren, wir wechseln den Tisch und diskutieren weiter. Um Mitternacht *komme ich mit einer Erklärung.*"

● **23.59 Uhr:** Braun kehrt mit der offiziellen DFB-Erklärung zurück. Schlußwort von Beckenbauer: „Ein Kindergarten ist ein Dreck dagegen." (ud/sid)

Rummenigge kontra Schumacher – das offene Duell der zwei Kapitäne

ULRICH DOST, **Queretaro**

Karl-Heinz Rummenigge probte den Aufstand – und mußte am Ende klein beigeben. Das ist das Fazit eines Disputs, den der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft mit dem Kölner Harald Schumacher angezettelt hat. Zum ersten Mal trugen zwei Nationalspieler bei dieser Weltmeisterschaft in Mexiko einen öffentlichen Zweikampf aus. Sie stritten sich um eine Position in der Mannschaft. Teamchef Franz Beckenbauer urteilte: „Wenn man keine Probleme hat, *dann macht man sich welche.* Wir haben die Sache unter Männern gelöst." Rummenigges Vorwurf, Schumacher mache Stimmung gegen ihn, um so seine Kölner Vereinskollegen Klaus Allofs und Pierre Littbarski in der Mannschaft zu belassen.

Angefangen hatte alles am frühen Abend beim Pressegespräch mit den Journalisten. Karl-Heinz Rummenigge gab seinen täglichen Gesundheitsbericht. Er habe beim Training keine Schmerzen mehr gespürt, er sei fit und glaube, 100prozentig einsatzfähig zu sein. Er sei zwar schon glücklicher gewesen, doch der Rest an Unwohlsein ließe sich nur durch ein Spiel abbauen. Die Entscheidung aber, ob er Freitag gegen die Dänen eingesetzt werde, sei Sache des Teamchefs. Er wolle in diese Angelegenheit keine Polemik reinbringen. Er habe alles Menschenmögliche getan, um rechtzeitig wieder fit zu werden. Auf keinen Fall wolle er Mitleid erzeugen. Rummenigge: „Franz Beckenbauer muß zeigen, daß er zu mir Vertrauen hat."

Im Ton schärfer antwortete er dann schon auf die Frage, ob ihm zu Ohren gekommen sei, daß einige Spieler gegen seine Aufstellung seien. Rummenigge: „Wer für wen votiert, ist mir egal. Ich bin kein Herdentier, sondern stolz darauf, daß ich immer ein Individualist war." Bei der Frage, ob er denn die Stimmung innerhalb der Mannschaft gegen ihn mitbekommen *habe, platzte Rummenigge heraus:* „Ich muß nur Toni Schumacher vorwerfen, daß er gegen mich Stimmung macht. Rudi Völler ist da zum Beispiel vollkommen draußen. Es spielen ja nun zwei Kölner auf dem Posten, der für mich in Frage kommt."

Rummenigge behauptete, er habe das Problem in einem Gespräch mit Schumacher klären wollen. Die Antwort sei für ihn unbefriedigend gewesen. Rummenigge: „Die Sonderbehandlungen, die er mir unterstellt hat zum Beispiel, daß der Masseur auf mein Zimmer kommt und daß ich nicht mehr akzeptiert werde, sind doch Kindereien. Das finde ich lächerlich."

Rummenigge sagte, er sei nicht unglücklich, aber enttäuscht, weil alles von einem Spieler ausgehe: „Alles kam vom Toni, und die beiden anderen Kölner sind nicht unglücklich darüber." *Einen Seitenhieb ließ* der Kapitän dann auch noch gegen den Teamchef los. Vor sechs Tagen habe er in der Zeitung das Beckenbauer-Zitat gelesen: „Wenn Rummenigge sich fit meldet, spielt er." Beckenbauers Kehrtwendung nach den zwei WM-Spielen: „Es steht noch nicht fest, ob Rummenigge am Freitag zu den ersten Elf gehört." Dazu Trainer Horst Köppel: „Derzeit sind wir nicht sicher, daß wir mit Rummenigge mehr Erfolg haben. Das ist eine schwierige Entscheidung, die wir treffen müssen."

Als sich Rummenigge seinen Kummer von der Seele redete, saß Harald Schumacher schon beim Abendessen. Bevor er mit den Vorwürfen kon*frontiert werden konnte,* wurde er von seinem Manager Rüdiger Schmitz auf dessen Zimmer dirigiert. Dort saß der Kölner Torwart dann und war geladen wie ein Pulverfaß. Er bestritt, daß das von Rummenigge zitierte vertrauliche Gespräch stattgefunden habe. Im Gegenteil: Er habe sich bei Rummenigge beschwert, weil der ihn vor den Spielerratssitzungen mit den Trainern auf ein Thema eingeschworen habe, in der Diskussion dann aber stets auf die andere Seite gesprungen war. Schumacher deftig: „Erst macht er mich heiß, und dann übernimmt er die Argumente der anderen gegen mich. Das nenne ich Schleimscheißerei."

Die beiden anderen Kölner hatten sich inzwischen ebenfalls im Zimmer des Managers eingefunden, um das gemeinsame Vorgehen zu besprechen. Klaus Allofs: „Ich kann doch nicht sagen, daß ich nicht von Anfang an spielen will. Ich glaube, das war der letzte Versuch von Kalle, in die Mannschaft zu kommen." Pierre Littbarski: „Ich fühle mich gar nicht angesprochen. Ich spiele im Mittelfeld, und Kalle hat doch selbst gesagt, daß er Stürmer ist." Die Kölner fühlten sich stark: Allofs hatte die beiden wichtigsten Treffer im Turnier erzielt. Und im zweiten Spiel harmonierten Völler, Allofs und Littbarski gut miteinander. Schumacher wollte die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Er wollte sofort ein Gespräch mit Bek*kenbauer. „Er war so wütend"* – so sein Manager Rüdiger Schmitz –, „daß er wohl nach Hause gefahren wäre, wenn ich nicht hier gewesen wäre."

Im Speiseraum der deutschen Delegation im „La Mansion Galindo" trafen sich dann die Parteien zu einer Aussprache. Draußen lümmelten die Kollegen in den Sesseln herum. Matthäus, Augenthaler, Stein und Thon an einem Tisch. In der anderen Ecke hockten Völler, Brehme, Berthold, Herget, Rahn. Hoeneß und Jakobs waren zum Billard gegangen, Eder zog sich auf sein Zimmer zurück. War das der sichtbare Beweis für das Auseinanderbrechen eines Teams?

Am Ende war wieder Ruhe eingekehrt. Eine vordergründige und oberflächliche Ruhe? Karl-Heinz Rummenigge hatte die Machtprobe, die Konfrontation oder was immer es auch war, fürs erste verloren. Er mußte zurückstecken. Doch die Akte des öffentlichen Gerangels zwischen dem Kapitän und seinem Vertreter ist noch lange nicht geschlossen.

So sieht es WOLFGANG SCHÄUBLE

Beckenbauer liegt richtig

Von W. SCHÄUBLE

Ich bin Optimist. Bei einer Fußball-Weltmeisterschaft habe ich bis zuletzt Hoffnung auf den Titel. Auch wenn die Spiele der deutschen Nationalmannschaft vor Mexiko zu unbegrenzter Zuversicht keinen Anlaß gaben. Die Begegnungen gegen Uruguay und Schottland haben jedoch deutlich gezeigt, daß die Elf jetzt besser spielt als in der Vorbereitungszeit. Konditionell hat sie keinerlei Probleme, obwohl Höhenlage und Hitze immer wieder als Handicap dargestellt wurden. Aber es liegt wohl im Wesen der Deutschen, immer die schwierigen Bedingungen zu betonen.

In beiden Spielen hat mich Klaus *Allofs überzeugt, war er doch eine* erstaunlich starke Angriffsspitze. Karl-Heinz Rummenigge war sicher nicht der alte, aber es ist wohl nicht möglich, in einer Viertelstunde vor dem Schlußpfiff Höchstleistung zu zeigen. Er ist zweifelsohne ein außergewöhnlich großer Fußballspieler, und wenn er in körperlich und psychisch guter Verfassung ist, gehört er ins Team. Den Argumenten der Kölner Spieler, sie seien aufeinander eingespielt, muß man entgegenhalten, daß das bei Littbarski und Allofs nicht zwingend zu sehen war.

Wenn ich mir die bisherigen Erfolge der deutschen Mannschaft bei dieser WM betrachte, kann ich nur sagen, auch Teamchef Bekkenbauer liegt mit seiner Taktik richtig. Sicher waren seine Äußerungen vor Beginn des Turniers unklug. Aber er hat sie zurückgenommen, und ich billige jedem zu, einmal einen unüberlegten Satz zu sagen. Das ist in der Politik nicht anders. Franz Beckenbauer mag die Unruhe im deutschen Lager bewußt provoziert haben, um dem zwangsläufig durch langwieriges Training und dichtes Beisammenleben einsetzenden Lagerkoller entgegenzuwirken. Mir waren die deutschen Spieler bei zurückliegenden Weltmeisterschaften oft zu ruhig. Da war die Aktion des Teamchefs sicher ein angemessenes *Mittel, um den psychologischen* Widerstand zu stärken. Und es ist doch geradezu sympathisch, wenn jemand einmal aus der Haut fährt.

Wolfgang Schäuble
ZEICHNUNG: BÖHLE

Ich freue mich auf das Spiel gegen Dänemark, auch wenn die Qualifizierung beider Mannschaften den Pfiff nehmen könnte. Eine Wiederholung der bei der WM in Spanien ausgetragenen Partie gegen Österreich wird es sicher nicht geben. Dazu sind die Dänen keine Partner, und die Deutschen haben aus dem damaligen Spiel wohl eine Lehre gezogen. Eine gewisse Unbeschwertheit kann auch ihren Reiz haben, schließlich wollen beide Teams beweisen, daß sie die anderen schlagen können.

Den Gastgebern wünsche ich Erfolg – bis sie gegen uns Deutsche spielen, dann schlägt mein Fußballerherz ganz klar für Deutschland. Schließlich glaube ich bis zuletzt an den Weltmeister Deutschland.

Dr. Wolfgang Schäuble (43) ist Kanzleramts-Minister. – Die WELT gibt Prominenten aus Politik, Kultur, und Wirtschaft Gelegenheit, ihren ganz persönlichen WM-Kommentar zu schreiben.

Argentinien: Taktik des gezügelten Temperaments

dpa, **Mexiko City**

Argentiniens Trainer Carlos Bilardo nestelte nervös an seiner überdimensional scheinenden Nase. Der 43jährige Doktor der Medizin spürte trotz des sicheren 2:0 über Bulgarien, daß die Kritik im eigenen Land wieder einmal gegen ihn sein wird. „Ich bin nach wie vor überzeugt, daß Ar*gentinien ein gutes Team hat, obwohl* einige Leute glauben, wir wären auf dem absteigenden Ast", sagte er nach dem enttäuschenden Spiel im Olympia-Stadion von Mexico City. Nur Diego Maradona war super, doch sonst bot die argentinische Mannschaft viel faulen Zauber. Die Trommeln und Trompeten der einen Fan-Gruppe konnten die Pfiffe der anderen nicht übertönen.

Soviel steht fest: Bilardos Auftrag lautet schlicht, mit der argentinischen Mannschaft zum zweiten Mal nach 1978 Weltmeister zu werden. Die *mit 3:1 gegen Südkorea, 1:1 gegen* Titelverteidiger Italien und 2:0 gegen Bulgarien erreichten 5:1 Punkte sind für den in der Heimat umstrittenen Coach Beweis genug, nach siebenmonatiger Vorbereitung mit seiner „Taktik des gezügelten Temperaments" auf dem richtigen Weg zu sein. Und am kommenden Montag in Puebla gegen einen der Gruppen-Dritten (Ungarn, Algerien/Nordirland, Uruguay/Schottland) steht die Tür zum Viertelfinale weit offen. Bilardo: „Das ist besser, als gegen Frankreich spielen zu müssen. Allerdings hat diese WM bewiesen, daß es keine leichten Gegner gibt."

Ein gereifter Maradona (25) setzte mit Technik, Schnelligkeit, Übersicht und schönen Pässen die wenigen Glanzlichter der Argentinier. Seine Maßflanke auf Burruchaga führte zum 2:0, nachdem Valdano mit seinem dritten WM-Tor die Führung erzielt hatte. Nach dem unheimlich schwachen Auftritt vor vier Jahren in Spanien ist der 25jährige als Spielgestalter ganz in den Dienst des Teams getreten und gehört unbestritten zu den Ausnahmekönnern bei dieser Weltmesse des Fußballs. Wenngleich zu berücksichtigen ist, daß – wie im Italien-Spiel sein neapolitanischer Klubkollge Salvatore Bagni – auch sein bulgarischer Sonderbewacher Anyo Sadkow fair gegen ihn auftrat. Aber davon lebt schließlich *Maradona* und mit ihm der Fußball.

„Außer Maradona gab es keinen Lichtblick von Weltklasseformat," sagte der legendäre brasilianische Nationalspieler Pele als Kommentator des TV-Sender „Bandeirantes". Drei seiner genialen Soli genügten Maradona, um die insgesamt schwache Leistung der argentinischen Mannschaft in beserrem Licht erscheinen zu lassen.

Trainer Bilardo ist bemüht, die Abhängigkeit seiner Mannschaft von der Leistung Maradonas zu verwässern: „Wir haben auch andere gute Spieler neben Diego." Doch feststeht: Die spielerische Qualität der gesamten argentinischen Mannschaft ist jedoch weit von jener entfernt, die 1978 unter Cesar Luis Menotti Weltmeister wurde. „Argentina '86" präsentiert sich unter Bilardo als weitgehend schmucklos, nüchtern und kontrolliert verhalten die spielende Elf, die lange überlegt, bevor sie ein Risiko eingeht. Ihre sichere Abwehr wurde von den Bulgaren kaum gefordert.

Bulgarien aber muß vielleicht bis Freitag mit der Ungewißheit leben: „Ich rechne mir nur eine sehr, sehr geringe Chance aus, daß wir als Gruppen-Dritter noch ins Achtelfinale vorstoßen können", sagt der deprimierte Trainer Ivan Vutzow, der die Leistung seiner Mannschaft als „erbärmlich" einstufte. Der Einsatz gegen Argentinien war so, als ob die bulgarischen Spieler tatsächlich so schnell wie möglich nach Hause kommen wollten.

Die Bulgaren können bei WM-Turnieren einfach nichts gewinnen. Zum fünften Male dabei, gab es im 15. Spiel bei sechs Unentschieden die neunte Niederlage. Wehmütig dachte Vutzow, der – wie im Ostblock üblich – bei diesem Abschneiden wohl mit seiner Ablösung rechnen muß, an den Qualifikations-Sieg eines starken bulgarischen Teams über Europameister Frankreich zurück.

STAND ● PUNKT / *Feuer unterm Dach – ist es noch zu löschen?*

Ist das Feuer unter dem Dach der deutschen Nationalmannschaft noch zu löschen? Bricht das deutsche Team auseinander, ohne zu beweisen, daß es zu einer harmonischen Einheit wachsen kann? Es brennt lichterloh. Und einige werden sich die Finger verbrennen. Rummenigge, der Weltstar, ist ungeduldig geworden und nervös, was nur den Schluß zuläßt, daß er unter gewaltigem Druck steht. Haben ihm vielleicht seine Werbepartner die Pistole auf die Brust gesetzt? Ein Rummenigge, der nicht spielt, das ist für die PR-Manager rausgeworfenes Geld.

Der Kapitän der Nationalmannschaft hat sich unklug verhalten. Noch stand ja nicht fest, ob er gegen Dänemark spielen würde. Noch wollte Franz Beckenbauer die Zeit für sich und den Mannschaftsführer nutzen. *Rummenigge ist vorgeprescht* und hat ein Chaos angerichtet. In Harald Schumacher hat er einen Feind ausgemacht, der ihm gar nichts Böses wollte. Noch am Nachmittag, Stunden bevor Rummenigge seine Attakke startete, sagte Schumacher in einem Gespräch mit der WELT: „Wenn der Kalle spielt, wenn er ein gutes Spiel liefert, dann ist er unser Chef. Das ändert sich im Fußball von einem Tag auf den anderen." Hat Karl-Heinz Rummenigge daran selbst nicht mehr geglaubt?

Ein so erfahrener Spieler wie er, *der schon 90 Länderspiele bestritten* hat, muß doch wissen, daß er auf seine Chance zu warten hat. So aber sieht es nach gekränkter Eitelkeit aus. Selbst wenn Rummenigges Unterstellungen, der Kölner Torwart mache Stimmung gegen ihn, zu Recht bestünden, hätte er trotzdem erst einmal Souveränität besitzen müssen, darauf zu vertrauen, daß Franz Beckenbauer sich davon nicht beeinflussen lassen wird. So aber hat Rummenigge nur erreicht, daß sich die Mannschaft noch mehr in Gruppen und Grüppchen zersplittern wird: Auf der einen Seite die Kölner mit Schumacher, Allofs und Littbarski. Dagegen die Bayern-Gruppe (Matthäus, Augenthaler, Eder, Hoeneß) mit den Hamburgern Jakobs und Stein, der schon angekündigt hat: „Wenn die Kölner Mafia so weitermacht, werden sich die Münchener und Hamburger mal zusammentun."

Ein Weg aus diesem Dilemma ist im Moment nicht sichtbar. Die Dänen werden ob dieses Schauspiels lachend die Köpfe schütteln. Wer den Kölner Torwart kennt, der weiß, daß er in der Sache kaum einlenken wird. Und Karl-Heinz Rummenigge kann den Beweis, daß er unentbehrlich ist, nur auf dem Spielfeld erbringen.

Für die Mannschaft wäre es wohl am besten, sie müßte jeden Tag spielen. Die Pausen nutzen sie nur, um irgendein neues Theaterstück aufzuführen. Auf die Idee, die Zeit einmal zum Nachdenken zu nutzen, kommt niemand. Es darf nicht immer alles damit erklärt werden, daß für irgend jemand der Druck zu groß wird. Von ihren Bankkonten lassen sie sich ja auch nicht erdrücken.

Es brennt lichterloh. Bekommen sie eigentlich noch die Finger aus dem Feuer? ULRICH DOST

WELTMEISTERSCHAFT / Südkorea brachte Titelverteidiger in Verlegenheit



MEXICO 86

STATISTIK

Gruppe A

Südkorea – Italien 2:3 (0:1)
Südkorea: Yun-Kyo Oh – Young-Jeung Cho – Kyung-Hoon Park, Yong-Hwan Jung, Jung-Moo Huh – Chang-Sun Park, Kwang-Rae Cho, Joo-Sung Kim (46. Jong-Soo Chung) – Soon-Ho Choi, Bum-Kun Tscha, Byung-Joo Byun (71. Jong-Boo Kim). – **Italien:** Galli – Scirea – Collovati, Vierchowood, Cabrini – Conti, de Napoli, di Gennaro, Bagni (68. Bresi) – Altobelli, Galderisi (88. Vialli). – **Schiedsrichter:** Socha (USA). – **Tore:** 0:1 Altobelli (18.), 1:1 Soon-Ho Choi (61.), 1:2 Altobelli (74.), 1:3 Altobelli (82.), 2:3 Jung-Moo Huh (86.) – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Joo-Sung Kim, Kyung-Hoon Park, Jong-Boo Kim, Bagni, Scirea, Vierchowood.

Argentinien – Bulgarien: 2:0 (1:0)
Argentinien: Pumpido – Brown – Cuciuffo, Buggeri, Garre – Biusti, Batista (46. Olarticoecha), Burruchaga, Maradona – Valdano, Borghi (46. Enrique). – **Bulgarien:** Michailow – Jeliaskow – Petro, Dimitrow, A. Markow – Sirakow (70. Zdrawkow), Jordanow, P. Markow, Sadkow – Getow, Mladenow (52. Welitschkow). – **Schiedsrichter:** Morera (Costa Rica). – **Tore:** 1:0 Valdano (4.), 2:0 Burruchaga (77.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karte:** Cuciuffo.

Gruppe A, Endstand

Argentinien – Bulgarien	2:0
Italien – Südkorea	3:2
Italien – Bulgarien	1:1
Argentinien – Südkorea	3:1
Italien – Argentinien	1:1
Bulgarien – Südkorea	1:1

1. Argentinien	3	2	1	0	6:2	5:1
2. Italien	3	1	2	0	5:4	4:2
3. Bulgarien	3	0	2	1	2:4	2:4
4. Südkorea	3	0	1	2	4:7	1:5

Frankreich überrascht

Der Weltmeister wurde Frankreichs Fußballern zum Nachtisch serviert. Als Michel Platini und seine Kollegen am Dienstag in ihrem Hotel in Guanajuato bei Pudding, Käse und Kaffee saßen, stand es fest: Der Europameister trifft am 17. Juni im Olympiastadion von Mexico City im Achtelfinale auf den amtierenden Weltmeister. „Ein schwerer Brokken", sagt Platini, der wie seine Kollegen Italiens 3:2 in Puebla gegen Südkorea am Fernsehen verfolgt hatte. „Aber wenn wir Weltmeister werden wollen, dann müssen wir jeden Gegner schlagen, egal, wie er heißt.".

Mit Italien hatten die Franzosen offenbar nicht gerechnet. Trainer Henri Michel jedenfalls war beim falschen Spiel – er sah sich im Olympiastadion von Mexico City die Partie zwischen Argentinien und Bulgarien an. Platini: „Die Italiener brauchen wir nicht zu beobachten. Ich selbst kann unserem Trainer genug über unseren nächsten Gegner erzählen."

Frankreichs Pressesprecher Philippe Tournon sagte, die Begegnung am 17. Juni sei von größter Brisanz, da mit Frankreich und Italien zwei der WM-Favoriten aufeinandertreffen: „Und eine von diesen großen Mannschaften muß leider ausscheiden. Ich hoffe nur, daß wir es nicht sind."

Der bisherigen Negativbilanz gegen Italien – in 27 Spielen gab es 17 Niederlagen, 6 Unentschieden und nur vier Siege – messen die Franzosen keine Bedeutung bei. Jean Tigana: „Die Statistik spielt hier in Mexiko keine Rolle. Es kommt auf die Tagesform an, und ich bin überzeugt, daß wir gegen die Italiener unser Bestes geben können."

Die Stimmung bei den Franzosen könnte derzeit auch nicht besser sein. Seit Montagabend sind 18 Spielerfrauen im Hotel – nur die Frauen von Platini und Tigana hatten auf den Flug verzichtet.

Dem tieftraurigen Bum Kun Tscha schmeckte das Abschiedsessen nicht

DW. Puebla

Bum-Kun Tscha saß als letzter noch an einem der vier Tische, die zum Abschiedsessen der südkoreanischen Mannschaft gedeckt waren. Er brauchte etwas länger als seine Mitspieler. Wie immer, wenn es bei ihm nicht nach Wunsch gelaufen ist. Und das Abschneiden Südkoreas bei der Weltmeisterschaft entsprach nicht seinen Hoffnungen. „Im Fußball ist alles möglich", hatte Tscha gesagt und angesichts der Schnelligkeit seiner Mitspieler auf Konterchancen gehofft.

„Wenn Tscha trifft, haben wir die Chance, Dritter in unserer Gruppe zu werden, vielleicht sogar Zweiter", hatte auch Trainer Jung-Nam Kim gesagt. Doch nach dem 2:3 gegen Italien ist Südkorea endgültig ausgeschieden. Vier Tore haben die Asiaten in den drei Vorrundenspielen erzielt – doppelt soviele wie die Mannschaft aus Bulgarien. Trotzdem reichte es nur zum letzten Platz in der Gruppe A. Bulgarien hatte letztlich effektiver gespielt und mit seinen zwei Toren auch zwei Punkte erzielt. Südkorea mußte sich früh aus Mexiko verabschieden.

Was den Stürmer Bum-Kun Tscha traurig stimmte. Trauriger jedenfalls als die Tatsache, daß er kein Tor erzielt hatte. Er, der Stürmer, der sogar in der starken deutschen Bundesliga regelmäßig seine Tore macht. Er, der als einziger in der Nationalmannschaft bei einem Klub im Ausland spielt und trotzdem in Südkorea zum „Sportler des Jahrzehnts" gewählt wurde. Immerhin war Bum-Kun Tscha der einzige Spieler seines Landes, dessen Name den Zuschauern in Deutschland ein Begriff war.

Selbst der Fernseh-Reporter Günter-Peter Ploog, der sich als Fußball-Experte ausweist, hatte Schwierigkeiten mit den Asiaten. Auch er konnte die Spieler nur anhand ihrer Rükkennummern identifizieren. Doch die Südkoreaner haben mit ihren Darbietungen in Mexiko viel dazu beigetragen, ihren Zustand der Anonymität baldmöglichst zu beenden. Innerhalb kürzester Zeit sind sie aus der Rolle des exotischen Außenseiters in die eines ernstzunehmenden Gegners geschlüpft. Was immerhin schon Bewegung in die starre Hierarchie der Fußball-Rangordnung bringt.

Die etablierten Nationen nehmen die kleinen, wendigen und schnellen Spieler aus Asien jetzt ernst. Belgiens Rekordmeister RSC Anderlecht, bei dem so prominente Spieler wie Morten Olsen und Per Friman, Enzo Scifo und Erwin Vandenbergh unter Vertrag stehen, hat sogar schon Kontakte zum Mittelstürmer Soon-Ho Choi geknüpft. Choi begeisterte in Mexiko nicht nur wegen seines herrlichen Tores gegen Italien. Er könnte nach Tscha der zweite Spieler Südkoreas werden, der ins Ausland geht. Seine Mitspieler in der Heimat sind dagegen vorwiegend in Firmenmannschaften tätig oder in Vereinen wie dem FC Hallelujah, wo Cho Byung-Duk als Torwart spielt.



Doppelten Grund zur Freude hatte Soon-Mo Choi. Er schoß das Tor zum 1:1 und erhielt ein Angebot von Belgiens Meister Anderlecht. FOTO:AP

In Südkorea wurde die Nationalmannschaft während ihrer Vorbereitung auf Mexiko ganz uneigennützig unterstützt. Die Firmen und Vereine stellten ihre besten Spieler monatelang frei, bestritten die Meisterschaftssaison ohne sie. Und der Staat zahlte pro Spieler 50 000 Mark, damit sie sich konzentriert vorbereiten konnten. Schließlich war es für Südkorea nach 1954 erst die zweite WM-Teilnahme, und „das ist für unser Land eine nationale Prestigefrage", sagt Trainer Jung-Nam Kim.

Kim ist seit einem Jahr für die Nationalmannschaft als Trainer verantwortlich. Früher gehörte er als Spieler dazu, nahm 1964 an den Olympischen Spielen in Tokio sowie an den Asienspielen teil. Insgesamt bestritt er über 100 Länderspiele, meistens als Libero. Neben der Nationalmannschaft trainiert er auch noch das Werksteam Yu-Kon Oil Company. Mehrere Meistertitel als Trainer und Spieler haben ihn für den Job des Nationaltrainers geradezu prädestiniert. Dennoch ist er sich seines Postens nicht sicher. „In Südkorea ist man keineswegs damit zufrieden, dabei zu sein. Ein sofortiges Ausscheiden wäre enttäuschend", hatte Kim vor dem Turnier gesagt. Wohlwissend, daß eine Verlängerung seines Vertrages vom Abschneiden in Mexiko abhängig gemacht wird.

Nüchtern betrachtet, ist das Ausscheiden Südkoreas eine Enttäuschung. Denn Trainer Kim hatte öffentlich erklärt: „Natürlich sind wir krasse Außenseiter, aber wir können die erste Runde durchaus überstehen." Das hat er nicht geschafft. Trotzdem sieht Kim den anstehenden Vertragsverhandlungen optimistisch entgegen. Denn er wertet die Leistung seiner Mannschaft als Fortschritt: „Die Spiele gegen Argentinien und den Titelverteidiger Italien haben gezeigt, daß der Weg zur internationalen Spitze noch weit ist, wir aber durchaus mithalten können."

SPORT-NACHRICHTEN

UEFA sperrt AS Rom

Zürich (sid) – Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat den italienischen Erstligaklub AS Rom aus dem UEFA-Pokal-Wettbewerb 1986/87 ausgeschlossen und den Präsidenten Viola für vier Jahre von seinem Amt als Vertreter seines Vereins auf europäischer Ebene suspendiert. Die UEFA reagierte damit auf einen Vorfall im Halbfinale des Europapokals der Landesmeister vom 24. April 1984, als der AS Rom und Viola vor dem Rückspiel gegen den schottischen Vertreter Dundee United in einen Bestechungsskandal verwickelt war. Für rund 140 000 Mark sollte der französische Schiedsrichter Vautrot einen Sieg der Italiener begünstigen. Rom gewann mit 3:0.

Teilnahme befürwortet

Moskau (sid) – 83 Prozent der Bewohner Taiwans hat sich für eine Teilnahme ihrer Basketballspielerinnen an der Weltmeisterschaft vom 8. bis 17. August in der UdSSR ausgesprochen. Auch die taiwanesischen Behörden signalisierten, daß sie einer Teilnahme eventuell zustimmen würden. Seit 1949 war Sportlern Taiwans der Start in kommunistischen Ländern untersagt.

Trainer kommt nicht

München (sid) – Der ursprünglich als Nachfolger von VolleyballBundetrainer Andrzej Niemczyk bei den Damen des SV Lohhof vorgesehene amerikanische Trainer Arie Selinger unterschrieb beim holländischen Verband überraschend einen Dreijahres-Vertrag. Selinger sollte auch Damen-Bundestrainer werden, da Niemczyk zu den Herren wechseln wollte.

Guter Auftakt für Gölz

Winterthur (sid) – Der deutsche Radprofi-Meister Rolf Gölz (Bad Schussenried) belegte beim Prolog zur Tour de Suisse in Winterthur, einem Einzelzeitfahren über acht Kilometer, den 16. Platz. Es siegte der Amerikaner Andy Hamsten vor seinem Landsmann Greg Lemond.

Ohne Titelverteidiger

Hamburg (kgö) – Titelverteidiger Pat Eddery fehlt beim Holsten-Jokkey-Europacup am 4. Juli in Hamburg-Horn. Er hat Verpflichtungen in England. Auch Steve Cauthen (USA) ist nicht dabei. Aus Deutschland starten Peter Remmert, Peter Alafi und Lutz Mäder. Champion Georg Bocskai wurde wegen seiner Gewichtsprobleme nicht nominiert. Neu im Aufgebot: der in Frankreich tätige US-Jockey Cash Asmussen.

Maurer ausgeschieden

London (dpa) – Der Neusser Tennisspieler Andreas Maurer, Nummer 34 der Weltrangliste, unterlag in der ersten Runde des Queens-Club-Turniers in London dem Südafrikaner Eddie Edwards mit 7:5, 6:7, 5:7. Er ist damit ausgeschieden.

Höhere Eintrittspreise

Bremen (sid) – Nach fünf Jahren erhöht der Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen die Eintrittspreise. Ein Stehplatz kostet künftig eine Mark, ein Sitzplatz zwei Mark mehr.

Gretzky ausgezeichnet

Toronto (sid) – Der kanadische Eishockey-Profi Wayne Gretzky wurde in der nordamerikanischen Profiliga NHL zum siebenten Mal zum besten Spieler gekürt. Gretzky führt damit auch die sogenannte ewige Hitliste unangefochten an.

Fechter-Ärger

Leverkusen (sid) – Arnd Schmitt, der Mannschafts-Weltmeister im Degenfechten, hat Tauberbischofsheim verlassen und sich dem TSV Bayer Leverkusen angeschlossen. Gemeinsam mit Achim Bellmann und Stefan Prellwitz stellte er den Antrag, künftig dem Leistungszentrum Bonn zugeordnet zu werden. Der Deutsche Fechter-Bund (DFeB) hat dies abgelehnt.

Immel-Nachfolge

Dortmund (dpa) – Der 22jährige Torhüter Wolfgang de Beer vom Zweitliga-Absteiger MSV Duisburg unterschrieb einen Zweijahres-Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund. Er soll gemeinsam mit dem früheren Osnabrücker Rolf Meyer den zum VfB Stuttgart gewechselten Nationaltorhüter Eicke Immel ersetzen.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Bologna, 1. Runde: Osterthun (Deutschland) – Willenbourg (USA) 3:6, 6:3, 7:5, Casal (Spanien) – Pecci (Paraguay) 6:2, 7:6, Aquilera (Spanien) – Ingaramo (Argentinien) 6:1, 6:2, de la Pena (Argentinien) – Arrese (Spanien) 6:2, 3:6, 6:2, Perez (Uruguay) – de Miguel (Spanien) 6:3, 6:4.

SEOUL 1988

Olympia in Süd- und Nordkorea

sid, Lausanne

Ein Boykott Nordkoreas bei den Olympischen Spielen 1988 in Seoul scheint nicht mehr möglich zu sein. Bei der dritten Gesprächsrunde des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) mit den beiden koreanischen Nationalen Komitees unter ihren Präsidenten Chong-ha Kim (Nord) und Yu Sun Kim (Süd) gelang gestern in Lausanne der entscheidende Durchbruch.

„Eine historische Entscheidung" nannte IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch den Vorschlag, die Wettbewerbe in zwei Sportarten bei den Olympischen Spielen 1988 in Nordkorea auszutragen. Er verglich die Übereinkunft mit der 1971 getroffenen Entscheidung, die Volksrepublik China und Taiwan gemeinsam im IOC zu vertreten. Dem Vernehmen nach soll es sich um die Sportarten Tischtennis und Bogenschießen handeln.

Grundlage der Übereinkunft, die von beiden koreanischen Nationalen Olympischen Komitees bis zum 30. Juni definitiv zu ratifizieren ist, war der Wunsch der koreanischen Vertretungen, zum Erfolg der Spiele der XXIV. Olympischen Spiele 1988 beizutragen. Im Juli soll ein viertes und nach Samaranch „definitiv letztes" Treffen in Lausanne stattfinden.

Der Vorschlag, Teile des Olympischen Programms von Seoul nach Nordkorea auszulagern, wurde konkretisiert. Neben den Wettbewerben im Tischtennis und Bogenschießen hat das IOC die Durchführung weiterer zusätzlicher Wettbewerbe in Nordkorea vorgeschlagen. Dabei dürfte es sich um Teilwettbewerbe und Vorrunden sowie kulturelle Ereignisse handeln.

Entscheidend für den nicht erwarteten Durchbruch scheint auch die Zusage beider koreanischer Komitees zu sein, daß alle Mitglieder der Olympischen Familie zu allen Olympischen Wettkampfstätten in Nord und Süd freien Zutritt haben.

Nach der Ratifizierung der IOC-Vorschläge durch die Nordkoreaner wird allerdings das IOC auf seiner Vollversammlung im Oktober in Lausanne diese Übereinkunft erneut bestätigen müssen. Wenn die Koreaner den Vorschlägen des IOC ihre Zustimmung erteilt haben, sollen die organisatorischen und logistischen Details geklärt werden.

Mexiko heute: Zwei Spiele der Gruppe D

Brasilien: Wir werden noch stärker

In der Gruppe D finden heute die beiden abschließenden Vorrundenspiele statt. Die Mannschaften von Brasilien, Spanien, Algerien und Nordirland haben in bisher vier Spielen nur sieben Tore produziert, heftige Kritik hervorgerufen, und Besserung nur gelobt, aber nie gezeigt.

Brasiliens Stürmer Junior bekannte vor dem Spiel gegen Nordirland: „Wir sind bisher nicht aggressiv genug aufgetreten" und Fußball-Idol Pelé bedauert: „Von der Schönheit unseres Fußballs ist nichts geblieben." Trotzdem glaubt Trainer Santana an die Stärke seines Teams: „Wir machen ständig Fortschritte, wir werden von Tag zu Tag besser." Der verletzte Mittelfeldspieler Zico wird eventuell auf der Ersatzbank Platz nehmen und zum Einsatz kommen, wenn es nötig ist.

Aber auch wegen des Respekts vor der deutschen Mannschaft verlangte Santana vollen Einsatz. Denn als Zweiter der Gruppe D träfe man auf den Sieger der deutschen Gruppe. „Wir wollen auf keinen Fall gegen Deutschland oder Dänemark kommen", meint Santana.

Die sonst wohlgelaunte Mannschaft aus Nordirland (1:3 Punkte) ist recht still geworden. Trainer Bingham hört seine Prognose: „Wir kommen in Mexiko bis ins Viertelfinale", nicht mehr gern. Das Erreichen der nächsten Runde ist schon sehr fraglich. Die Nordiren werden mit diesem Spiel Abschied von Torwart Pat Jennings nehmen. An seinem 41. Geburtstag wird der Schlußmann sein 119. Länderspiel bestreiten und dann seine aktive Karriere nach 23 Profi-Jahren beenden. Nur die Sensation könnte seine Laufbahn noch um einige Tage verlängern.

Vor dem Spiel gegen Algerien muß sich Spaniens Trainer Munoz mit personellen Sorgen auseinandersetzen: sieben Montezuma-Opfer, Verlust von Libero Maceda, Verletzung der Spieler Gordillo und Camacho. „Ausfälle wären fatal. Wir müssen unbedingt gewinnen, um Zweiter zu bleiben. Dann wollen wir gegen Dänemark spielen, nicht gegen Deutschland", erklärte Munoz.

Das Stichwort: Die besten Dritten

● Das ist die komplizierteste Regel der WM: Um im Achtelfinale auf 16 Mannschaften zu kommen und im K.-o.-System weiterspielen zu können, müssen vier Gruppendritte das Feld der jeweils sechs Ersten und Zweiten der Gruppen auffüllen. Gesucht also werden die besten vier aus sechs Dritten. Dafür entscheiden: 1. die Punkte, 2. die Tordifferenz, 3. die mehr geschossenen Tore, wenn die Differenz gleich ist, 4. das Los, wenn alles bei zwei oder mehr Mannschaften gleich ist.

Die vier besten Dritten kommen aus den Gruppen	Sieger Gruppe A	Sieger Gruppe B	Sieger Gruppe C	Sieger Gruppe D
A B C D	C	D	A	B
A B C E	C	A	B	E
A B C F	C	A	B	F
A B D E	D	A	B	E
A B D F	D	A	B	F
A B E F	E	A	B	F
A C D E	C	D	A	E
A C D F	C	D	A	F
A C E F	C	A	F	E
A D E F	D	A	F	E
B C D E	C	D	B	E
B C D F	C	D	B	F
B C E F	E	C	B	F
B D E F	E	D	B	F
C D E F	C	D	F	E

● Noch nicht geklärt ist damit aber, welche der vier besten Gruppendritten gegen welche Mannschaften im Achtelfinale antreten müssen. Von der FIFA festgesetzt wurde, daß es die Sieger der Gruppen A, B, C, D sind. Um zu vermeiden, daß zum Beispiel der Sieger der Gruppe A noch einmal gegen den Dritten seiner eigenen Gruppe antreten muß, wurde ein System erarbeitet, das die nebenstehende Tabelle zeigt. Insgesamt gibt es 15 Möglichkeiten, um alle Eventualitäten zu erfassen.

● Diese Tabelle muß so gelesen werden: Kommen die vier besten Dritten zum Beispiel aus den Gruppen B, C, E, F (1. Spalte der Tabelle), dann spielt der Sieger der Gruppe A gegen den Dritten der Gruppe E (2. Spalte), Sieger B – Dritter C (3. Spalte), Sieger C – Dritter B (4. Spalte) und Sieger D – Dritter F (5. Spalte).

● Eine Konsequenz dieser Regel steht schon fest: Deutschland steht im Achtelfinale, selbst wenn es morgen gegen Dänemark 0:10 oder noch höher verlieren würde. Franz Beckenbauers Mannschaft käme in diesem Falle immer auf 3:3 Punkte. Bulgarien und Ungarn haben als schon feststehende Dritte der Gruppen A und C 2:4 Punkte, sind also auf alle Fälle schwächer. Dabei steht Bulgarien mit 2:4 Treffern in der Tordifferenz besser als Ungarn mit 2:9.

Bonn dringt auf Stärkung des privaten Rundfunks

Medienbericht '85 / SAT 1 fordert neue Frequenzen

fac. **Bonn**

Die Pressekonzentration in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit 1978 nicht weiter verstärkt. Im Gegenteil, die Bundesregierung weist in ihrem gestern verabschiedeten Medienbericht '85 darauf hin, daß sich die Zahl der Vollredaktionen von 119 im Jahre 1978 auf 126 im vergangenen Jahr erhöht hat. Diese positive Entwicklung ist das Ergebnis „kostengünstiger neuer Herstellungstechniken". Das „Zeitungssterben" in den 70er Jahren war von Sozialdemokraten und Gewerkschaften zum Anlaß genommen worden, die Forderung nach einer gesetzlichen Sicherung der „inneren Pressefreiheit" über Redaktionsstatute und andere innerbetriebliche Kontrollinstanzen zu erheben.

Als das herausragende Ereignis der vergangenen Jahre im Medienbereich wird von der Bundesregierung die Einführung des privaten Rundfunks gesehen. Das Kabinett begrüßte diese Entwicklung, durch die Informations- und Meinungsvielfalt gestärkt würden. Es appellierte an die Länder, das zur Zeit noch stark zersplitterte Medienrecht zu vereinheitlichen, um faire Startbedindungen für die bundesweite Ausstrahlung privater Programme zu schaffen.

Am selben Tag wandte sich auch SAT 1 als „erster und einziger deutscher Veranstalter eines deutschen Fernsehvollprogramms" an Bund und Länder. Dieses Privatprogramm, das in der Vergangenheit „enorme Vorinvestitionen auf sich genommen hat", erhob Anspruch auf die Nutzung des deutschen Rundfunksatelliten sowie der im Süden und im Norden angebotenen neuen herkömmlichen Frequenzen. Der Appell von SAT 1: „Angesichts des Nebeneinanders von öffentlich-rechtlichen und privaten Systemen kann die Existenz von SAT 1 nur gesichert werden, wenn SAT 1 in allen Bundesländern, jedenfalls aber in allen Staatsvertragsländern die neuen Frequenzen zugewiesen erhält, um ein mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten konkurrenzfähiges Fernsehnetz aufbauen zu können." Die in der Politik oft beschworene Neuordnung der deutschen Rundfunklandschaft könne nicht zum Ziel haben, „vorrangig ausländischen Veranstaltern wie Sky Channel, musicbox, RTL Plus den Weg zum Erfolg privaten Fernsehens zu ebnen.

Mehr Ausbildungsplätze

Die Nachfrage geht schon zurück / Eine Analyse des IW

E.N. **Bonn**

Mit dem Argument, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bereits zurückgehe, hat sich das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) gegen eine Änderung des Prinzips einzelbetrieblicher Finanzierung der Berufsausbildung gewandt, wie sie von der SPD und Gewerkschaften gefordert wird.

Die deutliche Steigerung der betrieblichen Ausbildungsplätze seit 1976 um mehr als 200 000 Lehrstellen und die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit zeige, daß das bisher angewandte System sich bewährt habe. Dies stellt eine von dem Institut herausgegebene Analyse jetzt fest. Den Gewerkschaften gehe es bei ihrem Ziel einer Fondsfinanzierung „vor allem um mehr Macht, Einfluß und Mitbestimmung in der Wirtschaft". Ein SPD-Gesetzentwurf, der derzeit im Bundestag beraten werde, ziele auf eine „bürokratische Lenkung der Wirtschaft" ab. Die Analyse unter dem Titel „Streitsache: Finanzierung der Berufsausbildung" meint: „Dem SPD-Entwurf stehen die 1980 mit dem Urteil zum Ausbildungs-Förderungsgesetz aufgestellten Grundsätze eindeutig entgegen." Keiner der Vorschläge könne „Gerechtigkeit bei der Aufbringung und Vergabe der Mittel für eine Berufsausbildung gewährleisten".

Hintergrund der Meinungsverschiedenheiten ist ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom 25. Januar 1984, in dem festgestellt wurde, daß Rückstellungen für Kosten der betrieblichen Berufsausbildung nicht zulässig sind. Nach dem Institut der deutschen Wirtschaft werden hier jährlich von Unternehmen rund 20 Milliarden Mark netto investiert, also nach Abzug der Ausbildungserträge.

Reservisten alle drei Jahre zur Wehrübung

rmc. **Bonn**

Bundeskanzler Kohl und die Bundesregierung sind gewillt, die Gelder zur Realisierung der Planungen der Bundeswehr in den kommenden Jahren bereitzustellen. Darauf wies Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gestern nach einer Kabinettssitzung hin, die sich auf der Bonner Hardthöhe in erster Linie mit einer Reihe sicherheitspolitischer Fragen befaßt hatte. Der Minister sagte, Helmut Kohl „steht mit seiner Person dafür ein", daß die Streitkräfte mit angemessenen Mitteln und durch eine angemessene Fürsorge für die Soldaten und ihre Familien unterstützt„ ihren Verteidigungsauftrag erfüllen können.

Wie Wörner erläuterte, wollte der Kanzler insbesondere eine eingehende Erörterung der Probleme, denen sich der einzelne Soldat in der Truppe gegenübersieht, in erster Linie die Dienstzeitbelastung (bei einzelnen Einheiten der Marine und der Luftwaffe bis zu 70 Stunden in der Woche) und eine angemessene Ausbildung der Ausbilder. Bei deren Lösung könnte das jetzt schon verbesserte Ansehen der Bundeswehr noch weiter gesteigert werden und ihre Attraktivität als „Arbeitgeber" für längerdienende Soldaten zunehmen.

Ein besonderes Augenmerk gilt künftig auch den Reservisten der Bundeswehr. Sie werden künftig im *Durchschnitt alle drei Jahre zu einer* Wehrübung gerufen werden. Dabei sollen den Wehrübenden alle finanziellen und sozialen Vorteile zuteil werden, die Angehörige des öffentlichen Dienstes heute genießen, wenn sie zur Truppe gerufen werden.

Die Regierung beabsichtigt unter anderem, künftig allen Reservisten bei Wehrübungen den vollen Verdienstausfall zu zahlen. Gleichfalls soll der Bund zugunsten der Wehrübenden die Beiträge zur Rentenversicherung so entrichten, daß keine Nachteile entstehen. Damit folgt das Kabinett einer am 17. April 1986 vom Bundestag mehrheitlich beschlossenen Empfehlung, in der das Parlament die Gleichbehandlung aller Wehrübenden verlangt hatte. Nach heutigem Recht erhält der verheiratete Wehrübende lediglich 90 Prozent seines Nettoverdienstes, der ledige 70 Prozent.

London plädiert für die Auflösung der nordirischen Volksvertretung

Parlament hatte kaum legislative Handlungsfreiheit / Parteien verweigerten Mitarbeit

REINER GATERMANN, **London**

Das britische Kabinett wird in seiner heutigen Sitzung wahrscheinlich beschließen, dem Parlament die Auflösung der nordirischen Volksvertretung, der Northern Ireland Assembly, vorzuschlagen. Ein solcher Schritt wäre nur die natürliche Konsequenz einer Entwicklung, die bereits bei der Gründung der Versammlung 1982 in die falsche Richtung lief. So richtig arbeitsfähig war sie nie, denn die katholischen Parteien, die nationalistisch gemäßigte Social Democratic and Labour Party (SDLP) und die radikale sozialistische Sinn Fein, weigerten sich schon nach der ersten Wahl, ihre Sitze einzunehmen.

Zusammenarbeit abgelehnt

Im Herbst 1985, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Anglo-Irischen Abkommens durch London und Dublin, zog auch noch die für eine Überbrückung der Konfessionsgrenzen arbeitende Alliance aus dem Stormont Castle, dem Parlamentssitz, aus. Da seit diesem Zeitpunkt auch die verbliebenen protestantischen Unionisten jegliche Zusammenarbeit mit dem britischen Gesetzgeber und den Behörden ablehnen, nahm das Parlament auch keine seiner gesetzlichen Aufgaben mehr wahr.

Der außen- und verteidigungspolitische Ausschuß der Regierung unter Vorsitz von Premierministerin Margaret Thatcher hat der Auflösung bereits zugestimmt. Deshalb wird erwartet, daß der Vorschlag auch ohne Widerspruch die heutige Kabinettssitzung passieren wird. Die endgültige *Entscheidung liegt jedoch beim* Parlament, das den Schlußstrich unter die nur vierjährige Geschichte der Northern Ireland Assembly allerdings ohne Gesetzesänderung ziehen kann. Dies ist möglich, weil die Regierung lediglich die Auflösung und nicht die Abschaffung der Versammlung vorgeschlagen hat. Damit soll die Möglichkeit offengehalten werden, sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder einzusetzen.

Die Assembly war von Anbeginn eine Mißgeburt. Nachdem die Provinz bereits 1974 direkt London unterstellt worden war, hätte die Versammlung nur noch die Aufgabe gehabt, die von Westminster erlassenen Gesetze und die Anordnungen der Regierung den Ulster-Verhältnissen anzupassen, ihre eigene legislative Handlungsfreiheit war minimal. Der Gedanke des damaligen Nordirland-Ministers James Prior, hier die Machtteilung zwischen den beiden konfessionellen Blöcken zu erproben, war von Anbeginn zum Scheitern verurteilt.

Abkommen in Gefahr

Mit ihrer Absicht, die Versammlung aufzulösen, will die Londoner Regierung einer Neuwahlkampagne, die von den Unionisten sicherlich zu einer einzigen Attacke gegen das Anglo-Irische Abkommen umfunktioniert worden wäre, aus dem Wege gehen. Die derzeitige Legislaturperiode läuft am 20. Oktober aus. Gefahr droht dem Abkommen jetzt allerdings auch von republikanisch-irischer Seite. Durch den Parteiaustritt des Abgeordneten Joe Birmingham, der künftig dem Parlament als Unabhängiger angehört, verliert die Fine Gael-Labour-Koalition ihre bisherige Mehrheit von einer Stimme. Eine vorzeitige Neuwahl könnte die oppositionelle Fianna Fail somit an die Macht bringen.

Weizsäcker gegen Atom-Ausstieg

epd/AP, *Genf*

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich auf der Weltarbeitskonferenz in Genf gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Das Reaktorunglück von Tschernobyl zeige, wie wichtig es sei, die Technik zu beherrschen. Niemals aber dürfe sich technischer Fortschritt auf den Schultern von Strahlenopfern aufbauen. In seiner Rede hob Weizsäcker auch die tragende Rolle unabhängiger Gewerkschaften hervor. Er würdigte dabei besonders den stabilisierenden Beitrag der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Vom Staat abhängige Gewerkschaften seien außerstande, die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Erstmals sprach ein deutsches Staatsoberhaupt vor der Jahreskonferenz der 1919 gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die älteste Sonderorganisation der UNO.

Österreich vor neuen Rücktritten

dpa, *Wien*

Die österreichische Regierung wird nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) vermutlich im größeren Rahmen umgebildet, als ursprünglich vermutet wurde. Den Rücktrittsankündigungen von Außenminister Leopold Gratz und Landwirtschaftsminister Günter Haiden haben sich auch der Minister für Verkehr und Öffentliche Wirtschaft, Ferdinand Lacina, angeschlossen. Als weitere Austauschkandidatin gilt die Ministerin für Familien- und Verbraucherschutz, Gertrude Fröhlich-Sandner.

Der designierte neue Regierungschef Franz Vranitzky wird seine Ministerliste am Freitag vorlegen. Am Montag werden die neuen Regierungsmitglieder in Wien vereidigt. Ein Datum für die Regierungserklärung von Vranitzky liegt noch nicht vor.

Bei Anschlag in Sri Lanka 50 Tote

dpa, *Colombo*

Mindestens 50 Menschen sind gestern bei der fast gleichzeitigen Explosion zweier Zeitbomben in der Stadt Trincomalee im Osten Sri Lankas getötet worden. Rund 60 Personen wurden außerdem verletzt.

Die beiden Bomben waren mutmaßlich von tamilischen Separatisten in zwei Reisebussen versteckt worden. Sie explodierten im Abstand von zwei Minuten, kurz nachdem die Busse den zentralen Busbahnhof zur Fahrt nach Colombo beziehungsweise Kantalai verlassen hatten. Die Mehrzahl der etwa 130 Passagiere waren Singhalesen, darunter solche, die kürzlich ihre Dörfer auf der Flucht von Terroranschlägen verlassen hatten. Der Anschlag gehört zu den schlimmsten einer Welle von Attentaten, die am 3. Mai mit einer Bombenexplosion an Bord einer Verkehrsmaschine begonnen hatte.

Kritik aus US-Kongreß an Chemie-Bombe

wth. **Washington**

Eine neue chemische Bombe, die Teil des sogenannten „binären" chemischen Waffensystem der USA werden soll, ist von Mitgliedern des Kongresses gestern als „fehlerhaft und technisch unzuverlässig" bezeichnet worden. Dante Fascell, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, erklärte: „Diese Bombe ist keine Erfolgsstory, sie ist eine einzige Schreckensgeschichte." Er forderte, die Arbeiten an dieser Bombe mit dem Namen „Bigeye" entweder einzustellen oder die Waffe völlig neu zu konstruieren.

Das binäre Waffensystem besteht aus chemischen Waffen, die die technisch veralteten und unzuverlässig gewordenen Bestände an chemischen Waffen ersetzen und auf amerikanischem Boden gelagert werden sollen. Der Kongreß billigte im vergangenen Jahr die Produktion dieses Systems, vorausgesetzt, daß die NATO-Verbündeten sich ebenfalls dafür entscheiden. Die Verteidigungsminister der NATO hatten im vergangenen Monat in Brüssel zugestimmt. Die Gegner der Wiederaufnahme chemischer Waffenproduktion im Kongreß argumentierten jedoch, daß dies das falsche Forum gewesen sei.

Die spezielle Kritik der Kongreßmitglieder an der chemischen Bombe „Bigeye" basiert auf einem Bericht des „*General Accounting Office* (GOA), das für den Kongreß die Finanzen überprüft. Der Bericht bemängelt, daß die Bombe vorzeitig explodieren und die Piloten des Flugzeuges in Gefahr bringen könnte. Sie müßten sich, um in die richtige Abwurfposition zu kommen, dem Bodenfeuer potentieller Gegner aussetzen. Dieses Manöver sei nötig, um die technischen Mängel in der Konstruktion der Bombe auszugleichen. „Die Bigeye-Bombe ist ein einziger großer Versager. Die einzig wirklich verläßliche Bombe in dieser Affäre ist dieser Untersuchungsbericht der GOA", sagte Dante Fascell.

Das Pentagon hat für die Entwicklung dieser Bombe im kommenden Haushaltsjahr 77 Millionen Dollar beansprucht. Es wies die langfristigen Schlußfolgerungen der Kritiker dieses Projekts zurück und erklärte: „Wir haben die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten des Systems voll erkannt und verfügen über die Mittel, sie zu beheben."

Und er läuft doch

Mk. – Nur auf den ersten Blick signalisieren die Meldungen Widerspruch. Da ist von einem kräftig expandierenden Handelsbilanzüberschuß die Rede, der die USA reizt, von der Bundesregierung eine Ankurbelung der Binnenkonjunktur zu verlangen, und gleichzeitig wird ein Sinken der Exporte analysiert. Beides ist richtig. Die reale Ausfuhr tendierte in den vergangenen Monaten schwach. Wegen der stark gefallenen Importpreise kletterte jedoch in nominaler Rechnung der Überschuß.

Wie geht es weiter? Nach dem, was aus vielen Firmen zu hören ist, haben sich die Exporterwartungen in den letzten Wochen wieder gefestigt. Dieses wird auch durch den Auftragseingang aus dem Ausland im April gestützt. Sicher, dabei dürfte auch ein gewisser Vorzieheffekt wegen der erwarteten Aufwertung der D-Mark eine Rolle gespielt haben. Wichtiger erscheint jedoch, daß ähnlich wie in der Bundesrepublik auch in den benachbarten europäischen Industriestaaten Verbrauch und Investitionen erst mit einer gewissen Verzögerung auf den Verfall der Ölpreise reagiert haben. Erst langsam setzt sich hier die Belebung durch. Und in diese Staaten fließen immerhin gut zwei Drittel der deutschen Exporte.

Wenn dort die Nachfrage anzieht, dann schlägt das auf die Bestellungen bei deutschen Firmen durch und überkompensiert die Schwäche im Amerika- oder Opec-Geschäft. Der deutsche Stabilitätsvorsprung ist so erheblich, daß die Aufwertung der D-Mark rasch ausgeglichen wird. Daher wird der Export wieder besser laufen und die Konjunktur stützen.

Alle high

adh – High-Tech aus Textil auf dem Frankfurter Messegelände macht derzeit alle Beteiligten high. Der Laie staunt, was alles aus der Textilküche kommt, und mancher Fachmann wird froh über die Anregungen sein, die die Entwicklung eines ihm bis dahin unbekannten mittelständischen Textilunternehmens für geplante Konstruktionen oder Problemlösungen bringen kann. Also auf zu neuen Ufern für die deutsche Textilindustrie, die trotz aller modischer Innovation auf ihrem angestammten Feld angesichts gesättigter Märkte und scharfer Konkurrenz nicht mehr so recht vorankommt? Der wachstumskräftige (und auch in Zukunft wachstumsträchtige) Bereich der technischen Textilien bietet beileibe nicht für alle ertragsstarke Nischen. Der Weg dorthin ist weit. Innovation muß mit hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen hartnäckig immer wieder erarbeitet werden. Gefragt sind intelligente Spezialitäten, die weiterhelfen. Die schnelle Mark läßt sich damit nicht machen.

KREDITWIRTSCHAFT / Internationalisierung der Wertpapiermärkte begrüßt

Christians weist Kritik an der Macht der Banken energisch zurück

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

„Ehe man den Hammer schwingt, sollte man sehen, wo man draufhaut", kontert F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die wieder in Mode gekommene Kritik an der Macht der Banken. Dabei hat er besonders den Berliner Kartellamtspräsidenten Prof. Wolfgang Kartte, „der immer dasselbe sagt" im Visier seiner neuerlichen Bankenschelte. Allerdings sieht der Spitzenbankier keinen Anlaß für einen öffentlichen Gegenangriff auf die Kritiker der Bankenmacht.

Die Banken hätten sich daran gewöhnt, kritisiert und beschimpft zu werden, resigniert Christians in einem Gespräch mit dem „Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten"; es sei ja so einfach für Politiker, sich auf Kosten der Banken zu profilieren. Schuldig blieb Christians die Antwort auf die Frage, ob es auch politisch klug sei, den Kopf in den Sand zu stecken, wenn in der Öffentlichkeit ein als kompetent angesehener Bundesbehördenchef wie Kartte, der zudem der CDU nahesteht, mit gleichen Argumenten wie die Opposition im Wahlkampf auf die Banken schießt.

Für eine völlige Verkennung ihrer tatsächlichen Macht hält Christians den Vorwurf Karttes, die Banken nähmen Einfluß auf das Zustandekommen von Großfusionen wie Daimler/AEG, die den Wettbewerb behinderten. Er stellte klar, daß die Anregungen zu derartigen Transaktionen von den Vorständen kämen und daß die Bankiers in den Aufsichtsräten als zudem miteinander konkurrierende Mitglieder in diesen Gremien nur eine Minderheit stellten, die nicht einmal die Macht habe, Entscheidungen zu verhindern.

Recht zurückhaltend beurteilt der Bankier die weitere Zinsentwicklung in der Bundesrepubik; er sieht kaum noch Chancen für einen merklichen Rückgang und wäre froh, wenn sich die Zinsen am Kapitalmarkt auf dem derzeitigen Niveau halten. Etwas mulmig wird Christians angesichts der besonders in diesem Jahr extrem starken Abhängigkeit des Marktes von ausländischen Anlegern bei dem Gedanken, daß sich Ausländer – aus welchen Gründen auch immer – von deutschen Papieren trennen; das dokumentierte er allein schon mit der Bitte, ihn nicht nach seiner Einschätzung des Zinstrends nach der Niedersachsenwahl zu fragen.

Prinzipiell begrüßt der Bankier freilich die Internationalisierung der deutschen Wertpapiermärkte; dazu gehört nach seinem Urteil auch die Öffnung des Bundesanleihekonsortiums, das die Anleihen des Bundes, der Bahn und der Post für eigene Rechnung übernimmt und dann anschließend plaziert, für Auslandsbanken mit deutschem Sitz. Darüber finden nächste Woche Verhandlungen statt. Christians hofft, daß die starke Konkurrenz der in dieses Geschäft dringenden Auslandsbanken die staatlichen Emittenten nicht dazu verführt, für sie momentan allzu gute Konditionen auszuhandeln. Wenn die Papiere bei weniger guter Marktverfassung nicht untergebracht werden können und sofort im Kurs sinken, leide darunter schließlich der gute Ruf des Schuldners.

Die Diskussion über eine kleinere Aktienstücklung ist noch nicht abgeschlossen, kontert Christians die Kritik an der bisher gezeigten ablehnenden Haltung der Banken zu diesem Vorschlag aus Bonn, wo noch eine entsprechende hessische Initiative in den Schubladen des Bundesrats schlummert. Er hält allerdings die „Miniaktie" für eine nicht ideale Zwischenlösung auf dem Weg zur wünschenswerteren nennwertlosen Aktie, deren Einführung wegen einer Änderung des Aktiengesetzes nicht so bald zu erreichen sei.

Beeindruckt zeigte sich der Bankier bei dem Clubgespräch unmittelbar nach einem Moskau-Aufenthalt von der harten Entschlossenheit der Sowjetführung, mit dem Ausfall von Exporterlösen aufgrund des Ölpreisverfalls fertigzuwerden. Christians spürte bei Ministerien und Unternehmen den Willen, mit höherer Effizienz von Menschen und Material sowie verstärktem Kostenbewußtsein die Folgen des Ölpreisrückgangs auf die Wirtschaft abzufedern.

POSTMINISTERIUM

Die Digitalisierung des Telefonnetzes kommt voran

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Um die vom Markt verlangten Möglichkeiten der Telekommunikation zu realisieren, müsse bei der Industrie dieses Bereichs, aber auch bei der Deutschen Bundespost und ihren Kontrollgremien der Mut und die Bereitschaft wachsen, sich von kurzfristigen Renditeerwartungen zu lösen. Diese Mahnung formulierte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling in Stuttgart bei der Eröffnung der „telematica 86", der viertägigen Medienmesse, an der sich – verbunden mit Fachkongressen – 290 Anbieter aus neun Ländern in den Bereichen Bildschirmtext, Kabelfernsehen, Mikrocomputer, Breitbandtechnik, Bürokommunikation und Broadcast beteiligen. Nach Schwarz-Schillings Worten ist es erforderlich, bereits heute Vorleistungen auf Dienste, Netze und Technologien von morgen dazu erbringen.

Er konkretisierte dies an einem Beispiel: Seiner Überzeugung nach könne niemand kurzfristig am Glasfasereinsatz verdienen. Schlösse man aber aus diesem Grunde den Einstieg heute aus und stemple breitbandige Fernmeldedienste der Individualkommunikation als Zukunftsvision ab, so könne nur die Chance gewonnen werden, morgen ein weiteres Gebiet der Spitzentechnologie mit einem Massenmarkt zu verlieren.

Mit Stolz stellte Schwarz-Schilling fest, daß die Bundespost bei der Umsetzung ihres vor zwei Jahren vorgestellten Konzepts zur Weiterentwicklung der Fernmeldeinfrastruktur voll im Zeitplan liege. Die ausgewiesenen Entwicklungsschritte seien entweder vollzogen oder planmäßig eingeleitet. Auch schreite die Digitalisierung des Telefonnetzes zügig voran. Derzeit sind bundesweit 16 digitale Vermittlungsstellen in Betrieb. Bis Ende dieses Jahres werden es bereits 50 Vermittlungsstellen sein, mit etwa 330 000 digitalen Fernleitungsanschlüssen.

Auch wirtschaftlich hätten sich die Erwartungen erfüllt, denn schon heute, zwei Jahre nach Systemeinführung, seien die Preise für die digitale Fernvermittlungstechnik auf 30 bis 40 Prozent der herkömmlichen Technik gefallen. Mit ähnlich großen Kostenvorteilen rechnet der Minister für die Digitalisierung des Netzes. In bezug auf die ISDN-Einführung meinte Schwarz-Schilling, daß es an der Zeit sei, sich verstärkt sich um Anwendungsmodelle zu kümmern.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gab zu bedenken, daß derzeit 43 Prozent aller arbeitenden Bundesbürger in irgendeiner Form mit der Informationstechnik zu tun hätten, eine Zahl, die bis zum Jahr 2000 zwischen 46 und 56 Prozent liegen dürfte. Da er der Meinung sei, daß die Informationstechnologie eher zur Dezentralisierung als zur Konzentration führe, bekäme auch der Begriff der Infrastruktur einen neuen Inhalt. Regionale Nachteile könnten durch Einsatz dieser Techniken besser ausgeglichen werden.

Clinch um Alfa Romeo

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die vor kurzem begonnenen Gespräche zwischen den Automobilkonzernen Alfa Romeo und Ford über die Möglichkeit einer Beteiligung des US-Partners an dem italienischen Staatsunternehmen drohen, die schon gespannten Beziehungen zwischen Rom und Washington zusätzlichen Belastungen auszusetzen. Welche Gefühle und Gedanken die erst in der Anfangsphase befindlichen Gespräche begleiten, zeigen Erklärungen, die der Generaldirektor des US-Außenhandelsinstiturts, Alexander Good, auf der in Mailand veranstalteten Jahresversammlung der US-Handelskammer in Italien abgegeben hat. Darin kündigte Good Repressalien der US-Administration an, falls die italienische Regierung den Versuch unternehmen sollte, die Ford-Beteiligung zu verhindern.

Offensichtlich liegt den Amerikanern daran, den Versuchungen der italienischen Parteien und Gewerkschaften entgegenzuwirken, die von Ford unter rein kommerziellen und technischen Gesichtspunkten begonnenen Verhandlungen über die Machbarkeit des Beteiligungsvorhabens auf eine politische Ebene abzuschieben. Stellungnahmen aus italienischen Gewerkschaftskreisen, die eine Andeutung von Ford-Präsident Donald Petersen über die Notwendigkeit einer Bereinigung der Arbeitsprobleme negativ kommentierten, lassen bereits erahnen, mit welchen Schwierigkeiten die Detroiter Sanierer zu rechnen haben.

Die Drohung mit Repressalien hat aber wohl noch eine andere Ursache. Sie könnte auch gegen die Versuche der italienischen Koalitionsparteien und der Regierung gerichtet sein, in der Phase der Anfangskontakte zwischen Alfa Romeo und Ford den Turiner Fiat-Konzern ins Spiel zu bringen, um damit auf den potentiellen US-Partner zumindest psychologischen Druck auszuüben.

Die Versuchung, auf diese Weise den Preis für eine Ford-Beteiligung hinaufzuschrauben beziehungsweise an die Stelle einer Ford-Übernahme eine „italienische" Lösung mit Fiat als Retter von Alfa Romeo zu setzen, ist zweifellos groß. Das hat auch das Hearing gezeigt, das am Dienstag dieser Woche im Parlament mit dem erklärten Ziel stattfand, andere Wege der Alfa-Romeo-Sanierung ausfindig zu machen.

Taube Ohren zu diesem sehr offenkundigen Spiel hat bisher indessen noch immer Fiat selbst. Mit gutem Grund. Abgesehen davon, daß die Konzernleitung dieses größten italienischen Automobilunternehmens nur aus Vaterlandsliebe dazu gebracht werden könnte, bei der Sanierung von Alfa Romeo mitzumachen und daß bekannt ist, daß Fiat allenfalls dazu zu bewegen wäre, Teile des Krisenunternehmens zu übernehmen, wollen die Turiner alles vermeiden, was als Kampfansage an Ford gedeutet werden könnte.

Dazu tragen nicht nur die guten persönlichen Beziehungen zwischen den Konzernchefs Petersen und Agnelli bei, die im vergangenen Jahr viele Monate lang über eine Fusion ihrer europäischen Automobilkapazitäten verhandelt hatten, sondern auch die Rücksicht Fiats gegenüber der US-Administration.

Da steht für den Turiner Konzern eine Menge auf dem Spiel. Gewiß ist es nicht der vom Pentagon an Fiat vergebene Auftrag zur Lieferung von 187 Traktoren für das US-Marinecorps und dessen Suspendierung durch das Verteidigungsministerium in Washington, die in Turin Besorgnis erregen. Viel größer ist die Sorge, daß die gleiche Begründung, mit der die Ausführung dieses Auftrags gestoppt wurde, nämlich der libysche Kapitalanteil an Fiat, auch die Beteiligung der Turiner am SDI-Forschungs- und Entwicklungsprogramm bremsen könnte.

Das Mißtrauen, das Regierung und Öffentlichkeit in den USA dieser 15-Prozent-Quote an Fiat entgegenbringen, ist trotz aller diplomatischen Zurückhaltung in Washington unübersehbar. Um so größer muß das Interesse des Turiner Konzerns sein, diesem Mißtrauen nicht noch weitere Spannungselemente hinzuzufügen. Dasselbe gilt für die italienische Regierung, die sich für ihre bisherige Mittelmeerpolitik von ihrem US-Verbündeten noch manches vergeben lassen muß.

AUF EIN WORT



„Ohne die Konsolidierungspolitik hätten wir weder eine Halbierung der Zinssätze, noch die Rückkehr zu völliger Preisstabilität erreichen können."

Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU). FOTO: HANS-W. HÖFT

Börsengewinne unversteuert

dpa/VWD, **Mailand**

Die Gewinne der italienischen Börsenspekulanten werden vorerst nicht besteuert. Als Begründung für diese Entscheidung der Regierung hat Finanzminister Bruno Visentini angeführt, daß es im italienischen Steuersystem an den Mitteln fehle, um die Gewinne zahlenmäßig exakt zu erfassen. Gerüchte um eine bevorstehende Besteuerung der Börsengewinne hatten vor zwei Wochen zum Abbruch der monatelangen Hausse-Bewegung geführt. In Italien werden Börsengewinne als Einkommen nur dann besteuert, wenn es sich nachweislich um „spekulative" Käufe und Verkäufe handelt. Darunter sind Operationen zu verstehen, die mehr als zwei Prozent des Kapitals einer an der Börse gehandelten Gesellschaft betreffen.

AUSFUHREN

Export-Wachstum bleibt in diesem Jahr gering

MK. **Bonn**

Allenfalls mit einem leichten Anstieg der Exporte im zweiten Quartal rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin in seinem jüngsten Wochenbericht. In den ersten drei Monaten dieses Jahres war die reale Warenausfuhr – von Saison- und Kalendereffekten bereinigt – um ein Prozent gesunken. Damit hat sich, so das DIW, die Schwächephase, die schon in den Sommermonaten 1985 begonnen hatte, fortgesetzt.

„Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürften die Exporte zwar wieder deutlicher expandieren, doch ist aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr bereits jetzt absehbar, daß das Wachstum im gesamten Jahr gering sein wird", schreibt das Institut. Denn der reale Auftragseingang aus dem Ausland ist nun schon ein Jahr lang abwärts gerichtet. Auch die jüngste Entwicklung läßt nach Meinung des DIW keine Trendwende erkennen. Allerdings hat das Institut die kürzlich veröffentlichten Zahlen für April noch nicht berücksichtigt. Der Export ist dieser Entwicklung mit einer gewissen Verzögerung gefolgt, weil zunächst Auftragsbestände abgebaut wurden.

Die Lieferungen in die USA werden wegen der Aufwertung der D-Mark und der protektionistischen Tendenzen sinken. Aufgrund der angespannten Devisensituation und des geringeren Kreditrahmens wird mit einem weiteren Nachfrageausfall aus den Opec-Staaten, den meisten Entwicklungsländern und aus dem Ostblock gerechnet. Die Belebung der Nachfrage in den europäischen Industrieländern scheint mit Verzögerung in Gang zu kommen.

GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSUNTERNEHMEN

Heizkosten-Verordnung muß geändert werden

A. G. **Bonn**

Eine Novellierung der Heizkostenverordnung hat in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann jetzt der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW) gefordert. Die derzeit gültige, fünf Jahre alte Verordnung müsse dringend geändert werden, denn sie sei unzulänglich, führe zu Ungerechtigkeiten und belaste das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter.

GGW-Chef Jürgen Steinert hält Verbesserungen in drei Bereichen für dringend erforderlich. So sollte die Bandbreite des Umlagemaßstabes erweitert werden, daß künftig nur noch mindestens 40 Prozent der Kosten des Betriebs der zentralen Heizungsanlage (bisher 50 Prozent) verbrauchsabhängig umgelegt werden müssen. Ferner sollten exponiert gelegene Wohnungen einen „Bonus" erhalten. Sondertatbestände wie Mieterwechsel, Geräteausfälle oder dauernde Abwesenheit des Wohnungsnutzers müßten eine einheitliche Regelung finden. Schließlich müßte der Vertragsfreiheit wieder zur vollen Wirkung verholfen werden.

Wie Bundesbauminister Oscar Schneider hierzu gegenüber der WELT erklärte, halte die Bundesregierung eine verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten nach wie vor für geboten. Es sei nicht beabsichtigt, die Verwendung der nach dem Verdunstungsprinzip arbeitenden Heizkostenverteiler zu untersagen. Die Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge würden zur Zeit geprüft. Ein Großteil hiervon ließe sich auf vertraglichem Wege realisieren. Soweit erforderlich, werde die Bundesregierung die Heizkostenverordnung ändern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen

Insolvenzen je 1.000 Unternehmen

Rechtsform	1985	1986
OHG, Einzelfirma, Gewerbebetrieb, Genossenschaft, Gesellsch. bürgerl. Rechts, Sonst.	1	1
KG	1	1
AG	1	2
GmbH+Co.KG	3	4
GmbH	14	14

jeweils Januar bis Mai — Quelle: Creditreform

In der Bundesrepublik Deutschland melden Gesellschaften mit beschränkter Haftung häufiger den Konkurs an als alle anderen Unternehmensformen zusammen. Ihr Anteil an den gesamten Insolvenzen liegt bei etwa zwei Drittel. Bei den GmbHs bleiben auch mit Abstand die meisten Arbeitsplätze auf der Strecke. QUELLE: CREDITREFORM

Jahreswagen: Vorerst keine Konsequenzen

Bonn (AP) – Die Forderung des Bundesrechnungshofes nach Abschaffung der Steuerfreiheit für Jahreswagen und anderen „geldwerte Vorteile" wird vor der Bundestagswahl keine Konsequenzen nach sich ziehen. Der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Karlheinz von den Driesch, sagte in Bonn, das Ministerium prüfe derzeit die entsprechende Prüfmittlung des Rechnungshofes. Gegenstand der Prüfung sei auch die Frage, ob im Rahmen der für die nächsten Wahlperiode geplanten großen Steuereform Korrekturen an den bisher geltenden Steuerbefreiungen in diesem Bereich notwendig seien.

„Sehr unschön"

Hamburg (dpa/VWD) – Scharfe Kritik an der geplanten Verfütterungsaktion von EG-Butter hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, geübt. Diese Maßnahme sei „sehr unschön" und zeige, wie „absurd die alte EG-Agrarpolitik bisher gewesen ist", sagte von Geldern. „Der eigentliche Skandal", so von Geldern, bestehe darin, „daß die EG ihre Agrarpolitik nicht rechtzeitig angepaßt hat". Dieses Übel müsse jetzt an der Wurzel gepackt werden. Der Selbstversorgungsgrad bei Milch liege derzeit in der EG bei 114 Prozent und in der Bundesrepublik bei 115 Prozent.

17 Prozent mit Abitur

Bonn (A.G.) – Bereits jeder sechste Lehrling hat Abitur. Ende 1985 machten 140 800 Abiturienten eine Ausbildung in Industrie, Handel, bei Banken und Versicherungen sowie im Gast- und Verkehrsgewerbe gegenüber 118 600 im Vorjahr (plus 18,7 Prozent). Der Anteil der Ausbildungsverhältnisse mit Abiturienten ist damit auf 16,1 Prozent gegenüber 14,1 Prozent im Vorjahr gestiegen.

Für private Vorsorge

Frankfurt (cd.) – Die Beibehaltung der steuerlichen Begünstigung privater Kapitalbildung im Zuge einer Steuerreform fordert Bundesbankpräsident Pöhl. Begründung: Die Leistungen aus der staatlichen Rentenversicherung von 60 bis 70 Prozent des letzten Nettogehalts seien langfristig nicht finanzierbar, so daß die sich gegenüber dem derzeitigen Zustand öffnende Sicherungslücke durch private Vorsorge geschlossen werden muß; überdies sei die private Lebensversicherung rentabler als die gesetzliche Rentenversicherung bei Beiträgen von mehr als 20 Prozent. Bei einem Vortrag in Wiesbaden betonte Pöhl ferner, daß die starke Geldmengenexpansion derzeit keine Zinssenkung zulasse.

Dollar fällt

Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar ist zur Wochenmitte an den europäischen Devisenmärkten deutlich abgerutscht. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs mit 2,2070 DM um mehr als zwei Pfennig unter dem Vortagesfixing von 2,2305 DM ermittelt. Die Deutsche Bundesbank griff nach Angaben Frankfurter Händler nicht in die Kursfindung ein. Dagegen bestätigte der Präsident der japanischen Notenbank, Satoshi Sumita, am Mittwoch in Tokio Marktberichte, daß die Bank von Japan am gleichen Tag zur Stützung des Dollar-Kurses interveniert habe. In Tokio hatte der Dollar mit 166,70 Yen und 2,2105/15 DM geschlossen.

EG-Programm zu teuer

Brüssel (Ha.) – Zu hoch gegriffen hat die EG-Kommission mit ihren Vorschlägen für ein Mehrjahresprogramm für Forschung. Die großen Länder (Frankreich, Bundesrepublik und Großbritannien) wollen weit weniger für EG-Programme ausgeben, als die Brüsseler Behörde. Sie hat mit Rücksicht auf den Wettbewerbsvorsprung der USA und Japans bis 1991 rund 22,3 Mrd. Mark gefordert, fand dafür aber nur die Zustimmung kleinerer Mitgliedsstaaten, die über keine ausreichende eigene Forschungskapazität verfügen.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,89 (164,50); Elektrowerte: 300,57 (300,52); Autowerte: 765,05 (769,29); Maschinenbau: 157,29 (158,38), Versorgungsaktien: 166,49 (168,18); Banken: 401,10 (403,71); Warenhäuser: 141,36 (142,36); Bauwirtschaft: 476,56 (483,33); Konsumgüterindustrie: 167,49 (167,72); Versicherung: 1449,54 (1477,64); Stahlpapiere: 163,43 (164,78); Gesamt 274,31 (276,33).

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Kapitalverkehr in der EG soll liberalisiert werden

Ha. **Brüssel**

Einen Richtlinienentwurf zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat die EG-Kommission fertiggestellt. Falls er vom Ministerrat verabschiedet wird (wozu eine qualifizierte Mehrheit ausreicht), wäre nach ihrer Meinung ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung eines integrierten europäischen Finanzmarktes getan.

Der Vorschlag sieht vor, daß langfristige Handelskredite (fünf Jahre und mehr), der Erwerb der nicht an der Börse gehandelten ausländischen Wertpapiere sowie die Zulassung von Aktien und privaten Anleihen zum Kapitalmarkt keinen nationalen Beschränkungen mehr unterworfen werden dürfen. Für diese Operationen sind bislang Restriktionen möglich.

Im ersten Halbjahr 1987 soll eine weitere Direktive folgen, in der (im Einklang mit dem EG-Programm zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes) grundsätzlich die völlige Liberalisierung der Kapitalbewegungen angestrebt wird. Die bisherige Haltung einiger Regierungen läßt allerdings Zweifel zu, ob das Ziel erreicht werden kann.

Tatsächlich sind seit Anfang der sechziger Jahre kaum noch Fortschritte gemacht worden. Der durch die ersten beiden EG-Richtlinien erreichte Liberalisierungsgrad wurde sogar wegen der Androhung der Schutzklausel durch einige Staaten wieder zurückgeschraubt.

Die größere Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung hat indes in jüngster Zeit sowohl in Frankreich wie in Italien eine Auflockerung der Kontrollen begünstigt. Die Kommission fühlt sich in ihrem Vorgehen dadurch ermutigt.

STEUEREINNAHMEN / Soll-Ansätze im Bundeshaushalt haben sich voll bestätigt

Der Anteil des Bundes geht zurück

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Steuereinnahmen im Mai haben das zuvor düstere Bild aufgehellt und bestätigen die Steuerschätzer in ihrem Urteil vom 28. Mai, als sie erklärten, das Schätzergebnis vom November 1985 und damit auch die Soll-Ansätze im Bundeshaushalt 1986 seien „nahezu voll bestätigt" worden.

Der Bund erwartet 1986 eine Zunahme um 2,5 Prozent auf 211,4 Milliarden und die Länder um 6,1 Prozent auf 163,6 Milliarden Mark. Die Zuwachsraten der ersten vier Monate blieben mit 1,2 und 5,1 Prozent deutlich zurück. Allein der Mai brachte jedoch Zunahmen um 4,8 und 7,5 Prozent. Damit wurde das Fünf-Monats-Ergebnis mit 1,9 und 5,6 Prozent der Jahresschätzung angenähert. Der Bund kassierte von Januar bis Mai 74,9 Milliarden (plus 1,4 Milliarden). Für die Länder lauten die Zahlen 58,4 und 3,1 Milliarden. Die Steuereinnahmen der Gemeinden werden quartalsweise vom Statistischen Bundesamt erfaßt. Zahlen liegen noch nicht vor. Für 1986 insgesamt werden 64,4 Milliarden Mark (plus 4,6 Prozent) erwartet.

Die Europäische Gemeinschaft ist mit einer Zunahme um 16,4 Prozent auf 7,2 Milliarden der große Gewinner. 1986 fließen der EG durch eine Erhöhung des Anteils von 1,0 auf 1,4 Prozent der Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer rund 4 Milliarden Mark mehr zu. Mit der erwarteten Erhöhung auf 1,6 Prozent 1988 wird der Zugriff der EG auf die Bundeskasse um weitere bis zu 2,2 Milliarden Mark erhöht.

Dies ist nur einer der Gründe für das relativ schlechtere Abschneiden des Bundes im Vergleich zu den Ländern. Ein weiterer ist die um 0,5 Prozentpunkte erhöhte Beteiligung der Länder am Umsatzsteueraufkommen für die Jahre 1986 und 1987. Hiermit sollte ein Teil der Einnahmeverluste aus der Steuersenkung kompensiert werden.

Weitere Faktoren, die insgesamt den Einnahmefluß der öffentlichen Hände zum Jahresbeginn hemmten, sind der strenge Winter, die Wachstumsdelle im ersten Quartal, der rasant zunehmende Außenhandel, das längere Andauern der Tarifverhandlungen (so daß sich die Impulse auf den privaten Verbrauch verzögern) – und vor allem die Preisstabilität.

Schließlich ist nicht zu verkennen, daß der Anteil des Bundes am Steuerkuchen langfristig deutlich zurückgeht. Betrug er 1982 noch 48,4 Prozent, so waren es 1985 nur noch 47,2 und werden es 1990 nur noch 45,3 Prozent sein (darin ist der künftige Aderlaß an die EG noch nicht einmal berücksichtigt). Dieser Rückgang um drei Prozentpunkte in weniger als einem Jahrzehnt ist kein Pappenstiel. Er entspricht 1990 einem Betrag von weit mehr als 16 Milliarden Mark.

MEXIKO

Neues Abkommen in Sicht?

VWD, Washington

Mexiko nähert sich dem Abschluß eines Abkommens mit seinen ausländischen Gläubigern über ein neues Finanzierungspaket im Volumen von rund 8 Mrd. Dollar, das *außerdem ein* Anpassungsprogramm enthält. Das verlautet aus offiziellen, aber ungenannt gebliebenen Washingtoner Kreisen. Die Regierung von Staatspräsident Miguel de la Madrid habe zwar noch nicht ihr endgültiges Einverständnis hierzu erklärt; doch eine Zustimmung der mexikanischen Regierung binnen acht bis 14 Tagen gilt als wahrscheinlich.

Am Dienstag hatte bereits David Mulford, Staatssekretär im Treasury, erklärt, er sehe weder die Gefahr einer abrupten Zahlungsunfähigkeit noch die, daß Mexiko seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werde. Zugleich hatte er die Chancen, daß Mexiko seine Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erfolgreich beenden werde, als gut bezeichnet.

Unklar ist jedoch, ob das Kreditpaket ein IWF-Darlehen über 1 Mrd. oder über 1,5 Mrd. Dollar enthält und ob es Kredite über 1 Mrd. oder 1,2 Mrd. Dollar von der Weltbank und der Inter-American Development Bank umfaßt. Die Geschäftsbanken wurden ersucht, nochmals neue Mittel (rund 3,5 Mrd. Dollar) an Mexiko herauszulegen, hieß es in US-Regierungskreisen.

JAPAN / Viele Unternehmen verlagern einen Teil der Produktion nach Übersee, um Beschränkungen zu umgehen

Kapitalanleger drängen stärker ins Ausland

FRED de LA TROBE, Tokio

Japans Direktinvestitionen im Ausland beliefen sich im Fiskaljahr 1985/86 (31.3.) auf einen Wert von 12,2 Milliarden Dollar oder 20,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach den Vereinigten Staaten und England ist der fernöstliche Staat der drittgrößte Auslandsinvestor in der Welt. Die japanischen Banken haben ihr Netz in Übersee verstärkt und Immobilienfirmen in Nippon kauften Grundstücke in anderen Ländern auf. Außerdem errichten immer mehr Unternehmen Fertigungsstätten im Ausland, um die Nachteile aus dem Yen-Kursanstieg auszugleichen, in der Nähe der Absatzmärkte zu produzieren und dortige Importbeschränkungen zu umgehen.

Der Höhenflug des Yen seit vergangenem Herbst hat die japanischen Produkte auf den ausländischen Absatzmärkten verteuert. Die Regierung in Tokio billigt die Verlagerung von Produktionen nach Übersee und vertritt den Standpunkt, daß die japanische Industrie nicht mehr bestrebt sein sollte, möglichst alles selber herzustellen.

Die Auslandsinvestitionen Japans im Fiskaljahr 1985/86 waren am größten in den nichtverarbeitenden Wirtschaftszweigen. Im Bereich Banken und Versicherungen erreichten sie einen Wert von 3,8 Mrd. Dollar, 47 Prozent mehr, bei Handelsunternehmen kamen sie auf 1,6 Mrd. Dollar, 6 Prozent mehr, im Transportwesen beliefen sie sich auf 1,2 Mrd. Dollar, 15 Prozent weniger, im Immobiliengeschäft *betrugen sie ebenfalls 1,2 Mrd.* Dollar, das Dreifache und im Dienstleistungsgeschäft stellten sie sich auf 665 Mill., 4 Prozent weniger.

In der verarbeitenden Industrie lagen Fahrzeuge mit 627 Mill. Dollar an der Spitze, 24 Prozent mehr. Es folgten Elektro- und Elektronikgeräte mit 513 Mill., 24 Prozent mehr, Metalle mit 385 Mill., 45 Prozent weniger und Maschinen mit 352 Mill., das Doppelte. Auslagerungen von Fertigungsstätten der verarbeitenden Industrie betrafen vor allem solche mit billigen Produkten und schmalen Gewinnspannen. Teuere, hochtechnische Erzeugnisse werden dagegen weiterhin vorwiegend in Japan hergestellt.

Die größten japanischen Investitionen haben bisher die Vereinigten Staaten, Südostasien und Europa aufgenommen. 1985/86 nahmen die Kapitalanlagen Japans in den USA um 60,6 Prozent zu, in den Schwellenländern Südostasiens (Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur) stiegen *sie um 52,6 Prozent und in Europa um* 48,2 Prozent. In Asien insgesamt nahmen sie dagegen um 11,9 Prozent ab. Seit Anfang dieses Jahres haben infolge der steigenden Wettbewerbsstärke der südostasiatischen Schwellenländer eine Reihe japanischer Unternehmen aus der Stahl-, Elektronik- und Werkzeugmaschinenindustrie Betriebe in diese *nahgelegenen* Staaten ausgelagert.

Laut dem Verband der elektronischen Industrie Japans befinden sich 224 Betriebe der Branche in Asien – davon 173 in den Schwellenländern – 55 in Nordamerika, 38 in Lateinamerika, 36 in Europa und 33 in anderen Gebieten. In der EG hatten japanische Investoren bis 1985 202 Fertigungsstätten verschiedener Branchen errichtet, davon 41 in England, 35 in Frankreich und 33 in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach der Zahl der Investitionen lagen die USA mit 1859 Fällen an der Spitze. Es folgten Hongkong mit 550, Taiwan mit 514, Singapur mit 507 und Brasilien mit 380. Nach einer Schätzung des japanischen Industrieministeriums (Miti) wird Japan bis zum Ende dieses Jahrhunderts 560 000 Arbeitsplätze verlieren, wenn seine Auslandsinvestitionen bis dahin um jährlich zwölf Prozent steigen werden. In der gleichen Periode würden dadurch im Ausland 1,95 Millionen neue Arbeitsplätze direkt geschaffen. Die kämen jedoch nicht nur Japanern zugute. (SAD)

CREDIT AGRICOLE / Niederlassung in Frankfurt geplant

Privatisierung angekündigt

J. Sch. Paris

Die französische Regierung will in ihrer Privatisierungsaktion den Crédit Agricole einbeziehen, der sich von einer genossenschaftlichen Landwirtschaftsbank inzwischen zu einer auch international tätigen Universalbank mit einer Bilanzsumme von 929 Mrd. Franc und einem konsolidierten Reingewinn von 1,11 Mrd. Franc entwickelt hat. Wie jetzt Landwirtschaftsminister François Guillaume vor der Generalversammlung des Crédit Agricole ankündigte, soll ein entsprechender Gesetzentwurf im Oktober vorgelegt werden.

Es geht dabei vor allem um die „Entstaatlichung" der Caisse Nationale de Crédit Agricole (CNCA), der „Zentralbank" des Crédit Agricole. Dieses öffentlich-rechtliche Institut wirkt nach außen wie eine Großbank, steht aber zugleich im Dienste der 94 regionalen Landwirtschaftskassen, die private Genossenschaften sind. Gegenüber den Kassen übt die CNCA Koordinierungs- und Überwachungsfunktionen aus und steht ihnen wie der Hauptsitz einer Großbank beziehungsweise deren Muttergesellschaft zur Verfügung – ohne allerdings an den Kassen beteiligt zu sein.

Außerdem verfügt die CNCA über staatliche Privilegien; insbesondere für die Verteilung von subventionierten Krediten an die Landwirtschaft, die nach der Privatisierung im Rahmen einer neuen Konvention mit dem Staat fortgeführt werden sollen. Die Entstaatlichung des Crédit Agricole geht nicht so weit wie die der französischen Großbanken.

Die Eigenmittel betragen 38,2 Mrd. Franc. Von den Krediten an die Kundschaft, die 1985 um 8,1 Prozent auf 507 Mrd. Franc stiegen, gingen je 40 Prozent an die Landwirtschaft und an den Wohnungsbau, 20 Prozent an Unternehmen. Die Einlagen erhöhten sich um 10,9 Prozent auf 541 Mrd. Franc. *Zur Verstärkung des internationalen* Geschäfts soll im Oktober eine Niederlassung in Frankfurt eröffnet werden.

LUFTFAHRTINDUSTRIE / Neues europäisches Jagdflugzeug in den neunziger Jahren

500 Firmen hängen am Tornado-Auftrag

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit der Unterzeichnung eines Vertrages über die Fertigung weiterer 124 Kampfflugzeuge des Typs „Tornado" geht die Luftfahrtindustrie in den beteiligten Ländern Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien mittelfristig einer berechenbareren Produktionsauslastung entgegen. Das mit dem Vertrag gesicherte Auftragsvolumen erreicht, erklärte ein Sprecher der trinationalen Managementorganisation Panavia Aircraft GmbH, München, einen Umfang von fast 7 Mrd. DM. Vertragspartner für Panavia auf der Industrieseite ist die von den drei Regierungen gestellte Aufsichtsorganisation NAMMA, ebenfalls München. Der Vertrag zwischen beiden wurde, wie am Rande der internationalen Luftfahrtschau in Hannover bekannt wurde, am Dienstag in der bayerischen Landeshauptstadt unterzeichnet.

Der neue Auftrag über 124 Flugzeuge setzt sich aus 35 Maschinen in der ECR-Version für die deutsche Luftwaffe, 72 für Saudi-Arabien, 8 für Oman sowie 9 weiteren zur Auffüllung der britischen Geschwader zusammen. Das deutsche ECR-Flugzeug wird mit elektronischen Kampfmitteln ausgestattet, damit die anderen Angriffsflugzeuge des Typs „Tornado" sich gegen eine gegnerische Luftabwehr durchsetzen können. Mit dem neuen Auftrag, der die Produktionslinien für den Tornado-Typ bis Ende 1992 auslastet, werden die Industrien der drei Länder insgesamt 929 *Flugzeuge fertigen.*

An der Tornado-Produktion sind in Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien rund 500 Firmen beteiligt. Etwa 70 000 Arbeitsplätze umfaßt das Tornado-Programm in den drei Ländern. Der deutsche Anteil ist mit 42,5 Prozent so groß wie der britische, die *restlichen 15 Prozent* liegen bei Italien. Nach Panavia-Aussagen sind in der Bundesrepublik etwa 25 000 Arbeitsplätze mit der Tornado-Fertigung befaßt. Bis jetzt stehen 550 Flugzeuge aus dieser Produktion im Dienst der Streitkräfte in der Bundesrepublik, Großbritanniens, Italiens und Saudi-Arabiens.

Nach dem Auslaufen der Tornado-Produktion erwartet die Industrie 1992 Anschlußaufträge der drei Länder zur Kampfwertsteigerung des Flugzeuges und zur weiteren Unterhaltung und Wartung des Waffensystems. Dies eröffnet für die beteiligten Unternehmen die Aussicht, weit über das Jahr 2000 hinaus mit Tornado-Arbeiten ausgelastet zu sein. Hinzu kommt die sich nun konkret abzeichnende Produktion eines neuen europäischen Jagdflugzeuges, für das erste Fertigungsteile von 1994 an erwartet werden, so daß die „Durststrecke" bis zur Erreichung des Anschlußauftrages *„Eurofighter" allenfalls* ein Jahr dauern wird.

Montedison-Gerüchte nicht beseitigt

ds, Mailand

Zwischen dem italienischen Chemiekonzern Montedison und dem schwedischen Pharmaunternehmen Fermenta wird Erklärungen Mailänder *Firmensprecher zufolge* zumindest nicht formell verhandelt. Gerüchte über eine mögliche Beteiligung der Montedison-Pharmatochter Farmitalia Carlo Erba waren in den letzten Wochen entstanden, nachdem Farmitalia die Absicht angekündigt hatte, das Produktangebot durch Akquisitionen zu erweitern. Inzwischen hat der Hauptaktionär von Fermenta, Refaat El Sayed, aus Anlaß der in Mailand stattgefundenen HV der Fermenta-Tochter Pierrel bestätigt, daß er einen Partner für sein Unternehmen suche. Dabei betonte El Sayed, daß es sich bei einem möglichen Partner nicht nur um eine Finanzbeteiligung handeln dürfe, sondern um ein industriell engagiertes Unternehmen, *das in dem gleichen Bereich tätig ist*, in dem auch Fermenta arbeitet.

GOLDSTAR / TV- und Videogeräte in Worms produziert

500 neue Arbeitsplätze

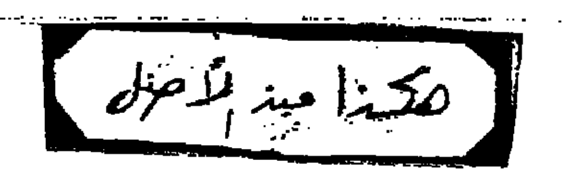
Wb. Mainz

Dem Bundesland Rheinland-Pfalz ist es gelungen, nach dem Magnetband-Hersteller TDK einen zweiten fernöstlichen Unterhaltungselektronik-Produzenten zur Ansiedlung zu bewegen: *die* Goldstar Co Ltd., das größte koreanische Unternehmen der Elektronik- und Elektrotechnik.

Schon im August dieses Jahres will die neu zu gründende Goldstar Europe GmbH mit dem Bau eines Farbfernseh- und Videogerätewerks in Worms beginnen. Bis 1991 sollen dort 65 Mill. DM – bei einem Eigenkapitaleinsatz von 6 Mill. DM – investiert werden. Dafür werden auf einer Gesamtfläche von 64 000 Quadratmetern zunächst 200 und im weiteren Ausbau bis 1990 rund 500 Arbeitsplätze entstehen. Geplant ist in der Endstufe die Produktion von jährlich 300 000 Farbfernsehgeräten und *400 000 Videorecordern* für den europäischen Markt.

Mit solchen Mengen werden die Koreaner mit einiger Sicherheit neue Unruhe in den europäischen Unterhaltungselektronikmarkt bringen. Das ist nicht unbeabsichtigt: „Es ist vorgesehen, daß Goldstar seinen Marktanteil in Europa mit zunehmenden Gewinnen ausbaut", so eine Erklärung des Unternehmens.

Goldstar ist seit 1981 mit einer Düsseldorfer Vertriebsgesellschaft in der Bundesrepublik vertreten. Die koreanische Muttergesellschaft gehört zur Unternehmensgruppe Lucky-Goldstar, einen der größten Konzerne des Landes. Zum Gruppenumsatz von umgerechnet elf Mrd. US-Dollar hat Goldstar 1985 etwa 1,5 Mrd. Dollar beigetragen. Die Produktion des 17 000 Mitarbeiter zählenden Unternehmens reicht von Elektrohausgeräten über die Unterhaltungselektronik *bis hin zu Geräten der elektronischen* Datenverarbeitung.



PKV / Bald zehn Millionen Kunden – Kaum Pflegetarife

Preiswettbewerb begrüßt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der 1985 eingetretenen Verschärfung des Preiswettbewerbs zwischen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und den Unternehmen der privaten Krankenversicherung (PKV) steht der Verband der 40 „Privaten" gelassen gegenüber. Im Rechenschaftsbericht des PKV-Verbands sehen dessen Vorsitzender Heinrich Frommknecht und der Verbandsdirektor Christoph Uleer die „deutlich erhöhten Zugänge an versicherten Personen einmal mehr als Beweis dafür, daß die Marktchancen der PKV um so besser sind, je mehr es ihr gelingt, den Beitrag zu stabilisieren".

Ende letzten Jahres waren 5,24 (5,14) Mill. Personen im bedeutendsten Bereich (Krankheitskosten) versichert. Dazu kommen noch 4,4 (4,2) Mill. Zusatzversicherte aus dem Kreis der gesetzlich Versicherten, so daß jetzt insgesamt bald zehn Mill. Bundesbürger privat versichert sind.

Die Gesamtaufwendungen und Leistungen an die Versicherten (Aufwendungen für Krankheitskosten, Beitragsrückerstattung und Zuführungen zur Alterungsrücklage) erhöhten sich um 3,1 (8,2) Prozent auf rund 13 Mrd. DM, die Ausgaben für die reinen Krankheitskosten um 4,7 (5,7) Prozent auf rund 9,3 Mrd. DM. Sie sind damit etwas geringer als bei der GKV (5,1 Prozent) gestiegen. Bereinigt um den Neuzugang an Versicherten liegt der Leistungsanstieg jedoch auf dem Niveau der Beitragseinnahmen (plus drei Prozent auf 13,5 Mrd. DM).

Das Wachstum des Prämienvolumens beruht nicht nur auf der Bestandsausweitung, sondern auch auf Anpassungen des Versicherungsschutzes in der Tagegeld- und Krankenhaus-Tagegeld-Versicherung. Beitragserhöhungen waren im Gegensatz zur GKV nur in geringem Umfang erforderlich. Vielfach ist die Prämie sogar gesenkt worden. Die Leistungsquote (Gesamtleistungen im Verhältnis zur Prämie) dürfte auch 1985 wieder oberhalb 96 Prozent liegen. Am stärksten stiegen 1985 die Aufwendungen für ambulante ärztliche Behandlung.

Der PKV-Verband bedauert, daß trotz anhaltender Diskussion um die Abdeckung des Pflegerisikos im Alter die Pflegekrankenversicherung bislang keine steuerliche Förderung erfährt. Nach wie vor hält man die Marktchance der günstigen Tarife (30 bzw. 25 DM pro Monat für ein Pflegetagegeld von monatlich 1500 DM für eine jetzt 35jährige Frau bzw. einen gleichaltrigen Mann) für sehr gut. Die Breitenwirkung dürfte jedenfalls größer sein als die des geplanten Bundesgesetzes, das zudem die Lohnnebenkosten noch weiter belasten würde.

Die Lösungsvorschläge der PKV würden, wenn alle 30- bis 60jährigen eine solche Pflegekrankenversicherung abschließen würden und deren Beitrag bis zu 300 DM jährlich steuerlich begünstigt würde, einen jährlichen Steuerausfall von 1,6 Mrd. DM bringen. Dagegen koste der Gesetzentwurf des Landes Bayern jährlich 5 Mrd. DM, biete aber nur ein Pflegegeld von maximal 600 DM monatlich. Bisher haben die sieben Anbieter – angesichts mangelnden Vorsorgebewußtseins und fehlender steuerlicher Anreize bei den Beiträgen – nur etwa 2000 Verträge abschließen können.

AXEL SPRINGER VERLAG / Ohne Probleme die Mammut-Investitionen bewältigt

Ertragsstark auf schwierigem Markt

JAN BRECH, Hamburg

Den Szenenwechsel vom Familienunternehmen mit der überragenden Verlegerpersönlichkeit Axel Springer an der Spitze zu einer Publikumsgesellschaft, in der die verlegerische Verantwortung nun auf den Vorstand übergegangen ist, hat die Axel Springer Verlag AG, Berlin, erfolgreich bewältigt. Die Umstellungsprobleme seien durch eine den Gegebenheiten angepaßte Führungsstruktur und durch organisatorische Straffungen gelöst, erklärt der Vorstandsvorsitzende, Peter Tamm. Das Unternehmen könne für das zweite Halbjahr 1985 eine hervorragende Bilanz seiner journalistischen und wirtschaftlichen Leistung ziehen.

Unter Ertragsaspekten ist dies vor allem für die inzwischen mehr als 9000 freien Aktionäre treffliche Kunde. Der Hauptversammlung wird, wie vorgesehen, für das zweite Halbjahr 1985 eine Dividende von 6 DM vorgeschlagen, die auf das ganze Jahr bezogen einer Spitzenausschüttung von 24 Prozent entspricht. Vom Jahresüberschuß, der im zweiten Halbjahr gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 1985 um 9,6 Mill. DM gestiegen ist, werden dafür 20,4 Mill. DM verwendet, 14,7 Mill. DM stärken die Rücklagen.

Pro Aktie 25 Mark verdient

Die überdurchschnittlich gute Ertragsentwicklung des Unternehmens, die sich bereits in der Verbesserung des ausgewiesenen Jahresüberschusses niederschlägt, belegt Tamm zusätzlich mit dem nach DVFA (Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Anlageberatung) ermittelten Nettoergebnis. Es verbesserte sich im zweiten Halbjahr auf rund 51 Mill. DM und ergibt – addiert mit dem Nettogewinn des ersten Halbjahres – ein Jahresergebnis von 84,1 Mill. DM. Springer hat damit pro Aktie rund 25 DM verdient und, auf den Umsatz bezogen, eine Nettorendite von 3,4 Prozent erreicht.

Die finanzielle Kraft des Unternehmens spiegelt ferner die hohe Liquidität und vor allem die Entwicklung des Cash-flow wider, der aufgrund hoher Abschreibungen nach den Mammutinvestitionen der Vorjahre, auf eine in der Geschichte des Unternehmens bislang nicht erreichte Höhe gestiegen ist. Er macht 9,25 Prozent des Umsatzes aus und übersteigt die Investitionen des Jahres 1985 um das Doppelte. Ohne geringste Probleme zu haben, die Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren, hat Springer die solide Ertragsentwicklung gleichzeitig zum weiteren Abbau der langfristigen Verschuldung genutzt.

Die Ertragsfortschritte verdankt das Unternehmen in erster Linie internen Straffungsmaßnahmen, Kostenentlastungen, die sich aus der veränderten Unternehmensstruktur ergeben, und einer dem modernsten Stand entsprechenden Technik. Das wirtschaftliche Umfeld der Verlagsbranche bleibt dagegen schwierig. Die Printmedien, betont Tamm, seien sowohl was den Vertrieb als auch das Anzeigengeschäft angeht, keine Vorreiter der Konjunktur gewesen.

Die Entwicklung der eigenen Objekte bezeichnet er als überdurchschnittlich, doch fiel auch im Springer-Blätterwald das Wachstum mit zwei Prozent über das ganze Jahr nicht gerade üppig aus. Einbußen erlitten vor allem die Zeitschriften, die sich auf einem preislich hart umkämpften, und strukturell im Umbruch befindlichen Markt behaupten müssen. Durch konzeptionelle Gegenmaßnahmen sei es aber gelungen, so erklärt Tamm, den Umsatzrückgang des ersten Halbjahres in der zweiten Hälfte des Jahres zum Stillstand zu bringen. Den Umsatz-Ausgleich brachten wie schon im Vorjahr die Zeitungen und vor allem auch der Lohndruck.

In der Geschäftssparte Vertrieb betrug das Plus über das ganze Jahr 0,6 Prozent, mit den Stützen „BILD" und „BILD der Frau" sowie den Sonntags- und Regionalzeitungen in Hamburg und Berlin. Anhaltend steigende Auflagentendenz zeigt auch die WELT, bei der das Unternehmen nach Angaben von Tamm finanziell nichts mehr zusetzen muß. Das Wachstum im Anzeigengeschäft mit einer Rate von 1,7 Prozent trugen ebenfalls in erster Linie die Zeitungen.

Vor dem Hintergrund, daß vom Markt derzeit nur verhaltene Impulse ausgehen, hat sich nach Tamms Worten die Grundphilosophie des Unternehmens erneut bewährt, mit preiswerten hochauflagigen Objekten in den Märkten zu operieren. Die Möglichkeiten dazu habe sich Springer durch eine technologische Spitzenstellung geschaffen.

Erfolge in der Offensive

Auch für die kommenden Jahre kündigt Tamm hohe Investitionen in die Sachanlagen und in den Markt an. Die im Februar dieses Jahres eingeführte „Auto BILD", deren Absatz alle Erwartungen übertroffen hat, sei jüngstes Beispiel einer unveränderten Offensiv-Strategie. Daneben werde das Unternehmen im Verbund mit starken Partnern auf anderen Feldern, so vor allem den elektronischen Medien, voranmarschieren, auch wenn dieser Bereich, wie Tamm einräumt, zur Zeit noch ein kräftiges Zusatzgeschäft ist.

In den ersten Monaten dieses Jahres hat das Unternehmen, getragen vom Anzeigengeschäft, mit einem Umsatzplus von drei Prozent einen guten Start gehabt. Im weiteren Verlauf dürften sich Preiserhöhungen bei den großen Programmzeitschriften und bei „Bild" auch positiv auf die Vertriebsumsätze auswirken. Die Ertragsentwicklung bezeichnet Tamm als „sehr freundlich", sie werde voraussichtlich in ein gutes Gesamtergebnis 1986 einmünden.

Springer Verlag	1985	±%
Konzernumsatz (Mill. DM)	2475	+ 2,0
dav. Zeitungen	1621	+ 3,1
Zeitschriften	629	- 3,5
Lohndruck	173	+ 15,3
Sonstiges	52	± 0
Umsatzanteile in %		
Anzeigen	46,9	47,1
Vertrieb	44,0	44,6
Sonstiges	9,1	8,3
Belegschaft	11 411	- 0,9
Jahresüberschuß [1]	61	(29)
Investitionen	112	- 42,9
Abschreibungen	139	+ 14,9
Cash-flow	229	+ 16,8
Eigenkapital	223	+ 8,8
in % d. Bil. Summe	21,5	(20,6)

[1] wegen geänderter Unternehmensstruktur nicht vergleichbar

AMK BERLIN / Messegesellschaft will Verlust abbauen

Dicht gedrängtes Programm

ot. Berlin

Über einen Rekordumsatz von 110,4 (96,0) Mill. DM, aber auch über einen durch das Land Berlin abzudeckenden höheren Verlust von 31,2 (29,3) Mill. DM berichtet die AMK Berlin Ausstellung-Messe-Kongress-GmbH im Jahr 1985. In diesem Jahr will die Berliner Messegesellschaft den Verlust wieder unter die Marke von 30 Mill. DM drücken, betonten die beiden Geschäftsführer Wolfgang Wegmann und Manfred Busche. Deshalb seien einige Eigenveranstaltungen zunächst gestrichen worden.

Auch im Bereich Sport und Unterhaltung denkt die AMK über Veranstaltungen nach. Große Sorgen bereite z.B. das 6-Tage-Rennen, das in diesem Jahr allerdings noch auf dem Programm steht. Von hohem Wert für Berlin bezeichnet Wegmann das Festival Europäischer Musik, das Gastspiel des Bolschoi Balletts Moskau und das Weltcup-Finale der Springreiter. Sie könnten aber nicht unbedingt mit der unternehmerischen Elle gemessen werden.

Der Rekordumsatz des Berichtsjahres erklärt sich auch aus der Funkausstellung, die alle zwei Jahre stattfindet. Gegenüber dem wegen seiner Struktur besser vergleichbaren Jahr 1983 hat die AMK den Umsatz um neun Prozent steigern können. Für dieses Jahr ist Busche optimistisch. Der Programmkalender des zweiten Halbjahres sei dicht gedrängt.

Auch künftig wird es nach Angaben des Kongreß-Generalbevollmächtigten Peter W. Haupt in Berlin keine Hotelprobleme geben. Haupt, der Senatsbeauftragter für die Jahrestagung von Internationalen Währungsfonds und Weltbank 1988 in Berlin wird (bis 11 000 Teilnehmer), erwartet für diese Veranstaltung ebensowenig Beherbergungsprobleme wie für die Tagung der Dermatalogen mit 7000 Teilnehmern.

PHOTO PORST / Umwandlung mit schwarzen Zahlen

Durchbruch nach Verlustphase

dpa/VWD, Schwabach

Nach sechs Verlustjahren schließt die Bilanz der Photo Porst GmbH + Co. KG, Schwabach, für das Geschäftsjahr 1985 wieder mit einem Jahresüberschuß von 1,53 Mil. DM. Rückwirkend zum 1. Januar 1986 wurde nach Gesellschafterbeschluß vom 9. Juni Photo Porst in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung Porst AG umgewandelt. Der Verzicht auf den Namenszusatz „Photo" markiert nach Aussage des künftigen Vorstandsvorsitzenden Heinz Wohlrab verstärkte Hinwendung des Unternehmens zum Bereich Unterhaltungselektronik.

Das Kapital von zwölf Mill. DM, das bisher zu 64 Prozent von der Schweizer Interdiscount-Holding SA, Friborg, und zu 36 Prozent von der Hannsheinz Porst KG gehalten wurde, wird auf 25 Mill. DM aufgestockt. Es teilt sich dann auf 12,5 Mill. DM Stammaktien und 12,5 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien auf, woran Interdiscount mit 52 Prozent des stimmberechtigten Kapitals mehrheitlich beteiligt bleibt. Auf die Hannsheinz Porst KG entfallen dann 26 Prozent und auf die bisherigen Gesellschafter Leo Hirschberg und Hartmut Krahwinkel 22 Prozent.

Bei planmäßiger Geschäftsentwicklung soll bei Porst zum Jahreswechsel 1987/88 der Gang an die Börse erfolgen, wobei noch offen sei, mit welcher Aktienform. Bereits für das laufende Geschäftsjahr, bei dem sich das Ergebnis wesentlich verbessern soll, ist an eine Ausschüttung zu denken. An den Vorzugsaktien der neuen Porst AG sollen auch die Führungskräfte mit 2 Mill. DM beteiligt werden.

Nachdem seit 1979 bei Photo Porst rote Zahlen geschrieben wurden (mit insgesamt 55,3 Mill. DM Verlust), konnte 1985 mit einem Jahresüberschuß von 1,52 Mill. DM – nach einem Vorjahresminus von 2,2 Mill. DM – abgeschlossen werden. Der Umsatz (auf Bruttopreisbasis) stieg dabei einschließlich der Franchise-Partner um 13 Prozent auf 364 Mill. DM.

MERCK, FINCK & CO. / Spezialist für Wertpapiere

Am Aktienboom gut verdient

S. EDENHOFER, München

Der Jahresabschluß des Münchner Privatbankhauses Merck, Finck & Co. für 1985 fiel glänzend aus. Obwohl die Bank als offene Handelsgesellschaft keine GuV-Rechnung veröffentlicht, machte der Chef des Hauses, August von Finck, auf der Jahrespressekonferenz keinen Hehl daraus, daß 1985 alle Rechnungen seiner betont konservativen Politik aufgegangen sind. Die seit drei Generationen auf das Wertpapiergeschäft, in den letzten Jahren zusätzlich auf Vermögensverwaltung und mittelständische Kundschaft spezialisierte Bank, profitierte vor allem von dem glänzenden Börsenjahr. Das Wertpapiergeschäft lieferte einen „überdurchschnittlichen Erfolgsbeitrag".

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bank lag der Provisionsüberschuß über dem Zinsüberschuß. Während die Bilanzsumme nur „leicht kontinuierlich" um 6,9 Prozent auf 2,730 Mrd. DM zunahm, kletterten das Betriebsergebnis und der Jahresüberschuß um 50 Prozent.

Nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters Adolf Kracht verwaltet die Bank rund 10 000 Kundendepots, von denen das Gros erst bei einer Summe von 2 Mill. DM beginnt und deren Gesamtvolumen das Vierfache der Bilanzsumme der Bank ausmacht. Die haftenden Eigenmittel betragen unverändert 150 Mill. DM.

Um die Wertpapierkundenbetreuung weiter zu verbessern, hat das Institut die Zahl mehrsprachiger Mitarbeiter erhöht, so daß die Münchner Privatbankiers inzwischen auch für Schweizer, Franzosen und Opec-Anleger eine attraktive Adresse sind.

Die Zahl und das Gesamtvolumen der Spezialfonds, bei denen die Bank Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen von Industrieunternehmen und -verbänden als beratende Depotbank dient, wuchs inzwischen auf 13 an. Das Fondsvolumen beläuft sich auf 650 Mill. DM. Die Bank wirkte 1985 bei 37 Kapitalerhöhungen bzw. Erstemissionen und 20 Optionsanleihen mit. Wie Kracht einräumte, hat sich allerdings der Wunsch des Bankhauses, an mehr Neuemissionen teilzunehmen, nicht erfüllt. Die Geschäftsführung akzeptiert hier die Führungsrolle der Deutschen Bank.

Das Kreditvolumen ermäßigte sich auf 2,226 Mrd. DM, weil weniger Kredite an Banken gegeben wurden. Die Kundeneinlagen, die nach wie vor gut 60 Prozent der Gesamtverbindlichkeiten stellen, erreichten 1,610 Mrd. DM und lagen damit um 5,4 Prozent höher als zum Ende des Vorjahres. Die ersten fünf Monate des neuen Geschäftsjahres knüpfen an den glänzenden Abschluß an, Zinsen und Provisionen sind sogar noch gestiegen.

Die Geschäftsleitung rechnet allerdings mit einer schlechteren Weltkonjunktur und Börse in absehbarer Zukunft, spätestens 1988. Auch für diese Situation glauben die Privatbankiers genügend vorgesorgt zu haben, indem sie sich ständig darum bemühen, die Kosten niedrig zu halten. Das Haus, mit Filialen in Frankfurt und Düsseldorf, beschäftigt 512 Mitarbeiter.

Erster VIAG-Kurs bei 167 Mark

ot. Berlin

Mit 167 DM notierte die Aktie der VIAG-AG, Berlin/Bonn, gestern erstmals an der Berliner Börse, die so etwas wie die Heimatbörse dieses Energie- und Aluminiumkonzerns sein soll. Damit haben die neuen Aktionäre, die 40 Prozent des Aktienkapitals von 580 Mill. DM gezeichnet hatten, am ersten Börsentag nur einen kleinen Gewinn (Aktienausgabe: 165 DM) kassieren können.

Finanzsenator Günter Rexroth betonte die Bedeutung dieser Aktiennotierung für den Finanzplatz Berlin. Er sprach die Erwartung aus, daß weitere Aktien aus bevorstehenden Privatisierungen des Bundes ihre Heimatbörse in Berlin finden. Die erste Hauptversammlung der VIAG wird allerdings in Bonn stattfinden, am 10. Juli 1987 in der Beethovenhalle. Vorstandsmitglied Werner Lamdy kündigte für den Herbst eine Optionsanleihe über 300 Mill. DM an. In diesem Zusammenhang sei das vor kurzer Zeit geschaffene genehmigte Kapital zu sehen.

PWA / Harte Konsolidierung und tiefgreifenden Strukturwandel erfolgreich durchgestanden

Neue Chancen durch mehr Marktnähe

DANKWARD SEITZ, München

Nach einem jahrelangen tiefgreifenden, erfolgreichen Strukturwandel und harter Konsolidierung kann die PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München, nun wieder den Blick nach vorne richten und sogar an Expansion denken. „Mehr Marktnähe" lautet dabei das Motto, mit dem Vorstandsvorsitzender Willi Klein-Gunnewyk das Unternehmen vorsichtig hin zu mehr Weiterverarbeitung und Veredelung steuern will. Hier sieht er für die Zukunft die größeren Wachstumschancen, nicht aber in einem Ausbau der Zellstoff- und Papierkapazitäten, denn: „DIN-A-4-Papier kann man auch am Polarkreis herstellen."

Über seine konkreten Vorstellungen schweigt sich der PWA-Chef noch aus. Zwei Schritte kennzeichnen jedoch die Richtung: Da wird zum einen demnächst bei der Mannheimer Tochter Zewawell, die Faltschachteln und Kartonagen herstellt, eine dritte Schicht eingeführt. Zum anderen hat sich PWA vor kurzem an der französischen Firma Sept in Le Theil beteiligt, die „No-name"-Produkte (unter anderem Papiertaschentücher, Küchentücher) herstellt und mit einem Umsatz von 70 bis 80 Mill. DM in Frankreich einen Marktanteil von etwa 30 Prozent hat. Bereits vereinbart ist, so Klein-Gunnewyk, daß PWA diese Beteiligung demnächst auf eine deutliche Mehrheit ausbaut.

Offensichtlich um diese Expansion abzusichern – denn das anstehende Investitionsprogramm der nächsten fünf Jahre über 600 bis 800 Mill. DM wird man, so Klein-Gunnewyk, „aus eigener Kraft finanzieren können" –, wird der Hauptversammlung (23. Juli) die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 100 Mill. DM vorgeschlagen. Konkrete Absichten, wann dies genutzt werden soll, bestünden derzeit allerdings nicht.

Als „erfreulich" bezeichnete Klein-Gunnewyk die Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten 1986. Der Auftragseingang bewege sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres, und bei einer Absatzsteigerung um 3,5 Prozent habe der Gruppenumsatz um 4,5 Prozent zugenommen. So könne auch für das Gesamtjahr wieder mit einem „befriedigenden" Ergebnis gerechnet werden. Zur möglichen Dividende meinte er lediglich, daß man sich „auch in Zukunft ordentlich verhalten" wolle. Investiert werden sollen 1986 etwa 250 Mill. DM, davon 100 bis 120 Mill. DM in eine Wattemaschine im Werk Mannheim und 57 Mill. DM in die Zellstoffbasis der österreichischen Tochter Hallein Papier AG.

Das Geschäftsjahr 1985 beurteilte Klein-Gunnewyk als das „beste Jahr in der Geschichte der PWA". Das auf den ersten Blick gegenüber der Branche (plus 4,7 Prozent) bescheidene Umsatzwachstum, die rückläufige Produktion von Zellstoff/Holzschliff und die geringeren Exporte sind „fast ausschließlich" auf den Verkauf der Zellstoffabrik Villach/Österreich zurückzuführen. Ansonsten wären der Umsatz um 4,5 Prozent und die Produktion um 1,3 Prozent gestiegen. Bedingt dadurch sank auch der Umsatz in der Produktgruppe Grafische Papiere um 3,1 Prozent auf unter 1,4 Mrd. DM, während er bei Hygienepapieren um 8,3 Prozent auf 553 Mill. DM und bei Verpackungspapieren um 9,8 Prozent auf 708 Mill. DM stieg. Der größte Zuwachs ergab sich bei Technischen Spezialpapieren mit 12,9 Prozent auf 214 Mill. DM.

Die deutlich verbesserte Ertragskraft der PWA-Gruppe läßt sich, so Klein-Gunnewyk, nicht am Jahresüberschuß ablesen. Vielmehr müsse bei einem Vergleich mit dem Vorjahr dabei berücksichtigt werden, daß bei „harter Bilanzierung" über 85 Mill. DM an steuerlichen Maßnahmen und fast 22 Mill. DM höhere Steuern verrechnet wurden. Wesentlich besser komme dies dagegen in dem Ergebnis je Aktie von 31,35 (19,85) DM zum Ausdruck. Seinen Niederschlag fand dies im Bilanzbild der Gruppe. So konnten die Finanzschulden um weitere 111 (200) Mill. DM abgebaut, die flüssigen Mittel um 123 (24) Mill. DM erhöht und die Eigenkapitalquote auf 22,8 (20,7) Prozent verbessert werden. Insgesamt sei damit ein „weiterer entscheidender Schritt in Richtung Ertragsstabilität gelungen".

PWA-Gruppe	1985	±%
Produktion (1000 t)		
Zellstoff/Holzschliff	610	- 4,8
Papier	1 306	+ 0,5
Papiererzeugnisse	503	+ 11,0
Umsatz (Mill. DM)	3 045	+ 2,4
dav. Export	1 166	- 1,7
Rohertrag	1 347	+ 3,8
Sachinvestitionen	121	+ 10,0
Abschreibungen	202	+ 44,3
Beschäftigte (31.12.)	9 577	- 1,9
Bilanzsumme	1 617	- 2,2
Grundkapital	200	unver.
Rücklagen	82	+ 8,7
Jahresüberschuß	42	- 44,4
Bilanzgewinn	28	+ 75,0
Dividende *	7,00	(4,00)

* der AG in DM je 50-DM-Aktie

BAKOLA

Der Chef und sein Vertreter gehen

cd. Frankfurt

Der finanzielle Aderlaß, den die Badische Kommunale Landesbank (Bakola), Mannheim, durch Schieflagen zweier Töchter erlitten hat, fordert jetzt zwei weitere Opfer im Vorstand. Zum 30. Juni werden Vorsitzer Hans-Jörg Mauser und sein Stellvertreter Gerhard Ohr ausscheiden, nachdem Ende März bereits Ernst Wilharm den Vorstand verlassen hat. Offizielle Begründung für die Trennung von Mauser und Ohr: Die beiden wollten nicht in den Vorstand der künftigen Landesbank eintreten, die nach dem Willen von Ministerpräsident Späth Anfang 1987 aus der Fusion der Württembergischen Landesbank, der Bakola, der Landeskreditbank und der Girokasse Stuttgart hervorgehen soll.

Neuer Vorstandsvorsitzer wird Heinrich Rünzi, bislang Chef der Sparkasse Markgräflerland und als Landesobmann der badischen Sparkassen deren Sprecher. Rünzi genießt das Vertrauen der Organisation, und er soll in den Fusionsgesprächen die Interessen der Sparkassen vertreten. Rünzi ist bereits 63, so daß sich das Thema einer „Überbesetzung" des Vorstandes der künftigen Großbank im Ländle zum Teil sozusagen von selbst löst. Ferner wird der Vorstand durch den bisherigen Bakola-Generalbevollmächtigten Karl Heidenreich, zuständig für die Betreuung der Sparkassen, ergänzt.

Bei der Bakola, deren Wertberichtigungsbedarf inzwischen in südwestdeutschen Bankkreisen auf mehr als die offiziell genannten 250 Mill.DM geschätzt wird, läuft inzwischen eine Sonderprüfung. Die wegen Schieflagen, vor allem bei Immobilienfinanzierungen der Tochter Vereinsbank Heidelberg und beim HVK Heidelberg, notwendigen Wertberichtigungen deckt die Bakola in einem ausgeglichenen Abschluß aus eigener Kraft.

RUHRGAS / Vorstandsvorsitzender Klaus Liesen weist Spekulationen um die Höhe der Ausschüttung zurück

„Dividende spiegelt nur die Ertragskraft wider"

HANS BAUMANN, Essen

Die Seelenmassage durch einige Aktionäre zahlt sich aus: Die Ruhrgas AG, Essen, verteilt aus dem Gewinn für 1985 eine Dividende von 12 (9,50) DM je 50 DM nominal auf das Aktienkapital von 1,1 Mrd. DM. Im Vorjahr wurden allerdings Gratisaktien begeben in Höhe von 200 Mill. DM. Ruhrgas schüttet damit 264 Mill. DM aus, das ist rund doppelt soviel wie 1981.

Vorstandsvorsitzender Klaus Liesen bestritt vor der Presse, daß sich die Verwaltung zu einer erneuten Erhöhung der Dividende entschlossen habe, weil mindestens ein Aktionär erklärt hatte, daß man gegebenenfalls die Rechtsform der Ruhrgas ändern müsse, um die Aktionäre an den Gewinnen der Ruhrgas angemessen teilhaben zu lassen. Der Dividendensatz spiegele lediglich die Ertragskraft seiner Gesellschaft wider. Er könne sich, so Liesen, angesichts der stark schrumpfenden Umsätze im Erdgasgeschäft (die Preise sind an den Heizölpreis gekoppelt) und aus den daraus resultierenden niedrigeren Erträgen sehr wohl auch eine Senkung der Dividende vorstellen.

Der Umsatz ist der höchste in der Geschichte des Unternehmens. Im Konzern stieg er von 15,3 auf 17,4 Mrd. DM. Der Jahresüberschuß vergrößerte sich um 5,9 Prozent auf 431 Mill. DM. Die Gesamtinvestitionen betrugen 214 (89) Mill. DM, davon waren 139 Mill. DM Sachinvestitionen. Sie konnten voll durch Abschreibungen gedeckt werden. Einschließlich der Projekt- und Konzerngesellschaften kletterten die Investitionen weiter auf 675 Mill. DM.

In den kommenden fünf Jahren rechnet die Verwaltung mit einem Investitionsvolumen von rund 2,5 Mrd. DM. Doch künftig wird der größere Anteil davon nicht auf die Projektgesellschaften entfallen, wie es bisher üblich war, sondern auf die Ruhrgas selbst. Da aber der Cash-flow der kommenden Jahre kaum ausreichen wird, um diesen Mittelaufwand zu finanzieren, muß die Ruhrgas sich wieder höher verschulden.

Im Berichtsjahr ermäßigte sich der Eigenkapitalanteil an der Nettobilanzsumme um zwei Prozent auf 32 Prozent. Dieser Anteil kann die Verwaltung noch zufriedenstellen. Berücksichtigt werden muß jedoch, daß die Ruhrgas erhebliche Finanzierungsrisiken bei den Projektgesellschaften zu tragen hat, die durchweg ein geringes Eigenkapital haben und ihre Investitionen vornehmlich aus Fremdmitteln finanzieren.

Der Grund für den künftig stark wachsenden Anteil der AG an den Investitionen liegt im verstärkten Ausbau der Untertagespeicher, die die Versorgungssicherheit erhöhen werden. Geplant ist, die Kapazität dieser Speicher von zur Zeit rund vier Milliarden Kubikmeter auf acht Milliarden bis Mitte der neunziger Jahre zu verdoppeln.

Der Ruhrgas gelang es auch 1985 wieder, rund 300 000 Wohnungen an das Erdgasnetz anzuschließen, wovon rund 50 Prozent auf Neubauten entfallen. Zur Zeit werden in der Bundesrepublik rund sieben Millionen Wohnungen mit Erdgas beheizt, das sind 28 Prozent des Wohnungsbestandes. Der Anteil der Ölheizung beträgt immer noch 48 Prozent. Liesen rechnet mit einem Wachstum des Erdgases auf etwa 18 Prozent des Primärenergieverbrauches; im Berichtsjahr wurden 15,2 Prozent erreicht. Am industriellen Endenergieverbrauch ist Erdgas inzwischen mit 23 Prozent beteiligt.

In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres ist der Absatz gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um ein Prozent zurückgegangen. Liesen geht davon aus, daß die Position des Gases nicht beeinträchtigt wird durch den Preisverfall des Öls. Für das ganze Jahr rechnet er mit Mengen wie in 1985. Da sich das sinkende Preisniveau aus vertraglichen Gründen erst in den folgenden Jahren bemerkbar machen wird, rechnet Liesen für 1986 wieder mit einem Ergebnis, das sich an dem von 1985 messen kann.

Ruhrgas	1985	±%
Umsatz (AG, Mrd. DM)	16,7	+ 12,8
Gasabsatz (Mrd. kWh)	407	+ 2,5
Netz (km)	8 273	+ 2,1
Belegschaft	2 958	+ 0,7
Brutto-Cash-Flow [1])	1 707	+ 15,6
in Proz. d. Ums.	10,2	(10)
Nettogewinn [2])	431	+ 3,1
Investitionen [3])	214	+ 140
Netto-Cash-flow [1])	616	± 0

[1]) Jahresüberschuß + Zuf. zu langfr. Rückst. + Abschr. ± ao. Positionen + EEV-Steuern + Ausschüttung; netto: minus EEV-Steuern und Ausschüttung; [2]) Gewinn je Aktie: 19,58 (18,48) DM je 50 DM nom.; [3]) einschl. Projektgesellschaften 675 (637) Mill. DM.

ALCAN ALUMINIUM / Walzkapazität voll ausgelastet

Strompreis bereitet Sorgen

Stü. Bonn

Die Überlebenschancen der Alcan-Aluminiumhütte in Ludwigshafen haben sich verbessert. Durch einen Vertrag mit den Pfalzwerken sei sichergestellt, daß die Strompreise für 18 Monate konstant blieben, erklärte Reinhold Wagner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Alcan Aluminiumwerke GmbH, Göttingen, der WELT. Eine Bestandsgarantie für die Hütte (etwa 200 Mill. DM Jahresumsatz) wollte Wagner aber nicht abgeben. Angesichts auslaufender Energieversorgungsverträge stelle sich in den nächsten Jahren nicht nur für die stromintensive Aluminiumerzeugung, sondern für alle Metallhütten die Frage, ob der Standort Bundesrepublik wirtschaftlich bleibe.

„Wie praktisch alle deutschen Aluminiumhütten" arbeite Alcan in Ludwigshafen zur Zeit mit roten Zahlen – vor allem aufgrund der schlechten Preissituation, die sich durch den gesunkenen Dollarkurs in DM noch ungünstiger darstellt. Im vergangenen Jahr war das Ergebnis bei voller Auslastung nach Wagners Angaben noch knapp ausgeglichen. Mit Ausnahme des Metallhandels, der mit gesunkenen Erlösen und höherem Verlust abschloß, hätten alle Geschäftsbereiche einen positiven Beitrag zum allerdings auf 40 (58) Mill. DM verringerten Jahresüberschuß des Konzerns erbracht.

Auch bei den Walzprodukten, die die Hälfte zum leicht auf 1,87 (1,84) erhöhten Konzernumsatz beisteuerten, führten die fallenden Metallpreise zu Ertragseinbußen. Die Position auf dem Binnenmarkt sei behauptet, der Export auf Vorjahreshöhe gehalten worden, heißt es im Geschäftsbericht. Verbesserte Erträge erwirtschafteten die Geschäftsbereich Guß und Kolben, der von der guten Autokonjunktur profitierte, sowie Folie und Folienverarbeitung.

In den auf 37 (21) Mill. DM gestiegenen Investitionen, die deutlich über den Abschreibungen von 25 Mill. DM lagen, spiegeln sich auch Kapazitätserweiterungen im Walzbereich wider. Die Mitarbeiterzahl wurde um 164 auf 4551 aufgestockt. Der bisherige Verlauf des Jahres 1986 rechtfertigt offensichtlich diese Erweiterungen. Das Geschäft laufe nicht nur vom Volumen her gut, sondern lasse auch eine Ergebnisverbesserung erwarten.

ERBA / Situation für baumwollverarbeitende Industrie „nicht mehr so günstig"

Hoffen auf Belebung des Inlandskonsums

DANKWARD SEITZ, München

Mit einer „kontinuierlich befriedigenden" Unternehmensentwicklung 1986 rechnet die Erba AG, Erlangen, *auch wenn es bei dem härteren Geschäft* „nicht einfach sein wird, ein Umsatzwachstum zu erzielen". Voraussetzung hierfür sei, so Vorstandsvorsitzender Hartmut H. Kunstmann, daß im zweiten Halbjahr die Konsumbelebung auch dem Textil- und Be*kleidungsmarkt zugute komme.* Impulse könnten derzeit nicht mehr aus dem Export, sondern nur noch von einer verstärkten Inlandsnachfrage erwartet werden.

In den ersten fünf Monaten erzielte Erba, die zu den führenden deutschen Textilunternehmen zählt, einen gegenüber der Vorjahreszeit leicht geringeren Umsatz bei einer Exportquote von 44 Prozent. Der Auftragseingang zeige jedoch, so Kunstmann, in den Hauptsparten eine „deutlich aufsteigende Tendenz". Entsprechend seien die fünf Betriebe mit den rund 2770 Mitarbeitern dreischichtig gut ausgelastet. Teilweise seien sogar Zusatzschichten erforderlich.

Insgesamt zeigt sich Kunstmann mit der Geschäftsentwicklung 1985 zufrieden. Vornehmlich getragen vom Auslandsgeschäft, das um 7,3 Prozent auf 149 Mill. DM wuchs, erzielte Erba ein Umsatzplus von 4,5 Prozent auf 337,2 Mill. DM. Die Ex*portquote erreichte 44,2 (43) Prozent.* Hauptabsatzmärkte waren dabei wiederum die europäischen Nachbarländer. Vom Gesamtumsatz entfielen unverändert 81 Prozent auf Gewebe und 19 Prozent auf Garne. Beim Auftragseingang (plus 6,9 Prozent auf 343 Mill. DM) *zeigten sich allerdings schon* leichte Verschiebungen zum Inlandsgeschäft mit plus 9,4 (minus 7,7) Prozent auf 198 Mill. DM gegenüber dem Export mit plus 3,5 (25) Prozent auf 145 Mill. DM.

Die „nicht mehr so günstige Situation" für die baumwollverarbeitende Industrie spiegelt sich bei dem Unternehmen darin wider, daß das „nach wie vor positive" Betriebsergebnis unter dem von 1984 blieb und nur ein *Jahresüberschuß von* 1,34 (9,9) Mill. DM ausgewiesen werden kann. Allerdings müsse berücksichtigt werden, daß für 1984 außerordentliche Erträge von 12 Mill. DM aus Immobilienverkäufen mobilisiert worden waren.

„Erhebliche Sorgen", so Kunstmann, bereiteten der Verfall der Baumwollpreise und der Kursrückgang des Dollar, wodurch entsprechende Abwertungen im Vorratsvermögen zu Lasten des Ergebnisses verkraftet werden mußten. Leer gingen daher auch die Pensionsrückstellungen aus. Investiert wurden in Sachanlagen 20 (18,7) Mill. DM bei Abschreibungen von 15 (13,8) Mill. DM. Nach Einstellung von 0,6 (9,9) Mill. DM in die freien Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,8 Mill. DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Zeiss: Stärker in der Mikroelektronik

nl. Stuttgart

Bei der Zeiss Ikon AG, Stuttgart, Hersteller von Sicherheitsschlössern, Produkten des Beleuchtungssektors und verschiedener Erzeugnisse im *Kunststoff- und Feingeräte-Bereich,* im Druckguß und in der Lederfertigung, bemüht man sich um einen Abbau der Abhängigkeit von der Bauwirtschaft. Geplant ist ein stärkeres Engagement in der Mikroelektronik. Man ist zuversichtlich, auch im laufenden *Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.)* einen Umsatzzuwachs zu erreichen.

In 1984/85 war der Umsatz um 9,2 Prozent auf fast 118 Mill. DM gestiegen. Knapp ein Viertel davon entfiel auf den Export, wobei das Auslandsgeschäft mit Sicherheitsschlössern besonders gut abschnitt. Ausgewiesen wird ein Gewinn von einer (0,7) Mill. DM, der aufgrund des Ergebnisübernahmevertrags an Carl Zeiss übertragen wird. Die Minderheitsaktionäre erhielten unverändert eine garantierte Dividende von zehn Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Nasa-Auftrag für Hunger

Würzburg (dpa/VWD) – Die zur Hunger-Gruppe, Lohr, zählende Hunger DFE GmbH, Dichtungs- und Führungselemente, Würzburg, hat von der US-Weltraumbehörde Nasa nach eigenen Angaben einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag zur Lösung einer sicheren Abdichtung von Feststoffraketen-Segmenten erhalten. Die Hunger-Gruppe umfaßt 13 Firmen mit den Schwerpunkten Hydraulik, Maschinenbau und Dichtungen für Hydraulik- oder Pneumatikzylinder. Bei rund 600 Beschäftigten wird 1986 ein Umsatz von rund 100 Mill. DM erwartet.

Varta zuversichtlich

Hagen (dos.) – Die Varta AG hat in den ersten Monaten 1986 an den positiven Geschäftsverlauf des Vorjahres anknüpfen können. Vorstandssprecher Günter Mordhorst erklärte auf der HV in Hagen, der Umsatz des Inlandskonzerns sei bis Ende April um 5 Prozent auf 366 (348) Mill. DM gestiegen. Der Rückgang des Weltumsatzes um 6 Prozent auf 576 (610) Mill. DM sei allein die Folge der Währungsverschiebungen. Mordhorst zeigte sich zuversichtlich, auch für 1986 ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erwirtschaften. Bei einer Präsenz von 58,3 Prozent des Grundkapitals (98,9 Mill. DM) folgten die Aktionäre den Vorschlägen der Verwaltung, darunter der auf 8,50 (7,50) DM erhöhten Dividende, nahezu einstimmig.

Gedelag: Sechs Prozent

Berlin (VWD) – Die Verwaltung der Gemeinschaft Deutscher Lebensmittel-Großhändler AG (Gedelag), Berlin, schlägt vor, den Bilanzgewinn 1985 von 121 876 DM zur Auszahlung einer Dividende von sechs Prozent zu verwenden. Die HV findet am 18. Juli in Berlin statt.

Keine Holzfenster mehr

Meldorf (dos) – Die zu den führenden deutschen Fenster- und Türenherstellern zählende Aldra-Gruppe, Meldorf, wird Ende September die *Produktion von Fenstern und Türen* aus Holz einstellen. Nach Angabe der Firmenleitung wird dieser Schritt notwendig, weil die weiter abgeschwächte Nachfrage und der anhaltende Preisverfall in diesem Segment zu einem spürbar verschlechterten Betriebsergebnis geführt haben. Betroffen davon sind annähernd 300 Mitarbeiter. Die Kunststoffertigung bleibe unberührt.

BP erwirbt Globol

Hamburg (dpa/VWD) – Die Deutsche BP AG, Hamburg, hat eine 51prozentige Beteiligung am 2 Mill. DM betragenden Stammkapital der Globol Werk GmbH, Neuburg, erworben, teilte die BP mit. Die Inhaberfamilie Philipp hält damit noch 49 Prozent. Globol, mit einem Umsatz 1985 von rund 60 Mill. DM, stellt vor allem Haushaltspflegemittel und Insektizide her.

Wieder zwölf Mark

Nürnberg (VWD) – Die Aktionäre der Bayerische Hartstein-Industrie AG, Nürnberg, erhalten für das Geschäftsjahr 1985 wieder eine Dividende von 12 DM je 100-DM-Aktie. Bedient wird ein Grundkapital von ebenfalls unverändert 1 Mill. DM (HV am 1. August).

„Horizont" beim dfv

Frankfurt (adh.) – Der Deutsche Fachverlag (dfv), Frankfurt, hat sämtliche Titelrechte an der Fachzeitschrift für Marketing, Werbung und Medien „Horizont" vom Verlag Grosse & Crain, Berlin/Frankfurt, erworben. Neuer Chefredakteur wird Frank Gotta. „Horizont" erscheint derzeit in einer Auflage von rund 7000 Exemplaren wöchentlich und arbeitet eng mit der amerikanischen Werbefachzeitschrift „Advertising Age" zusammen. Im dfv-Verlag erscheinen rund 40 Objekte, die Anteile des Unternehmens mit 111 Mill. DM Umsatz (1985) liegen bei Eva und Andreas Lorch.

AGROB / Sanierung der Keramikgruppe nicht gelungen

Dividenden kein Thema

S.E. Ismaning

Die Sanierung der Agrob AG, Ismaning bei München, ist 1985 nicht gelungen, die immer wieder in Aussicht gestellten besseren Zeiten der Keramikgruppe sind nicht eingetreten. Die Verluste der als Holding fungierenden Gesellschaft machten erneut einen Forderungsverzicht der Banken in Höhe von 25 Mill. DM notwendig (Vorjahr 30,9 Mill.). Davon ist vor allem die Bayernhypo betroffen.

Das schlechte Abschneiden des Unternehmens erklärte der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft, Dr. Alfred Wagner, vor allem mit dem Rückgang der Nachfrage für keramische Baustoffe als Folge der Baukrise (minus 13 Prozent für die Branche). Die Umsatzerlöse der größten Produktionstochter AWS AG (Agrob Wessel Servais AG) gingen um elf Prozent auf 178 Mill. DM zurück. Der konsolidierte Konzernumsatz verminderte sich auf 204 Mill. DM (Vorjahr 223 Mill.).

Das Gesamtergebnis der Agrob AG wird durch die Ergebnisse der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Die AWS „kostete" die Obergesellschaft 10,5 Mill. DM. Hinzu kamen als weiterer großer Verlustbringer elf Mill. DM Wertberichtigung für eine Beteiligung in Südafrika und Kanada. Von beiden Betrieben will sich Wagner trennen, sobald sich ein Käufer findet.

Für die Zukunft des Unternehmens ist jedoch entscheidend, ob die Gesellschaft noch Perspektiven hat. Hier ist die Geschäftsleitung vorsichtig zuversichtlich, weil es durch Rationalisierung gelungen ist, bei einer Auslastung der Werke von 80 Prozent den break-even-Punkt zu erreichen. Der Geschäftsverlauf im Jahr 1986 veranlaßte Wagner zu der Prognose, daß Agrob mit großen Anstrengungen ausgeglichen abschneiden könnte. Dividendenzahlungen sind für viele Jahre im Unternehmen kein Thema.

HARTMANN / Vor Akquisitionen im Ausland

Neue Arbeitsfelder gesucht

nl. Heidenheim

Die Hartmann-Firmengruppe Heidenheim, größter deutscher Verbandsstoff-Anbieter, setzt weiterhin auf Wachstum. Wie Reinhard Bauer, Vorstandsvorsitzender der Paul Hartmann AG, mitteilte, stehe man im Ausland in Verhandlungen wegen größerer Investitionen bzw. Akquisitionen. Konkret werde dies im nächsten oder übernächsten Jahr werden. Da das klassische Geschäft zu eng geworden sei, halte man Ausschau nach weiteren Möglichkeiten im Textilbereich. Die Anhäufung von 44,3 (Vorjahr: 18,6) Mill. DM flüssigen Mitteln zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres 1985 deutet auf derlei Absichten hin. Die Investitionen in der Gruppe sollen im laufenden Jahr von 30 auf 35 Mill. DM gesteigert werden.

In den ersten fünf Monaten 1986 ist der Umsatz der Hartmann-Gruppe um 12 Prozent angewachsen. Für das ganze Jahr wird ein Gruppenumsatz von 700 Mill. DM erwartet, nach 639 Mill. DM (plus 7 Prozent) 1985. Der Auslandsanteil fiel mit 23,2 Prozent etwas geringer als im Vorjahr aus. Rund zwei Drittel des Inlandsgeschäfts entfallen auf das medizinische Geschäft. Der Rest wird durch Konsumgüter (Hygieneartikel) und technische Artikel (z. B. Milchfilter) repräsentiert.

Noch schneller als der Umsatz ist der Ertrag gewachsen. Der Jahresüberschuß verbesserte sich um 9,4 Prozent auf 15,1 Mill. DM, die EEV-Steuern sogar um fast 60 Prozent auf 23,5 Mill. DM. Ausgeschüttet wird eine auf zwölf (Vorjahr neun plus zwei) Prozent erhöhte Dividende auf rund 33 Mill. DM Aktienkapital, das sich überwiegend in festen Händen befindet. Außerdem wird der HV am 27. Juni eine Verdoppelung des Grundkapitals durch Umwandlung von Rücklagen im Verhältnis 1:1 mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1986 vorgeschlagen. Der Gewinn je Aktie nahm auf 24,53 (22,43) DM zu.

Chase Bank: Ehrgeiz im Konsortialgeschäft

cd. Frankfurt

Die Chase Bank AG, Frankfurt, setzt mit einer starken personellen Ausweitung auf eine Verstärkung ihrer Aktivitäten im Investment Banking und im Wertpapier- und Devisenhandel. Noch in diesem Jahr will sie erstmals im heiß umkämpften Emissionsgeschäft als Konsortialführer für die Anleihe eines vermutlich nicht rein deutschen Emittenten auftreten. Auch im inländischen Konsortialgeschäft zeigt die deutsche Tochter der New Yorker Großbank mit Blick auf das Bundesanleihe-Konsortium Ehrgeiz. Ansonsten gilt die Strategie, wie Vorstandsvorsitzender Rolf H. Reinhold betont, der Fortentwicklung der Produktpalette, vor allem im Electronic Banking und im Leasing, und dem Ausbau der Position als eine der wichtigsten Clearing-Banken im Auslandszahlungsverkehr.

Die Stärke des von der Chase forcierten Dienstleistungsgeschäfts zeigte sich 1985, dem bisher besten Geschäftsjahr, bei einer um 9,4 Prozent auf 3,7 Mrd. DM gesunkenen Bilanzsumme im überproportionalen Anteil der Dienstleistungserträge am Betriebsergebnis, das von 77 auf 124 Mill. DM zunahm. Diese Steigerung um 48 Prozent erscheint allerdings aus buchungstechnischen Gründen zu hoch. Die echte Ergebnisverbesserung bezifferte Reinhold auf 20 bis 25 Prozent. Die guten Ergebnisse der ersten '86er Monate stimmen den Vorstand auch für dieses Jahr optimistisch.

COLONIA VERSICHERUNGEN / Sach auf Erfolgskurs – Leben in Hochform

Geschäft verlief „ganz nach Wunsch"

HARALD POSNY, Köln

„Ganz nach Wunsch" ist nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Dieter Wendelstadt das Jahr 1985 bei den Colonia Versicherungen verlaufen. „Nach Wunsch" – mehr war (noch) nicht drin – verbesserte sich das technische Gesamtergebnis der Colonia Versicherung AG nach sicherheitsstärkenden Zuführungen zur Schwankungsrückstellung „nur" um 13 Mill. DM auf reichlich 49 Mill. DM Verlust. Die Aufschlüsselung der einzelnen Geschäftskomponenten zeigt den Kompositversicherer sichtbar auf Erfolgskurs.

Der technische Bruttogewinn verwandelte sich von einem Minus von 66 Mill. DM in einen Überschuß von rund 27 Mill. DM, was sich auch in einem auf 8,7 (47,7) Mill. DM abgeschmolzenen technischen Verlust für eigene Rechnung vor Schwankungsrückstellungen niederschlägt. Das deutsche direkte Geschäft weist nach 16,2 jetzt 52,8 Mill. DM Bruttogewinn aus. Auslands- und aktives Rückversicherungsgeschäft verbesserten sich erheblich.

Saldiert ergaben die Ergebnisse des technischen und des allgemeinen Geschäfts einen Überschuß von 65,6 (56,3) Mill. DM, womit sich die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern mit 18,4 (10,4) Prozent erheblich besser darstellt. Vom Jahresüberschuß von 30,8 (28) Mill. DM erhalten nach Rücklagenstärkung um 15 (13) Mill. DM die Aktionäre eine von 10 auf 12 Prozent erhöhte Dividende.

Von dem sehr ordentlichen Beitragswachstum 1985 profitierten vor allem die Sparten Allgemeine Haftpflicht (plus 14,6 Prozent auf 401 Mill. DM brutto) und Kraftfahrt (plus 5,6 Prozent auf 635 Mill. DM). Beide bestreiten inzwischen über die Hälfte des Prämienaufkommens. Während jedoch das Kraftfahrgeschäft 21 Mill. DM Gewinn bringt, bereitete die Haftpflichtsparte (12 Mill. DM Verlust) Sorgen, vor allem was die wachsende Last von Großschäden aus Exporten in die USA und von teuren Umweltschäden im Inland angeht.

Auf die Haftpflichtsituation, eine marktweite Erscheinung, stellt sich, so Wendelstadt, die Wirtschaft mit höheren Prämien und Selbstbeteiligungen ein. Kräftig rot schreiben auch die Feuersparte (11,6 Mill. DM), Hausrat (6,1 Mill. DM), Einbruch-Diebstahl (5,4 Mill. DM) und Technische Versicherungen (4,2 Mill. DM), während Wohngebäude einen attraktiven Gewinn (7,1 Mill. DM) ausweisen. Insgesamt stellt sich die Spartenentwicklung positiv dar. Das Auslandsgeschäft mit 318 Mill. DM Beitragsvolumen hat zwar immer noch Verluste, doch sind sie von 62 auf 10 Mill. DM abgebaut worden.

Bei überdurchschnittlichem Wachstum hat Colonia Leben ein gegenüber 1984 nochmals verbessertes Ergebnis erzielt – eine Folge überdurchschnittlich guter Kapitalerträge. Der Bruttoüberschuß ist mit 445 (394) Mill. DM kräftig gestiegen. Davon kommen 99 Prozent den Versicherten zugute.

Colonia Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	29 060	+ 5,3
Eingl. Neugeschäft	3 441	+ 10,7
Beitragseinnahmen	918	+ 4,7
Aufw.f.Vers.Fälle	426	+ 11,1
Kapitalanlagen [1])	7 495	+ 8,5
Kapitalerträge [2])	533	+ 8,6
Aufw.f.Beitr.Rückerst.	345	+ 14,0
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	1 102	+ 16,3

	1985	1984	1983
Stornoquote [3])	4,3	4,8	4,0
Verw.Kostenqu. [4])	5,6	5,8	5,8
Abschl.Kostenqu. [5])	41,3	41,7	40,3
Überschußquote [6])	48,4	44,9	40,3

[1]) ohne Depotford.; [2]) netto; Durchschnittsrendite: 7,4 (7,4) Prozent; [3]) Rückk., Umwandlg. in beitr. freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingl. Neugesch.; [6]) Brutto-Überschuß einschl. 94 Mill. DM Direktgutschrift in % d. Beiträge.

Colonia Versicherung	1985	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	2 190	+ 4,0
Nettoprämie [1])	1 544	+ 7,3
Aufw. f.Vers.Fälle	1 096	+ 4,5
Vers. techn. Ergebnis [2])	- 49,5	(-62,7)
Kapitalanlagen [3])	2 432	+ 8,9
Kapitalerträge [4])	169	+ 14,2

in % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Selbstbeh.-Qu.(%)	70,5	68,3	67,7
Schadenquote	72,1	73,3	72,8
Verw.-Kostenqu.	27,2	28,1	28,0
Rückstg.-Quote [5])	134,6	127,1	125,5
Eigenkapitalquote	23,4	23,8	24,3

[1]) Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2]) nach Zuführung von 40,8 (15,0) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3]) oh. Depotford.; [4]) netto; Durchschnittsrendite: 8,0 (7,1) Prozent; [5]) vers. techn. Rückstellg.

Kartellamt: SEN will schnelle Entscheidung

dpa/VWD, Mannheim

Die Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG, (SEN) in Mannheim, nach eigenen Angaben weltweit größter Anbieter von Getränkemaschinen, sieht sich durch das seit drei Jahren schwebende Kartellverfahren über den geplanten Zusammenschluß mit dem Branchenzweiten Holstein und Kappert GmbH, Dortmund, im internationalen Wettbewerb zunehmend behindert. „Wir brauchen endlich eine Entscheidung", erklärte Aufsichtsratsvorsitzender Prof. Norbert Loos in Mannheim. Er schloß eine außergerichtliche *Einigung mit der* Berliner Behörde nicht aus. Die Klöckner-Werke AG will durch den Zusammenschluß ihrer Tochter Holstein und Kappert mit SEN, an der Klöckner 24 Prozent und eine Option auf weitere 26,1 Prozent hält, eine für den weltweiten Wettbewerb im Getränkemaschinenbau notwendige Größenordnung erreichen.

Mit der Entwicklung 1985 war SEN nicht zufrieden. Bei stagnierendem Inlandsgeschäft stieg der Umsatz um 6,3 Prozent auf 446,8 Mill. DM, wozu allein Lieferungen nach China und in die Sowjetunion 140 Mill. DM beitrugen. Der Exportanteil erreichte knapp 80 (78) Prozent. Der Mehrumsatz führte nicht zu einer befriedigenden Ertragslage. Der Jahresüberschuß fiel auf 1,67 (2,76) Mill. DM. Der HV am 15. Juli wird eine auf drei DM je 50-DM-Aktie halbierte Dividende auf 27,6 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. Ende 1985 beschäftigte SEN 2965 Mitarbeiter.

NAMEN

Falk Müller, Hauptgesellschafter der VS Vereinigte Spezialmöbelfabriken GmbH & Co, Tauberbischofsheim, vollendet am 13. Juni das 80. Lebensjahr.

Ludolf Schmitz, Geschäftsführender Gesellschafter der Schmitz & Söhne GmbH & Co. KG, Wickede, wurde zum Vorsitzenden der Wirtschaftsjunioren Nordrhein-Westfalen gewählt.

Lars Sjoeborg, ehemaliger Konzernchef der schwedischen Yxhult AB, hat den Vorstandsvorsitz bei der Yton AG, München, übernommen. Er *ist Nachfolger von Dr.* **Dieter Jutzi**.

Hans-Joachim Scharfenberg, Vorstandsvorsitzender der Krupp Polysius AG, Beckum, vollendete am 11. Juni 1986 sein 65. Lebensjahr.

Manfred Siebenlist (44), seit Juli 1985 Geschäftsführer Vertrieb und *Marketing der Rank Xerox GmbH,* wird zum 31. Oktober 1986 ausscheiden, um in die Geschäftsführung der KHD Landtechnik einzutreten.

Hans-Jens Trelde, Mitglied der Geschäftsleitung des Bankhauses Hermann Lampe KG, Bielefeld, wurde Präsident der Association Combiste Internationale, dem Weltverband der Devisenhändler.

Seishi Nishikawa, bisher Präsident der JVC Electronics (Deutschland) GmbH und Geschäftsführer der JVC Deutschland GmbH, kehrt nach sieben Jahren in der Bundesrepublik nach Japan zurück, und wird dort Exportchef des Fernsehbereiches. Sein Nachfolger als Präsident in beiden JVC-Gesellschaften wird **Toshiyasu Watanabe**, bisher und weiterhin Geschäftsführer von JVC Großbritannien. Geschäftsführer der JVC Electronics GmbH und JVC Deutschland GmbH wird **Kazuo Suzuki**, bislang stellvertretender Geschäftsführer des Video-Bereichs.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: A. v. Maltzahn GmbH & Co., Trittau; v.-Maltzahn-Verwaltungs-Ges. mbH, Trittau; Gebr. Schröder GmbH, Ahrensfelde; **Aschaffenburg:** MSP – Plastikprodukte GmbH, Wörth a. Main; **Augsburg:** Karpp GmbH; endestra Handelsges. mbH; **Berlin-Charlottenburg:** Condora Papier-Hygiene GmbH & Co. Betriebs-KG; **Darmstadt:** ACD-Air Conditioning Darmstadt GmbH; **Düren:** Nachl. d. Johannes Pfeiffer, Inh. d. Fa. Josef Pfeiffer, Buch- u. Kunstdruckerei-Papierverarbeitung, Kreuzau; **Emmendingen:** Kaiserstuhlmöbel, Emil Meyer KG, Endingen 2; **Esslingen:** Nachl. d. Walter Wägner; **Frankfurt:** Prashar – Import und Export; **Hannover:** Domaine de Bruffaneau in Deutschland GmbH Import von Weinen und Spirituosen, Seelze OT Letter; **Heidelberg:** P. Lindhorst GmbH, Neckargemünd; **Herford:** Watzlaw GmbH & Co. KG, Damenoberbekleidung „No 5 Number five", Bünde; **Kaufbeuren:** biovertrieb gesundleben GmbH, Hopferau; **Kiel:** Hans-Joachim Herbst, Kaufmann; **Mönchengladbach:** Maschinenfabrik Ferd. Clasen KG, Erkelenz; **Rendsburg:** EPH Datentechnik GmbH, Osterrönfeld; **Rosenheim:** AMD Aufbau Möbel Design Manufaktur f. Inneneinrichtung und Raumgestaltung GmbH, Vagen; **Rottweil:** T + S Finanzierungsvermittlungs- u. Verwaltungs-GmbH, Deißlingen; **Stade:** J. H. Hagenah-Borcholte GmbH; **Waldbröl:** Nachl. d. Anneliese Lehnen geb. Miesen, Morsbach-Steimelhagen; Horst Laatsch, Waldbröl-Bröl; Eisen- u. Stahlbau GmbH, Morsbach; **Worms:** Stahlbau Fischer GmbH, Osthofen; **Würzburg:** Eckhard Schmitt, Zellingen-Retzbach; KG Ernst Grün Bauunternehmung.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: Eisenwerk Künstler KG; **Frankfurt:** HTI Bauunternehmung GmbH.

Aktienmarkt weiterhin stabil

Vereinzelte Sonderbewegungen in uneinheitlichem Gesamtmarkt

DW. – Bei verhältnismäßig ruhigem Geschäft zeigte der Aktienmarkt eine einheitliche Tendenz. Insgesamt nur minimalen Veränderungen bei den meisten Standardpapieren standen einige Sonderbewegungen gegenüber. Es scheint so, als trete der Aktienmarkt vor der niedersächsischen Landtagswahl auf der Stelle, um im Fall eines CDU/FDP-Wahlsieges neu durchzustarten. Stabilisierend wirken sich auch Käufe ausländischer Anleger aus, die momentan Gelder aus belasteten europäischen Märkten Mailand und Paris abziehen.

Unter den Sonderbewegungen fielen am Mittwoch vor allem Springer auf. In Erwartung sehr positiver Zahlen aus der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens, konnte sich der Kurs der Aktie um rund 12 DM befestigen. Sehr fest in einem ansonsten gut behaupteten Elektromarkt lagen auch AEG. Den erheblichen Vortagesverlust vollkommen egalisieren konnten Schering. Farbennachfolger erholten sich nach leichteren Beginn und schlossen weitgehend in der Nähe der Schlußkurse des Dienstages. Bankwerte litten etwas unter der unsicheren Situation um den Großschuldner Mexiko, konnten sich jedoch insgesamt knapp behaupten. Neuemission Viag enttäuschte mit einem Einstandskurs von 167 DM. Die als in etwa vergleichbar herausgestellten Kali und Salz konnten hingegen nach erneuter Plusankündigung deutlich zulegen.

Frankfurt: Kali + Salz erhöhten um 15,50 DM und Altana um 8 DM. Anzag verbesserten sich um 7 DM. Deckel und Henninger legten je 4 DM zu. Holzmann verminderten um 25 DM, MAN-Roland um 20 DM und Kali Chemie um 10 DM.

Düsseldorf: Kabel Rheydt verteuerten sich um 20 DM, Glas Schalke um 10 DM, Hochtief um 15 DM und Springer um 11 DM. Dagegen wurden Dortmunder Ritter um 15 DM und Rheag um 8 DM niedriger bewertet. Agrippina Rück legten 150 DM zu.

Hamburg: HEW und Beiersdorf verloren jeweils 2 DM. Phoenix Gummi blieben unverändert. Bremer Vulkan stockten um 1 DM auf. Triton gaben um 2 DM und Hapag Lloyd um 1,30 DM nach.

Berlin: Kempinski und Dt. Hypobank Berlin erhöhten sich um je 15 DM und Springer um 10 DM. Berliner Elektro, Berliner Kindl und Engelhardt erholten sich um je 5 DM. Rheinmetall St. gaben um 7 DM nach.

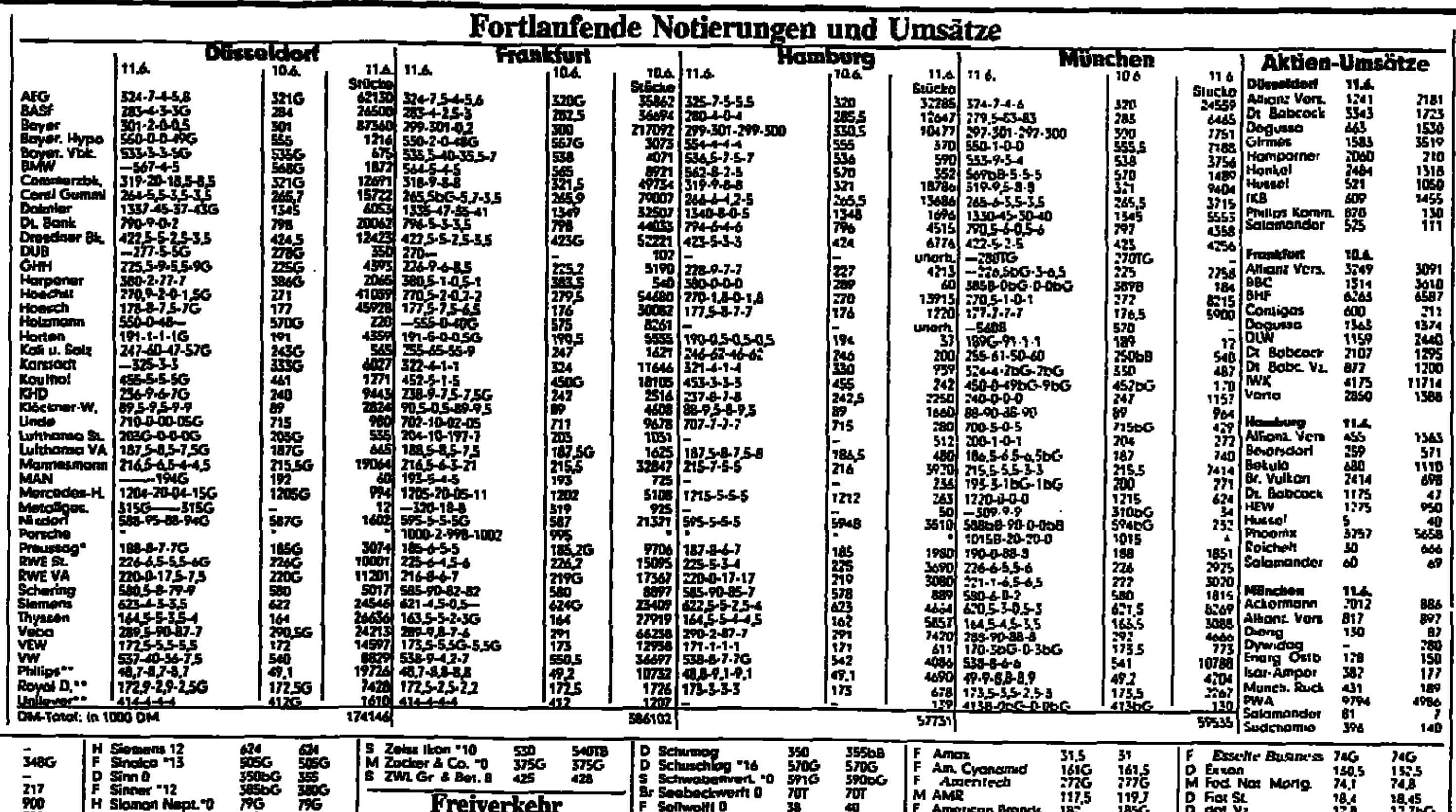
München: Aigner verminderten um 7,50 DM, Audi AG um 25 DM und Flachglas um 4 DM. Knürr und Tucher lagen um jeweils 3 DM schwächer. Electro 2000 erhöhten um 3 DM, Gehe AG um 2 DM und Süd Chemie um 10 DM.

Stuttgart: Aesculap verteuerten sich um 10 DM. Gehe zogen um 6 DM an. Hohner waren um 2,90 DM nachgebend. Kolb und Schüle verbilligten sich um 3,90 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 274,31 (276,53)
WELT-Umsatzindex: 3458 (4059)
Advance-decline-Zahl: 84 (95)
38-Tage-Linie: 288,07 (289,14)
200-Tage-Linie: 263,12 (262,75)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

		11.6.	10.6.
H	Aach M Betl. 10	2760	2340
H	Aach. M. Vers. 7	1770	1720
D	Aach. Rück. 9	2800	2800
D	Aseag *4	380G	380bG
M	Ack-Gögg. 6	171,5bG	174,8
H	Adca 3	173	180
D	Adler 9	–	319G
F	AEG 0	326	322
D	AEG KABEL 9	428G	400
S	Aesculap 9	420TG	410TG
F	AGAB 5	135	134
D	Agrippina *0	3950bB	3800T
M	Agrob *0	188G	188
M	dgl. Vz.* 0	153	150bG
M	Aigner 9	222bG	229,5

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Pos.-ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr

Ausland

Amsterdam

	11.6.	10.6.
ACF Holding	343	332
Aegon	110	110,2
Akzo	166,7	165,1
Alg. Bk. Nederl.	576,5	576
Amev	80,9	81,2
Amro Bank	106,8	106,9
Berkel's Patent	33	32,9
Bijenkorf	82,2	82,2
Bols Lucas	150	152
Bredero	211	212
Buehrmann	–	178
Dorreaux	170	170
Fokker	90,8	92
Gist Brocades	283,8	284
Océ-v. d. Grinten	495,5	496
Hagemeijer	64,5	64
Heineken Bierbr.	170,5	169
KLM	49,4	49,7
Hoogoven Kon.	112,7	110,6
Nationale Ned.	86	86,7
Ned. Lloyd Groep	175,5	170
Ommeren van	34,9	34,5
Pakhoed	51,7	52,5
Philips	54,9	54,8
Rijn-Schelde	7,6	7,6
Robeco	92,2	97,7
Rolinco	84,5	84,9
Royal Dutch	183,6	194,3
Credit Lyonnais Bk.N	95	94
Unilever	463,5	465,5
Ver. Masch.	300	294,5
Volker Stevin	41	39
Westland Utr. Hyp.	–	–
Index: ANP/CBS	273,90	273,60

Brüssel

Arbed	2995	3000
Brux. Lambert	3040	3025
Cockerill Ougrée	147	146
Ebes	4300	4320
Gevaert	6050	6020
Kredietbank	16475	16525
Petrofina	8060	7990
Soc. Gén. d. Belg.	2825	2855
Sofina	9290	9400
Solvay	7850	7780
UCB	7500	7450
Index	–	3541,56

Hongkong

	11.6.	10.6.
China Light + P.		15,8
Hongkong Land		5,8
Hongk. + Sh. Bk.	Börse	6,5
Hongk. Teleph.	ge-	12,2
Hutch. Whampoa	schlos-	28,4
Jard Matheson	sen	12,3
Swire Pac. + A +		11,6

Kopenhagen

	11.6.	10.6.
Den Danske Bank	322	324
Jyske Bank	580	585
Kopenh. Handelsbk.	271	274
Novo Industri	263	266
Privatbanken	272	274
Ostasiat. Komp.	218	215
Dan. Sukkerfabr.	385	390
För. Bryggerier St.	1130	1140
Kgl. Porz. Fabr.	400	400

London

	10.6.	9.6.
All. Lyons	335	336
Anglo Am. Corp.	1062,5	1037,5
Anglo Am. Gold	6050	5900
Babcock Int.	162	162
Barclays Bank	479	482
Beecham Group	393	401
Bowater	318	328
B.A.T. Industries	378	383
BL	39	39
BLOC Int.	310	312
British Petroleum	568	580
British Aerospace	508	521
British Telecom	224	228
Britoil	170	175
BTR	313	313
Burmah Oil	355	355
Cable Wireless	670	660
Cadbury Schweppes	170	176
Charter Cons.	236	238
Cons. Gold. Fields	444	437
Cons. Murchison	–	162,5
Courtaulds	280	283
De Beers	625	625
Distillers	678	678
Driefontein	1356,25	1393,75
General Electric	204	210
Guinness	298	301
Hawker Siddeley	581	587
ICI	916	927
Imperial Group	372	372
Lloyds Bank	552	539
Lonrho	247	248
Marks & Spencer	186	197
Midland Bank	522	572
Nat. Westminster	457	–
Plessey	220	224
Reckitt & Colman	839	837
Rio Tinto-Zinc	644	642
Rustenburg Plat.	778	773
Shell Transp.	783	798
Thorn Emi	454	459
TI Group	515	524
Trusthouse Forte	157	160
Unilever	1630	1640
Unitech	218	225
Vickers	450	455
Woolworth	825	825
Financial Times	1314,50	1329,50

Luxemburg

	11.6.	10.6.
ARBED	3010	3020
Arico	95,5	95
Audiofina	5750	5600
Bque. Gen. du Lux.	15800	15700
Bque. Int. du Lux.	15250	15100
Balgo Minera St.	0,23	0,23
Cegedel	3700	3600
Kredietbank Lux	18000	18000
PAN Holding	–	11650
SCI Techn.	690	690
SEO	870	850

Madrid

Banco de Bilbao	899	899
Banco Central	637	637
Banco Popular	1005	1000
Banco de Santander	638	636
Banco de Vizcaya	1255	1250
Const. Aux. Ferro	158	150
Cros	144	145
Cubiertas	450	–
Dragados	336	334
Duro Felguera	620	620
El Aguila	322	310
Esp. del Zink	–	–
Esp. Petroleos	358,5	361
Unión Fénix	–	–
Fecsa	89,25	89,75
Hidroeléctr. Esp.	122,75	124,5
Iberduero	164	168
Macosa	–	105
Papalera	143	–
Seda de Barcelona	385	375
Sevillana de El.	129	128
Telefónica	154,5	196
Unión Eléctrica	105,75	107,5
Explosivos RT	184	180
Urbis	225	232
Vallehermoso	214	216
Index	176,18	176,66

Mailand

Paris

	11.6.	10.6.
Air Liquide	749	749
Alsthom Atlant.	438	440
Beghin-Say	481	475
BSN-Gerv.-Danone	3545	3420
Carrefour	2780	2795
Comp. du Midi	–	5380
Club Méditerranée	495	502
CSF Thomson	–	1247
Elf-Aquitaine	298	301,5
Franco Petrol B	379	376

Johannesburg

Wien

Inlandszertifikate

	Ausg. 11.6.	Rückn. 11.6.	Rückn. 10.6.
AAR-UNIV F.I	162,64	153,43	153,43
Adifonds	68,36	65,10	65,39
Adiranta	25,07	24,34	24,35
Adirewa	102,34	99,36	99,67
Adirec	110,42	105,16	105,48
Adiverba	176,17	167,78	168,41
Aegis Eink.-Fds.	39,33	37,45	37,50
Aegis Wachst.-Fds.	64,29	61,22	61,40
AGI Fonds	171,15	162,98	162,98
Aktumalo	204,10	194,38	194,44

Gerling Rendite	56,53	54,89	54,89
GKD-Fonds	74,45	71,54	71,80
Gotharent	100,71	97,21	97,24
Grundbesitz-Invest.	73,80	70,21	70,21
Grundwert-Fonds	132,95	126,02	126,02
Hbg.-M. Rentenfonds	58,91	56,64	56,63
Hansainternational	55,53	53,65	53,71
Hansaprofit	–	29,20	29,19
Hansarenta	49,00	47,34	47,27
Hansasecur	67,68	64,46	63,63
Hansazins	49,99	48,30	48,12
Haus-Invest	74,10	68,61	68,61
Ifi-Fonds Nr. 1	115,70	110,10	110,10
dgl Nr. 2	75,00	71,30	71,30

Fondak	71,76	68,34	68,63
Fondirent	88,14	85,57	85,87
Fondis	63,38	60,36	60,71
Fondra	114,73	109,27	109,63
FT Accuzins	140,46	136,37	136,69
FT Am Dynamik	24,74	22,64	22,76
FT Frankf. Eff. F	140,65	133,62	133,97
FT Interspezial I	29,21	26,73	26,84
FT Interspezial II	33,87	30,99	31,11
FT Interzins	45,51	44,18	44,14
FT Nippon Dynamik	94,97	86,90	85,83
FT Re-Spezial	191,96	182,36	182,55
Gerling Dynamik	70,15	67,13	67,21

dgl. II	79,05	75,29	75,71
dgl. III	27,07	26,28	26,28
dgl. IV	87,10	83,75	83,85
Thesaurent	67,58	65,93	67,14
Thesaurus	230,47	224,85	225,69
Transatlanta	32,07	31,14	31,73
Unifonds	32,40	30,77	30,94
Uniglobal	103,00	98,04	98,49
Unikapital	84,55	82,48	82,54
Unirak	86,85	82,70	82,97
Unirenta	42,30	40,98	41,11
Unispezial I	–	56,73	56,45
Universal-Eff.-F.	97,55	95,64	95,64

Unizins		
Verm.-Aufbau-F.		
Verm.-Ertrag-F		
VICTORIA Rent-Adig		

Auslandszertifikate

Sita-Imm. sfr.	1750,00B	1720,00G	
Sita 63 sfr.	1340,00B	1330,00G	
Swissimmob. N.S. sfr.	2580,00	2460,00	
Swissimmob 1961 sfr	1325,00	1260,00	
Swissvalor sfr.	417,75	405,75	408,50
Technology $*	14,86	13,60	13,66
Technogrowth Fd.	110,04	103,87	107,97
Templeton Growth $*	13,46	12,32	12,35
Universal B.S sfr.	80,00	77,50	77,50
Universal Fund sfr.	128,12	124,44	124,93
Ussec	818,00	799,00	789,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Renten-Optionshandel

Devisenmärkte

Die tendenzielle Abschwächung des Dollar wurde am 11. Juni nicht unterbrochen. Man befürchtet von den anstehenden US-Daten in dieser Woche eher Belastungen für den Dollar-Kurs und gab sich auch recht zurückhaltend im Hinblick auf erwartete Äußerungen Volckers zu dem Komplex Mexiko. Der Dollar lag niedrigst bei 2,204. Der befürchtete Durchbruch unter 2,20 blieb jedoch aus. Es entwickelte sich daraufhin eine Neigung zu Glattstellungen, so daß der Kurs am Nachmittag bei 2,215 endete. Die amtliche Notiz wurde mit 2,207 ermittelt. Das Britische Pfund profitierte von seinem hohen Zinsniveau. Eine für heute nicht ausgeschlossene Zinssenkungsrunde blieb aus. Der Kurs konnte sich gegen DM um 6,6 Promille 3,376 erholen. Ansonsten überwogen Kurzverluste. Hohe Abschläge wiesen im Freiverkehr die Währungen von Australien, Neuseeland und Südafrika auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,488; Brüssel 45,12; Paris 7,042, Mailand 1517,00; Wien 15,51; Zürich 1,8175; Ir. Pfund/DM 3,033; Pfund/Dollar 1,5297; Pfund/DM 3,376.

Devisen und Sorten

11.6.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wochs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,203	2,211	2,1923	2,15	2,25
London[2]	12,0	3,369	3,383	3,341	3,31	3,46
Dublin[2]	16,5	3,026	3,040	2,996	2,97	3,12
Montreal[1]	8,92	1,5873	1,5953	1,5728	1,54	1,64
Amsterd.	4,50	88,70	88,92	88,485	88,05	89,80
Zürich	4,00	121,33	121,53	121,35	120,00	122,75
Brüssel	8,00	4,886	4,906	4,861	4,77	4,97
Paris	9,50	31,315	31,475	31,16	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,955	27,075	26,81	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,25	29,37	28,61	28,75	30,50
Stockh.	8,00	30,87	31,03	30,54	30,55	32,75
Mailand[3]**	12,0	1,4505	1,4605	1,4305	1,40	1,50
Wien	4,00	14,213	14,253	14,21	14,11	14,53
Madrid	8,00	1,559	1,569	1,534	1,53	1,63
Lissabon**	17,5	1,473	1,493	1,426	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,330	1,333	–	1,28	1,34
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,05	4,75
Athen* **	20,5	1,563	1,617	–	1,30	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,513	1,532	–	1,47	1,60
Johannbg.*	12,0	0,813	0,847	–	0,71	0,95
Hongkong*	–	28,14	28,42	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Junge Aktien

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marie Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

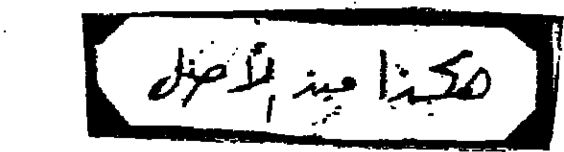
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

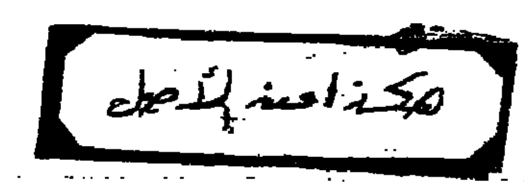
Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp





Renten fehlen Anregungen

In Ermangelung entscheidender Impulse für ein Vorankommen der Kurse für Festverzinsliche dümpelte der Rentenmarkt am Mittwoch bei insgesamt ruhigem Geschäft mit uneinheitlichen Kursen dahin. Es fehlt weiterhin an Signalen, die die von vielen Seiten prognostizierte Senkung der Durchschnittsrendite in Richtung auf fünf bis 5,5 Prozent einleiten könnten. Möglicherweise werden diese Marken, so Marktbeobachter, erst wieder im Herbst in Angriff genommen. Öffentliche Anleihen wiesen Veränderungen von bis zu 0,2 Prozentpunkten nach beiden Seiten auf.

Bundesanleihen

			11.6.	10.6.
F	6 dgl. 78 II	7/88	101,8	101,8
F	6½ dgl. 77	5/89	103,05	103,05
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,05	107,05G
F	6 dgl. 78 I	2/90	101,7	102,05
F	8 dgl. 80 II	7/90	108,1G	108,05
F	9 dgl. 81	3/91	112,8G	112,8
F	10½ dgl. 81	9/91	120,1	120,1G
F	10¼ dgl. 81	11/91	119,45	119,45G
F	8 dgl. 80 I	2/92	109,4G	109,4G
F	10 dgl. 82	2/92	118,7	118,7G
F	9½ dgl. 82	7/92	117,3	117,3
F	8 dgl. 82	11/92	109,4G	109,4
F	7¾ dgl. 83	1/95	107,9	107,75

Bundesbahn

Bundespost

Industrieanleihen

Optionsscheine

Länder – Städte

Sonderinstitute

		11.6.	10.6.
F	6¾ dgl. 85/95	102,25G	102,25
F	6½ dgl. 86/96	99,5	99,5
F	6 Lastenausgl.-Bk. RS15	100,15	100,15
F	6 dgl. RS 16	100,35	100,35
F	6½ dgl. RS 60	101,2G	101,2G
F	7 dgl. 94	103,5G	103,5G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,5G	105,5G
F	7½ dgl. 102	105G	105G
F	9½ dgl. 126	102,45G	102,45G
D	6½ LAG TS 77	101,8bG	101,8bG
D	5½ LAG 78	100,6bG	100,6bG
D	7 dgl. 79	101,55bG	101,55bG

Optionsanleihen

		11.6.	10.6.
F	6¼ dgl. 83 m. O.	251T	255T
F	6¼ dgl. 83 o. O.	94,5	94
F	3¾ dgl. 83 m. O.	228G	228
F	3¾ dgl. 83 o. O.	92,35	92,25
F	6¼ dgl. 86 m. O.	133,75	134
F	6¼ dgl. 86 o. O.	98,8	98,5T
F	3¾ Didier 85 m. O.	140,5G	140,5
F	3¾ Didier 85 o. O.	80,75T	80,75T
F	4 Dresdn.Bk. 85 m. O	195	195T
F	4 dgl. o. O.	94,5	95
F	8 dgl. 84 m. O.	218G	228G
F	8 dgl. 84 o. O.	107,2	107,5
F	3¾ Fuji 84 m. O.	131G	131G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	91,75	91,75

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	11.6.	10.6.
8 Afr. Entwbk. 79/87	101,5T	101,2G
10 dgl. 82/89	109,8G	109,8
8 dgl. 84/91	105G	105,25
9 Air Canada 82/92	110,5G	110,5
7¾ dgl. 83/93	105T	105T
9½ Akzo 82/89	105	105
7½ Allied Chem. 84/94	103,5	103
6 Dt. Bk. Fin. 85/91	102,8	102,8
4½ Dr.Bk.Fin 85/90	100,45	98,6bG
8¾ E.D.F. 82/92	107G	107bG
8¼ dgl. 85/95	106,5G	106,5
7 Eletrobras 77/87	107G	101,5G
7 dgl. 79/87	100,1T	100,1
5½ ELF Aquit. 78/88	100,55	100,25
6¾ Emhart Corp. 85/95	102,5	102,25
9¾ Emhart Overs. 82/89	101,7G	101,7T
6¾ Ericsson LM 72/87	100,8	100,7G
6¾ Escom 72/87	99,5T	99G
7 dgl. 73/88	100,5T	100bG
9¼ dgl. 80/87	101	101

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Bis um das Limit niedriger notierte Kaffee. Knapp behauptet ging Kaffee aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	10.6.	9.6.
Juli	252,00	250,00
Sept.	252,25	252,80
Dez.	259,75	260,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Wheat Board cif.

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)

Südstaaten fob Werk

10.6.	9.6.
27,25	27,25

MAISÖL New York (c/lb)

US-Mittelweststaaten fob Werk

18,00	18,50

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Euro-Yen

Kartoffeln

Bauholz

Nullkupon-Anleihen (DM)

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Vom Los der Donauschwaben in Jugoslawiens KZs

Auf blutigen Spuren

Von den Ereignissen und Folgen des Zweiten Weltkrieges mit am härtesten betroffen waren die Deutschen in Jugoslawien. Mindestens 100 000 von der 500 000 großen Volksgruppe von Slowenien bis zum Banat haben Krieg, Vertreibung, Erschießungskommandos und Hungerlager der Partisanen nicht überlebt. Ein besonders grausames Schicksal erlitten die Donauschwaben, also jene Deutschen hauptsächlich aus dem Südwesten des Reiches, die nach der Verdrängung der Türken aus der pannonischen Tiefebene vor allem im 18. Jahrhundert angesiedelt wurden und eine Ödlandschaft in blühendes Kulturland verwandelten.

Die 200 000 Donauschwaben in Jugoslawien (die anderen Teile der Volksgruppe lebten in Rumänien



und Ungarn), die seit Oktober 1944 unter der Besatzungsherrschaft der Sowjets und später der Partisanen zurückgeblieben waren, wurden Opfer eines kombinierten Systems von Massenerschießungen, Ausschreitungen, Deportationen und Einweisung in die Konzentrationslager. Während in Nürnberg Sieger über Besiegte zu Gericht saßen und von der Moral einer neuen Welt sprachen, dämmerten in Titos Arbeits- und Endlagern Alte, Frauen und Kinder dem Tod entgegen.

Nichts deutet heute mehr hin auf die KZs in der Woiwodina, alle Hinweise auf die Toten wurden von den Liquidatoren sorgfältig getilgt, in deutschen (Schul-)Geschichtsbüchern ist es merkwürdig still um dieses Geschehen auf dem Balkan.

Pater Wendelin Gruber SJ, 1914 in der Batschka geboren, hat die Passion des tiefgläubigen, im Grunde völlig unpolitischen Bauernvolkes miterlebt. In seinem Tagebuch „In den Fängen des roten Drachen" beschreibt er, wie er sich jahrelang in die KZs der Woiwodina wie Gakowa, Rudolfsgnad oder Molidorf eingeschlichen hat, um den gepeinigten Landsleuten zu helfen. Der Jesuit will mit dem Buch den mindestens 70 000 in Titos Konzentrationslagern umgekommenen, von der „großen Welt vergessenen Donauschwaben ein Monument errichten, damit es den roten Machthabern nicht gelingt, alle blutigen Spuren ihrer Greueltaten vollkommen zu vernichten".

Pater Gruber schreibt das „Monument" in der einfachen, knorrigen Sprache der donauschwäbischen Landbevölkerung, die in dem Tagebuch ihr eigenes Schicksal wiedererkennen soll. Es ist ein Los, das dem Leser unter die Haut geht: So zum Beispiel die Passage über eine Mutter, die Kartoffeln für eins ihrer Kinder ins Lager einzuschmuggeln will, weil es die tägliche Maisschrot-Mahlzeit nicht mehr vertrug.

Ein Partisan bemerkt das und schießt auf sie. Die älteste Tochter muß die sterbende Mutter zum Friedhof fahren, wo sie durch einen zweiten Schuß getötet wird. Oder die Szene, in der über ein Arbeitslager in Pantschowa berichtet wird, in dem hübsche Donauschwäbinnen den siegreichen Soldaten gefügig sein mußten. Hunderte mit Syphilis angesteckte Frauen wurden erschossen. Von seiner Heimatstadt erzählt der Autor über die Selektion der im Ort verbliebenen Männer in zwei Gruppen. Die 212 der einen Seite mußten ihre eigenen Gräber schaufeln, bevor sie getötet wurden.

Unermüdlich setzt sich der Jesuitenpater in den Nachkriegsjahren für seine verfolgten Landsleute ein: Mal überredet er einen Lagerposten, flüchtende Menschen aus einem KZ zu übersehen, mal gelingt ihm eine Erstkommunionfeier für mehrere hundert Kinder, bevor diese zumeist elternlosen Jungen und Mädchen wie 20 000 andere junge Donauschwaben auch in die staatlichen Kinderheime überführt und dort ihrem Volkstum entfremdet wurden.

Das ignatianische „agere contra" gab Pater Gruber die Kraft, selbst die schwere achtjährige Gefängnishaft zu überstehen, bevor er auf Intervention von Bundeskanzler Adenauer 1956 entlassen wurde. Das bittere Los der Donauschwaben lohnt sich nachzulesen. Vor allem für die Deutschen, die im gesamtdeutschen Schicksal nach 1945 unvergleichlich besser wegkamen als ihre Landsleute im Südosten Europas. HANS KRUMP

Wendelin Gruber: In den Fängen des roten Drachen. Zehn Jahre unter Titos Herrschaft. Miriam-Verlag, Jestetten, 1986, 240 Seiten, 18 Mark



Ein Lebensgefühl, von Nostalgie und Sehnsucht geprägt: „Das Goldene Zeitalter" von János Vaszary, aus der Budapester Ausstellung FOTO: KATALOG

„Seele und Form": Jugendstil-Ausstellung in der Budapester Nationalgalerie

Nach Gödöllö des Ausdrucks wegen

Lélek és forma, der nostalgische Schriftzug des Plakates und der Bucheinband, der dafür Modell gestanden hat, deuten darauf hin, daß die Ausstellung, die derzeitig in der Budapester Nationalgalerie zu sehen ist, dem Jugendstil gewidmet ist. „Seele und Form" lautet ihr Titel in der Übersetzung.

Gleich in der Eingangshalle wird das Phänomen der ungarischen Kunst um die Jahrhundertwende deutlich. Es liegt in ihrem stark ethnisch geprägten Charakter. Die Modelle der sieben Stammesfürsten, die auf dem heutigen Heldenplatz das Milleniumdenkmal mit der vom Erzengel Gabriel mit der Stephanskrone überragten Säule umgeben, drücken den Stolz auf die historischen Leistungen des Magyarenreiches aus. 1896 feierte man dessen tausendjähriges Bestehen in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität, mit der ein Aufschwung der Künste einherging.

Der Eingang zum ersten Saal ist eine Replik des Eingangsbogens zum ungarischen Stand auf der Pariser Weltausstellung im Jahr 1900. Hier werden die verschiedenen Quellen und Facetten der Kunst um die Jahrhundertwende etwas summarisch gebündelt, die große Allegorie der Hungaria von Lajos Deak Ebner, noch ganz in der Manier des akademischen Historismus, neben einer Büste Kaiser Franz Josephs, die auf die Verbindung zu Wien in der Doppelmonarchie hinweist. Daneben hängt eines der wichtigsten Werke des ungarischen Jugendstils, „Das goldene Zeitalter", das János Vaszary 1898 malte, eine Symbiose der Überwindung herkömmlicher Malstile und des Ausdrucks eines neuen, von Nostalgien und Sehnsüchten geprägten Lebensgefühls.

Besonders eindrucksvoll ist die der Architektur gewidmete Abteilung, denn in der Baukunst tritt der Jugendstil in Ungarn am stärksten und einheitlichsten zutage. Das zeigen besonders die vielen Modelle und Zeichnungen gebauter und nicht realisierter Häuser: der Wasserturm von Kecskemet, das Hauptgiroamt in Budapest von Ödön Lechner, die Pläne für das Nationaltheater in Mexico City von Géza Maróti, die zahlreichen Entwürfe für ein Denkmal zu Ehren der Kaiserin Elisabeth. In Budapest und vor allem in Kecskemet sind ganze Straßenzüge in reinem Jugendstil erhalten.

Breiter Raum ist der Malerei der Jahrhundertwende eingeräumt, die ein äußerst vielschichtiges und uneinheitliches Bild bietet. Da sind zunächst die vielen Darstellungen historischer Themen, teils romantisierend, teils im Stil des Akademismus. Der Jugendstil in der bildenden Kunst war in Ungarn eine eher sporadische Erscheinung. Er wurde von den magyarischen Künstlern auf Reisen nach München und später Paris adaptiert, ohne ihm eine eigene charakteristische Prägung zu geben.

1902 wurde die Künstlerkolonie von Gödöllö gegründet, deren Mitglieder nach neuen Impulsen für ihre Ausdrucksformen suchten. Sándor Nagy, einer ihrer Hauptvertreter, gelingt in „Ave Myriam", einer etwas pathetisch-mystischen Allegorie, doch eine künstlerische Vergeistigung. Béla Iványi Grünwalds Gemälde „Im Tal" ist von einer Jugendstil-Atmosphäre und romantisch-nostalgischem Gefühl getragen. (Bis Anfang September. Katalog, mit englischer Zusammenfassung, 200 Forint)

DOROTHEE von FLEMMING

Die Max-Planck-Gesellschaft feiert Geburtstag

Erfahrene Enthusiasten

Neue Ideen für wissenschaftliche Pionierarbeit seien bei uns keineswegs Mangelware, meinte Heinz Staab, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, doch stehe zu befürchten, daß die Finanzminister von Bund und Ländern das Ansehen der renommierten Forschungsgemeinschaft regelrecht kaputtsparten. Angesichts der seit vierzehn Jahren anhaltenden Stagnation im Haushalt der Wissenschaftsorganisation wollte denn auch bei ihrer Jahresversammlung in Aachen keine rechte Geburtstagsstimmung aufkommen. Dabei galt es, sowohl den 75. Gründungstag der Vorläuferin, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, als auch den 40. Geburtstag der Max-Planck-Gesellschaft selbst zu feiern.

Mehr als tausend Mitglieder und Gäste hatten sich versammelt, vor denen Staab seine überwiegend pessimistische Perspektive ausbreitete. Geradezu flehentlich appellierte er an den staatlichen Geldgeber, die „Leistungsfähigkeit der Institute" zu sichern. Eine „einmalige Aufstockung unseres Grundniveaus" in Höhe von 17 bis 20 Millionen Mark müsse für den Etat 1987 bewilligt werden, um das „Defizit auszugleichen, das wir über die Jahre hinter uns herschleppen".

Seit dem Ende des explosionsartigen Ausbaus im Dezenium bis 1972 erhält die Max-Planck-Gesellschaft heute von ihren Geldgebern, dem Bund und den Ländern, die sich die Kosten teilen, jährlich Etatsteigerungen zugestanden, die unterhalb dessen liegen, was im Wissenschaftsbetrieb durch Inflation aufgezehrt wird. Staab: „Wir können heute für investive Ausgaben nur noch 60 Prozent von dem verwenden, was wir Anfang der siebziger Jahre hatten."

Um die Relation des Betrages zu verdeutlichen, um den die Max-Planck-Gesellschaft als einmalige Zusatzleistung mit den Finanzministern ringt (bei unverhohlener Unterstützung durch die Wissenschaftsminister), verwies Staab darauf, daß es sich hierbei um eine Summe handele, die dem „Bruchteil eines Prozents des Haushalts des Bundesforschungsministeriums" entspricht. Zur Zeit wird das erreichte Niveau unter anderem durch private Spenden sowie Sonderzuweisungen von Baden-Württemberg und Niedersachsen für dort jeweils im Ausbau befindliche Institute mehr schlecht als recht erhalten. In großzügiger Manier haben die Finanzminister auch die Einstellung von fünf zusätzlichen Stellen – bei einem Gesamtbestand von rund 1800 Wissenschaftlern – für junge Nachwuchskräfte bewilligt, für die in den kommenden Jahren im Gegenzug à la Fiebiger-Plan die Stellen ausscheidender, älterer Kollegen wegfallen werden. Doch finanzielle Mittel sind hierfür genauso wenig zugestanden worden wie für das im vergangenen Jahr neugegründete Sozialwissenschaftliche Institut in Köln, das nun haushaltmäßig völlig unabgesichert ist.

Zwar werden in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 50 Milliarden Mark für Forschungszwecke ausgegeben, doch die Aufstockung des mit einer Milliarde Mark ohnehin in Relation zu seiner Leistungsfähigkeit kleinen Etats der Max-Planck-Gesellschaft um bis zu 20 Millionen Mark ist noch nicht gesichert. Bedroht von der Sparsamkeit sind zwei Felder:

1. Der Ausbau von Forschungsschwerpunkten wie dem Freiburger Institut für Immun-Biologie um Medizin-Nobelpreisträger Georges Köhler herum und der Stuttgarter Festkörper-Forschung um dessen Nobelpreis-Kollegen Klaus von Klitzing. Auch die zweite Ausbaustufe der für weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit wichtigen Polymer-Forschung in Mainz gerät ins Stocken.

2. Der hochbegabte wissenschaftliche Nachwuchs hat für die kommenden zehn Jahre praktisch keine Chance, in der Grundlagenforschung beschäftigt zu werden. Auf diese Weise steigt gleichzeitig der Altersdurchschnitt der Stelleninhaber immer weiter an. Die „Verweildauer" in der Max-Planck-Gesellschaft ist inzwischen von sechs Jahren auf durchschnittlich zehn Jahre, das Durchschnittsalter der dortigen Wissenschaftler auf 45 Jahre angestiegen. Aber, so mahnt Staab, „die Wissenschaft lebt vom Kontakt zwischen jungen Enthusiasten und älteren Erfahrenen".

Manfred Eigen, Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen, gelang es anschließend immerhin, die Aachener Versammlung ein wenig von den harten Tagesproblemen wegzuführen. In brillanter, teilweise anekdotischer Form setzte er sich in seinem Festvortrag mit der Frage auseinander: „Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Grundlagenforschung".

PETER PHILIPPS

Vierteiler über eine kurze US-Präsidentschaft – bis zu den Schüssen in Dallas

Den frischen Fahrtwind genießen

Als am 28. Januar der „Challenger"-Schock die Nation lähmte, riß die Trauer bei vielen Amerikanern alte Wunden auf. „Das letzte Mal, daß ich einen solchen Schock spürte", sagten sie, „war bei der Ermordung von John F. Kennedy."

Der Vergleich war enthüllend. Er verrät, daß dieser Mann, seit 23 Jahren tot, zuerst und vor allem zum Maßstab nationaler Katastrophen geworden ist. Die Tragik und die Hinterhältigkeit seines Todes überdekken immer noch die Erinnerungen an sein Leben, an sein politisches Werk. Die Kennedy-Ära hatte kaum Chancen, zu einem historischen und politischen Kategorie-Begriff zu werden. Sie war zu kurz, zu turbulent, gedanklich zu zerrissen.

Haften blieben Episoden wie die Kubakrise, das fatale Abenteuer in der Schweinebucht, die Wiener Begegnung mit Chruschtschow, die Berlin-Rede. Kennedy war politisch weniger effektiv als beispielsweise Harry Truman, dennoch ist er für alle Amerikaner der meistverehrte Präsident seit dem Kriege. Und wenn die Jugend nach ihren Helden befragt wird – John F. Kennedy, der erste in diesem Jahrhundert geborene Präsident dieses Jahrhunderts, ist neben Martin Luther King und Abraham Lincoln stets dabei – sie alle starben eines gewaltsamen Todes. Die Verehrung hat alle Parteigrenzen überschritten. Es fällt auf, daß Ronald Reagan häufiger als zuvor seine Reden mit Zitaten des Demokraten Kennedy schmückt.

Er hat sich mit wachsender Intensität mit dem Denken Kennedys beschäftigt und beschrieb die Philosophie dieses Mannes kürzlich in einer Rede mit diesen Sätzen: „Kennedy

Kennedy (1) – ARD, 23 Uhr

hatte schon früh erkannt, daß das Leben ein sehr schnell fahrender Zug ist, auf den man aufspringen, den Hut festhalten und den frischen Fahrtwind genießen muß, der ins Gesicht bläst. Man muß Vergnügen und Spaß an dieser Reise haben. Es wäre undankbar, es nicht zu tun. Ich glaube, so hat dieses Land John F. Kennedy in Erinnerung."

Das Erbe, das er seiner Familie hinterließ, war problematischer. Die Ereignisse in der Dynastie der Kennedys seit dem Tode sind ein Drama verzweifelter Epigonen, die mit dem Anspruch des John F. Kennedy nicht fertig wurden. Dies ist eine tragische Familie der Gescheiterten geworden.

Edward Kennedy, der jüngste der Kennedy-Brüder, beschrieb diese Belastung nach seinem Chappaquiddick-Unfall, als er sein Schicksal mit dem seiner Brüder John und Robert verglich: „Beide werden im Laufe der Zeit nur noch jünger und ihre Taten heldenhafter. Wir, die Kennedy-Überlebenden, sind zur Normalität verurteilt."

Sollte es zutreffen, so haben viele Nachfahren dieses Clans dieses Urteil nicht akzeptiert. 29 Mitglieder hat die dritte Kennedy-Generation. Sie sind heute zwischen 13 und 35 Jahre alt. Kaum einer von ihnen hatte eine leichte oder problemlose Jugend. 17 dieser jungen Leute wuchsen für den größten Teil ihrer Jugend ohne die helfenden Hände ihrer Väter auf. 13 von ihnen verloren ihre Väter durch politischen Mord, vier durch Scheidung. Sie sind eine Dynastie der zerbrochenen Ehen und der entgleisten Illusionen geworden. Viele flüchteten in den Alkohol, einige suchten Zuflucht zum Rauschgift. David Kennedy, der sich damit tötete, hinterließ diesen Satz: „Amerika braucht eine Pause von den Kennedys, und die Kennedys von Amerika."

Seinen Vater Robert und seinen Onkel John hätte dieser Satz unglücklich gemacht. Er verstößt gegen einen Lehrsatz, den der Patriarch der Familie, Joseph Kennedy, seinen Kindern einhämmerte: „Die Kennedys sind zu großen Dingen ausersehen." FRITZ WIRTH



Kennedy (Martin Sheen) und seine Helferinnen sind im Wahlkampf 1960 zuversichtlich FOTO: DEFD

Der Bottroper Nachbar mit Klarinette

Theodor Jörgensmann, Jazzmusiker – so steht es im Bottroper Telefonbuch. Für die Nachbarn ist er „der Mann mit der Klarinette", unter Fachleuten gilt er als einer der besten Jazz-Klarinettisten der Welt. Wie lebt und arbeitet ein Jazzmusiker? Christoph Hübner, Dokumentarfilmer aus Witten (seit April als erster deutscher „Stadtfilmer" in Unna tätig), hat Theo Jörgensmann im Rahmen seines Zyklus „Menschen im Ruhrgebiet" mit der Kamera begleitet.

Seit seiner Geburt vor 38 Jahren lebt Theo in einem alleinstehenden Haus inmitten einer Bottroper Zechensiedlung; unten im Haus eine Kneipe und ein kleiner Laden – die Kontraste des Ruhrgebiets finden sich in seinen Kompositionen wieder. Er ist gelernter Chemielaborant, seit 1980 lebt er ausschließlich von der Musik.

Hier arbeitet der Musiker, übt jeden Tag wie besessen, spielt von Klassik über Tanzmusik bis Free Jazz alles. „Üben ist unheimlich wichtig!", meint er, „handwerklich gut zu sein,

Theo Jörgensmann, Klarinette – West III, 21.45 Uhr

genügt heute nicht mehr. Man muß originell, ja man muß ein Original sein!", sagt Jörgensmann, dem Heinrich Böll Vorbild ist: „Als Musiker eine moralische Instanz wie Böll zu sein, ist mein Ziel!" Deshalb entzieht er sich dem Geschäfte-Denken vieler Kollegen, um seine musikalischen Ziele zu verfolgen. Doch Hübners Film zeigt den Bottroper nicht nur im Gespräch, sondern auch an seinem Arbeitsplatz, der Bühne; zeigt auch ruhige Bilder vom Revier, von Zechenschloten und dem nächtlichen Lichtermeer der Industrie-Anlagen.

So einfühlsam zeichnete er einen Solo-Auftritt auf, daß diese Sequenz auf den Oberhausener Kurzfilmtagen, wo der Film außerhalb des offiziellen Programms lief, mit spontanem Applaus bedacht wurde.

Hübner dokumentiert die Verbindung zwischen dem Klarinettisten und dem Ruhrgebiet; zeigt auf, wie sehr Landschaft und Musik einander bedingen, wie ein Musiker schöpferisch mit den Einflüssen seiner Region umgeht. S.T. / DW

Gerhard Baur: Erfolgreichster Bergfilmer

Die Achttausender des Himalaya und die Nordwände der Alpen sind Gerhard Baurs Arbeitsstätten. Der Allgäuer (38) ist einer der besten, mit Sicherheit der erfolgreichste Bergfilmer der Welt. Vor ein paar Jahren gewann er beim Bergfilm-Festival von Trient einen Goldenen Enzian, 1985 und 1986 einen Silbernen.

Leider sind Baurs Filme nur einer Minderheit bekannt. Er produziert sie im Auftrag des BR, gezeigt werden sie meist nur im bayerischen Regionalprogramm. Ein BR-Sprecher: „Viele wurden den übrigen ARD-Sendern angeboten, doch nur selten ins Programm genommen. Die Begründung lautete stets, das Publikum habe dafür zu wenig Interesse." Beim Alpenverein ist man darüber unzufrieden. „Bergfreunde gibt es überall", sagte ein DAV-Sprecher. „Mindestens die Hälfte unserer 460 000 Mitglieder gehört nicht-bayerischen Ortsvereinen an."

Baur gewann seinen diesjährigen Enzian mit einem Film über die Erstürmung der Nordwand der Grand Jorasses in den Westalpen. „Wir filmten mit einem kleinen Team", erinnert er sich, „im Sommer, zwei Monate lang. Unter dem Eis floß Wasser, dieses riß Steine mit. Deshalb filmten wir die Szenen im Schnee mitten im Winter nach. Da waren die Steine festgefroren – bei minus 20 Grad."

Baur schreibt seine Drehbücher selbst, ist Kameramann und Regisseur. Mit seinem Vater zog er als Junge in die Berge, als Halbwüchsiger machte er gewagte Klettertouren in den Dolomiten. 1970 gehörte Baur der Herrligkofer-Expedition zum Nanga Parbat an. Er erreichte mit Reinhold Meßner und dessen Bruder Günther das Lager vor dem Gipfel, sah aber letzteren lebend nicht wieder: Günther kam beim Abstieg ums Leben.

1975 war Baur beim Sturm einer Expedition auf den 8598 Meter hohen Kangchendzönga dabei. Sein Filmdokument über den Gipfelsieg wurde 1976 preisgekrönt. 1982 wagte sich Baur an die berüchtigte Eiger-Nordwand. In der fast 3000 Meter hohen Wand entstand eine atemberaubende Dokumentation über den Versuch der Erstbesteigung 1936, der mit dem Tod der Bergsteiger endete.

Baurs beruflicher Weg war schwierig: Maschinenschlosserlehre, zweiter Bildungsweg, Abitur, Berufsschullehrer-Studium. „In den Semesterferien bekam ich als Träger von Bergfilmemachern erstmals Kontakt zum heutigen Metier", erzählt der mit einer Bergsteigerin verheiratete Vater von drei Kindern. „Der Packesel nutzte die gebotene Chance."

WALTER H. RUEB

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau
10.23 Die Montagsmaler
11.10 Manfred Krug: Krumme Touren
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

6.00 Fußball zum Frühstück
bis 9.00 Uhr
13.15 Fußball-WM
15.20 Tagesschau
15.30 Tiere vor der Kamera
Der Sommer der Eisfüchse
Von E. Arendt und H. Schweiger
16.15 Tom Sawyer und Huck Finn
16.40 Fußballschule
12. Sturmspitzen
17.15 Fußball-WM
17.45 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Votum – Das Fernseh-Hearing
Mit Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Rendezvous der Clowns
Festlicher Abend anläßlich der Preisverleihung des Prix Jeunesse International 1986 in München
Mit René Kollo, den Clowns Ferrucio Cainero (Italien), Colomaioni (Italien), David (USA), Gardi Hutter (Schweiz), Natural Theatre Company (England), Sechszylinder (Deutschland)
Präsentator: Ron Williams
22.30 Tagesthemen
23.00 Kennedy (1)
Engl. Fernsehfilm in vier Teilen
Präsident Kennedy entstammte einer berühmten Familie. Im Mittelpunkt des Filmes stehen nicht nur seine drei Präsidentschaftsjahre, sondern auch der Clan, Jakkie und seine Kinder.
Die Fortsetzungen an den nächsten drei Donnerstagen um 23 Uhr
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Feste feiern mit ausländischen Mitbürgern
In einer türkischen Familie
Anschließend heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschließend heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
Madonna auf Abwegen
19.00 heute
19.30 Fußball-WM-Studio
19.50 Algerien – Spanien
Live aus Monterrey, Gruppe D
Reporter: Günter-Peter Ploog
In der Halbzeit: heute-journal
anschließend, ca. 21.50:
Nordirland – Brasilien
Aufzeichnung aus Guadalajara, Gruppe D
Reporter: Rolf Kramer
22.30 Filmforum
Filmstadt München
Jedes Jahr im Januar trifft sich in München Filmprominenz zu zwei Filmbällen. Dazwischen liegen die Verleihung des Bayerischen Filmpreises im prächtigen Cuvilliés-Theater, der Empfang des bayerischen Ministerpräsidenten für die Vertreter der bayerischen Filmwirtschaft und das CSU-Filmgespräch.
23.15 Je lausiger die Zeiten ...
Britische Filmstudenten präsentieren Komödien: Mind Your Own Business. Liebe Mutter. Benidorm '64. One For My Baby
Originale mit Untertiteln
0.45 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Mann Godfrey
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit William Powell
21.45 Theo Jörgensmann, Klarinette, Bottrop
22.15 Das andere Land
23.00 Kino '86
Das Schöne sieht man so schlecht
0.10 Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.15 Die Erde lebt (9)
20.00 Tagesschau
20.15 Die Ferien des Monsieur Hulot
Französischer Spielfilm (1953)
Mit Jacques Tati
21.40 Kultur aktuell
22.30 Frauen
Geliebt, gelobt, geduldet
23.15 Nachrichten

HESSEN

18.33 Hobbythek
Kosmetik für eigene vier Wände
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Ein Herr ohne Kleingeld
Französischer Spielfilm (1959)
Mit Jean Gabin
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 J. Robert Oppenheimer
23.15 Frankfurter Poetikvorlesungen 1986 (4)
Hermann Lenz

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Professor Seifenblasen
18.37 Show mit Ix und Yps
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau
19.30 Abgeordnete Angelina
Italienischer Spielfilm (1947)
21.00 9 aktuell
21.15 Politik Südwest
21.45 Gosseliwil (3)
22.30 Halleluja Broadway (3)
23.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 Eltern-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Grünes Feuer
Amerikanischer Spielfilm (1954)
20.40 Z. E. N.
20.45 Liturgie: Der heilige Ort
21.30 Rundschau
21.45 Reaktorsicherheit
Made in Germany
22.30 Im Gespräch
Über Ludwig II.
23.15 Rundschau
23.20 Bitterer Reis
Italienischer Spielfilm (1949)

SAT 1

15.00 APF blick
15.05 Marco
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.02 Kobra, übernehmen Sie
Anschließend: Rund um die Welt
18.00 Boomer der Streuner
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Fußball-WM
19.05 Pancho Villa reitet
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Yul Brynner, Robert Mitchum und Charles Bronson
21.15 APF blick
22.00 FBI
22.50 APF blick
23.00 Trocadero
Französische Filmkomödie (1978)
Der zehnjährige Phil lebt mit seiner Mutter in Paris. Eines Tages trifft er die gleichaltrige Caroline, er weiß nur nicht so recht, wie er sich mit ihr anfreunden soll.
0.30 APF blick
0.35 Die letzten Tage der Menschheit
Helmut Qualtinger liest Karl Kraus (zum 50. Todestag)

1 PLUS

19.00 Von der Traube in das Faß
Weinbau an der Bergstraße
20.00 Tagesschau
20.15 Bretter, die die Welt bedeuten
Premiere
21.05 Poetische Betrachtungen in freyen Stunden
Fernsehspiel von Petr Weigl
Musik von Franz Schubert
22.10 Klauen wir gleich die ganze Bank
Amerikanischer Spielfilm (1973)
23.30 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Dem Mörder eine Kerze
20.30 Rundschau
21.15 Bocuse à la carte
21.40 Spötterdämmerung
21.50 Zeit im Bild 2
22.10 Kulturjournal
22.20 Warum mußte Staatsanwalt Traini sterben?
Italienischer Spielfilm (1974)
In Palermo sorgte Regisseur Solaris durch die Aufführung seines jüngsten Spielfilms für Aufsehen. Im Film wird ein Staatsanwalt ermordet, der mit der Mafia zusammengearbeitet hat.
0.10 Nachrichten



18.15 Starmix
18.35 Komm doch mal in die Küche
Pfannengerichte aus Resten
18.53 7 vor 7
19.15 Viva Mexiko
20.05 Knight Rider
20.50 RTL-Spiel
21.05 Sie kamen zu viert, um zu töten
Italienischer Krimi (1969)
22.37 Popeye und die Hexengranaten gegen Spinatpillen
22.45 Neu im Kino
23.05 Blick in die Welt
23.06 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Ein Obelisk im Buchfalz

P. Jo. – Das Anathema der Designer, „form follows function", hat nun auch den Buchmarkt erreicht. Bislang galt das Buch als ein Produkt, das sich dem Zugriff der „Produktgestalter" entzog. Mehr als die Verzierung des Buchumschlags wurde ihnen nicht zugebilligt. Denn an den nun schon gut ein Jahrtausend alten Prinzipien von Buchdeckel, Buchrücken und Buchblock ließ sich nicht viel ändern. Die Buchrolle blieb der Thora und dem ostasiatischen Raum vorbehalten, das Leporello mußte sich auf Kunst- und Kinderbücher beschränken. Allenfalls die Loseblattsammlungen könnte man als eine Neuerung unseres Jahrhunderts betrachten.

Soviel Konservatismus mußte natürlich den Buchgestaltern irgendwann auf die Nerven gehen. Und so basteln sie seit Neuerem immer mal wieder an ungewöhnlichen Buchformen. Da gab es zum Beispiel vor ein paar Jahren ein Buch über die Geschichte und Bedeutung des Pentagramms, das nicht nur fünfeckig war, sondern der Fünf auch bei Kapiteleinteilung und beim Satzspiegel huldigte. Oder vor kurzem bescherte man uns ein Picasso-Buch als höchst unpraktisches Dreieck.

So spinnert gibt sich der Insel-Verlag nicht. Er bleibt bei dem traditionellen Rechteck. Allerdings verbindet er in einer soeben erschienen Edition die taschenbuchübliche Breite von zehn Zentimetern mit der dreieinhalbfachen Höhe, denn es geht um „Obelisken". Ernst Batta erzählt in dem Insel-Taschenbuch unterhaltsam von den ägyptischen Obelisken in Rom. Dazu hat man den sonst erprobten Goldenen Schnitt für das Buchformat verlassen. Die Form folgt tatsächlich der Funktion, meint man, wenn man das Buch zur Hand nimmt, auf dessen Titelseite sich der Elefanten-Obelisk in voller Höhe erstreckt.

Aber auf den Innenseiten ist davon nichts mehr zu sehen. Da übersteigen die Fotos kaum das gängige Taschenbuchformat. Und wiederholt sind es sogar Querformate, die über zwei Seiten laufen – wobei dann der Obelisk, auf den es ankommt, schon mal im Falz verschwindet.

Also doch nicht „form follows function", sondern nur „form follows gag".

Zeitschriftenkritik: Der Londoner „Encounter"

X arbeitet nicht mit Y

Der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel trug sich einmal mit dem lobenswerten Gedanken, eine Zeitschrift ins Leben zu rufen, die dem Ausland ein repräsentatives Bild vom deutschen Kulturleben vermitteln sollte. Zu diesem Zweck wandte er sich an namhafte deutsche Literaten. Sie stimmten denn auch freudig zu, baten aber um Verständnis, daß sie sich nicht mit den Autoren X und Y an einen Tisch setzen könnten. Der fröhliche Kumpan „hoch auf dem gelben Wagen" hatte nicht mit der abgrundtiefen Verbiesterung der deutschen Literaten gerechnet. Weil unsere Zeitschriften ein unsichtbares Schild vor sich hertragen: „Hier arbeiten X und Y nicht mit", kann keine aufkommen, die repräsentativ wäre.

Nach dem pflichtmäßigen Durchackern der deutschen Zeitschriftenproduktion fühlt man sich, wenn man die Monatszeitschrift „Encounter" (44 Great Windmill Street, London WIV 7PA) mit dem Untertitel „Zeitgeschichte – Literatur – Kunst" in die Hand nimmt, wie im Urlaub: Vignetten, die beileibe kein Kunstwerk sein wollen, Gedichte, denen der angestrengte Tiefsinn der dichterischen Endgültigkeit abgeht, Kästen, in denen Zitate aus der Presse ironisch aufgespießt sind, Essays, Korrespondenzen, Abhandlungen zur Zeitgeschichte, Glossen. Was immer man gerade im Kopf hat, irgend etwas findet sich, was einen fesselt und zum Weiterlesen anreizt. Ein ähnlich urbanes Organ gibt es bei uns nicht. Warum eigentlich?

Beim Start waren die Deutschen noch gleichauf. „Encounter" wurde 1953 von Irving Kristol und Stephen Spender als Glied in der Kette der vom „Kongreß für kulturelle Freiheit" gegründeten Zeitschriften ins Leben gerufen: „Monat" in der Bundesrepublik, „Preuves" in Frankreich, „Tempo Presente" in Italien. Den deutschen „Monat" leitete niemand anderes als Melvin J. Lasky, der heute den „Encounter" herausgibt. Der liberale – beileibe nicht rechte – Antikommunismus des „Monat" hat derzeit unter dem Namen „Neo-Konservatismus" in USA Hochkonjunktur und ist auch im „Encounter" unübersehbar.

In der Juni-Nummer von „Encounter" findet sich u. a. eine Analyse des heutigen Äthiopiens und seines Regimes (Paul Henze), ein Beitrag über den Briefwechsel von Tocqueville und Gobineau (Max Beloff), eine ätzende Kritik der Fernsehrepräsentanz des britischen Königshauses (Edward Pearce) und eine nicht minder ätzende von Strukturalismus und „Softhumanism" in der Ästhetik (Meg Harris Williams). Zwei Beiträge fallen auf, die sich mit der unter dem Einfluß des Fernsehens gewandelten Medienöffentlichkeit befassen: „The Decline of the Sage. From Jeffrey to Bellow" (Neil Berry) und „The News Managers" (Herb Greer).

Berry geht der Stellung tonangebender Geister in der Presse nach, seit mit Jeffrey's „Edinburgh Review" um 1800 der „higher journalism" sich verbreitete. Carlyle, Ruskin, Chesterton passieren Revue. „Viel hat sich natürlich seit dem Aufkommen des Fernsehens geändert. Wenn das Schreiben selbst seine zentrale Funktion verloren hat, so ist die didaktische, ermahnende, anleitende Prosa so gut wie vergessen."

Der Status des Intellektuellen von Rang hat sich damit dramatisch verschlechtert. Greer schlägt bei seiner Analyse der Nachrichten-Manipulation in die gleiche Kerbe: „Heute sind die Medien wie die Religion in ihrem überzeitlichen Kontext von geringerer Bedeutung als in den eiligen und lärmenden Korridoren des Hier und Heute. Reklame ist heute kein Luxus der Götter, Herrscher und ihrer Lakaien, sondern eine banausische Notwendigkeit für Jedermann."

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Hans Bethe erhielt den Orden „Pour le mérite"

Die Grenzen überwinden

Als „höchste Ehre, die man je erreichen konnte", erschien dem 80jährigen amerikanischen Physiker und Nobelpreisträger Hans Bethe in seiner Jugend in Deutschland der Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste, den er jetzt in einer öffentlichen Sitzung dieser „freien Vereinigung von hervorragenden Gelehrten und Künstlern" in der Aula der Bonner Universität überreicht bekam. In Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, „Protektor" des Ordens, und von Bundesinnenminister Zimmermann, dem die Administration der Gemeinschaft der Gelehrten untersteht, sprach Carl Friedrich von Weizsäcker die Laudatio auf seinen langjährigen Freund, mit dem er auch heute „die Sorge um die Konsequenzen in der Entwicklung der Kernenergiedebatte" teilt. In dieser Begegnung zwischen den beiden Gelehrten wurde etwas deutlich, was diese Gemeinschaft von Gelehrten zusammenhält: der Respekt voreinander und die Freundschaft füreinander.

Der Kanzler des Ordens, Helmut Coing, eröffnete den Festakt. Nur einmal im Jahr kommen die Träger dieser exklusiven Auszeichnung zusammen, die 1842 vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. gestiftet wurde und nur an 30 Persönlichkeiten gleichzeitig verliehen wird. Außer den 30 deutschen Mitgliedern, von denen je zehn aus der Geisteswissenschaft, der Naturwissenschaft und den Künsten kommen, werden auch Angehörige anderer Staaten für besondere Leistungen ausgezeichnet. Dieses Jahr war es neben dem Amerikaner Bethe der Sowjetrusse Boris B. Pjotrowskij, Direktor des Eremitage-Museums in Leningrad. Er konnte nicht nach Bonn kommen. Gründe wurden nicht genannt. Als drittes neues Mitglied wurde der Münchener Altphilologe Bernhard Bischoff in den Orden aufgenommen, dessen besondere Leistungen auf dem Gebiet der Handschriftenkunde des Mittelalters liegen.

Der Festvortrag wurde vom Zoologen Hansjochen Autrum gehalten. Die Wissenschaft sei bestrebt, in die scheinbar unübersehbare Vielfalt von Formen in der lebenden Natur eine übersehbare Ordnung zu bringen. Aber der Mensch vernichte heute nicht nur die Natur, täglich eine Tierart, sondern auch Formen „seiner eigenen Schöpfung" in einem nie gekannten Ausmaß. Als Beispiel nannte er die „erschreckende Einförmigkeit" der in unserer Zeit gebauten Städte. Es sei nicht Nostalgie, wenn wir Denkmäler der Natur, der Kunst und der Kultur vor dem Untergang bewahrten, „sofern wir uns dem Neuen nicht verschließen".

Als Beispiel der Entwicklung nannte er Neuguinea. Unter den nur zwei Millionen Einwohnern würden 800 Sprachen gesprochen. Das sei eine Folge kultureller Isolierung der einzelnen Volksgruppen. Den Anwesenden wurde deutlich, daß die Gefahr einer solchen Zersplitterung der Wissenschaften besteht, wenn der Einzelne in der Isolation seiner Arbeit verharrt. Sinn des Ordens sei es, die Grenzen seiner eigenen Disziplin zu überwinden und in der großen Gemeinschaft einer Gelehrtenelite, durch die stete Erneuerung freundschaftlicher Bindungen, neue Wege zu finden. Autrum sprach hier von einem „unausgeschöpften Potential, das uns Unerwartetes erwarten läßt".

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Parfümierte Klänge als Vorahnung der Postmoderne: Zur Renaissance der Opern Jules Massenets

Der Teufel parkt unter Zimmerpalmen

Seltsam: Die Besucher des Münchner Nationaltheaters und der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf sehen eine Oper mit Namen „Manon". Nein, eben nicht Puccinis „Manon Lescaut", die einem ja noch halbwegs geläufig ist. Gesungen wird, wenn es denn zu verstehen ist, auch nicht italienisch oder gar deutsch, sondern französisch. Es ist die „Manon" des Jules Massenet, die hier auf die Spielpläne gerutscht ist.

Wer in Köln (oder in Hagen, das der Domstadt noch schnell den deutschen Erstaufführungsruhm wegschnappen wollte) derzeit eine „Cendrillon" auf dem Spielplan sieht, der braucht nicht Prokofieffs „Cinderella"-Ballett durchzusitzen, sollte aber auch nicht auf die surrealistischen Ensembles Rossinis und seiner „Cenerentola" rechnen. Die „Aschenbrödel"-Oper namens „Cendrillon", die neuerdings Urständ' feiert, stammt von – Jules Massenet.

Wer mit seiner Opernneugier nicht an den westlichen Grenzen der Bundesrepublik haltmacht, der wird noch viel reicher fündig in Sachen Massenet: So spielte Lüttich vor Jahresfrist die „Hérodiade", jüngst „Le Cid", und übernahm außerdem noch die „Griselidis" von der Opéra du Rhin in Straßburg. Wobei die Besucher, die eben mal aus dem Rhein-Ruhr-Land über die Grenze rutschen, bei den Lütticher Massenet-Aufführungen stets ein erkleckliches Kontingent stellen.

Recht besehen, rührt sich das Interesse an Massenet schon seit einigen Jahren, als sein vertonter Goethe-„Werther" über die Bühnen zog. „Werther" ist einer der ganz wenigen Fälle, bei denen eine Opern-Ausgrabung tatsächlich zu einer bleibenden Position im Repertoire geführt hat. Dieser Erfolg hat den Intendanten Mut zu mehr Massenet gemacht.

Aber die Massenet-Renaissance scheint doch mehr zu sein als bloß ein Spleen von Theatermachern. Er wird vom Publikum angenommen, trotz des Handicaps der französischen Sprache, in der ihn die größeren Häuser geben. Massenets Opern sind, bei aller Verschiedenheit untereinander, auch ganz anders als alles andere.

Auf den ersten Ohrenschein wird man ihnen Lyrizismus bescheinigen, aparte Klangfarbenmischungen, eben das, was an der französischen Musik als parfümiert gilt: Salonopern. Wobei die Duftnote auch des musikalischen Parfums von den schweren, schwülen Harmonien einer „Hérodiade", der byzantinischen „Esclarmonde" oder der antiken „Thais" bis zum zarten Frühlingshauch der „Griselidis" oder der feinen Reinheit der „Cendrillon"-Musik reichen kann. Massenet läßt sich schwer festlegen – nur eben auf sein schieres Können als Komponist, der ein Perrault-Märchen ebenso trefflich illustrieren konnte wie das Ritterspektakel des „Cid", der für den Hurenweltschmerz der Thais so bewegende Töne fand wie für das Schicksal der auch in den französischen Revolutionswirren nicht korrumpierbaren „Thérèse". Illustrativ ist Massenets Musik, sie untermalt das Geschehen wie den Text, steigert seine Emotionen nachdrücklich bis in die Bereiche irrer Verzükkung und Ekstase, ist aber auch ehrlich genug, die Alltagstristesse des Aschenbrödel in ganz schlichten Wendungen zu beschreiben.



Ein Kindermärchen wird zum gläsernen Kunstmärchen: Szene aus der Kölner Aufführung von Massenets „Cendrillon" FOTO: PAUL LECLAIRE

Man kommt darauf: Dieser Jules Massenet, der von 1842 bis 1912 lebte, hat wohl weniger mit entflammtem Herzen als mit wachem Geist komponiert. Wenn er in seiner Autobiographie „Mes souvenirs" (dt. „Mein Leben", 1982) klagte, dann war es nicht über das Ausbleiben von Einfällen, sondern über Arbeit, viel zu viel Arbeit. Massenet ist das Paradebeispiel eines bürgerlichen Künstlers, der seine Werke mit der Ordentlichkeit und dem Arbeitsrhythmus eines Beamten verfertigte: ein komponierender Thomas Mann sozusagen.

Massenets Opern bekommen auf diese Weise einen spürbaren Zug zur intellektuellen Kühle, die nur auf den ersten Blick ein Widerspruch sein muß zu den schwülstigen oder lyrisch-süßen Stoffen. Schon Massenet hat sie wohl nicht mehr ernst genommen, sondern sie als Zitat dessen gesehen, was Oper sein kann, was sie gewesen ist, aber auch um die Jahrhundertwende schon längst nicht mehr war. Er schämte sich nicht seines Eklektizismus: Von Wagner ein bißchen Leitmotivtechnik, von den Italienern das satte Melos, von seinen Landsleuten wie Gounod oder Saint-Saëns die Neigung zu gewagten harmonischen Rückungen und Instrumentationseffekten. Massenets Opéra lyrique will nicht mitreißen, sie will kennerisch geschmeckt und genossen werden.

Vielleicht ist es eben das, was sie heute im Zeitalter der Postmoderne so attraktiv macht: Massenets Arbeiten mit Versatzstücken, mit klingenden Images, vor allem eben seine Doppelbödigkeit, bei der eine Sache eben nie das bedeutet, was sie auf den ersten Blick zu signalisieren scheint. Die ironische Distanzierung von der eigenen Sache ist nicht zu überhören. Massenet komponierte sozusagen schon Opern über Opern.

Für die szenische Realisierung auf der Bühne ergeben sich daraus Konsequenzen. Wer wie Otto Schenk in Düsseldorf die „Manon" mit einem langweiligen opernhaften Alltagsrokoko auf die Bühne bringt, der hat von den Brüchen des Stücks offenbar nichts gespürt. Wer, wie René Terrasson bei der Straßburger „Griselidis", ein Stück aus der Kreuzfahrer-Zeit gleich in die Salons der Jahrhundertwende verfrachtet und den Teufel mit knatterndem Oldtimer zwischen die Zimmerpalmen fahren läßt, der handelt sicher zu naßforsch (und gerät prompt in Hader mit der Komponisten-Enkelin Mme. Bessand Massenet, die noch die Rechte verwaltet und die Aufführung um ein Haar untersagt hätte).

Geradezu ein Musterbeispiel für die kühle Poesie, mit der man Massenet in Szene setzen sollte, ist hingegen die „Cendrillon" des belgischen Regisseurs Gilbert Deflo (Ausstattung: Mauro Pagano), die Köln von der Brüsseler Oper angekauft hat. Das Kindermärchen wird zum gläsernen Kunstmärchen der feinsten und schwebenden Sublimierungen. Was purer Kitsch sein könnte, gewinnt mit Massenets Musik jenen schieren Zauber, wie ihn eben nur das Theater zustandebringt. Wenn dann noch, wie von Ann Murray (Cendrillon), Daphne Evangelatos (Prince Charmant) und Kathryn Gamberoni (Fee), aufs Kultivierteste gesungen, von Sir John Pritchard mit Finesse dirigiert wird, dann begreift man zwar die Anforderungen, die Massenets Opern stellen, aber auch, daß hier ein faszinierendes Œuvre noch längst nicht ausgeschöpft ist.

REINHARD BEUTH

Österreichs Eulenspiegel: H. C. Artmann wird 65

Med schwoazzer dintn

Er ist ein großer Anstifter, ein spätes Originalgenie, einer aus der Unzahl österreichischer Einzelner, die so häufig vorkommen, daß sie einen Verein oder eine Gewerkschaft österreichischer Einzelner schaffen könnten. Als die österreichische Literatur gleich nach Kriegsende anzufangen begann, war er mit dabei und unterschied sich von den Kolleginnen und Kollegen durch einen Hang zur Mystifikation, zum Streiche machen. Ich weiß nicht, wie alt Till Eulenspiegel geworden ist. Aber dieser Eulenspiegel ist längst erwachsen, ohne es je geworden zu sein, und ist das Gegenteil dessen geblieben, was man „etabliert" nennt.

Wenn ich mich nach dem Markanten in seiner Biographie frage, gibt es zwei sehr große Bedeutsamkeiten: Er ist in wundersamer Manier polyglott. In seinem Hirn begegnen einander naheliegende und fernliegende Sprachen, er hat nicht nur Molière übersetzt, man (wer?) kann mit ihm gälisch reden; er hat das Wissen eines vergleichenden Sprachforschers ohne die Schattenseiten des Wissenschaftlers. Er ist ein Nachschlagewerk, in dem aber nur er selbst, zu seinem Vergnügen, gelegentlich nachschlägt. Und er wäre kein konstitutioneller Schalksnarr, wenn er nicht auch in seine Fremdsprachen mystifizierende Elemente einbrächte.

Damit hängt auch seine andere große Bedeutsamkeit zusammen. In einer längst verschollenen, ganz dünnen Publikation namens „alpha" erschienen vor langer Zeit Gedichte in wienerischer Mundart und in einer höchst verfremdenden Orthographie. Artmann war einer der Verfremder, Gerhard Rühm war auch dabei. Und nach den ortsüblichen Zänken und Kabalen machte H. C. sich selbständig und publizierte 1958 einen Gedichtband „med ana schwoazzn dintn" (mit einer schwarzen Tinte).

Trotz seiner Kaumlesbarkeit hatte das Buch überwältigenden Erfolg und führte zu vielem: Zum Beispiel erschienen daraufhin erstmals auch andere Texte von H. C. A. als Bücher. Zum Beispiel ergoß sich die Form der Mundartpoesie weit über Wien hinaus, nicht nur bis in das Ötztal (Hans Haid), sondern selbst in die Schweiz (Hugo Marti). Und, sehr wichtig, in Wien wurde, was bisher dem Kabarett vorbehalten gewesen war, zur Institution, das Lied, das Chanson in der Mundart der Stadt Wien.

Rainhard Fendrich, einer der Meister der Gattung, hat mir mitgeteilt, daß mein Lob seiner Texte ihm in der Bundesrepublik Deutschland geschadet habe, aber ich kann nicht umhin, ihn als „Liedermacher" hoch zu preisen – neben Ambros, Danzer, Maron, Hirsch und vielen anderen.

Wenn man derzeit den österreichischen Rundfunk konsumiert, hört man im Sektor „Unterhaltung" gleichrangig die zwei Landessprachen: Wienerisch und Englisch. Und das hat mit seiner „Dintn" der H. C. A. getan! Er ist eigentlich ein Avantgardist, einer der raren, welche es sich leisten können, ruhig und gelassen zu produzieren, was sie freut. Er hat dazu einen guten, großzügigen Verleger (Residenz-Verlag in Salzburg), man kann ihm also gratulieren, nicht erst zu seinem ersten „runden" Geburtstag.

Man zählt ihn gern zur „Wiener Gruppe", zu welcher außer Rühm auch Oswald Wiener, der frühvollendete Konrad Bayer und der Architektur-Experte Friedrich Achleitner gehören. Aber er ist kein Gruppen-Typ, kein Ensemble-Mitglied. Man nennt ihn in literarischen Kreisen den „H. C.", und das ist eine sprachlich sehr hübsche, ihm gemäße Pointe, die Gleichheit seiner Initialen mit der üblichen Abkürzung für „ehrenhalber".

Ich habe mich gelegentlich über ihn geärgert, ich habe ihn nicht gleich verstanden; um so freudiger will ich ihn heute als großen Zeitgenossen feiern und mich in patriotischem Stolz dessen rühmen, daß in Österreich einem Derartigen längst eine schöne Sammlung seiner Arbeiten von mehr als tausend Seiten Umfang gewidmet wurde.

HANS WEIGEL



Ein spätes Originalgenie: Der Schriftsteller H. C. Artmann FOTO: DPA

Frankfurts TaT spielt G. E. Schneiders „Dear Jodie"

Rebellion – gegen wen?

Das war also die erste Uraufführung im Frankfurter Vitali-TaT: „Dear Jodie". Jodie Foster ist die Schauspielerin, die in „Taxi Driver" eine zwölfjährige Prostituierte darstellte und von dem sofort verliebten John Hinckley nicht nur in allen möglichen Kinos immer wieder angestarrt, sondern auch mit Telefonaten und Briefen bombardiert wurde. Sie machte sich nichts daraus, und eines Tages dachte Hinckley, sie werde ihn bewundern, wenn er den Präsidenten ermordet habe. Irrtum. Die einzige Folge der fünf Schüsse war (außer der dauernden Gehirnschädigung des Pressesekretärs Brady) Hinckleys Einweisung in eine Nervenheilanstalt.

In dieser Anstalt beginnt das Ein-Personen-Stück, eine Collage, deren einziges dokumentarisches Element der Brief Hinckleys an Jodie ist, in dem er den Mord ankündigt; den Brief ließ er offen im Hotelzimmer liegen. Alles andere hat sich der Autor Gerald Eric Schneider nach Wahrscheinlichkeit ausgedacht.

Gottfried Breitfuss von der Berliner Freien Volksbühne, der den Hinckley spielt, sitzt hoch oben auf der Zuschauerempore, das Publikum unten auf der Bühne, und im Parkett steht, noch im Dunkel, ein Auto. Hinckley plappert redselig und nervös daher, er will hier raus, aber es ist ihm recht, daß er hier nicht rauskommt, er ist jetzt ein ganz anderer, aber wartet nur, wenn ich herauskomme, er denkt gar nicht mehr an Jodie und ist jetzt mit einer Leidensgenossin befreundet, aber ...

Und damit steht er plötzlich unten neben seinem Auto, im hellen Licht, und an der Seite in einer leeren Bar flimmern immer wieder Szenen aus „Taxi Driver" auf, später auch Stücke des mitgefilmten Attentats, Musik dröhnt, die Stimmen aus den Filmszenen sind kaum verständlich, aber das macht nichts. Denn im Vordergrund spielen sich Hinckleys Erinnerungen an die letzten Stunden vor dem Attentat ab.

Er redet immer wieder zärtlich oder geil auf das Phantom Jodie ein, putzt sich die Zähne, geht in die leere Bar und telefoniert und antwortet auf ihr erhofftes und nie stattgehabtes verliebtes Gerede, holt ein Sternenbanner aus dem Kofferraum und salutiert vor ihm, macht Schießübungen, redet auf seine Eltern und seinen Bruder ein und bewundert, nachdem man fünf Schüsse gehört hat, den Präsidenten, der aufrecht in den Operationssaal ging, und am Ende befestigt er an seinem Auto ein Taxisignal, setzt sich ans Steuer, es regnet ... Aus.

Breitfuss macht das alles ganz gut. Nur: Was ist das alles? Nichts. Alles selbstverständlich. Nur im Begleitheft suggeriert uns ein amerikanischer Hinckley-Interpret, es handle sich um die Rebellion eines Mittelklassensohns gegen den Vater in Form der Attacke gegen den Übervater Reagan. Der tiefsinnige Unsinn kommt allerdings auf der Bühne nicht vor. Erstaunlich an dem Ding ist nur, daß die Freie Volksbühne es im Herbst in den Spielplan aufnehmen wird. Ob die Berliner auch so freundlich reagieren wie die Frankfurter?

R. K.-B.

KULTURNOTIZEN

Jean Renoir ist eine Ausstellung des Frankfurter Filmmuseums gewidmet, die anhand von Fotos und Plakaten Leben und Werk des großen Rgisseurs darstellt (bis 29. Juni).

Ein Institut für Informatik, Automation und Künstliche Intelligenz plant die Universität/Gesamthochschule Duisburg zum Sommersemester 1987.

„Frauen vor Flußlandschaft", das letzte Werk des 1985 verstorbenen Schriftstellers Heinrich Böll, wollen der WDR und der Bayerische Rundfunk am 17. Juni als Hörspiel senden.

Ihre ersten Ballett-Tage am Theater Krefeld-Mönchengladbach eröffnet Ballettchefin Irene Schneider am 21. Juni mit einem öffentlichen Training.

Mehr als 2000 Bände umfaßt die Sammlung von Goethe-Werken und Büchern über den Dichter, die ein Elmshorner Arzt in seinem Nachlaß der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel vermacht hat.

An die Talmud-Tora-Schule, die vor 200 Jahren in Wolfenbüttel eröffnet wurde, erinnert eine Ausstellung in der Wolfenbütteler Abteilung des Braunschweiger Landesmuseums.

Dem brasilianischen Film ist die 17. Internationale Kino-Woche von Verona (20. bis 26. Juni) gewidmet.

O. W. Fischer und Michael Heltan haben die Wiener Ehrenmedaille in Gold erhalten.

JOURNAL

Napoleon-Museum in Fontainebleau eingeweiht

AFP, Paris

Ein neues Napoleon-Museum im Schloß von Fontainebleau ist ab heute für Besichtigungen geöffnet. In Fontainebleau, wo Napoleon I. am 6. April 1814 abdankte, nehmen die 15 Säle des Museums das Erdgeschoß und das erste Stockwerk des unter Ludwig XV. gebautenen Flügels des Schlosses ein. Ein großer Teil des Bestandes stammt aus der Sammlung der Familie des französischen Kaisers, die Fürst Napoleon und seine Schwester, Herzogin de Witt, 1979 dem französischen Staat geschenkt hatten. Darunter sind der mit Brillanten besetzte Krönungsdegen des Kaisers, Pistolen des ältesten Napoleon-Bruders Joseph, König von Neapel und Spanien, sowie Schwerter von Jérôme, dem König von Westfalen.

Das 9. Freiburger Theaterfestival

Reg. Freiburg

Einen Streifzug durch die nationale und internationale Szene freier Theatergruppen verspricht das 9. Internationale Freiburger Theaterfestival für die Zeit vom 28. Juni bis zum 6. Juli. Eingeladen sind diesmal Ensembles und Künstler aus Argentinien, Ghana, Japan, Belgien, Polen, Frankreich, Österreich, Großbritannien, der Schweiz, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland.

Heyme inszeniert Oper und Schauspiel

Reg. Essen

Auch für die nächste Spielzeit hat sich Essens Schauspieldirektor viel vorgenommen. So ist als Übernahme aus Stuttgart „Die Braut von Messina" zu sehen. Darüber hinaus inszeniert Hansgünther Heyme jeweils in Bühnenbildern von Wolf Münzner „Cromwell" von Christoph Hein, Brechts „Dreigroschenoper" und als Koproduktion mit den Ruhrfestspielen Recklinghausen „Faust I" von Goethe. Neu ist auch eine Operneinstudierung in der Originalsprache: „Andrea Chénier" von Umberto Giordano.

Die Deutschen und die Revolution

DW. Nürnberg

Zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution plant das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg für 1989 eine große kulturhistorische Ausstellung. Titel: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – 200 Jahre Französische Revolution in Deutschland". Im ersten Teil wird die Schau mit einem historischen Querschnitt die unmittelbaren Wirkungen der Pariser Ereignisse von 1789 auf Deutschland darstellen. Im zweiten Teil soll die anhaltende Auseinandersetzung der Deutschen mit dem Thema „Revolution" untersucht werden.

CSSR-Samisdatbuch über Alexander Dubček

rst. Prag

Eine Analyse der Tätigkeit Alexander Dubceks, des tschechoslowakischen KP-Parteichefs in der Zeit des Prager Frühlings 1968, erschien jetzt in einer CSSR-Samisdatausgabe. Autor des 212 Seiten starken Buches ist Václav Kadlec, im Frühjahr 1968 Minister für Schulwesen, der als einer der ersten Prager Politiker nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer Staaten im August 1968 sein Amt verloren hatte. Auf die Frage, warum Dubček nicht an einen Einmarsch der Sowjets dachte, meint Kadlec, Dubček sei es als überzeugter Kommunist unbegreiflich gewesen, daß der Kreml den Befehl zum Einmarsch in ein sozialistisches Land geben könne.

„Deutscher Tanzrat" konstituiert

dpa, Bonn

Ein „Deutscher Tanzrat" hat sich als Förderverein aller Organisationen und Institutionen im Bereich des professionellen Tanzes in Bonn konstituiert. Erste Präsidentin wurde die Tänzerin und Ballettpädagogin Iskra Zankova von der Universität Bonn. Der „Deutsche Tanzrat / Deutsche Ballettrat e. V." soll für die Tanz- und Ballettkultur in der Bundesrepublik Öffentlichkeitsarbeit betreiben und sich um eine interdisziplinäre Begegnung von bildender und darstellender Kunst bemühen.

E. O. Fuhrmann †

dpa, Berlin

Der Schauspieler E. O. Fuhrmann ist im Alter von 61 Jahren in Berlin gestorben. Der Künstler war in den 50er Jahren Mitglied von Brechts „Berliner Ensemble" im Ostteil der Stadt. Danach gehörte er 13 Jahre den Münchner Kammerspielen, später elf Jahre lang dem Deutschen Schauspielhaus in Hamburg an. Seit mehreren Jahren war er Professor an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Hamburg und nebenbei als freier Schauspieler tätig.

Die Bundesbahn setzt auf den Zug zur Kunst

dg. Frankfurt

Ein wenig exotisch wirkte es schon, als Bundesbahnpräsident Wolfgang Bannas und Vorstand Reiner Gohlke gestern im Frankfurter Hauptbahnhof eine Kunstgalerie eröffneten. In einem kreisrunden Hinterzimmer des „Buffet Vitesse", des Schnellrestaurants im weitläufigen Schienenknotenpunkt, wurde damit das neue Projekt „Zug zur Kunst – Kunst-Station Frankfurt (M) Hbf" gestartet. Der österreichische Künstler Arnulf Rainer hat dafür 30 Bilder unter dem Titel „Gesichter Christus Gesichter" zur Verfügung gestellt.

Von ihnen, den übermalten, verkritzelten und verfremdeten mittelalterlichen Köpfen des Erlösers erhofft sich die Bahn nach den Worten von Bannas selbst eine Art „Erlösung". Der Präsident: „Wir wollen weg von den Sexkinos und gleich mehrere Etagen nach oben steigen, um das Bild der Bahn zu verbessern." In anderen Bahnhöfen würden bereits



Eines der „Christusgesichter" von Arnulf Rainer im Frankfurter Hauptbahnhof

Konzerte gegeben und Theaterstücke aufgeführt. Mit dem Frankfurter „Hbf" wolle die „neue Bahn" von nun an „Tor" sein für das „neue Frankfurt, diese Kunst- und Kulturmetropole". In Vorbereitung sind Austellungen von Werken Joseph Beuys', Alfred Hrdlickas und Ernst Egon Kalinowskis.

Damit es recht viele der täglich 250 000 Reisenden, die hier ankommen und abfahren, auch merken, sollen die Lautsprecher zwischen den Zugansagen immer wieder zum Besuch des „Pavillons" einladen. „Idealfall" freilich wäre nach Bannas, wenn auch Leute kämen, die sonst nie einen Bahnhof betreten – wie zu jenen seligen Zeiten, da noch eine „Traube von Menschen am Bahnsteig stand, um den Zug aus Rom zu bestaunen".

Vivat, crescat, floreat. Sie ist wieder gefragt, die „alte Burschenherrlichkeit". Das spüren auch die katholischen farbentragenden Verbindungen, die im Cartellverband (CV) zusammengeschlossen sind, dem größten Studenten- und Akademikerverband Europas. Tradition wird großgeschrieben, an großen Visionen für die Zukunft aber mangelt es. Heute tritt der Verband in Frankfurt zur 100. Cartellversammlung zusammen.

Tradition allein ist keine Garantie für die Zukunft

Heinrich Brüning war einer,. Engelbert Dollfuß und Heinrich Lübke – und auch Franz Josef Strauß ist einer, dieser allerdings genauso wie der einstige Papst Pius XII. sowie fast alle deutschen Bischöfe erst nach dem Studium und ehrenhalber. Was sie untereinander und mit derzeit rund 32 000 anderen Akademikern in der Bundesrepublik Deutschland eint, sind die bunten Bänder des CV, des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen. Mit Mütze und Band, Chargierten und Komment wird von heute an ein dreifaches Jubiläum in Frankfurt gefeiert: die 100. Cartellversammlung, Aufnahme der 120. Verbindung in den CV sowie das 130. Jahr des Bestehens.

Relativ spät erst sind die CV-Korporationen ins studentische Leben getreten und haben in ihrem äußerlichen Erscheinungsbild wie bei der demokratischen inneren Struktur die wesentlichen Erscheinungsmerkmale ihrer Verbindungs-„Vorfahren" übernommen. Doch es waren nicht landsmannschaftliche oder patriotische Ideale, aus denen heraus sie – ähnlich wie andere katholische Studentenverbindungen à la KV oder Unitas – im vergangenen Jahrhundert entstanden. Gläubige Katholiken wollten sich vielmehr, ähnlich wie mit dem Katholiken-Tag, kraftvoll in der Öffentlichkeit wieder Geltung verschaffen, da die Säkularisierung der Gesellschaften in Europa immer weiter voranschritt und selbst in den Rheinlanden nach der Übernahme durch Preußen die Auseinandersetzung zwischen Kirche und (protestantischem) Staat immmer schärfere Züge annahm .

Bewußter Katholizismus, Kampf gegen die Säkularisierung – von diesen ursprünglichen Intentionen ist im Verlauf von 130 Jahren außer eher rituellen Resten nicht viel übrig geblieben. Der katholische Glaube als Aufnahme-Voraussetzung beschränkt sich weitgehend auf den Taufschein als Beleg. Zwar gibt es immer noch zu Beginn und am Ende des Semesters gemeinsame Gottesdienste, häufig noch zum Stiftungsfest, doch die Beteiligung der „Aktivitas", der studentischen Mitglieder, erreicht selten mehr als 50 Prozent.

Der CV, der wie alle studentischen Verbindungen in einem „Lebensbund" die akademische Jugend der „Aktiven" mit den berufstätigen „Philistern" eint, ist heute zwar die größte, aber ansonsten weitgehend eine Korporation wie Burschenschaften, Corps oder Landsmannschaften geworden. Allein das unbedingte Ablehnen des Mensur-Fechtens sorgt für grundsätzliche Unterscheidung.

Und die Mitglieder des Cartellverbandes haben auch die gleichen Probleme, den schlechten Ruf eines falschverstandenen elitären Denkens, der ihnen vorauseilt. So sind sie denn in den übrigen Laienvereinigungen, etwa im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, nur mit innerer Distanz gelitten. Und die Bischöfe, obwohl selbst fast alle Ehrenmitglieder im CV, sehen ihre Priester-Seminaristen am liebsten nicht in den Korporationen, gründen sogar eigene, Seminar-interne Verbindungen.

Doch angesichts einer immer unpersönlicher werdenden Umwelt und Furcht einflößender Massen-Universitäten haben die CV-Verbindungen derzeit keine Mühe, genügend „Füxe" als Nachwuchs unter den Studenten zu „keilen". Preisgünstige Zimmer in ihren teilweise prächtigen Verbindungshäusern wischen dann häufig die letzten Zweifel bei den Interessenten hinweg. Zwar steht die „religio" unverändert an erster Stelle der vier Prinzipien des CV, doch in der Wirklichkeit hat die „amicitia", die Freundschaft, längst den höchsten Stellenwert. „Patria", die Vaterlandsliebe, ist eine Besonderheit, die den CV von den anderen katholischen Verbindungen unterscheidet. Und die „scientia", die Wissenschaft, sorgt dafür, daß manche CV-Verbindung fast zu einer Fach-Korporation geworden ist, in der Studenten aller Semester sowie einige ihrer Professoren beim Studieren helfen.

Hilfe für den eigenen akademischen Nachwuchs gehört fraglos bei allen Korporationen zu den reizvollen Argumenten bei der Nachwuchs-Werbung. Wenn Kritiker dann von Ämterpatronage sprechen, wird ihnen in aller Regel mit Überzeugung begegnet: Bei gleichwertigen Bewerbern für eine Stelle sei es doch einsehbar, daß derjenige bevorzugt werde, bei dem man wisse, welche Grundüberzeugungen ihn aufgrund des gemeinsamen Bandes leiteten.

Die Delegierten werden sich unter dem Motto „Verantwortung übernehmen – Die Zukunft gestalten" bis zum 15. Juni in Frankfurt mit nichts weniger als der Frage nach der Existenzberechtigung des Verbandes beschäftigen müssen. Die Berufung auf die Tradition mag zwar gut in die Zeit passen und ist auch notwendig, genügt aber nicht. Vom Einfluß des Cartellverbandes auf die Hochschul-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik aber ist nicht mehr viel zu spüren. Eine traurige Bilanz für Europas größten Studenten- und Akademikerverband.

Der mit einem Augenzwinkern geübte „Komment" hilft da nicht weiter. Zum Beispiel der der zehn ältesten CV-Verbindungen, die sich als die vornehmsten fühlen und sich intern zum „Weißen Ring" zusammengeschlossen haben. Erkennungszeichen bei Veranstaltungen ist die weiße Nelke im Knopfloch, die am Ende des Abends von Füxen mit Messer und Gabel auf dem Silbertablett den Trägern zum Verzehr dargeboten wird. Mit einem „fiducit" wird sie dann biermäßig hinuntergespült. Prosit!

PETER PHILIPPS



Bunte Farben, Burschen, Bänder und Banner beherrschen in diesen Tagen die Kulisse der Mainmetropole Frankfurt

FOTO: JOPPEN

Notlandung nach Panne im Bordcomputer

AP, Frankfurt/Stuttgart

Eine Boeing 737 der irischen Fluggesellschaft Air Lingus ist gestern mittag auf dem Flughafen Stuttgart notgelandet. Nach Informationen des Deutschland-Büros der Gesellschaft in Frankfurt hatte der Bordcomputer dem Piloten fälschlich einen Brand in einem der beiden Triebwerke des Kurzstreckenjets gemeldet. Der Pilot habe daraufhin das Triebwerk abgeschaltet und sei mit dem Schub des verbleibenden Motors notgelandet. Menschen sind nicht verletzt worden und an der Maschine sei kein Schaden entstanden, sagte Air-Lingus-Sprecher Edward Cunningham.

Brand in Kühllager

dpa, Herne

Tonnen von geschmolzenem Käse und hartgebruzzelte Eier fanden die Feuerwehrleute beim Löschen eines Brandes in Herne, der in der Nacht zum Mittwoch in einem Kühllager für Frischprodukte einen Sachschaden von rund einer Million Mark verursachte. Nach Angaben der Feuerwehr wurde das Feuer vermutlich durch ein Kühlaggregat verursacht, das wegen der hochsommerlichen Temperaturen am Dienstag auch über Nacht eingeschaltet blieb.

Keine Förderung

AP, Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß berufliche Fortbildungsmaßnahmen vom Arbeitsamt nur dann zu fördern sind, wenn die Arbeitnehmer vorher nach Abschluß ihrer Berufsausbildung mindestens drei Jahre im Beruf tätig waren. Damit wurde in letzter Instanz die Klage eines Mannes aus Detmold abgewiesen, der nur insgesamt zwei Jahre und sieben Monate als Facharbeiter tätig war. Der Mann wollte eine Fachschule besuchen und verlangte dafür die Förderung durch das Arbeitsamt (Az.: 11 RAr 15/85).

Gratis nach Britannien

gtm. London

In der Nacht zum Mittwoch trafen in London die ersten 500 Amerikaner ein, die das glückliche Los gezogen hatten, gratis über den Atlantik transportiert zu werden. Etwa 4500 Landsleute werden folgen. Für diese Aktion spendiert die britische Fluggesellschaft British Airways rund 14 Millionen Mark, sie will damit die Amerikaner überzeugen, daß es keineswegs gefährlich ist, Europa zu besuchen. Die Kampagne wurde zu einem „Riesenerfolg". Etwa eine Million bewarb sich um die 5200 Flugscheine.

„Lustfahrt" findet statt

dpa, München

Der Freistaat Bayern unterlag gestern im Rechtsstreit um die „König Ludwig Lustfahrt", die für den Todestag des Märchenkönigs Ludwig II. am 13. Juni auf dem Starnberger See geplant ist. Die Schlösser- und Seenverwaltung hatte dem Verein „Das andere Bayern" ein Schiff zur Verfügung gestellt, die Zusage jedoch rückgängig gemacht, als nähere Angaben zu den geplanten Veranstaltungen bekannt wurden. So ist bei dem Spektakel eine Travestie-Show, eine Devotionalienversteigerung, ein „historisches Bärenfellwälzen", eine königliche Himmelfahrt und eine Ludwig-Sissi-Seance geplant. Mit diesem Veranstaltungsprogramm sah die staatliche Verwaltung die Gefahr gegeben, „die Person König Ludwig II. verächtlich oder lächerlich zu machen und im Ansehen, das dieser in weiten Teilen der Bevölkerung genießt, herabzusetzen".

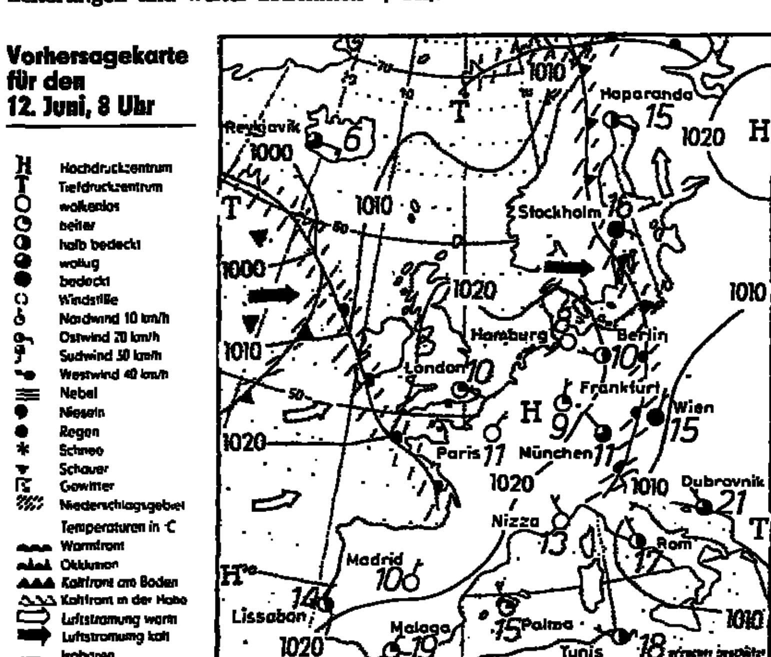
WETTER: Freundlicher

Lage: Die nach Deutschland eingedrungene kühle Meeresluft gelangt unter höheren Luftdruck von Westen her, so daß sich Störungsreste allmählich auflösen.

Vorhersage für Donnerstag: Im südöstlichen Bayern anfangs noch regnerisch. Temperaturen dort frühmorgens um 10 Grad, nachmittags um 15 Grad. Im übrigen Deutschland wechselnd wolkig, örtlich Aufheiterungen und weiter abnehmende Schauerneigung. Höchsttemperaturen 16 bis 19 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 9 Grad. Schwacher bis mäßiger, tagsüber leicht böiger Westwind.

Weitere Aussichten: Freundlicher und wärmer.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.05 Uhr*, Untergang: 21.39 Uhr; **Mondaufgang:** 10.28 Uhr, Untergang: 1.20 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	17	bw
Bielefeld	15	bw
Braunlage	11	bw
Bremen	15	bw
Dortmund	14	bw
Dresden	18	he
Düsseldorf	16	he
Erfurt	11	bd
Essen	15	he
Feldberg/S.	6	bw
Flensburg	15	bd
Frankfurt/M.	16	bw
Freiburg	15	bd
Garmisch	12	R
Greifswald	17	bw
Hamburg	13	bw
Hannover	13	bd
Kahler Asten	11	bw
Kassel	14	bw
Kempten	10	R
Kiel	13	bd
Koblenz	19	bw
Köln-Bonn	15	he
Konstanz	13	R
Leipzig	12	bd
List/Sylt	13	bw
Lübeck	12	bd
Mannheim	17	bd
München	13	R
Münster	15	he
Norderney	14	bw
Nürnberg	11	R
Oberstdorf	11	R
Passau	22	he
Saarbrücken	16	bd
Stuttgart	13	R
Trier	16	bw
Zugspitze	2	iW
Ausland:		
Algier	25	he
Amsterdam	15	he
Athen	23	bw
Barcelona	22	bw
Belgrad	24	bw
Bordeaux	17	bd
Bozen	26	bw
Brüssel	14	he
Budapest	27	he
Bukarest	23	bw
Casablanca	24	wl
Dublin	13	bw
Dubrovnik	26	he
Edinburgh	13	he
Faro	27	he
Florenz	26	he
Genf	14	bw
Helsinki	19	he
Hongkong	29	bw
Innsbruck	20	bw
Istanbul	21	bw
Kairo	34	wl
Klagenfurt	24	he
Konstanza	19	Rs
Kopenhagen	16	he
Korfu	24	he
Las Palmas	21	bw
Leningrad	22	he
Lissabon	22	he
Locarno	20	bd
London	10	bd
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	13	bw
Madrid	25	he
Mailand	24	bw
Malaga	24	he
Mallorca	23	he
Moskau	24	he
Neapel	25	he
New York	19	bd
Nizza	21	he
Oslo	20	bw
Ostende	10	bw
Palermo	26	he
Paris	14	bd
Peking	29	bd
Prag	23	he
Rhodos	24	he
Rom	25	he
Salzburg	18	bw
Singapur	26	bd
Split	26	he
Stockholm	17	he
Straßburg	16	bd
Tel Aviv	32	he
Tokio	22	bd
Tunis	27	he
Valencia	24	he
Varna	20	bd
Venedig	24	he
Warschau	24	bw
Wien	24	he
Zürich	14	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Die Tollwutgefahr nicht unterschätzen

Mediziner raten zur Prophylaxe vor Reiseantritt / Billigere Vakzine auf dem Markt

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

„In allen Ländern Südostasiens ist die Tollwut weit verbreitet, vor allem jedoch in Indien. Für die dortigen Behörden ist sie ein Schreckgespenst. Streunende Hunde stellen auch für Touristen eine Gefahr dar", dies äußerte Professor Eberhard Bulling vom Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin gegenüber der WELT. Der tragische Fall der jungen Engländerin, die am Dienstag in der Hamburger Universitätsklinik an einer Tollwut-Infektion gestorben war, wird damit zu einer ernsten Warnung für Reisende in asiatische Länder.

Die Frau war vor einigen Monaten während einer Indienreise von einem Hund gebissen worden. Als sich Wochen später die ersten Krankheitssymptome zeigten, war es für eine Behandlung zu spät, die Ärzte konnten sie nicht mehr retten.

Möglichst schnell zum Arzt

Professor Bulling wies darauf hin, daß die Frau nach dem Angriff des Hundes sofort einen Arzt hätte aufsuchen müssen. „Auch eine nachträgliche Impfung reicht aus, um die Krankheit nicht ausbrechen zu lassen", so der Berliner Experte. Dabei kommt es aber darauf an, daß so wenig Zeit wie möglich nach der Infektion vergeht. Bulling empfiehlt allen Touristen, die in tropische Länder reisen, nach Unfällen mit Tieren sofort einen Arzt aufzusuchen.

„Die Erfahrung zeigt allerdings, daß oft vor Ort kein Impfstoff verfügbar ist", so der Direktor der Bundesforschungsanstalt für Virusforschung, Professor Lothar Schneider. Er empfiehlt daher, sich schon vor Reiseantritt prophylaktisch impfen zu lassen. Dies gelte vor allem für Touristen, die in tropischen Ländern „ins Landesinnere hineingehen" und damit ein größeres Risiko besitzen, mit infizierten Tieren in Kontakt zu kommen. Bisher sei der Impfstoff zwar sehr teuer gewesen, doch gebe es neuerdings eine von der Firma Behring hergestellte Vakzine, die die Kosten um 75 Prozent reduziere.

In der Bundesrepublik ist die Tollwut ein weit geringeres Problem, so versicherten beide Experten. In den letzten 15 Jahren habe es nur noch ein oder zwei Fälle gegeben, in denen Menschen infiziert worden seien. Zwar gebe es hierzulande auch heute noch viele Wildtiere, die mit dem Erreger der Krankheit infiziert seien – vor allem Füchse, doch nehme die Verseuchung ständig ab.

Vor allem die vor einigen Jahren begonnene „Schluckimpfung für Füchse", bei der die Tiere mit Hilfe von Ködern geimpft werden, habe bereits große Erfolge gezeigt. Dennoch wird empfohlen, niemals tote Wildtiere anzufassen. Hundehaltern wird geraten, die Tiere vorbeugend impfen zu lassen. Seit vielen Jahren gibt es einen billigen und gefahrlosen Impfstoff, der bisher allerdings von den Hundebesitzern nur in geringem Maße genutzt wird.

Von Viren verursacht

Die Tollwut ist eine Infektionskrankheit, die von Viren verursacht wird. Überträger des Erregers sind meistens Säugetiere, vor allem Füchse, Hunde, Katzen und Rinder. In Lateinamerika wird die Tollwut auch von einer bestimmten Fledermausart übertragen, der sogenannten Vampirfledermaus. Das Virus breitet sich nach einer Infektion vor allem entlang der Nervenbahnen aus und wandert ins Gehirn. Solange keine Krankheitssymptome auftreten, kann man nicht sicher feststellen, ob ein Tier infiziert ist oder nicht.

Zwischen der Infektion und dem Auftreten der ersten Symptome vergehen meistens 30 bis 90 Tage. Die Inkubationszeit hängt wesentlich davon ab, wie weit die Infektionsstelle (also die Bißwunde) vom Gehirn entfernt liegt. Eine Tollwuterkrankung äußert sich in einer Gehirnentzündung und schweren Atemlähmungen, die unweigerlich zum Tod führen. Bei infizierten Tieren kommt das Virus auch im Speichel vor. Es kann daher bei einem Biß leicht übertragen werden.

ZU GUTER LETZT

„Jetzt stehen die Verantwortlichen auf der letzten erkennbaren Stufe der Leiter mit dem Rücken an der Wand. Sie werden von den Butter-, Rindfleisch- und Getreidebergen, den Wein- und Olivenölseen u. a. erdrückt". Aus einer Mitteilung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels.





